



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 131. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 16. Februar 2017, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Tagesordnungspunkt

Zeugenvernehmung

Seite

- Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, MdB
(Beweisbeschluss Z-5)

4

* Hinweis:

Die Korrekturen der Zeugin Dr. Angela Merkel sind in das Protokoll eingearbeitet. (siehe Anlage 1).



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens Lischka, Burkhard
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Feser, Dr. Andreas Allers, Fried-Heye Bosnjak, Niko Fischer, Sebastian D. Glas, Dr. Vera Haun, Fabian Kordon, David Otto, Birgit Schneider, Bastian Schrot, Jacob Wehrl, Dr. Wolfgang Wimmer, Luzie
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Heyer, Christian Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Geiger, Nicolas Issel, Jana Linden, Alexander Weiß, Benjamin
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Leopold, Nils Pierrat, Chris Pohl, Jörn Mellentin, Johanna Baumann, Sophie



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesrat

Bundeskanzleramt	Brunst, Dr. Phillip Heinemann, Martin Jipp, Daniel Kämmerer, Marie Kutt, Dr. Mareike Lampe, Margit Metscher, Andreas Neist, Dennis Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Bundesministerium des Innern	Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Hofmann, Christian Kiehn, Eva Matthes, Thomas Weiss, Jochen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kirchner, Heino Unterlöhner, Dr. Ulrike
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart Scholl, Dr. Kirsten
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Rauch Rüdiger Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd
Auswärtiges Amt	Müller-Bernd, Kai Stephen
Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	Hecheltjen, Dr. Martin
Teilnehmer Bundesrat	
LV Bayern	Luderschmid, Florian



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.30 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 131. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Vertreter der Presse, ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen. Viele von Ihnen sind regelmäßig hier, der eine oder andere - das zeigt sich daran, dass die Tribüne sehr gefüllt ist - heute aus besonderem Anlass. Ich freue mich, dass Sie alle da sind und von diesem Untersuchungsausschuss wieder gut und sachlich berichten werden.

Besonders begrüße ich an dieser Stelle auch schon mal unsere heutige Zeugin, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Herzlichen Dank, dass Sie heute bei uns sind.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen, die diejenigen, die regelmäßig hier sind, schon kennen und auch bitte alle beherrigen:

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel**,
MdB
(Beweisbeschluss Z-5)

Die Beweisbeschluss Z-5 stammt vom 08.05.2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksachen 18/843 und 18/8683 - durch Vernehmung der Zeugin Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin.

Zunächst wird die Zeugin Dr. Angela Merkel öffentlich vernommen. Sollte sich eine nichtöffentliche Vernehmung daraus ergeben, sollte diese erforderlich sein, findet im Anschluss eine weitere Vernehmung - dann nichtöffentlich, gegebenenfalls eingestuft - statt.

Vernehmung der Zeugin Dr. Angela Merkel

Nochmals begrüßen darf ich herzlich Dr. Angela Merkel. Ich stelle fest: Die Zeugin ist ordnungsgemäß geladen. Frau Dr. Merkel, Sie haben den Erhalt der Ladung am 13. Januar 2017 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung heute zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Die Tonbandaufnahme dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern. Sie wird nach Erstellung des Protokolls auch wieder gelöscht.

Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann 14 Tage Zeit, etwaige Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen, falls dies notwendig sein sollte.

Frau Dr. Merkel, vor Ihrer Vernehmung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, falls das in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 bzw. § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und die Sitzung dann in nichtöffentlicher oder in eingestufte Form fortsetzen kann, sodass wir Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen können. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, bei dem Sie nicht durch Fragen der Abgeordneten unterbrochen werden. Danach werde ich Ihnen Fragen stellen, und anschließend erhalten die Mitglieder dieses Ausschusses die Gelegenheit, ihre Fragen zu stellen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen.

Ich darf Sie dann nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn mit Namen, Alter, Beruf und einer leistungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mein Name ist Angela Dorothea Kasner. Ich bin geboren am

17.07.1954. Und als Adresse möchte ich das Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße, angeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, Gelegenheit für ein Eingangsstatement geben. Wünschen Sie dies?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, dies wünsche ich, und das würde ich sehr gerne tun. - Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung: Da das menschliche Erinnerungsvermögen nicht immer ganz zuverlässig ist, jedenfalls meines mit Blick auf Vorgänge, die zum Teil fast vier Jahre zurückliegen, da darüber hinaus manches, was Sie sicher interessieren wird, dem sogenannten Arkanbereich, also dem Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung, unterliegt, den zu beachten mir wichtig ist, da ich aber gleichzeitig natürlich auch dem Informationsbedürfnis dieses Untersuchungsausschusses nach bestem Wissen und Gewissen nachkommen möchte, habe ich mir zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung auch noch einmal Vorlagen des Bundeskanzleramtes, die ich ab Juni 2013 zum Thema des Untersuchungsausschusses erhalten habe, sowie öffentliche Äußerungen von mir in Pressekonferenzen, Interviews und Reden angesehen.

Dies vorausgeschickt, möchte ich Ihnen in einem kurzen Überblick, den ich chronologisch anlegen werde, schildern, wie ich die Dinge seit den ersten Presseberichten im Juni 2013 zu den Enthüllungen Edward Snowdens erlebt habe, was dabei mein Handeln bestimmt hat und was nicht, was dabei in meinem Amtsverständnis zu meinen Aufgaben als Bundeskanzlerin gehört und was nicht.

Erstmals Kenntnis von Datensammelungsprogrammen wie Prism und in diesem Zusammenhang vermuteten massenhaften, anlasslosen Ausspähungen durch die NSA habe ich über die Presseberichterstattung zu den Enthüllungen Edward Snowdens Anfang Juni 2013 erhalten. Am 19. Juni 2013 habe ich dazu in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama aus Anlass seines



Nur zur dienstlichen Verwendung

Besuches hier in Berlin ausweislich der stenografischen Mitschrift in meinen einführenden Anmerkungen unter anderem gesagt, und ich möchte zitieren:

Wir

- also Barack Obama und ich -

haben über Fragen des Internets gesprochen, die im Zusammenhang mit dem Thema des PRISM-Programms aufgekommen sind. Wir haben hier sehr ausführlich über die neuen Möglichkeiten und die neuen Gefährdungen gesprochen. Das Internet ist für uns alle Neuland, und es ermöglicht natürlich auch Feinden und Gegnern unserer demokratischen Grundordnung, mit völlig neuen Möglichkeiten und völlig neuen Herangehensweisen unsere Art zu leben in Gefahr zu bringen. Deshalb schätzen wir die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika in den Fragen der Sicherheit.

Ich habe aber auch deutlich gemacht, dass natürlich bei allen Notwendigkeiten von Informationsgewinnung das Thema ... Verhältnismäßigkeit immer ein wichtiges Thema ist. Unsere freiheitlichen Grundordnungen leben davon, dass Menschen sich sicher fühlen können. Deshalb ist die Frage der Balance, die Frage der Verhältnismäßigkeit etwas, was wir weiter miteinander besprechen werden und wozu wir einen offenen Informationsaustausch zwischen unseren Mitarbeitern sowie auch zwischen den Mitarbeitern des Innenministeriums aus Deutschland und den entsprechenden amerikanischen Stellen vereinbart haben. Ich denke, dieser Dialog wird weitergehen.

Zitat Ende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sich die Aussagen von damals noch einmal präzise vor Augen

zu führen, erscheint mir hilfreich, um gleichsam authentisch, also mit meinen Worten von damals, deutlich zu machen, was mich seit Beginn der Berichterstattungen und daraus folgender Aufklärungsbemühungen geleitet hat und was mich im Übrigen unverändert leitet: Das ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Gewährleistung von Sicherheit im umfassenden Sinne - Sicherheit vor Gefahren des Terrors wie auch Sicherheit beim Schutz der Privatsphäre. Immer gilt es stets aufs Neue, die richtige Balance von Freiheit und Sicherheit zu finden, gerade auch angesichts immer neuer technischer Entwicklungen, mit denen unser Rechtsrahmen nicht immer und schon gar nicht immer sofort so Schritt halten kann, wie wir es uns wünschen, sodass wir also tatsächlich Neuland betreten.

In einer Vorlage vom 27. Juni 2013 wurde mir auf meine Bitte um Information ein kurzer Überblick über die zu dem Zeitpunkt verfügbaren Informationen zu den Programmen Prism und Tempora übermittelt. In der Vorlage wird deutlich gemacht, dass noch keine belastbaren Informationen vorlägen, dass deshalb auch noch keine abschließenden Bewertungen möglich seien und dass das Bundesinnenministerium um weitere Sachaufklärung bemüht sei.

Am 3. Juli 2013 erschien in der *Süddeutschen Zeitung* ein Interview, das ich der Zeitung und mit ihr kooperierenden weiteren europäischen Zeitungen aus Anlass eines in Berlin stattfindenden runden Tisches zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa gegeben hatte. Auf eine abschließende Frage zum damals die öffentliche Debatte bestimmenden Thema NSA, warum ich die Überwachungsaktionen der USA und Großbritanniens kritisierte, wenn Deutschland in seiner Sicherheit davon profitierte, habe ich unter anderem ausgeführt, dass ich wie die meisten Deutschen sehr gut wisse, dass uns ausländische Dienste schon vielfach geholfen hätten, terroristische Anschläge in Deutschland zu verhindern, dass gleichwohl aber immer auch der Schutz der Privatsphäre zu beachten sei;

... denn

- ich zitiere aus dem Interview -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

das Abhören von Freunden mit Wanzen in unseren Botschaften und EU-Vertretungen geht nicht. Wir sind nicht mehr im Kalten Krieg.

Zitat Ende.

Am selben Tag, also 3. Juli 2013, habe ich mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama telefoniert. Hierüber hat das Bundespresseamt am folgenden Tag, also am 4. Juli 2013, in einer Pressemitteilung die Öffentlichkeit informiert. Unter anderem hat der Regierungssprecher mitgeteilt, dass ich die Ankündigung von Präsident Obama begrüßt habe, dass die USA ihren Verbündeten Informationen über die Aktivitäten der NSA zur Verfügung stellen wollten.

Am 4. Juli 2013 habe ich darüber hinaus im Rahmen einer Pressekonferenz anlässlich eines Zukunftsgesprächs der Bundesregierung mit Sozialpartnern im Gästehaus der Bundesregierung in Meseberg auf die Frage eines Journalisten zu meinem Telefonat mit Präsident Obama in Grundzügen persönlich Auskunft gegeben, nicht in Einzelheiten - das mache ich grundsätzlich nicht -, wohl aber in Grundzügen. Ich zitiere aus dem stenografischen Bericht der Pressekonferenz:

Ich habe ... deutlich gemacht, dass zum Beispiel das Ausspähen von Einrichtungen innerhalb der Europäischen Union nicht dem entspricht, was uns als Freunde leiten sollte. Wir sind ... nicht mehr im Kalten Krieg.

Zitat Ende.

Einige Tage später, am 19. Juli 2013, habe ich, wie immer seit meinem Amtsantritt 2005, auf Einladung der Bundespressekonferenz eine jährliche Sommerpressekonferenz abgehalten. Ich mache sie entweder vor oder nach den Sommerferien. Alle innen- wie außenpolitischen Themen können zur Sprache kommen. Mir war klar, dass alle Fragen, die seit den Presseberichten um die Enthüllungen Edward Snowdens in der Öffentlichkeit diskutiert worden waren, in der Sommerpressekonferenz des Jahres 2013 breiten Raum

einnehmen würden. Ich habe deshalb zu Beginn der Pressekonferenz, schon in meinen einleitenden Bemerkungen ausführlich zu diesem Thema Stellung genommen und in dem Zusammenhang unter anderem acht Schlussfolgerungen erläutert, die Sie sicher alle kennen und die ich deshalb hier in diesem Eingangsstatement nicht alle im Einzelnen wiederholen werde. Sie reichten von der Aufhebung alter Verwaltungsvereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Jahre 1968 bis zur Stärkung des Vereins Deutschland sicher im Netz.

Genauso wichtig war mir damals, in dieser Pressekonferenz ausführlich darzulegen, wie ich meine Aufgabe und meine Verantwortung als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland wenige Wochen nach den ersten Presseberichten zu den Enthüllungen Edward Snowdens auch zu diesem Thema sehe und wahrnehme. Das, was ich damals gesagt habe, ist mir unverändert wichtig. Es leitet mich bis heute, und ich erlaube mir deshalb, das - natürlich nur ganz auszugsweise; es hatte sich ja um eine über einstündige Pressekonferenz gehandelt - hier zu wiederholen. Ich zitiere ausweislich des stenografischen Berichts:

Wir können

- so habe ich am 19. Juli 2013 gesagt -

jetzt fast täglich neue Berichte über Datenbanken, Programme, Systeme, Programmbezeichnungen, Klassifizierungen, Verbindungen und Unterscheidungen lesen und das ganz aktuell auch zu der Frage, ob das, was mit PRISM in Afghanistan beschrieben wird, identisch ist mit dem, was uns hier seit Anfang Juni beschäftigt, also der Frage, ob es eine flächendeckende Datenüberwachung und Datenabschöpfung unserer Bürgerinnen und Bürger hier in Deutschland vonseiten des NSA gibt, und zwar eine Abschöpfung, die gegen deutsches Recht erfolgt und von der ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

durch die Presseberichte Kenntnis genommen habe.

Mir ist es völlig unmöglich, hier eine Analyse von PRISM vorzunehmen, also was PRISM nun ist, Software, System, Datenbank, Programm, Ober- oder Untermenge und was auch immer dazu denkbar ist. Das ist ja jetzt auch gerade Gegenstand der Aufklärung. ...

Als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland habe ich dabei eine übergeordnete politische Aufgabe. Ich trage zusammen mit der ganzen Bundesregierung Verantwortung für zwei große Werte: für Freiheit und Sicherheit, konkret für den Schutz der Bürger vor Anschlägen und vor Kriminalität wie auch für den Schutz der Bürger vor Angriffen auf ihre Privatsphäre. Beide Werte, Freiheit und Sicherheit, stehen in einem gewissen Konflikt miteinander, und zwar seit jeher. Sie müssen durch Recht und Gesetz immer wieder in der Balance gehalten werden.

Das führt mich zu dem Kern dessen, worum es bei all den Berichten über Datensammlungen zu gehen hat: Gilt auf deutschem Boden deutsches Recht? Gilt auf europäischem Boden europäisches Recht? ...

Der amerikanische Präsident Obama hat vor einigen Tagen gesagt, hundert Prozent Sicherheit, hundert Prozent Privatsphäre, null Unannehmlichkeit, das sei nicht zu haben. Das stimmt. Wir alle wissen, dass hierbei immer bedacht werden muss, wie furchtbar, wie einschneidend die Anschläge des 11. September 2001 für Amerika waren, sind und bleiben - übrigens nicht nur für Amerika. Diese Anschläge galten der ganzen freien Welt, und nicht umsonst wurde damals der Bündnisfall der Nato ausgerufen. Aber ... auch dann gilt: Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Nicht alles, was tech-

nisch machbar ist, darf auch gemacht werden. Es muss immer die Frage der Verhältnismäßigkeit beantwortet werden, also: In welchem Verhältnis zur Gefahr stehen die Mittel, die wir wählen, auch und gerade mit Blick auf die Wahrung der Grundrechte in unserem Grundgesetz? ...

Um es noch einmal ganz klar und unmissverständlich zu sagen: Auf deutschem Boden hat man sich an deutsches Recht zu halten. Bei uns in Deutschland und in Europa gilt nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts. Das erwarte ich von jedem. Wenn das irgendwo nicht oder noch nicht überall der Fall sein sollte, dann muss es für die Zukunft sichergestellt werden.

Zitat Ende.

In einer Vorlage vom 7. August 2013 zum Thema - ich zitiere - „Agreement zwischen den Nachrichtendiensten über die Abgrenzung der beidseitigen Interessen“ berichtet mir der Abteilungsleiter 6 des Bundeskanzleramtes von Ergebnissen einer Reise von Vertretern des Bundesinnenministeriums, Staatssekretär Fritsche, des Bundeskanzleramtes, Herr Heiß - der Abteilungsleiter 6 -, des Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes, Herr Maaßen, des Präsidenten des BND, Herr Schindler, in Washington am 5. August 2013 und den dortigen Gesprächen mit dem Direktor der NSA, General Alexander, und dem Direktor der National Intelligence, General Clapper, Weißes Haus. In dieser Vorlage erläutert Herr Heiß unter anderem, dass der NSA-Chef bereit gewesen sei - ich zitiere aus der Vorlage -:

... eine Zusicherung abzugeben, dass auf deutschem Boden jederzeit deutsches Recht respektiert werde und keine gegenseitige Spionage stattfindet, möchte insofern aber eine beidseitige Erklärung erzielen. Hier käme ein „Agreement“ in Frage, in dem beide Seiten (Dienste)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- also die Dienste -

entsprechende Zusicherungen machen. Über das „Ob“ müsse allerdings die Politik entscheiden.

Zitat Ende.

In der folgenden Bewertung begrüßt Herr Heiß den Vorschlag für ein gegenseitiges Abkommen. Er führt darüber hinaus aus, dass es hilfreich sein könnte, wenn ich mit Präsident Obama insbesondere zu dem - Zitat - „ins Auge gefassten Agreement“ - Zitat Ende - vor einer von ihm, wie die amerikanischen Gesprächspartner erläutern hätten, für den Freitag der besagten Woche - das war der 9. August 2013 - geplanten Rede telefonieren könnte. Ich habe von einem solchen Telefonat auf höchster Ebene abgesehen. Es will ganz grundsätzlich sehr gut überlegt sein, wann und über welche konkreten Anliegen jeweils auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs gesprochen wird und wann nicht oder gegebenenfalls auch noch nicht, zumal dann, wenn es wie im vorliegenden Fall eine grundsätzliche Bereitschaft zu Gesprächen über ein Agreement zwischen den Nachrichtendiensten auf Arbeitsebene gegeben hatte.

Mit dieser Vorlage wird Bezug genommen auf das Thema, das mit dem in der Öffentlichkeit bekannten Begriff eines sogenannten No-Spy-Abkommens verbunden wird, mit dem der frühere Kanzleramtsminister Ronald Pofalla im Anschluss an eine Sitzung des PKGr am 12. August 2013 vom Angebot der US-Seite zum Abschluss eines solchen Abkommens die Öffentlichkeit informiert hatte.

Mitte Oktober 2013 - genauer: am 17. Oktober 2013 - teilte mir der Regierungssprecher mit, dass ihm von Journalisten des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* die Ablichtung eines Papiers gezeigt und gegeben worden sei, aus dem nach Annahme der Journalisten hervorgehen könne, dass ein Mobiltelefon von mir möglicherweise durch amerikanische Dienste überwacht werde. Ich habe daraufhin gebeten, den Sachverhalt an die Fachebene des Bundeskanzleramts zur Prüfung und Sachaufklärung weiterzugeben.

Am 23. Oktober 2013 habe ich mit dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama zu diesem Thema telefoniert. In einer Pressemitteilung desselben Tages teilte der Regierungssprecher zu diesem Telefonat unter anderem mit, dass ich solche Praktiken, sollten sich die Hinweise bewahrheiten, missbilligte und als völlig inakzeptabel ansähe. Im Übrigen hätte ich die Erwartung geäußert, dass die amerikanischen Behörden zum Gesamtumfang möglicher Abhörpraktiken die Fragen beantworten, die die Bundesregierung bereits vor Monaten gestellt habe, sowie für die Zukunft eine klare vertragliche Grundlage über die Tätigkeit der Dienste und ihre Zusammenarbeit.

Ich persönlich habe am folgenden Tag, dem 24. Oktober 2013, vor der Sitzung des Europäischen Rates im sogenannten Doorstep Statement, also den üblichen Statements vor den Ratssitzungen beim Hineingehen, unter anderem gesagt - ich zitiere -:

Ich habe, seitdem wir über die NSA sprechen, auch immer wieder gegenüber dem amerikanischen Präsidenten deutlich gemacht: Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht - das habe ich im Juni, als er in Berlin war, gesagt, auch im Juli und gestern in einem Telefonat -, und zwar aus dem Interesse für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.

Da geht es nicht vordergründig um mich, sondern da geht es vor allen Dingen um alle Bürgerinnen und Bürger.

Zitat Ende.

Dieser Punkt ist mir sehr wichtig. Natürlich - das ist ja auch nachvollziehbar und verständlich - hat die Tatsache, dass ein Mobiltelefon der Bundeskanzlerin plötzlich im Mittelpunkt der Debatte stand, besondere Aufmerksamkeit erfahren. Für mich persönlich war das aber gar nicht die zentrale Frage, zumal mir alle Kommunikationsformen von offen bis kryptiert zur Verfügung stehen und ich mein Kommunikationsverhalten stets dem Kommunikationsinhalt angemessen ausrichten kann und das auch tue. Für mich persönlich



Nur zur dienstlichen Verwendung

standen und stehen vielmehr die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt meiner Überlegungen, die es zu vertreten und zu schützen gilt, und zwar in der stets aufs Neue vorzunehmenden Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit, zwischen dem Schutz der Bürger vor Anschlägen auf Leib und Leben und dem Schutz der Bürger vor Angriffen auf ihre Privatsphäre.

In einer Vorlage vom 14. Januar 2014 wird mir der „Stand der Verhandlungen mit den USA“ zu der, wie es im Betreff heißt, „Vereinbarung zwischen BND und NSA sowie zu einer politischen Erklärung“ geschildert, also zu dem Thema, das als sogenanntes No-Spy-Abkommen bekannt ist. Staatssekretär Fritsche wies auf dieser Vorlage auf ein bevorstehendes Telefonat durch ihn mit der stellvertretenden Sicherheitsberaterin für Terrorismus, Lisa Monaco, hin.

Hierzu wurde mir in einer Vorlage vom nächsten Tag, also vom 15. Januar 2014, und einem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk zum Telefonat von Staatssekretär Fritsche mit Frau Monaco berichtet. Unter anderem hieß es darin - ich zitiere -:

Frau Monaco unterstrich, dass kurzfristig ... aus US-Sicht keine Einigung auf politischer Ebene möglich sei. Gleichzeitig betonte sie, dass die Verhandlungen auf Ebene der Nachrichtendienste fortgesetzt werden müssten. Im Lichte der Ergebnisse dieser Verhandlungen könne dann später geprüft werden, inwieweit sich daraus ausreichende Substanz für Gespräche auf politischer Ebene ergebe.

StF

- Staatssekretär Fritsche -

stimmte zu, dass noch vor der Rede des US-Präsidenten eine Einigung auf politischer Ebene nicht möglich sei. Gleichzeitig betonte StF,

- Staatssekretär Fritsche -

dass neben den Verhandlungen auf Ebene der Nachrichtendienste auch - möglicherweise in einem späteren Stadium - die Verhandlungen auf politischer Ebene fortgesetzt werden müssten. Dies gelte insbesondere mit Blick auf den bevorstehenden Besuch der BK'n

- Bundeskanzlerin -

bei Präs. Obama.

Zitat Ende.

Auf dieser Grundlage habe ich auch in meiner ersten Regierungserklärung zu Beginn der neuen Legislaturperiode am 29. Januar 2014 im Deutschen Bundestag zu diesem Thema gesprochen und unter anderem ausgeführt - ich zitiere aus dem Stenografischen Bericht des Deutschen Bundestages -:

Die Vorstellungen sind heute weit auseinander. Viele sagen, die Versuche für eine solche Vereinbarung seien von vornherein zum Scheitern verurteilt, ein unrealistisches Unterfangen. Mag sein. Mit Sicherheit wird das Problem nicht schon durch *eine* Reise von mir gelöst und abgeschlossen sein.

...

Ich führe - und das mit ... Nachdruck - diese Gespräche mit der Kraft unserer Argumente, nicht mehr und nicht weniger. Aber ich glaube, wir haben davon gute.

Zitat Ende.

Unsere guten Argumente haben dennoch, wie wir wissen, nicht so überzeugt, dass ich Ihnen heute von einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu einem sogenannten No-Spy-Abkommen berichten könnte, also zu einer Vereinbarung zur zukünftigen Zusammenarbeit der Nachrichtendienste. Davon informierte der Regierungssprecher im Rahmen seiner Regierungs-



Nur zur dienstlichen Verwendung

pressekonzferenz am 30. April 2014 - das war unmittelbar vor meinem Besuch in Washington - auch die Öffentlichkeit.

Am 3. Juli 2014 wurde ich vom Chef des Bundeskanzleramtes, Peter Altmaier, davon informiert, dass der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen einen Mitarbeiter des BND wegen des Verdachts der nachrichtendienstlichen Agententätigkeit eingeleitet hat. Mit einer Pressemitteilung des Bundespresseamts vom 10. Juli 2014 teilte der Regierungssprecher unter anderem mit, dass der Repräsentant der US-Nachrichtendienste an der US-Botschaft aufgefordert worden sei, Deutschland zu verlassen. Weiter wird in der Pressemitteilung ausgeführt, dass diese Aufforderung vor dem Hintergrund der laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts wie auch der Fragen zur Tätigkeit von US-Nachrichtendiensten in Deutschland ergangen sei.

Im ZDF-Sommerinterview am 13. Juli 2014 antwortete ich auf die Frage, wie ich reagiert hätte und ob ich verärgert gewesen sei, als ich gehört hätte, dass die CIA möglicherweise einen Spion im Bundesnachrichtendienst gehabt habe, unter anderem so - ich zitiere aus der stenografischen Mitschrift des Interviews -:

Ach da geht es nicht um verärgert, sondern es ist für mich noch einmal ein Beleg, dass wir über die Arbeit der Nachrichtendienste grundsätzlich unterschiedliche Vorstellungen haben.

Ich glaube, dass Nachrichtendienste im 21. Jahrhundert sich auf die wichtigen Sachen konzentrieren sollten. Und wir arbeiten mit den Amerikanern sehr eng zusammen. Ich möchte auch, dass das fortgesetzt werden kann, denn Deutschland profitiert natürlich von dieser Zusammenarbeit, auch was Terrorismusbekämpfung und andere Dinge angeht.

Aber wir leben nicht mehr im Kalten Krieg ..., sondern wir sind heute ganz anderen Bedrohungen ausgesetzt, asymmetrischen Bedrohungen. Und wenn ich da an

die Terrorismusbekämpfung, an das, was jetzt mit „Isis“ im Irak passiert, an Afghanistan und an so viele andere Dinge denke, dann sollten wir uns auf das Wesentliche konzentrieren.

Zitat Ende.

Und wenn ich heute ergänzen darf: Das Wesentliche ist für mich nicht eine möglichst breite Überwachung von Verbündeten und ihren Institutionen - das ist eine Vergeudung von Kraft und Energie -, sondern zum Beispiel eine Überwachung im Zusammenhang mit IS und anderen furchtbaren Bedrohungen unserer Art zu leben.

Einige, man kann sagen: etliche Monate später, im März 2015, wurde ich vom Chef des Bundeskanzleramts davon informiert, dass er wiederum von Staatssekretär Fritsche davon unterrichtet worden sei, dass bislang unbekannt NSA-Selektoren auch vom BND gesteuert worden seien. Der Kanzleramtsminister drängte auf umfassende Aufklärung. Am 22. April 2015 konnte er dem PKGr einen ersten Bericht erstatten.

Einen Tag später, am 23. April 2015, erklärte der Regierungssprecher in einer Mitteilung des Bundespresseamts, dass das Bundeskanzleramt zu dem an dem Tag in Presseveröffentlichungen thematisierten Vorgang mit dem Bundesnachrichtendienst seit mehreren Wochen in Kontakt gestanden habe und diesen angewiesen habe, den komplexen Sachverhalt vollständig aufzuklären. Im Rahmen seiner Dienst- und Fachaufsicht habe das Bundeskanzleramt technische und organisatorische Defizite beim BND identifiziert und unverzüglich Weisung erteilt, diese zu beheben. Nach wie vor gebe es keine Hinweise auf eine massenhafte Ausspähung deutscher und europäischer Staatsbürger.

Da bezüglich der Selektoren der NSA die sogenannte Third Party Rule gilt, die eine Herausgabe der Selektoren ohne ausdrückliche Zustimmung der USA unmöglich macht, wurden umfangreiche Konsultationen mit den USA durchgeführt. Die USA stimmten einer Herausgabe der Selektoren an den Untersuchungsausschuss nicht zu.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deshalb wurde in Abstimmung mit dem Untersuchungsausschuss Dr. Kurt Graulich durch Kabinettsentscheidung am 8. Juli 2015 als unabhängige sachverständige Vertrauensperson zur Untersuchung der NSA-Selektoren bestimmt. Er übermittelte seinen Bericht dem Untersuchungsausschuss am 29. Oktober 2015.

Anfang Oktober 2015 unterrichtete mich der Kanzleramtsminister über den Sachverhalt, dass der BND auch eigene, bis dahin nicht bekannte Selektoren gesteuert habe. Das PKGr wurde davon unterrichtet. Zur Untersuchung dieses Sachverhalts richtete das PKGr eine Taskforce ein.

Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mit Auszügen aus einem Interview von mir mit der *Süddeutschen Zeitung* am 30. Mai 2015, also wenige Wochen nachdem die Entwicklungen zu den vom BND gesteuerten NSA-Selektoren ans Tageslicht gekommen waren, schließen. Ich zitiere kurz zusammengefasst aus meinen Antworten auf mehrere Fragen dieses Interviews:

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir im Interesse der Sicherheit unserer Bürger die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika wie auch mit den europäischen Partnern brauchen. ... Ich bin überzeugt, dass nachrichtendienstliche Tätigkeit jedem von uns Sicherheit und Schutz gibt. Ich habe im Juli 2013 gesagt, dass der Zweck nicht die Mittel heiligt. Das steht hinter meinem Satz, dass das Abhören von Freunden nicht geht. Das gilt unverändert. ... Mein politischer Satz beschreibt ganz offensichtlich einen anspruchsvollen Grundsatz, dennoch halte ich ihn für wichtig.

Diese Gedanken, diese Sätze haben auch bezogen auf den gesamten Komplex, der im Oktober bekannt gewordenen Steuerung eigener Selektoren des BND ihre Gültigkeit. Sie waren und sind mir bezogen auf das gesamte Thema, das mit den ersten Presseberichten Anfang 2013 bekannt wurde,

wichtig und bestimmen mein Handeln. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Frau Bundeskanzlerin. - Sie haben mit Ihrem Eingangsstatement ja im Grunde den ganzen Untersuchungszeitraum abgedeckt. Trotzdem hätte ich noch einige Fragen; das werden Sie verstehen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mich würde interessieren: Als im Jahre 2013, im Sommer, die Enthüllungen von Edward Snowden begannen, ja auch in die Presse gingen, wir überall wahrnahmen „Breaking News“ - das ließ sich ja kaum übersehen -, welchen Eindruck hatten Sie just in dem Moment? Es war ein aufreibender Sommer 2013 mit vielen Themen, und dann kommt so etwas. Sagt man da: „Das jetzt auch noch“, oder wie ist dann so ein erstes Gefühl, wenn so eine Breaking News über einen hereinbricht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ich glaube, ich verfüge über genügend Erfahrung, dass mir klar war, dass das ein bedeutsamer Sachverhalt ist, der die Bundesregierung auch für eine bestimmte Zeit beschäftigen wird. Das war von Anfang an klar. Ich habe mich ein bisschen - wenn Sie schon nach Gefühlen fragen, was ja, ich sage mal, nicht der zentrale Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist - auch da gefühlt wie zu der Zeit, als wir über die Spenden der CDU gesprochen haben, wo man immer alles über die Zeitung erfahren hatte und keine eigene Sachverhaltsdarstellung - - Das heißt, man war immer wieder von den Presseerklärungen abhängig. Das ist dann natürlich für jemanden, der Verantwortung trägt innerhalb der Bundesregierung, so, dass für mich die Aufgabe bestand, alle, die zur Aufklärung beitragen könnten, zu bitten - und das hat dann vor allen Dingen der Chef des Kanzleramtes, der ja für diese Fragen auch zuständig ist, getan -, dass möglichst schnell Aufklärung herbeigeschafft wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei vielen von den Nachrichten, die ja in der Zeit erschienen, da musste man fragen: Stimmt das? Kann



Nur zur dienstlichen Verwendung

das sein? - Ich erinnere mich an die Nachricht mit 580 Millionen Daten von Deutschen, die ausspäht wurden, was sich ja im Nachhinein so als nicht richtig herausgestellt hat. Aber wie war die Situation? Sie sagten, der Chef des Kanzleramtes war da in der Verantwortung, das zu machen. Was hat er denn 2013 veranlasst, damals Ronald Pofalla?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe Ihnen ja gesagt: Die erste Vorlage, die mich erreicht hat, die brachte dann eben zu den immer wieder genannten Worten Prism und Tempora keine vernünftige Aufklärung. Das hat dann bei mir auch relativ schnell - ich habe ja über meine Pressekonferenz am 19. Juli berichtet - dazu geführt, dass ich mir vor Augen geführt habe: „Was ist meine Aufgabe in dem Zusammenhang, und was sind Aufgaben, die von den Fachexperten zu leisten sind?“? Deshalb habe ich in dieser Pressekonferenz am 19. Juli 2013 bereits gesagt, dass ich nicht die Absicht habe, jetzt mich in die Tiefen und Untiefen von Prism und anderen Programmen zu versteifen, sondern dass ich meinen politischen Auftrag im Auge haben muss: Geht es hier um eine massenhafte Ausspähung von Bürgerinnen und Bürgern? Was wird getan?

Ich habe ja von Anfang an - deshalb auch schon am 3. und 4. Juli - immer wieder gesagt, was mein Maßstab war, und mein Maßstab war, dass unter Freunden das Ausspähen nicht geht, und wenn es stattfindet, wie sich ja dann im weiteren Verlauf dargestellt hat, dass dann eingeschritten werden muss. Eine Folge - sehr viel später; den Zeitpunkt kann ich jetzt nicht ganz genau sagen -, war ja dann auch, nachdem da der Agent oder nachrichtendienstliche Agent -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Markus R.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - der USA im BND war, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Markus R.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - dass wir gesagt haben: 360-Grad-Blick auch von deutscher Seite, also die klare Umsetzung dieser Grundsätze: Verhältnismäßigkeit, der Zweck heiligt nicht die

Mittel, und wir sind Partner in einem gemeinsamen Kampf, aber nicht Staaten, die sich gegenseitig ausspähen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt sind wir schon bei dem Satz im Grunde „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.“ Jetzt wird auf der einen Seite gesagt: „Mensch, wie kann man so einen Satz sagen, wenn der Bundesnachrichtendienst doch auch zum Beispiel Ziele in der EU auf dem Schirm hat oder NATO-Partner?“? Auf der anderen Seite ist bei den Zeugenvernehmungen deutlich geworden, dass gerade der Satz im BND die Unterabteilung oder Abteilung TA erst mal aufgerüttelt hat und man nachgedacht hat: Mensch, machen wir nicht auch das eine oder andere, was wir bei sogenannten NSA-Selektoren kritisieren?

Sie haben es in Ihrem Eingangsstatement gesagt und gerade auch noch mal. Aber vielleicht noch etwas deutlicher: Was haben Sie mit dem Satz bezweckt? Der schien mir ja nicht völlig spontan gehalten zu sein, sondern da bezweckten Sie doch etwas mit, oder nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Der hat meine - - Also, er hat meine Überzeugung wiedergegeben, die ich davon habe, was Nachrichtendienste tun sollten und was sie nicht tun sollten. Insofern war er spontan, aber auch auf einem bestimmten Wertefundament gesagt. Da habe ich nicht lange nachgedacht. Ich habe ja auch nichts gewusst, wissen können oder überhaupt mich jemals damit beschäftigt, was dort gemacht werden könnte. Wenn dieser Satz im BND, wie Sie jetzt sagen, zum Nachdenken geführt haben sollte, dann war er noch richtiger platziert, als er sowieso platziert war. Er erschien mir damals eher als eine Trivialität aus deutscher Perspektive.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte mir natürlich gewünscht, dass schon der Kanzleramtsminister und seine Weisungen deutlicher zum Nachdenken im BND geführt hätten als die Aussage der Kanzlerin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die war ja schon am 3. Juli. Also, das war ja relativ früh.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Insofern sind dann auch die entsprechenden Weisungen, glaube ich, schon erfolgt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber jetzt will ich noch mal so ein bisschen in die nachrichtendienstliche Praxis gehen. Man muss ja schon annehmen, dass, wenn man sich in Berlin bewegt, auch vielleicht Partner, mit denen man gemeinsame Ziele verfolgt, zum Beispiel in der Terrorismusbekämpfung, im Kampf gegen den IS beispielsweise, andererseits in Berlin Interessen haben, an Informationen dranzukommen, also dass Briten, Franzosen - sie gehören jetzt zwar nicht zum Untersuchungsgegenstand, aber viele andere Nationen -, Chinesen usw. - die jetzt nicht unsere Partner und vielleicht, nachrichtendienstlich gesehen, unsere Freunde sind - auch ein Interesse haben an Informationen im politischen Berlin, wo es ja auch viele Wirtschaftsrepräsentanzen gibt etc., an Informationen dranzukommen. Also, die Meinung, man ist da so im Gentleman-Fairness-Bereich, die wollten Sie ja nicht ausdrücken, sondern was ist die Message noch?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich kann es gerne noch mal wiederholen: dass Ausspähen unter Freunden aus meiner Sicht nicht geht. Da sind wir dann ja im Zuge der weiteren Zeitabläufe - und daran hat der Untersuchungsausschuss ja auch mitgewirkt, muss man sagen, durch seine Beweisbeschlüsse - auf Dinge gestoßen, die gegen diesen Satz verstoßen. Deshalb ist er nicht falsch. Er hat mich geleitet, und ich muss sagen: Alles, was Sie dann auch im Weiteren und wir im Weiteren gemacht haben, macht diesen Satz ja eher richtiger als falsch - dass wir das nicht wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Als die Amerikaner dann - ich glaube, das kann man wirklich als gegeben inzwischen hinnehmen nach den Zeugenaussagen - das No-Spy-Abkommen mit der deutschen Seite diskutierten - ob das jetzt No-Spy-Abkommen in diesen Gesprächen hieß oder wie auch immer; ich habe das auch die anderen Zeugen gefragt -, was könnte eine Motivation aus Ihrer Sicht sein, dass die Amerikaner etwas ansprachen, was sie ja so mit noch keiner

Nation abgeschlossen haben, 2013, nachdem ihnen ja durch Edward Snowden eigentlich das größte Datenleck passiert war? Das ist ja nicht gerade vertrauensaufbauend im Verhältnis zu anderen Nachrichtendiensten, wenn einem großen Nachrichtendienst so viele Daten abhandeln kommen. Könnte das eine Motivation gewesen sein der amerikanischen Seite, auf Diensteebene zu sagen: „Komm, wir gehen jetzt mit unserem ‚guten‘ - in Anführungsstrichen - ‚Partner Deutschland auf so ein Abkommen ein, weil wir ihn auch brauchen‘? Auch umgekehrt brauchen die Amerikaner ja vielleicht auch die gute Kooperation mit uns Deutschen.“

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe mich erst mal mit unseren Interessen befasst. Wir hatten Aufklärungsbedarf, und wenn wir schon das, was geschehen war - - Also, die Aufklärung reicht nicht, und ob wir die Aufklärung bekämen, war ja auch nicht klar. Aber da musste ja wenigstens der Versuch unternommen werden ernsthaftesterweise, für die Zukunft eine klare Aussage darüber zu bekommen, auf welcher Basis wir kooperieren. Also, mich hat mehr das eigene Interesse geleitet, und ich habe mich mit den Motivationen der anderen weniger befasst.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil, wenn ich die Zeugenaussagen bisher richtig verstanden habe, dann ist bis Ende 2013 verhandelt worden über so ein Abkommen. Es gab Textbausteine, die ausgetauscht worden sind - Sie haben das ja eben auch noch mal gesagt -, bis in den Januar 2014. Auch Außenminister Steinmeier war noch mal unter anderem mit diesem Thema im Gepäck in den USA. Dann hat es auf politischer Ebene die Zeichen gegeben - auch nicht zuletzt vermutlich durch die Rede von Barack Obama selber -, dass man doch zu so einem Abkommen nicht kommen wird. Hat man vielleicht die Gelegenheit nicht schnell genug und entschlossen genug politisch beim Schopf gepackt? Hätte man nicht sagen können: „Komm, wir machen das jetzt“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich glaube schon, dass sehr - - Oder ich bin davon überzeugt, dass sehr intensiv daran gearbeitet wurde. Ich habe Ihnen die Berührungspunkte, die ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit der Sache hatte, hier in meinem Eingangstatement genannt. Ich hatte aber nicht den geringsten Zweifel, dass meine Mitarbeiter da intensiv dran arbeiten. Auch da kann ich wieder die Motivation nicht erkunden. Ich habe auch ja nicht den Überblick über all die Zeugenaussagen. Ich habe die jetzt nicht alle studiert, sondern habe Ihnen gesagt, was ich gelesen habe im Vorfeld. Ich kann nur sagen: Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass von deutscher Seite daran entschieden gearbeitet wurde. Und zu einem bestimmten Zeitpunkt musste man feststellen, dass unsere Erwartungen nicht mit denen übereinstimmten, sodass wir mit der amerikanischen Seite irgendetwas Essenzielles abschließen konnten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber jetzt frage ich noch mal nach: Sie haben auch in der Erinnerung aus der Zeit Herbst/Winter 2013, Anfang 2014 Erinnerungen an konkrete Verhandlungen nicht erst aus dem Aktenstudium zur Vorbereitung der Sitzung? Weil ja immer wieder der Vorwurf im Raume stand, dass der Kanzleramtsminister damals, ohne dass es solche Verhandlungen gegeben hätte, einfach dieses Thema beenden wollte; es hätte nie Verhandlungen gegeben. Hat es die gegeben aus Ihrer Erinnerung? Wissen Sie das, oder ist das eine Finte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe Ihnen ja gesagt: Also, mit der Vorlage vom 7. August, die mich erreicht hatte, war ja nun vollkommen klar, dass es Verhandlungen gegeben hat. Ich persönlich bin dann lange nicht informiert worden, habe aber nicht den geringsten Zweifel daran, dass weitergearbeitet wurde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, da sind dann andere Zeugen für Sie wahrscheinlich aussagekräftiger gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich teile das, weil das Zeugen wie Herr Steinmeier, Herr Pofalla, Herr Fritsche, Herr Altmaier, Herr Heiß auch gesagt haben; aber ich wollte Ihnen auch die Chance geben, Ihre Meinung zu sagen, wenn Sie das anders sehen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich möchte mich auf das beziehen, was bei mir dann immer ankam, und aus der Tatsache, dass nicht ankam, dass es nicht verhandelt wird, habe ich natürlich geschlossen, dass weiterverhandelt wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Im Januar war es dann ja auch so weit. Das war ja die Zeit, wo wir uns im Wesentlichen mit Koalitionsverhandlungen beschäftigt haben. Parallel ist natürlich die Arbeit trotzdem fortgesetzt worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Erinnern Sie sich, wann das Thema No-Spy-Abkommen dann erledigt war? Sind Sie da unterrichtet worden im Sinne von: „Frau Bundeskanzlerin, das wird nichts mehr“, jetzt Endmeldung sozusagen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ich habe ja gesagt: Wir hatten dann am 14./15. Januar noch mal die Meldungen, die darauf hindeuteten, dass es sich schwierig gestaltete. Dann habe ich in der Regierungserklärung zum Beginn der Legislaturperiode ja schon gesagt, dass die Vorstellungen weit auseinandergehen, dass ich aber mich noch nicht sozusagen damit einverstanden ergeben möchte, dass es zum Scheitern verurteilt ist und dass wir mit Nachdruck diese Gespräche mit der Kraft unserer Argumente weiterführen und ich auch weiterhin glaube, dass wir gute Argumente haben. Dann am 30.04. war die Situation so, dass mir die Einschätzung gegeben wurde - die der Regierungssprecher dann auch geäußert hat -, dass wir nicht so weiterkommen, dass man Hoffnung machen kann auf ein solches Abkommen in kurzer Zeitfrist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ein Blick mal auf jetzt Ihr eigenes Handy. Das ist medial natürlich ein Ereignis gewesen, weil es die ganze Chronologie noch steigerte. Nicht nur wir alle waren im Fokus, sondern auch die Regierungschefin, die Bundeskanzlerin; Ihr Handy ist abgehört worden. Sie haben auch in Ihrem Eingangstatement etwas dazu gesagt. Was haben Sie rausgekriegt über das Abhören Ihres Handys? Der Generalbundesanwalt hat sich ja etwas schwergetan, und auch für uns ist das nicht ganz leicht;



Nur zur dienstlichen Verwendung

nachrichtendienstlich sprechen wir von „Plausibilitäten“. Können Sie uns dazu mehr sagen? Wie plausibel ist es aus Ihrer Sicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dazu kann ich mich nicht äußern. Ich habe nur festgestellt, dass nichts Beweisbares rausgekommen ist; das hat ja dann auch den Generalbundesanwalt dazu geführt, das Verfahren einzustellen. Ich habe dann zur Kenntnis genommen, dass die amerikanische Regierung gesagt hat, dass mein Handy nicht abgehört wird und in Zukunft nicht abgehört werden wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Eine Differenzierung, zwischen welchem Handy, hat die amerikanische Regierung nicht vorgenommen bei diesem Statement?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Über die öffentlichen Äußerungen hinaus kann ich dazu nichts sagen. Ich habe sozusagen meine Einschätzung des Sachverhalts dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ja mitgeteilt in dem Telefonat, von dem ich auch zitiert habe. Darüber hinaus kann ich nichts sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der amerikanische Präsident hat ja dann auch - zwar nicht als Wortzitat, aber sinngemäß - gesagt: „Wir müssen uns nicht dafür entschuldigen, dass wir mehr können als andere“ in seinem Statement auf die Nachrichtendienste bezogen. Wenn ich mal jetzt das Thema „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“, was ich als politische Zielsetzung für richtig erachte, mit der Faktizität, dass Nachrichtendienste das machen, was sie machen, und das ist immer strafbar - nachrichtendienstliche Tätigkeit in einem anderen Land; ich kenne kein Land, das sagt, das ist okay; das ist in jedem Land unter Strafe gestellt -, und der Tatsache, dass die amerikanische Administrative, egal wer Präsident ist, deutlich den Schutz der amerikanischen Bürgerinnen und Bürger auch dadurch durchsetzen möchte, dass sie intensiv nachrichtendienstliche Arbeit macht - - Was ist jetzt die Konsequenz der Bundesregierung daraus zum Schutz von Bürgerinnen und Bürgern, zum Schutz von Geheimnissen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, die eine Konsequenz war, dass wir zum Beispiel die 360-Grad-Überwachung für alle Partner eingeführt haben, weil wir eben nicht mehr sicher sein konnten, dass unser Verständnis, dass Abhören unter Freunden gar nicht geht, auch überall so eingesehen wird. Die zweite Konsequenz war, wie Sie schon gesagt haben, dass natürlich sozusagen strafrechtliche Verfahren gegen den entsprechenden Agenten eingeleitet wurden und wir damit deutlich machen, dass das unserer Auffassung nicht entspricht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Bezüglich des BND selber: Als sich dann herausstellte peu à peu, da waren ja auch Ziele, die wir eigentlich nicht erwartet hätten, mit - ich sage das jetzt mal untechnisch, um da nicht etwas zu präjudizieren - im Köcher - EU-Ziele, Botschaften beispielsweise, oder Einrichtungen der NATO oder was auch immer -, wie war da Ihre Reaktion, als Sie das herausfanden oder mitbekamen, gemeldet bekamen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da war mir ja unmittelbar klar, dass das mit meinem politischen Obersatz, den ich für richtig halte, nicht vereinbar war, weder die Steuerung der NSA-Selektoren - dass man da nicht stärker nachgefragt hat - noch die Steuerung dann auch noch eigener Selektoren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil ich habe, wenn Sie zu Recht unterscheiden zwischen NSA-Selektoren und eigenen Selektoren, ja einen gewissen Verdacht. Der drückt sich dahin aus, dass man nicht böswillig war und gesagt hat: „Komm, wir machen das mal, weil wir einfach mal hören wollen“, sondern dass man Anfang der 2000er, als man die technische Expertise steigern wollte in den Kooperationen mit den amerikanischen Partnern, noch nicht eben so gut war, dass man das ein oder andere mitkriegte - da sind Selektoren vielleicht untergeschoben worden -, aber dass man auch dann bei der Pflege sowohl der Datenbanken mit den NSA-Selektoren als auch mit den BND-eigenen Selektoren etwas vielleicht lax war und das, was im Topf drin war, auch drin ließ und der Topf immer mehr anwuchs und man den Überblick verloren hatte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Haben Sie im Nachgang dieses ganzen Komplexes selber das mal hinterfragt, oder hat der Staatssekretär im Kanzleramt, Herr Fritsche, Ihnen diesbezüglich eine Vorlage gemacht, Sie unterrichtet? Weil das hat doch wahrscheinlich das Kanzleramt interessiert: „Warum kommt so was zustande?“, nicht nur, dass etwas entgegen dieser richtigen Aussage war: Das machen wir nicht. - Allein aus Ressourcengründen macht es keinen Sinn, die Freunde auf dem Schirm zu haben, wenn es genug Terroristen auf der Welt gibt und man begrenzte Ressourcen hat. Aber da muss es ja irgendwie - - Also, ich frage immer nach der Motivation: „Wie kommt so was zustande?“, um es dann hinterher abstellen zu können? Hat man da hinterfragt, warum der BND - - warum da so was passiert ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn etwas passiert, was ich für falsch halte, dann, ehrlich gesagt, ist die Motivation mir auch egal. Und jetzt - - Die Verdächtige, die können Sie aus den vielen Zeugenbefragungen haben. Dazu kann ich nichts sagen. Ich habe gehört, dass diese beiden Sorten Selektoren - - also das eine im März, das andere dann später im Oktober in - - dass das stattfand, und mit der Information war auch die Einschätzung des Kanzleramtsministers klar, dass das nicht geht. Insofern war da nur noch zu reagieren. Deshalb war unsere Presseerklärung ja auch, die sozusagen von Defiziten beim BND, technischen, organisatorischen Defiziten - - Die wurde ja selbst in der Öffentlichkeit - daran erinnere ich mich noch - als relativ harsch eingestuft, und das war auch das Verständnis. Die weiteren Dinge, die daraus zu schlussfolgern waren, die habe ich nicht durchgesetzt, weil es nicht meine Verantwortlichkeit ist. Das hat der Kanzleramtsminister gemacht, zusammen mit Herrn Fritsche und den betroffenen Mitarbeitern im Bundeskanzleramt in der Abteilung 6, und darauf habe ich mich auch verlassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich fand die Pressemeldung damals auch relativ deutlich, aber auch gerechtfertigt vor dem Hintergrund, dass es aus meiner Sicht sicherlich vorkommen kann, dass Dinge falsch laufen; wer was macht, macht auch Fehler, insbesondere wenn es komplexe Sachverhalte sind. Aber wenn so etwas doch

über Jahre dementsprechend in der Linie, wie man meldet, eben nicht hochdringt, dann ist das für mich der ärgerliche Punkt. Ist das auch für Sie der ärgerliche Punkt gewesen? Weil Sie hatten ja eine klare Ansage gemacht, und dann erfährt man irgendwann: Mensch das hat auch der eigene BND gemacht, vielleicht nicht böswillig - however -, aber er hat es gemacht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na gut, das fällt unter organisatorisches Defizit oder eben technisches. Das kann ich nicht einschätzen, wer was beurteilen konnte. Aber auf jeden Fall fällt es unter Defizit. Dann kann man Defizite am besten abstellen, indem man sie nicht beschönigt, sondern benennt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich möchte zu einem letzten Themenkomplex kommen, weil er eben auch in diesem Untersuchungsausschuss infrage steht und weil er eben auch politische Implikationen hat. Das ist das Thema „Drohnen und Ramstein“. Wir hatten einen Zeugen hier, der beschäftigt war mit dem Thema Drohnen, der als jemand, der mit, wenn eine Drohne gesteuert wird, die Erfassungssysteme gesteuert hat - das war der Zeuge Brandon Bryant -, in das Thema involviert war. Der hat uns gesagt: Von Ramstein wurden zwar keine Drohnen gestartet unmittelbar; sie wurden auch nicht aus Ramstein gesteuert, sondern aus den USA. Aber Ramstein brauche man, weil Ramstein als sogenannte Relaisstation funktioniert. Weil die Erde halt rund ist und da auch Signale eben geleitet werden müssen, deswegen braucht man Ramstein. Wenn er Drohnen mitgeflogen ist, dann war Ramstein oft im Spiel.

Wäre das nicht etwas gewesen, wenn ich das jetzt mal so kurz schildere - Sie sind sicherlich im Sachverhalt -, wo man politisch auch hinterfragen muss: Ist das richtig, was da von deutschem Boden oder auf deutschem Boden passiert, wenn ein Stützpunkt der Vereinigten Staaten als Relaisstation für den Einsatz von Drohnen genutzt wird? Ist das ein Thema für die Bundesregierung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, wenn ich richtig informiert bin, ist es nicht der unmittelbare



Nur zur dienstlichen Verwendung

Gegenstand des Untersuchungsausschusses. Habe ich da recht?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, also, das Thema Drohnen, geheimer Krieg - - So bezeichnet - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber ich weiß, dass hier schon drüber gesprochen wurde. Es wird ja an vielen Stellen darüber - - Aber ich wollte - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir hatten auch einen Zeugen dazu.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, gut, das kann auch sein. Aber ich wollte nur fragen, ob ich recht annehme, dass es sozusagen in den - wie heißt das? - Beweisbeschlüssen - oder was weiß ich - und im Untersuchungsgegenstand nicht enthalten ist.

(Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es kommt darauf an!)

Ich kann dazu nur Folgendes sagen - das ist ja auch in vielen Regierungspressekonferenzen diskutiert worden -: Die entsprechenden verantwortlichen Ressorts haben dazu ihre Aussagen gemacht, und dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber weiteren Bedarf, zum Beispiel mal zu gucken, was da auf der Airbase in Ramstein passiert, sehen Sie oder das Auswärtige Amt, was dafür vielleicht zuständig wäre, oder das BMVg oder Sie als Bundesregierung nicht derzeit?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe den Aussagen, die bisher getroffen wurden, nichts hinzuzufügen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Ich wäre am Ende meiner Fragen, weil ich vermute mal, dass die Fragen der Fraktionen auch da sind. Wir beginnen jetzt mit der ersten Frak-

tion. Das ist die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner beginnt. - Wenn Sie, Frau Bundeskanzlerin, mal eine Pause brauchen irgendwann, sagen Sie Bescheid; sonst kommt eine Frage nach der anderen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Noch reichen die Kräfte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Davon gehe ich aus. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herzlich willkommen von mir auch, Frau Bundeskanzlerin! - Haben Sie sich eigentlich bei Frau Clinton, Herrn Kerry, Herrn Hollande, Herrn Fabius und Herrn Netanjahu entschuldigt, entschuldigt dafür, dass diese befreundeten Politikerinnen und Politiker durch den Bundesnachrichtendienst abgehört wurden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Warum ist das unterblieben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe meine öffentlichen Äußerungen gemacht, und wir haben die entsprechenden Dinge eingeleitet, wie ich sie ja auch dargestellt habe, und das spricht für sich.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber wenn Sie sich mit der BND-Selektoren-Problematik beschäftigt haben, haben Sie ja sicherlich festgestellt, dass unter den Spionagezielen eben nicht nur ganze Regierungsstellen waren, sondern eben auch einzelne Politiker, Abgeordnete, Parlamente und dass in dem Rahmen - - dass darunter viele waren, mit denen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit seitens der Bundesrepublik insbesondere in Sicherheitsfragen essenziell notwendig ist. Wäre es da nicht diplomatisch und auch persönlich angemessen gewesen, sich für diese Praxis des BND zu entschuldigen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich Herr Wolff, Frau Bundeskanzlerin, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich kann es mir schon denken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wahrscheinlich, weil es um eingestufte Sachverhalte auch gehen mag. - Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Darf ich?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, klar.

MR Philipp Wolff (BK): Ich will nur darauf hinweisen: Ich gehe davon aus, Sie zitieren aus Presberichten, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Natürlich.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Jetzt geht es um die Entschuldigung!)

MR Philipp Wolff (BK): Es geht um entsprechend eingestufte - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, alle Namen, die ich genannt habe - darauf habe ich natürlich geachtet im Vorfeld -, sind auch schon in der Öffentlichkeit genannt worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Trotzdem bleiben die Sachverhalte selber natürlich eingestuft.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber die Frage, ob sie sich entschuldigt hat, nicht!)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau, und die hatte ich ja schon so eindeutig wie nur möglich beantwortet, mit einem Nein. Außerdem habe ich mich - - Sie haben gesagt: wenn ich mich mit den BND-Selektoren beschäftigt habe. Ich habe mich mit den Selektoren im Einzelnen nicht beschäftigt -

Martina Renner (DIE LINKE): Oh, schade.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und habe nur den Kanzleramtsminister darin ermutigt, entschieden dabei vorzugehen, damit dann die notwendigen

Informationen, die ja auch von Ihnen eingefordert waren, auch an Sie gelangten, soweit das möglich war.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich weiß, dass sicherlich die Zeit knapp ist. Aber ich würde empfehlen, sich wirklich mit den BND-Selektoren zu beschäftigen, weil wir es weiterhin für ein -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe - -

Martina Renner (DIE LINKE): - ich sage das mal ganz deutlich - großes Problem empfinden, ein auch demokratietheoretisches Problem, wenn insbesondere Einrichtungen wie Parlamente durch den Bundesnachrichtendienst abgehört werden. Aber Sie haben sich da jetzt eindeutig geäußert. Ich will da nicht weiter insistieren.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, und ich gehe auch davon aus, dass auch Ihr Tun mit dazu beigetragen hat, dass so etwas in der Zukunft nicht geschieht. Wir haben inzwischen auch eine klare rechtliche Grundlage durch das neue BND-Gesetz, und insofern schaue ich in die Zukunft.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja! Haben Sie sich das mal angeguckt?)

Martina Renner (DIE LINKE): Zum Thema „Abhören des Mobiltelefons durch die NSA“. Haben Sie damals in diesem Zusammenhang neben Herrn Präsident Obama auch mit anderen zum Beispiel Regierungsspitzen in Europa telefoniert, um abzuklären, ob dort ähnliche Erfahrungen oder Sorgen vorliegen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nicht. - Kennen Sie eigentlich den Prüfbericht der Datenschutzbeauftragten zur Zusammenarbeit in Bad Aibling zwischen NSA und Bundesnachrichtendienst?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, dass dort die Bundesdatenschutzbeauftragte von 18 gravierenden Rechtsverstößen spricht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist etwas anderes als eben der Vorsitzende sagte, man war ein bisschen lax. Es geht hier um Rechtsbruch durch den Bundesnachrichtendienst, insbesondere in der Kooperation mit der NSA: Eingriff in das Fernmeldegeheimnis zum Beispiel, aber auch vieles andere mehr.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie gesagt, ich kenne den Bericht nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Hätte man sich dazu nicht informieren lassen müssen, weil die Forderung nach Konsequenzen aus dem Abhörskandal und die Forderung auch nach Konsequenzen aus den Feststellungen des Untersuchungsausschusses stehen ja im Raum. Sie kennen sicherlich auch das Unverständnis darüber, dass lediglich Herr Schindler - wir wissen leider bis heute nicht, weswegen; Sie vielleicht - entlassen wurde, es keinerlei organisatorische, strukturelle oder personelle Konsequenzen im Bundesnachrichtendienst gegeben hat. Ist darüber mal diskutiert worden, ob man mehr machen muss, wenn es so etwas gibt wie „Eigenleben der Technischen Aufklärung“ - ein feststehender Terminus mittlerweile hier im Untersuchungsausschuss -, als das BND-Gesetz der Praxis anzupassen und Herrn Schindler in den vorzeitigen Ruhestand zu schicken?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass mehr geschehen ist, als das BND-Gesetz der Praxis anzupassen. Wir haben jetzt einen Untersuchungsausschuss. Ich bin die letzte Zeugin. Sie werden Ihre Schlussfolgerungen aus diesem Untersuchungsausschuss ziehen. Erste Schlussfolgerungen sind durch die neue Fassung des BND-Gesetzes gezogen worden. Es gibt einen neuen Präsidenten des BND. Das ist mir vom Kanzleramtsminister vorgeschlagen worden, dass er das so handhaben möchte. Dem habe ich zugestimmt. Wenn Sie in Ihrem Abschlussbericht Hinweise, Empfehlungen haben, dann werden wir das wie

bei anderen Untersuchungsausschüssen, zum Beispiel NSU-Untersuchungsausschuss, natürlich auch sehr sorgfältig als Bundesregierung prüfen, ob weiterer Handlungsbedarf besteht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie schätzen Sie eigentlich die Kontrolltätigkeit des Bundeskanzleramtes gegenüber dem Bundesnachrichtendienst ein?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich vertraue meinen Mitarbeitern.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie eine Erklärung dafür, dass die zuständigen Mitarbeiter in den betreffenden Referaten, aber auch in der Abteilungsspitze bis zum Veröffentlichen der Snowden-Dokumente von der Praxis der NSA wie des Bundesnachrichtendienstes hinsichtlich insbesondere dieser Selektorenproblematik nichts wissen wollten? Haben Sie eine Erklärung dafür, dass - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Eine Erklärung, nein. Ich habe - - Wie gesagt, wir haben uns damit befasst nach Bekanntwerden aus Presseberichten, in der jeweiligen Zuständigkeit die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Ich habe von Anfang an eine sehr klare politische Vorgabe gemacht, und der Kanzleramtsminister und der Koordinator für die Dienste haben dann mit den Mitarbeitern in Richtung BND natürlich auch versucht, die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Es gehört zur Wahrheit dazu, dass erst durch die Aufforderung, die Selektoren vorzulegen, die Dinge vollkommen klar geworden sind. Das ist zu kritisieren, wie wir es auch in unserer Presseerklärung getan haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber würde es nicht zu einer funktionierenden Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht dazugehören, dass man zur operativen Praxis des Bundesnachrichtendienstes im Bundeskanzleramt informiert ist und nicht darauf wartet, dass ein Untersuchungsausschuss den richtigen Beweisantrag stellt, also hier sogar die Opposition? Das ist doch - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich hoffe, dass wir für die Zukunft besser gerüstet sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber das ist doch auch ein gravierendes Organisationsversagen im Bundeskanzleramt, wenn man sich insbesondere zur Praxis der Fernmeldeaufklärung überhaupt all die Jahre nicht interessiert hat, was dort für Ziele gesteuert werden, welche Kabelansätze man abhört, dass man zum Beispiel bei der Deutschen Telekom in Frankfurt entsprechend die Kabel zu tatsächlich nicht nur einzelnen Terroristen, sondern massenhaft abhört. Wir reden hier, um es noch mal deutlich zu sagen, von 1,3 Millionen [sic!] Metadaten, die monatlich an die NSA geflossen sind. Wir reden nicht zu einzelnen Erfassungen im Bereich Terrorismusabwehr oder Drogenhandel oder illegalem Waffenhandel usw. Wir reden von milliardenfachem Datenabgriff in Kooperation der NSA mit dem Bundesnachrichtendienst. Das will das Bundeskanzleramt nicht gewusst haben? Die Frage ist: Ist es nicht nur ein Versäumnis, sondern ein Versagen, wenn man diese Praxis einer nachgeordneten Behörde nicht kennt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie bilden sich jetzt über die Sachverhalte Ihre Meinung. Ich teile die so nicht. Ich glaube, dass die Fachaufsicht über den BND auch voraussetzt, dass der BND selber gut arbeitet, vernünftig arbeitet. Es sind Defizite erkannt worden, an der Abstellung dieser Defizite ist gearbeitet worden, und ich bin hoffnungsvoll, dass in Zukunft sich die Dinge so nicht wiederholen werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sprachen vorhin eingangs davon, dass Sie im Frühjahr 2014 auf die Problematik unbekannte NSA-Selektoren hingewiesen wurden. Was verstehen Sie unter „unbekannte NSA-Selektoren“?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste jetzt die letzte Frage dann sein.

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, Sie können - im März war das - gerne noch mal gucken.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Im März. 2015?

Martina Renner (DIE LINKE): 15, Entschuldigung, ja. Der Fehler liegt bei mir.

Zeugin Dr. Angela Merkel: „Dass bislang unbekannte“.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, war was Neues.

(Heiterkeit)

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Wir hatten immer bisher gedacht, es geht um kritische NSA-Selektoren.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kenne Ihre Sprache jetzt ja nicht selber. Also, ich habe das so aufgefasst, dass der Kanzleramtsminister mir was Neues gesagt hat, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, jetzt habe ich es verstanden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und das habe ich als „bislang unbekannt“ klassifiziert.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion mit Fragen. Das ist in der ersten Runde die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt.

Christian Flisek (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Bundeskanzlerin!

Zeugin Dr. Angela Merkel: Guten Tag!

Christian Flisek (SPD): Ich würde auch gerne zunächst einmal auf das ja wirklich berühmte Zitat von Ihnen zurückkommen, das Sie bei mehreren Gelegenheiten gesagt haben, wo Sie auch heute noch mal in Ihrem Eingangsstatement ganz wesentlich drauf Bezug genommen haben: Ausspähen unter Freunden, das ginge gar nicht. Ich würde Sie gerne mal fragen: Für wie absolut - wenn man sagt, das ist ein politischer Programmsatz, das ist Ihre tiefe innere Überzeugung, die



Nur zur dienstlichen Verwendung

hier zum Ausdruck kommt - halten Sie diesen Satz? Heißt das, dass jegliche Überwachung, Spionage zwischen Freunden einzustellen ist, wenn dieser Satz umgesetzt werden würde?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß jetzt nicht - - Wenn ich sage: „Überwachen von Freunden, das geht nicht“, dann meine ich das so, wie ich das sage. Wenn es um terroristische Gefahren zum Beispiel geht, die in allen Ländern auftauchen, dann arbeiten ja die Nachrichtendienste zusammen. Das ist aber - das habe ich ja auch in meinem Eingangsstatement gesagt - ein anderer Fall.

Christian Flisek (SPD): Ich würde das vielleicht konkreter machen wollen, Frau Bundeskanzlerin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Christian Flisek (SPD): Nehmen wir mal den Bereich der politischen oder der Regierungsspionage. Das heißt, wenn wir uns jetzt überlegen, der Dienst eines befreundeten Staates überwacht Regierungsmitglieder eines anderen befreundeten Staates. Würden Sie sagen, das ist etwas - das sollte mit diesem Satz zum Ausdruck kommen -, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, absolut.

Christian Flisek (SPD): - das soll in Zukunft nicht mehr stattfinden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Absolut. Es gab ja irgendwelche Äußerungen auch von amerikanischen Regierungsvertretern, die meinten, es sei nicht schlecht, wenn man wüsste, wie andere Länder denken, wenn sie zu Verhandlungen fahren, zum Beispiel zu G-20- oder sonstigen Treffen, und man wüsste schon mal im Voraus, was da vielleicht als Verhandlungsposition geäußert wird. Da muss ich Ihnen sagen, ich finde das absurd. Ich bin bis jetzt gut durch meine Kanzler-tätigkeit gekommen, ohne dass ich das wusste, und ich glaube, alle anderen können das auch.

Christian Flisek (SPD): Jetzt sagen aber viele auch, dass es Sinn machen könnte, beispielsweise Regierungsmitglieder befreundeter Staaten auszuspionieren. Ich nenne jetzt keine konkreten

Fälle, aber man kann leicht einen solchen Fall mal hier als Beispiel nennen. Also, nehmen wir mal, an ein sehr enger Freund: Frankreich. Ein Regierungsmitglied wird überwacht, weil dieses Regierungsmitglied sehr, sehr viele Gespräche führt mit Regierungsmitgliedern beispielsweise in Afrika, Staaten, die sich vielleicht auch im Auftragsprofil der Bundesregierung befinden. Würden Sie sagen unter Beachtung Ihres Leitmotivs, wo etwas soll auch nicht mehr stattfinden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass diese Fragen sehr gut im neuen BND-Gesetz geregelt sind, wann wie was passieren kann. Darauf würde ich mich jetzt mal stützen. Ansonsten: Untereinander, mit befreundeten Partnern, geht es nicht. Wir haben den Fall - - Wir sind den Fall durchgegangen.

Christian Flisek (SPD): In der Tat, das BND-Gesetz, das neue, hat einiges an Verbesserungen gebracht. Ich möchte aber natürlich schon noch mal auf den Zeitpunkt auch abstellen, in dem dieser Satz von Ihnen ja mehrfach dann auch genannt wurde, unmittelbar nach den Snowden-Veröffentlichungen, bis dann vor allen Dingen in dem berühmten Statement. Ich glaube, das war beim Europäischen Rat in Brüssel im Oktober 2013. Da hatten wir ja dieses BND-Gesetz noch nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Wenn man sozusagen jetzt auf der Grundlage der alten Rechtslage damals so einen Satz sagt, mehrfach wiederholt und betont - - Sie haben gerade gesagt, Sie haben das als eine Trivialität gesehen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, als eine innere Überzeugung. Ich habe ja damals - - Vielleicht gehen wir noch mal zurück auch in den Erkenntnisstand vom 3./4. Juli 2013. Dort standen ja noch ganz andere Vorwürfe im Raum: massenhafte Ausspähung von Bürgerinnen und Bürgern usw. Da habe ich das zum ersten Mal gesagt. Da gab es ja noch gar nicht die Frage meines Handys.

Christian Flisek (SPD): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mein Handy hat dann eine gewisse besondere Aufmerksamkeit erzeugt. Da habe ich dann sofort wieder darauf hingewiesen, dass es mir nun auch sicherlich um die Frage geht, ob sich befreundete Regierungsmitglieder, Regierungen abhören. Aber vor allen Dingen ging es mir auch sehr stark - das habe ich ja dann in dem Zitat auch noch mal hier dargelegt - um die Frage auch breiter Bevölkerungsschichten. Anfang Juli war überhaupt noch nicht klar, dass es diese massenhafte Ausspähung nicht gegeben hat, sondern sie wurde ja quasi insinuiert oder nicht als ausgeschlossen dargestellt.

Christian Flisek (SPD): Ich würde trotzdem gerne noch mal auf diesen Bereich der Regierungsspionage, auch der politischen Spionage zurückkommen. Wenn Sie gesprochen haben davon, dass das für Sie eine Überzeugung war - Sie haben auch vorhin den Begriff der Trivialität verwendet -: Waren Sie zu dem Zeitpunkt, als Sie diesen Satz gesagt haben, der Überzeugung, dass der BND so etwas nicht macht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Davon bin ich ausgegangen, ja.

Christian Flisek (SPD): Wenn Sie die Information bekommen, dass der BND, wie ich gerade das in dem Beispielfall genannt habe, vielleicht nicht ein Regierungsmitglied eines sehr eng befreundeten Staates ausspäht, um direkt, ich sage mal, seine private Kommunikation zu überwachen oder zu überwachen, was innerhalb der EU passiert, aber wenn er das tut, um genau zum Beispiel an Informationen innerhalb des Auftragsprofils zu kommen, würden Sie sagen, das ist verhältnismäßig? Weil der Maßstab, den Sie ja gerade entwickelt haben, ist ja der der Verhältnismäßigkeit, völlig zu Recht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich würde dann zu meinem Kanzleramtsminister gehen und ihn bitten, zu klären, was Sache ist und was nicht. Ich hoffe, dass diejenigen, die die Überwachung machen, das auch jeweils nach Sachlage entscheiden.

Christian Flisek (SPD): Jetzt ist es ja so, dass dieser Satz, Ausspähen unter Fr-

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich bin weder Juristin noch Expertin für Überwachung und Gefährdereinstufungen. Also, das - -

Christian Flisek (SPD): Jetzt gehen wir mal davon aus, dass im Zweifel eben ein Außenminister eines EU-Staates nicht unbedingt ein Gefährder selber ist; aber es geht um Informationen über die Regierungskommunikation.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, das war ja nicht Ihre - - Das war ja, wenn ich das sagen darf, nicht Ihre Frage, sondern Sie haben ja insinuiert, dass ein Außenminister eines befreundeten Staates mit jemandem spricht, der gewisse Risiken aufweist, und ich sage nur: Ich glaube, dass es dazu klare Abläufe im BND gibt und dass ich das nicht zu entscheiden habe, sondern andere.

Christian Flisek (SPD): Der Überzeugung waren Sie: dass es solche klaren Abläufe innerhalb des BND zum damaligen Zeitpunkt gab?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich war der Überzeugung, dass man nicht befreundete Institutionen abhört.

Christian Flisek (SPD): Der Satz, dieses Zitat, war ja auch im Wesentlichen, ich denke mal - so habe ich es zumindest verstanden -, nach außen gerichtet, also dass man in Zukunft für, ich sage jetzt mal, Standards sorgen soll im gemeinsamen Regierungsgeschäft, dass eben Ausspähen unter Freunden nicht mehr stattfindet. Ich würde Sie gern fragen: Wenn man sich nicht sicher sein kann, was der eigene Dienst tatsächlich treibt, ist es verantwortlich, politisch, dann außenpolitisch so etwas sozusagen als eine Forderung gegenüber Partnern und Freunden in den Raum zu stellen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Herr Flisek, Sie haben ja eben mich gefragt, ob ich davon ausgegangen bin, dass der BND so etwas nicht tut. Daraufhin habe ich mit einem Ja geantwortet. Deshalb war diese Aussage darauf gerichtet, dass es ein unterschiedliches Verständnis vielleicht zwischen verschiedenen Ländern gibt. In diesem Falle standen ja die Vereinigten Staaten von Amerika in Rede. Ich habe dann ja auch in meiner Regierungserklärung



Nur zur dienstlichen Verwendung

zung am 29. Januar 2014 gesagt, dass die Auffassungen an einigen Stellen offensichtlich sehr unterschiedlich sind.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie denn, Frau Bundeskanzlerin, in Ihrer Amtszeit seit 2005 jemals Produkte - die Fachleute reden von „Finished Intelligence“ - des BND bekommen, wo Sie Informationen über die interne Meinungsbildung befreundeter Staaten bekommen hätten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich habe natürlich, wie viele, die Einschätzungen des BND über bestimmte Sachverhalte gelesen, aber habe mich mit der Quellenfrage nicht beschäftigt, sondern habe diese als politische Berichte zur Kenntnis genommen. Die sind ja - -

Christian Flisek (SPD): Und Rückschlüsse aufgrund der Art der Information des Inhalts, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Christian Flisek (SPD): - dass es hier tatsächlich nicht anders möglich ist, dass es sich um Quellen, ich sage mal, im Regierungsapparat befreundeter Staaten handelt? Das war für Sie nicht erkennbar?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Also, wenn es für den BND-Präsidenten nicht erkennbar war, ist es sowieso hochunwahrscheinlich, dass es für mich erkennbar war. Aber für mich - - Ich habe mir die Frage nie gestellt.

Christian Flisek (SPD): Nun ja, der BND-Präsident hat sich bis zu einer bestimmten Zäsur auf den Standpunkt gestellt, dass das das übliche Geschäft war.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß nicht, auf welchen Standpunkt sich der BND-Präsident gestellt hat. Ich - -

Christian Flisek (SPD): Sie haben so was aber auch selber nie angefordert mal?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was?

Christian Flisek (SPD): Informationen, also über Meinungsbildung im Regierungsbereich befreundeter Staaten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Informationen - - Über die Gewinnung von Informationen habe ich nicht - - Nein.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Weil es ja, wie gesagt, nicht in meinem Vorstellungsbereich war, weshalb ich eben auch von vornherein in dem Sachverhalt, der im Zusammenhang mit den USA auftrat, gesagt habe, dass aus meiner Sicht nach dem Ende des Kalten Krieges das Abhören unter Partnern nicht geht.

Christian Flisek (SPD): Bevor Sie diese Überzeugung zum Ausdruck gebracht haben - „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“ -, haben Sie sich denn mal über die Mitarbeiter, die Sie dort haben, also vor allen Dingen natürlich den Chef des Bundeskanzleramtes - dann, später war das natürlich auch Herr Fritsche -, aber vor allen Dingen in der Abteilung 6 des Bundeskanzleramtes, darüber informieren lassen, was sozusagen business as usual im Kanzleramt - - im BND ist zu diesem Kontext?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage es noch mal: Ich habe eine politische Überzeugung zum Ausdruck gebracht; das ist auch meine Aufgabe als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb bedurfte die keiner weiteren Verifikation. Ich habe meine politische Überzeugung gesagt, und ich finde: Alles, was wir seitdem getan haben, verhilft dieser Überzeugung auch mehr zum Durchbruch. Dass so viel noch zu tun war, war mir an diesem Tag, als ich das gesagt habe, nicht klar; aber wir arbeiten ja genau in diese Richtung.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Im unmittelbaren Nachgang zu dieser Äußerung kam es ja dann auch zu Treffen der Spitzen der Dienste mit Ihrem damaligen Chef des Bundeskanzleramtes Herrn Pofalla. Herr Pofalla hat uns hier gegenüber gesagt, es ist dann zu mündlichen Weisun-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gen gekommen, dass zum Beispiel bestimmte Selektoren zu löschen seien im NSA-Profil damals. Herr Pofalla hat hier auch gesagt, dass er im Nachgang dazu einen Bericht angefordert hat über die Frage, wie diese Umsetzung erfolgt ist, ob es Probleme gab, weil das Ganze ja kein triviales Geschäft ist, durchaus ein komplexes Thema zwischen Freiheit und Sicherheit.

Das Problem, das wir hier haben, ist, dass nur Herr Pofalla etwas von diesem Bericht weiß. Wir haben diesen Bericht nie in unseren Unterlagen - trotz Vollständigkeitserklärung, auf die ich vertraue - vorgelegt bekommen. Der Nachfolger, Herr Altmaier, hat nie etwas davon gehört. Der Abteilungsleiter 6, Herr Heiß, hat nie etwas davon gehört. Herr Fritsche, der im Januar, glaube ich, 2014 im Amt eingesetzt wurde als Staatssekretär und Koordinator für die Dienste, kennt das Ganze auch nicht. Ist das üblich? Ich meine, immerhin unterhalten wir uns, wenn wir über einen Bericht reden - neben der Weisung -, über eines der zentralen Instrumente, wie Fachaufsicht ausgeübt wird. Ich gebe gerne zu, dass man sozusagen als Fachaufsichtsbehörde nicht die Pflicht hat, hinter jeden Mitarbeiter einen weiteren zu stellen, wie das schon manchmal hier so formuliert wurde. Aber die zentralen Instrumente Weisung, Berichts-anforderung - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann dazu naturgemäß nichts sagen, weil ich von dem gesamten Vorgang keine Kenntnis hatte.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie nach dem - - Haben Sie überhaupt mitbekommen, dass unmittelbar nach Ihrer Äußerung diese Weisungen in den Dienst hinein erteilt worden sind?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Christian Flisek (SPD): Also, von einer Unruhe, von einer erhöhten Betriebstemperatur auch beim BND aufgrund Ihres politischen Satzes -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Christian Flisek (SPD): - haben Sie überhaupt gar nichts mitbekommen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Christian Flisek (SPD): Woran liegt das, Frau Bundeskanzlerin, dass in einer Zeit, wo dieses Thema ja immerhin - - Wir haben vor kurzem den US-Botschafter in dieser Zeit, Herrn Emerson, hier verabschiedet. Er hat in seinem Abschiedsstatement gesagt, dass neben TTIP das Thema NSA eines der zentralen politischen Themen in seiner Zeit als Botschafter hier in Berlin war. Wie kann es sein, dass sozusagen dieses Thema, das ja doch für die transatlantischen Beziehungen nicht nur auf der Arbeitsebene relevant ist, sondern eben auch auf der höchsten politischen Ebene - - dass man da nicht mal nachgefasst hat und gesagt hat: „Was bedeutet das jetzt eigentlich konkret in der Umsetzung?“

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da ich schon sagte, dass ich den Satz gesagt habe in der Annahme, dass der BND sich an diese politische Überzeugung hält, konnte ich auch nicht nachfragen und nach erhöhten Betriebstemperaturen gucken, sondern ich habe meine - -

Christian Flisek (SPD): Das ist meine Formulierung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ja. - Ich sage nur: Meine politische Überzeugung war, dass das nicht geht. Darüber habe ich mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit dem amerikanischen Präsidenten gesprochen.

Christian Flisek (SPD): Aber haben - - Ich frage es jetzt wirklich mal so: Haben Sie das dann nicht in einem Bereich auch mal zu einer Chefsache gemacht, dass Sie gesagt haben: Herr Pofalla, die Dinge, die in diesem Bereich passieren - - Weil Sie haben ja mitbekommen, wie sehr dieser Satz sozusagen wirkte, auch in der Öffentlichkeit. Er ist ja nicht ohne Wirkung geblieben, auch für unsere Arbeit im Ausschuss. Dass Sie mal gesagt haben: Herr Pofalla, ich möchte über diese Dinge jetzt regelmäßig informiert werden. Was passiert dort? Halten wir uns selber dran? Was bedeutet das auch für die Verhandlungen über das sogenannte No-Spy-Abkommen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich sage es noch mal: Ich habe keinerlei Anlass gehabt, dass der Satz bei uns seitens des BND nicht eingehalten wurde. Ich habe auch keine Kenntnis von dem, was Sie jetzt über Herrn Pofalla und seine Dinge sagen, gehabt, sondern habe überhaupt zum ersten Mal von Selektoren, unbekanntem Selektoren oder, wie Sie das nennen, kritischen Selektoren erfahren im März 2015 - da war das, glaube ich -, und insofern war mein Fokus auf die Frage gerichtet: Wie können wir mit den Amerikanern politische Abmachungen bekommen? Da waren ja diese Gespräche, über die ich dann von Zeit zu Zeit auch informiert wurde.

Christian Flisek (SPD): Frau Bundeskanzlerin, trotzdem noch mal nachgefragt: Woran kann es liegen, dass Sie diesen Satz sagen im Oktober, unmittelbar danach Ihr Kanzleramtschef Pofalla Weisungen erteilt, dass einzelne, bestimmte EU-Selektoren der - - Herr Pofalla war stärker im Geschäft operativ drin; das ist auch nicht der Vorwurf.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Er war verantwortlich.

Christian Flisek (SPD): Genau, er war verantwortlich. - Wie kann es sein, dass er solche Weisungen erteilt in Bezug auf EU-Partner und NATO-Partner - „die Selektoren sollen gelöscht werden“ - in den BND hinein und Sie darüber nicht informiert werden, dass das passiert, dass Sie im Glauben gehalten werden, das sei sozusagen sowieso, ganz trivial eingehalten, die Rechtslage, an die sich der BND von Anfang an gehalten hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich kann ja hier nur das sagen, was ich weiß und was ich wusste. Ich will noch mal darauf hinweisen: Ich habe nicht im Oktober zum ersten Mal das mit den Freunden gesagt im Zusammenhang mit meinem Handy, sondern ich habe es am 3. und 4. Juli gesagt und sinngemäß auch in der Pressekonferenz am 19. Juli. Das heißt, es war für mich von Anfang an unbeschadet meines Handys, wo es dann allen aufgefallen ist, ein Satz. Deshalb hatte ich auch null Grund, zu glauben, dass mit dem Oktober ein neuer Sachverhalt aufgetreten war. Da

war eine Insinuation, dass vielleicht vonseiten der Vereinigten Staaten von Amerika mein Handy abgehört werden konnte, aber nichts anderes.

Christian Flisek (SPD): Wir unterhalten uns ja - - Sie haben ja auch darauf hingewiesen, dass es unsere Aufgabe ist, dann sozusagen Empfehlungen hier zu unterbreiten. Ein Themenkomplex, der hier, zumindest für meine Fraktion, sehr deutlich aufscheint, ist die Frage: Wie sehr funktioniert die Fachaufsicht doch eines sehr politischen Bundeskanzleramtes über dieses sensible Geschäft der Dienste?

Ich stelle mir noch mal, wie gesagt, die Frage, um auch einen - - Ich kenne ja die inneren Abläufe des Kanzleramtes nicht. Ich versuche mir nur ein Bild davon zu machen. Ich stelle mir die Frage: Wie kann es sein, dass ein Thema, das ganz zentral für die transatlantischen Beziehungen ist, also wo Sie im Wesentlichen - Sie haben ja auch den Kernbereich angesprochen - die Verantwortung politisch natürlich tragen, und in Ihrem engsten Umfeld im Amt treffen sich die Spitzen der Geheimdienstpräsidenten und der Kontrolleure, es geht darum, NATO-Partner-Selektoren, EU-Partner-Selektoren zu löschen, und - korrigieren Sie mich bitte - Sie sagen, Sie haben von diesen Vorfällen unmittelbar nach diesem Zitat von Ihnen nichts mitbekommen, also, wenn Sie so wollen, von den Erfolgen Ihrer politischen Ansage?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, erst mal will ich noch mal sagen: Mit „unmittelbar“ ist wieder insinuiert, ich hätte es im Oktober zum ersten Mal gesagt. Ich habe es schon im Juli gesagt; also, so unmittelbar danach war es nicht. Ich kann nur sagen, dass ich davon nicht informiert wurde und dass ich auch glaube, dass die Eigenständigkeit und die Zuständigkeit des Kanzleramtsministers, inzwischen ja verstärkt durch Herrn Fritsche auch als Koordinator, guter Brauch in den Bundesregierungen ist; ich glaube, solange es Bundesregierungen in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Das, was Sie von mir hören können, ist das, was ich wusste, und ich wusste davon nichts.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Frau Bundeskanzlerin, eine letzte Frage. Im Nachgang ist man natürlich immer schlauer, sozusagen im Rückblick. Aber wenn Sie jetzt das sich noch mal vor Augen führen: Hätten Sie gesagt, Sie hätten informiert werden müssen oder sollen aufgrund der Organisation des Themas Nachrichtendienste in Ihrem Verantwortungsbereich?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe und hatte Vertrauen zu meinem damaligen Kanzleramtsminister.

Christian Flisek (SPD): Der Sie nicht informiert hatte darüber. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann jetzt zur nächsten Fraktion. Die nächste Fraktion ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich glaube, Herr Kollege von Notz beginnt. - Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Frau Bundeskanzlerin!

Zeugin Dr. Angela Merkel: Guten Tag!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt reden wir immer über diesen berühmten Satz, der irgendwie so eine politische Aufladung erfahren hat. Deswegen ist für mich erst mal interessant, die Urheberschaft zu klären. Wer hat den Satz eigentlich erfunden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe - - Irgendwie ist der Satz deshalb, finde ich, sehr interessant, weil Sie, glaube ich, alle dem Satz zustimmen und trotzdem er uns so sehr beschäftigt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der ist nicht
eingehalten worden!)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dass wir da aber politisch übereinstimmen, ist doch schon mal eine Menge.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt. Also, politisch - - Ich sage Ihnen mal, wie es mir ganz persönlich ging: Ich habe Sie den Satz sagen hören, und irgendwie fühlte sich das gut an.

(Heiterkeit)

Also, auch jetzt so für einen Grünen fühlte sich das gut an. Aber ich habe, wie, glaube ich, viele Menschen eben gedacht: a) Wenn die Kanzlerin das sagt, dann sind wir moralisch auf der richtigen Seite. Wir machen das nicht, was die NSA macht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, das habe ich ja auch gedacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, aber das war halt falsch. - Also, ich habe - - Die erste Aufzeichnung, die ich gefunden habe von diesem Satz, die kommt von Ihrem Regierungssprecher. Der sagt am 01.07. in der Pressekonzferenz 628 diesen Satz - ich kann das jetzt noch mal vorlesen -:

Ich sage ganz klar: Abhören von
Freunden ist inakzeptabel. Das
geht gar nicht. Wir sind nicht
mehr im Kalten Krieg.

Usw. usf. Und die ersten Fragen, die dann kommen von Journalistinnen und Journalisten, die auf dieser Pressekonferenz sind, sind sozusagen genau das Logische eigentlich, nämlich: „Heißt das, dass wir das selbst nicht machen?“, und: Lässt das BND-Gesetz nicht auch zu, dass wir das machen?

Dann geht es da so ein bisschen hin und her, und am Ende sagt Ihr Regierungssprecher auf jeden Fall - ich zitiere -:

Ich werde noch einmal mit den
Auslegungsexperten sprechen.
Dann werden wir versuchen, dazu
eine Antwort nachzuliefern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Diese Antwort ist leider nicht überliefert. Haben Sie diese Frage im Bundeskanzleramt diskutiert „Machen wir das nicht selbst?“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Ich sehe ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen dem Regierungssprecher und mir, weil ich am 03.07. fast wörtlich dasselbe gesagt habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich hätte jetzt nicht sagen können, ob er es vor- oder nachher - - Ich wusste, dass er es auch in einer Regierungspressekonzferenz mal verwendet hat. Das deutet darauf hin, dass wir darüber gesprochen haben. Ich hatte jedenfalls keinen Zweifel daran, dass dieser Satz politisch richtig ist und sich auch in der Praxis dann so umsetzen lässt oder umgesetzt ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Aber es gab ja dann doch eine ganze Reihe von Hinweisen spätestens im Oktober, dass auch der deutsche Nachrichtendienst das Gleiche tut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Warum im Oktober?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil da zum Beispiel die *Washington Post* am 30.10.2013 berichtete, dass der Bundesnachrichtendienst circa 300 US-Amerikaner überwacht. Hat Sie das erreicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich erinnere mich jedenfalls nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Tag vorher hat auch Herr Clapper in einer Anhörung in den USA ganz Ähnliches gesagt - nach dem Motto „Così fan tutte“ -: So machen es alle. - Es gibt zahlreiche Unterlagen. Ich sage Ihnen jetzt mal nur eine einzige, die jetzt hier zufällig liegt, aus dem Auswärtigen Amt: ein Gespräch am 02.07., also noch vor Ihrem Statement. Das ist MAT A AA-1/6c_4.pdf, Blatt 16.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das müssen wir so sagen!)

- Ja. - Da sagt eine Wendy Sherman aus den USA. Ich zitiere - - Wendy Sherman beklagt den außerordentlichen Schaden, den Snowden angerichtet habe. Man wisse auch nicht genau, welche Informationen er noch öffentlich machen wolle, versuche aber, den möglichen Schaden zu begrenzen. Was die NSA mache, machten genauso ja auch Großbritannien, Frankreich und deutsche Dienste.

Also, das war auch gegenüber deutschen Stellen etwas, was alle gesagt haben: Auch die Deutschen machen das. - Und jetzt, Frau Merkel, erklären Sie mir doch, warum es bis zum März 2015 dauerte. Also, noch über zwei Jahre hat der deutsche Bundesnachrichtendienst Freunde abgeläuscht. Es sind ja hier schon ein paar Sachen gefallen. Wir haben diese Selektoren angeguckt. Es waren teilweise wirklich merkwürdige Suchbegriffe, die da eingesteuert wurden. Warum sehen Sie sich da nicht in einer Verantwortung als Fach- und Rechtsaufsicht, das vorher abzustellen, wenn Sie es denn die zehn Jahre, die Sie vorher regiert haben, schon nicht mitbekommen haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, das, was Sie mir von dem zuständigen Kanzleramtsminister Pofalla eben ja gesagt haben, dass er zwischen durch mal einen solchen Versuch unternommen hatte, spricht ja dafür, dass der, der für die Fachaufsicht verantwortlich war, schon sich dieses Themas angenommen hatte. Dass das dann immer noch nicht vollständig befolgt wurde, fällt unter die Presseerklärung: technische und organisatorische Defizite.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber für Herrn Pofalla sind Sie jetzt zuständig und Herr Pofalla dann für den - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Im Sinne der Zuständigkeit für den BND bin ich nicht für Herrn Pofalla zuständig. Ich habe aber ausdrücklich gesagt, dass ich ihm vertraut habe und auch weiter vertraue.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. Aber er hat sein Wissen mit zur Deutschen Bahn genommen. Er hat es eben offensichtlich niemandem weitergegeben in dem Sinne, dass sich darum strukturell gekümmert wurde, was zu dieser maximalen Peinlichkeit im März 2015 geführt hat. Also, deswegen die Frage: Was ist da falsch gelaufen Ihrer Meinung nach?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Herr Pofalla war ja hier als Zeuge und hat Ihnen sicherlich Auskunft gegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, der wollte auch nicht schuld sein. Also, der hat sich dazu auch nicht erklärt. Der hat gesagt: Ich habe auch alles richtig gemacht. - Deswegen ist ja die Frage - - Eben weil es keine personellen Konsequenzen wegen dieses Skandals gibt, ist die Frage, wer eigentlich verantwortlich ist, und es wäre hilfreich für uns, wenn Sie uns das sagen könnten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage noch mal: Es ist dann ja, auch durch Ihr Mitwirken - das muss man zugeben -, dazu gekommen, dass wir, glaube ich, heute einen vollständigen Überblick haben. Dass es da Defizite gab, wie wir es schon mit dem BND geschrieben haben, ist klar. Die Fragen, die Sie stellen, kann ich nur so beantworten, dass ich trotz allem Vertrauen zu denen habe, die das gemacht haben, und dass wir in Zukunft sicherlich unsere Schlussfolgerungen daraus ziehen. Das bedeutet, dass diejenigen, die für die Fachaufsicht des BND verantwortlich sind, genauer hingucken werden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange habe ich noch?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt noch 30 Sekunden. Für eine Frage würde es reichen. Die Antwort zählt ja nicht mit dazu, außer wir diskutieren jetzt darüber.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Antwort zählt nicht dazu. - Nein, ich gebe ab und hebe mir das für die nächste Runde auf. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Jetzt stellt die Fraktion der CDU/CSU die Fragen. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Guten Tag, Frau Bundeskanzlerin!

Zeugin Dr. Angela Merkel: Guten Tag!

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten ja in Ihrem Eingangsstatement schon Ausführungen dazu gemacht, wie es war, als Sie von den Snowden-Enthüllungen Kenntnis erlangt haben, was dann Ihre Gedanken, Ihre nächsten Schritte waren; die Kollegen haben Sie dazu ja auch schon befragt. Sie haben ausgeführt, dass Sie die Leitplanken vorgegeben haben, wie Sie sich künftig auch die Arbeit des BND vorstellen. Es wurde ja einiges dann auch getan: die BND-Reform - Sie haben sie selbst erwähnt -, die PKGr-Reform. Es gab ja durchaus auch in der Abteilung 6 in Ihrem Haus personelle Aufwüchse, Umstrukturierungen. Im BND schaut man jetzt genauer hin. Da gibt es verbesserte Weisungslagen, ein verbessertes Controlling, auch bei der Selektorenprüfung. Ist mit den Dingen, die sich jetzt geändert haben, die verbessert worden sind, das erfüllt worden, was Sie damals vorgegeben haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß nicht ganz genau, ob ich das Wort „Leitplanken“, was ich manchmal benutze, heute schon benutzt hatte; aber im Grundsatz habe ich eine politische Vorgabe gemacht. Ich gehe davon aus, dass die Verantwortlichen das, was sie nach ihrer fachlichen Einschätzung für notwendig halten, gemacht haben, ja. Sicherlich wird trotzdem - davon gehe ich auch mal aus - in Zukunft öfter hingeschaut werden, sowohl im BND als vielleicht auch bei der Fachaufsicht im Rahmen der neu gefundenen Strukturen.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten ja gesagt, dass Sie zu Beginn auch dann konkrete Nachfragen hatten, es Vorlagen gab, zum Beispiel über die Programme Prism und Tempora. Wir haben auch durchaus ja in unseren Unterlagen einige



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vermerke, die auch Ihre Paraphe tragen. Am Anfang waren das mehr, und später, als das Ganze dann so schon Monate ging, waren es weniger oder keine Vermerke oder Vorlagen mehr, die Sie dann persönlich abgezeichnet haben. War das dann so, dass Sie sich dann eher mündlich haben berichten lassen über den Fortgang, oder haben Sie gesagt: „Ich habe das Ganze jetzt sozusagen abgegeben an meinen Chef BK und gehe davon aus, dass das auch so umgesetzt wird“, oder wie muss man sich das vorstellen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ich glaube, dass ich schon über die politisch relevanten Dinge informiert wurde. Am Anfang die Nachfragen nach Prism und Tempora hatte ich aufgrund von Presseberichterstattungen gemacht, habe mich dann aber bereits Mitte Juli entschieden, mich mehr um die politischen Implikationen zu kümmern, deshalb also auch die Vorlagen, die ich Ihnen ja gesagt habe, im August und dann wieder im Januar zu dem Stand der Gespräche über eben auch Verabredungen zum sogenannten No-Spy-Abkommen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich möchte - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Zwischenzeitlich hatten sich nach meiner Erinnerung auch eine ganze Reihe von Sachverhalten geklärt, also dass, wie Herr Sensburg schon sagte, die flächendeckende Ausspähung nicht stattgefunden hatte usw.

Nina Warken (CDU/CSU): Zum Prism-Programm haben Sie in dem Sachstandsvermerk, den Sie auch vorhin erwähnt hatten, den Sie im Juni 2013 angefordert hatten, auch den Hinweis oder die Ausführungen, dass die NSA eben mitgeteilt hat, dass zur Verfügung gestellte Informationen zu Terrorismussachverhalten auch aus dem Prism-Programm stammen. Präsident Obama hat sich zum Thema „Datensammlung der NSA“ ja auch bei seinem Berlin-Besuch geäußert und hat gesagt: Die Folge davon ist, dass wir Leben retten. - Haben Sie denn einen Wissensstand oder wie ist denn Ihre Einschätzung zu der Frage, die ja schon in der Öffentlichkeit auch kontrovers diskutiert wird, ob und wie viele Terroranschläge durch die Überwachungsprogramme der NSA tatsächlich verhindert werden konnten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich will an der Stelle vielleicht noch mal sagen: Ich habe nie Zweifel daran gehabt und habe auch heute keine Zweifel daran, dass wir Nachrichtendienste brauchen, eigene, gut ausgestattete. Wir sind ja inzwischen auch hier sehr viel weiter, auch innerhalb der politischen Meinungsbildung, und haben die Ausstattung verbessert. Zum damaligen Zeitpunkt war, glaube ich, unstrittig - so hat man es ja auch überall gelesen -, dass die Frage der Sauerland-Gruppe zum Beispiel sehr stark damit zusammenhing. Das ist das, woran ich mich jetzt erinnere. Es gab dann noch mal einen versuchten Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt, wenn ich mich erinnere. Ich habe jetzt nicht alle Fälle vor mir. Aber ich hatte keinen Zweifel daran, dass die Aussage des amerikanischen Präsidenten, dass auch durch nachrichtendienstliche Zusammenarbeit Leben gerettet werden kann, richtig ist. Heute habe ich sie mindestens so wenig, und eigentlich hat es sich noch stärker bewiesen als richtig.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben bei Ihrer Rede anlässlich des 60-jährigen Jubiläums des BND auch gesagt, dass der BND unverzichtbar ist. Sie haben auch gesagt, dass die Zusammenarbeit mit anderen Nachrichtendiensten eben auch wichtig ist. Was sind denn Ihres Erachtens die Voraussetzungen, die Bedingungen, die für solche Kooperationen gelten müssen mit anderen Nachrichtendiensten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich glaube, dass wir eine weit gefächerte Zusammenarbeit brauchen, auch mit vielen Ländern. Wir haben im Zusammenhang mit Anis Amri jetzt gehört - da gehe ich wieder von presseöffentlichen Dingen aus -, dass uns auch nordafrikanische Dienste zum Beispiel Informationen zur Verfügung stellen. Also, ich glaube, die Gruppe derer, die im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus vereint ist und dagegen ankämpft, ist eine ziemlich große Gruppe von Ländern. Natürlich muss man sich darüber austauschen.

Nina Warken (CDU/CSU): Was würden Sie - - Wir hatten jetzt vorhin von Leitplanken oder Grundlinien - - Welche Grundlinien oder politischen Voraussetzungen würden Sie formulieren



Nur zur dienstlichen Verwendung

wollen, die für diese Kooperationen gelten sollen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dass man sich offen seine Informationen sagt über solche Sachverhalte, zum Beispiel den islamistischen Terror. Trotzdem kann es sich um Länder handeln, die unsere Wertebasis, auch was die Einhaltung von Menschenrechten anbelangt, vielleicht nicht 100 - - in vollem Umfang entsprechen. Da haben wir dann darüber Diskussionen. Trotzdem arbeiten wir mit den Diensten zusammen oder die Dienste miteinander zusammen.

Nina Warken (CDU/CSU): Die nicht die Wertebasis vielleicht unbedingt teilen, aber dann doch das gegenseitige Recht und die Einhaltung des Rechts des anderen Landes respektieren.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, gut. Ich sage mal: Da waren wir uns ja jetzt schon einig. Mit der 360-Grad-Überwachung, die eingeführt wurde, gucken wir jetzt natürlich nach der Tätigkeit aller Dienste, egal ob wir in Allianzen miteinander verbunden sind, wie in der transatlantischen oder in der europäischen, und egal ob wir eben sonst Länder sind, die auf verschiedene Weise kooperieren, ohne nun in gemeinsamen Organisationen wie zum Beispiel der Europäischen Union zu sein.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben hier ja auch den Vorwurf der Wirtschaftsspionage zu klären, also ob der BND in irgendeiner Weise geholfen hat bzw. ob die NSA eigentätig hier spioniert hat, um ihren Unternehmen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Den Vorwurf konnten wir hier so im Ausschuss nicht belegen. Es handelt sich vielmehr immer um die Phänomenbereiche der Proliferation zum Beispiel, was ja auch nach dem BND-Gesetz explizit erlaubt ist. Als damals aber Vorwürfe aufkamen, hat Ihr Vizekanzler, Bundesminister Gabriel, gesagt, Sie hätten ihm zweimal versichert, es habe über den bekannten Fall EADS hinaus keine Hinweise auf Wirtschaftsspionage gegeben. Können Sie uns dazu Näheres ausführen? Wie war da Ihr Informationsstand? Von wem wurde an Sie berichtet, sodass Sie dann auch wieder Herrn Gabriel informieren konnten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe mich erkundigt bei dem, der zuständig ist, also beim Chef des Kanzleramtes, es kann sein, ich habe auch - das kann ich jetzt nicht mehr genau sagen - noch mal mit Herrn Fritsche gesprochen und auf der Grundlage, weil der Vizekanzler mich gefragt hatte, ihm die Auskunft gegeben, die ich bekommen hatte.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Gabriel hat ja den Fall EADS als Wirtschaftsspionage eingeordnet. Können Sie sich ein Bild machen, wie er dann dazu kam aus dem, was er von Ihnen gehört hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich möchte zu einem anderen Komplex noch kommen. Ursächlich für, glaube ich, unsere Tätigkeit hier und Ausgangspunkt von allem waren ja die Enthüllungen von Edward Snowden im Frühsommer 2013. Es wurde dann direkt und bis heute auch viel über die Person Edward Snowdens ja gesprochen. Es kamen bald Forderungen oder die Frage ist in den Raum gestellt worden: Müssen wir ihm hier Asyl gewähren? Später ging es darum, inwiefern er als Zeuge für diesen Ausschuss hier in Deutschland aussagen kann und ob das nicht ermöglicht werden müsse seitens der Bundesregierung. Können Sie uns sagen, aus welchen Gründen die Bundesregierung bislang sich geweigert hat, Herrn Snowden trotz sehr vieler Initiativen, vieler Diskussionen eine Einreise nach Deutschland zu ermöglichen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich habe mich hier immer wieder auf die Feststellungen - - Das ist ja vom Bundesjustizministerium, also vom BMJV, und vom AA umfassend geprüft worden. Ich habe mich auf die Einschätzungen jeweils gestützt und verlassen, habe auch nie Widerspruch dazu gehört innerhalb der Bundesregierung.

Nina Warken (CDU/CSU): Es wird ja in der Öffentlichkeit oft gesagt, dass man ihm eben auch viel zu verdanken hat, viele Informationen zu verdanken hat und dass es eine nette Geste wäre, ihn hierher zu holen und ihm entweder Asyl zu gewähren oder dass wir hier zumindest die Gelegenheit haben, ihn als Zeugen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff von der Bundesregierung.

MR Philipp Wolff (BK): Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das aus unserer Sicht nicht untersuchungsgegenständlich ist, dass man natürlich Angaben ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht dazu machen kann, sofern man das will.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch egal, ob mit oder ohne! - Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Warken darf weiter fragen und die Bundeskanzlerin natürlich ohne Anerkennung einer Rechtspflicht antworten. Herr Ströbele fragt vielleicht noch mal nach dem Friedensnobelpreis, aber nichtsdestotrotz müssen wir mal schauen, was denn die Gründe waren. Ich glaube, da will Frau Warken drauf hinaus.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau, die Gründe. - Sie hatten ja auch schon eben geantwortet. Aber die Forderung bleibt ja in der Öffentlichkeit, dass man ihn doch hierher holen müsse auch ein Stück weit aus Dankbarkeit - so habe ich es eben genannt - und eben, weil er uns noch weiterhelfen kann. Was würden Sie da entgegenen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn ich jetzt recht informiert bin, gab es ja verschiedene Angebote des Untersuchungsausschusses - von Videokonferenz bis noch anderen; da weiß ich jetzt nicht alle einzelnen -, die alle abgelehnt wurden. Insofern ist es ja nicht so, dass es nicht irgendwie auch Angebote gab, Informationen einzuholen.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber darüber hinausgehend würden Sie nicht gehen wollen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Thematik bezüglich Ihres Handys wurde vorhin schon mit Ihnen ja auch besprochen. Es wurde immer wieder der Vorwurf erhoben, dass das Thema NSA-Überwachung die Regierung oder Sie selbst erst dann

richtig berührt hat, dass man erst dann richtig tätig geworden ist, als man dann erfahren hat, dass auch das Kanzlerinnenhandy eben Ziel der NSA gewesen ist. Was würden Sie dem Vorwurf entgegenen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mein halbes Eingangsstatement.

(Heiterkeit)

Also, ich - - Nein, wir haben davon gehört, und wir sind natürlich umgehend tätig geworden und haben - - Es war ja - - ergab ja noch der Zufall, dass auch der amerikanische Präsident bereits am 19. Juni Deutschland besucht hat. Da war das ein umfassendes Thema. Dann haben wir natürlich den gesamten Sommer über - - Sie haben ja den Kanzleramtsminister Pofalla hier auch als Zeugen gehabt, der sich ausführlich mit dem gesamten Themenkomplex ja befasst hat. Das PKGr hat sich permanent, glaube ich, wenn ich mich recht erinnere, damit befasst; damals war Herr Oppermann der Vorsitzende. Insofern kann man wirklich nicht sagen, dass wir erst begonnen haben, uns mit den Dingen zu befassen, als es Oktober 2013 war, sondern nach meiner Erinnerung hat es den Sommer ausreichend bestimmt.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Ist Ihres Erachtens zwischenzeitlich sichergestellt, dass die Regierungskommunikation sicher ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie ich schon sagte: Ich habe auch vorher darauf geachtet, dass das Kommunikationsverhalten dem entsprechenden Kommunikationsgegenstand angemessen ist. Das wird auch weiter so gehandhabt.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Könen - das ist der Vizepräsident des BSI - war ja hier auch als Zeuge und hat uns berichtet, dass er Ihnen damals auch angeboten hat, dass das BSI Ihr Mobiltelefon physisch untersucht. Er hat gesagt:

Wir haben es angeboten ... Aber das Angebot ist nicht angenommen worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

War es Ihnen denn damals nicht wichtig, genau zu klären, ob Ihr Telefon manipuliert worden war?

Zeugin Dr. Angela Merkel: In der Abwägung der Frage, was man da als Mehrgewinn herausfinden konnte, und der Frage, wie viele Erkenntnisse man über mein gesamtes Kommunikationsverhalten gewinnen konnte, was aus meiner Sicht zum Kernbereich meiner Tätigkeit als Bundeskanzlerin gehört, habe ich mich entschieden, mir ein neues Gerät zu nehmen und nicht die Überwachung zu - oder die Untersuchung, das Angebot anzunehmen.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie denn dazu auch konkrete Auskünfte seitens der US-Regierung bekommen, was da -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - Sachlage war? - Im Rosengarten des Weißen Hauses bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Präsident Obama Anfang Mai 2014 - die Frage war, ob Vertrauen wiederhergestellt sei - haben Sie gesagt - Zitat -:

Es kann und wird mehr geben, als zur Tagesordnung überzugehen.

Wurde denn Ihres Erachtens seitens der US-Regierung in der Folgezeit dann ausreichend Vertrauen aufgebaut?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn ich mich recht erinnere, hat Präsident Obama dann selber ja - und darüber hat er ja auch in öffentlichen Reden berichtet - doch Änderungen auch des Erfassungs- - oder der Arbeit der Nachrichtendienste in den Vereinigten Staaten von Amerika vorgenommen und auch mehrfach darüber gesprochen. Das bedeutet nicht, dass alle Einschätzungen jetzt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland hier schon übereinstimmen. Aber es sind durchaus auch Schritte in den Vereinigten Staaten von Amerika unternommen worden. Und damit ist natürlich auch ein Schritt zu mehr Vertrauen da. Und das Zweite

ist, dass die Schlussfolgerung 360-Grad-Überwachung natürlich auch für sich spricht.

Nina Warken (CDU/CSU): Das wäre nämlich meine nächste Frage gewesen, ob Vertrauen denn da ausreichend ist bzw. der einzige Maßstab sein kann und ob man nicht auch -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): - ein gesundes Maß an Misstrauen einfach haben muss.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Deshalb ist von mir ausdrücklich die Entscheidung des Bundesinnenministers der 360-Grad-Überwachung unterstützt worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann gebe ich an der Stelle ab an den Kollegen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Ich habe nur noch mal eine Fragerichtung, weil die Fragen der Kolleginnen und Kollegen vorher mich einfach dazu reizen: Es ist ja nun wirklich so, dass die Bundeskanzlerin für das Wohl und Wehe des ganzen Landes verantwortlich ist - das ist halt so -, natürlich damit auch für das ordentliche Arbeiten des Bundeskanzleramtes und alles, was dadrunter untergliedert ist. Trotzdem gibt es ja die Arbeitsstruktur, die Sie eigentlich hinreichend dargelegt haben. Können Sie es trotzdem noch mal machen, dass klar wird: „Wofür ist der Chef des Bundeskanzleramtes gut? Was macht der mit Blick auf die Nachrichtendienste? Wofür ist der Nachrichtendienstbeauftragte, Staatssekretär Fritsche, in dem konkreten personellen Fall zuständig?“, weil ja immer die Frage auch aufkommt: „Frau Bundeskanzlerin, hätten Sie nicht den Selektor da aus dem Topf nehmen müssen?“? So kommt es mir manchmal vor, weil das verschließt den Blick ein bisschen auf die konkreten Probleme, die aufgetaucht sind.

Ich sehe bei den Anschuldigungen, die im Sommer 2013 peu à peu kamen - und Sie hatten das gesagt, auch Kolleginnen und Kollegen hatten das gesagt -, vieles für nicht gegeben. Ich sehe aber andere Probleme, die wir im Sommer 2013 gar nicht auf dem Schirm hatten, für in diesem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Untersuchungsausschuss aufgetreten. Das mit den Selektoren, ich glaube, das hatte hier keiner auf dem Schirm. Selbst wenn man da auf einem Chart von den Veröffentlichungen von Edward Snowden da was mit Selektoren sieht, dann hat keiner im Grunde die Reichweite der Problematik erkannt, wie sie ja teilweise sogar erst 2015 uns allen gewahr wurde, auch uns.

So. Und deswegen, glaube ich, muss man mal bestimmte Dinge trennen, bei denen wir uns verkämpfen würden, und bei den Dingen, wo wir wirklich genau hingucken würden und wo ich Verbesserungsbedarf sehe, wo wir auch bestimmte Dinge schon gemacht haben, wo ich auch mit Blick auf den Abschlussbericht gerne herausarbeiten würde: Welche Punkte müssen vielleicht noch kommen? - Also, jetzt die konkrete Frage noch mal: Welche Verantwortung hat die Funktion von Staatssekretär Fritsche aus Ihrer Sicht mit Blick auf die Nachrichtendienste? Was muss der da machen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, für die Rechts- und Fachaufsicht für den BND ist, wie gesagt, seit Jahr und Tag - ich würde sagen, fast seit Bestehen der Bundesregierung; ich weiß jetzt nicht genau, ob das 1949 schon so war - aber immer entweder ein eigener Staatsminister verantwortlich oder aber der Chef des Kanzleramtes. Die Position von Staatssekretär Fritsche ist zum Teil schon eine Aus- - speist sich aus zwei Wurzeln.

Ich weiß jetzt nicht genau, ob es ein PKGr-Bericht war oder andere Berichte, die darauf die Bundesregierung aufforderten, mehr für die Koordination der Tätigkeit aller Nachrichtendienste zu tun, weil das Kanzleramt für den BND verantwortlich ist, das Bundesinnenministerium für den Verfassungsschutz, Verteidigungsministerium für MAD und dann daraus sich auch sozusagen durchaus Reibungen oder Effizienzverluste - oder wie immer das eingeschätzt wurde seitens der Kollegen, ich glaube, im PKGr - ergaben. Und man hat die Bundesregierung aufgefordert, etwas zu tun, damit diese Arbeiten besser koordiniert werden können. Das war sozusagen Wurzel eins oder Strang eins, aus der sich die Ernennung von Herrn Fritsche speiste.

Und Strang zwei war, dass erkennbar war bei der Bildung der neuen Bundesregierung, dass uns das Thema NSA und die Fragen, die damit zusammenhängen, noch weiter beschäftigen werden. Auch klar war, dass der Kanzleramtsminister ja sonst auch noch ein paar Dinge zu tun hat und man deshalb die personelle Kapazität an dieser Stelle auch verstärken wollte.

Jetzt will ich - - Weil es sich ja hier auch um ein Thema handelt, das von hoher gesamtgesellschaftlicher Verantwortung ist, deshalb habe ich ja auch von den ersten Tagen nach dem Bekanntwerden der Informationen an nicht geschwiegen und mich damit herausgeredet, dass der Zuständige für die Rechts- und Fachaufsicht des BND bitte mal die Sachen klären sollte, sondern ich habe sehr klare politische Vorgaben gemacht und mein Verständnis auch deutlich gemacht. Und ich glaube, wenn man sich die heutige Rechtssetzung anguckt, die wir jetzt auch im Zusammenhang mit islamistischem Terror machen, im Parlament, in der Bundesregierung, dann geht es doch dauernd um diese Balance von Sicherheit und Freiheit und „Was ist angemessen? Was ist nicht angemessen?“. Also, das hat sich doch jetzt durch die Jahre eigentlich bestätigt und ist fast im Augenblick noch mal wieder virulenter als damals. Also trage ich natürlich für die Frage, wie wir mit solchen wesentlichen Fragen umgehen, als Bundeskanzlerin Gesamtverantwortung; das ist klar.

Und dann gibt es eben die Ressortprinzipien mit den anderen Ministern, und dann gibt es eben auch die spezielle Verantwortlichkeit der Fach- und Rechtsaufsicht, verstärkt durch den Koordinator für die Dienste, jetzt von Herrn Fritsche. So würde ich die Sachlage darstellen. Und da ist das Thema Fach- und Rechtsaufsicht im Zusammenhang mit dem BND eben auch ein wichtiges Thema gewesen und wird es auch in der Zukunft bleiben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer ist denn damals 2013 auf die Idee gekommen, Herrn Schmidbauer da zu installieren - - Herrn Fritsche zu installieren

(Heiterkeit)



Nur zur dienstlichen Verwendung

in der Stelle? Weil vorher gab es die ja nicht. Vielleicht war mein Versprecher sowieso gar nicht so falsch, weil - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau. Wenn ich mich recht erinnere, war das der Kanzleramtsminister Pofalla, der ja aus der Situation heraus, die wir kannten, bei der nächsten Regierungsbildung gesagt hat, mich auf die Wünsche des Parlaments hingewiesen hat, eine bessere Koordination zu gewährleisten, und auch natürlich auf die Summe der Arbeit hingewiesen hat, die auch in den nächsten Monaten noch auf uns sicherlich zukommt. Es war ja absehbar bei der Regierungsbildung, dass auch ein Untersuchungsausschuss gebildet wird. Der ist dann zwar erst im Frühjahr gebildet worden; aber das war ja im Raum. Die Opposition hatte das, glaube ich, schon angekündigt, dass sie das tun werde. Und in dem Zusammenhang haben wir diese personelle Verstärkung gemacht, und ich bin diesem Vorschlag gefolgt. Die Koalitionsfraktion, also die SPD, mit der wir das natürlich diskutiert haben, ist dem auch gefolgt. Und so ist Herr Fritsche an diese Stelle gekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Und den Untersuchungsausschuss haben wir ja auch weise im Koalitionsvertrag verankert. - Mir geht es so ein bisschen darum: Da ist ja nun was schiefgelaufen - und das wissen wir alle, und das haben wir auch alle festgestellt -, dass der Einsatz von Selektoren im Bundesnachrichtendienst, aus welcher Motivation auch immer - - Ich habe da meine Theorie. Aber ob die die richtige ist, werden wir nicht ergründen können, weil wir wahrscheinlich nicht in die Köpfe des ein oder anderen hineinschauen können. Das ist falsch gelaufen, vielleicht durch Übermotiviertheit, warum auch immer.

Aber das Problem, was ich sehe - und das, was ja ich eben meinte: „weil Dinge falsch laufen; kann passieren“ -, ist, dass das nicht wie eigentlich in einer deutschen Behörde üblich - - Und wenn man die Struktur von deutschen Behörden kennt, dann weiß man, dass besondere Vorkommnisse gemeldet werden, dass Versäumnisse gemeldet werden, dass der Grundsatz, den man nicht nur beim Militär hat, „Melden macht frei“, auch den

einzelnen Sachbearbeiter eher freizeichnet, weil, wie gesagt, Fehler können immer passieren. Diese Sichtweise sehen wir von der Struktur des Grundgesetzes, was das Berufsbeamtentum betrifft und die Haftung von Beamten, ja im Grunde bis ins Beamtenrecht, bis in die tägliche Praxis.

Dieses Melden hat aber nicht geklappt. Und da, meine ich, müsste man vielleicht noch mal hinschauen und sagen: Warum eigentlich nicht? - Weil wir wollen ja in Zukunft gewährleisten, dass das Bundeskanzleramt mit der Funktion, die ja von Herrn Fritsche ausgeübt wird und durch die Abteilung 6 ja gewährleistet wird, dann auch mal etwas bemerkt, wenn der Bundesnachrichtendienst an irgendeiner Stelle in der Hierarchie mauert, was nicht passieren darf. Eigentlich erwarte ich von einer Behörde, dass es von unten nach oben hochgeht, ob das das Meldeamt ist bis zum Bürgermeister. Wenn ein Bürgermeister nicht erfährt, was in seinem Einwohnermeldeamt passiert, dann ist das auch unglücklich.

Und dann müsste man jetzt mal wirklich schauen: Wie kriegen wir es hin, dass unter den besonderen Voraussetzungen von Polizei und Nachrichtendiensten, die wir mit Eingriffsrechten ausstatten - was ja etwas mehr ist als vielleicht bei einem Einwohnermeldeamt -, dann auch gewährleistet ist bei diesem starken Pfund an Möglichkeiten - - auf der anderen Seite die Rechtfertigung - klar - durch das, was Sie zu Recht dargestellt haben: „Notwendigkeiten der Gewährleistung der Sicherheit“, aber auch Kontrolle?

Und ich habe das öfters gesagt: Ich sehe uns natürlich in der Bütt als Parlamentarier, weil wir können auch nicht hinter jeden Mitarbeiter des BND einen Parlamentarier stellen, sondern es muss gewährleistet sein, dass die Dienst- und Fachaufsicht, die das auch nicht kann, aber die Sicherheit hat, dass diese Meldung - - dass die Erkenntnisse auch vernünftig fließen. Deswegen haben wir im BND-Gesetz ja die Zeichnung durch den BND-Präsidenten inzwischen etabliert, wenn Abhörmaßnahmen stattfinden. Aber muss nicht im umgekehrten Schluss auch aufseiten des Kanzleramtes noch was kommen, weil man ja eben anscheinend nicht gewahr sein kann, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

alles ordentlich läuft wie in einer deutschen Behörde? Was ich auch erwartet hätte, muss ich ganz ehrlich sagen: dass die Dinge eben hochkommen.

Und ich würde mir vielleicht als Anregung - ich weiß nicht, ob wir uns darauf einigen in einem Abschlussbericht - noch ein bisschen mehr technische Expertise in der Abteilung 6 wünschen - weil ich kannte da auch vieles nicht, was dort stattfindet im Bundesnachrichtendienst -, insbesondere wenn man die Expertise erweitert mithilfe der Partner, dass man einfach noch stärker gewahr ist, was denn an Neuerungen in diesem Neuland, was sich irgendwie anscheinend zum Alltag erschließt, dann in Zukunft auch passiert im BND, also vielleicht die Erweiterung des technischen Know-hows in der Abteilung 6, weg von der klassischen juristisch ausgerichteten Dienst- und Fachaufsicht mit dem ein oder anderen, der vielleicht ein Experte ist im Bereich von dem, was wir als Nachrichtenwesen bezeichnen. Denkt man darüber nach im Kanzleramt? Oder bin ich jetzt völlig auf dem Holzweg und Sie sagen: „Herr Sensburg, ist ja schön, was Sie sich da einfallen lassen nach drei Jahren; aber ich sehe das anders“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ehrlich gesagt, wäre das eine Frage, die ich dem Kanzleramtsminister dann noch mal stellen würde. Ich will Folgendes sagen: Es ist ja so gewesen, dass der Untersuchungsauftrag dann, nachdem bekannt wurde, dass auch der BND eigene Selektoren gesteuert hatte, noch mal erweitert wurde, wenn ich das richtig sehe. Und es ist ja bis dahin auch sozusagen eine Vollständigkeitserklärung abgegeben worden vom BND; das muss ja jedes Mal sein. Und auf diese Vollständigkeitserklärung hat sich natürlich die Rechts- und Fachaufsicht auch verlassen. Und ich glaube, dass der neue BND-Präsident doch auch im Lichte dessen, was vorgefallen ist, schon sehr viel aufmerksamer sein wird an dieser Stelle. Also, dass die Dinge ja auch im BND nicht ohne Wirkung geblieben sind, davon gehe ich ganz fest aus.

Und das Zweite ist, dass natürlich auch sicherlich die Abteilung 6 - aber da muss ich darüber sprechen; ich habe mich da jetzt im Detail nicht

damit beschäftigt - sehr viel aufmerksamer ist und das PKGr auch sicher in der Folge jemanden also jetzt gestärkt hat und seinerseits die Überwachung auch technisch mit sehr viel mehr verfolgen will. Und ich glaube, eine Parallelität wird da auch auf der Regierungsseite natürlich stattfinden. Und trotzdem, sage ich Ihnen, wird es nicht gelingen, die Rechts- und Fachaufsicht auf den gesamten Stand dessen zu bringen, was die Fachleute in dem technischen Bereich des BND können. Das wäre eine Duplizierung einer Behörde, die zum Schluss wieder zu den gleichen systemischen Schwächen führen kann wie die Behörde selbst. Und deshalb kann man da sicherlich die Transparenzforderung sehr viel stärker noch stellen. Aber zum Schluss müssen wir uns - und ich glaube, das können wir auch - darauf verlassen, dass auch der BND selbst aus diesen Vorkommnissen gelernt hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde. In der zweiten Fragerunde beginnt wieder die Fraktion Die Linke und, ich glaube, auch wieder Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Merkel, in Ihrer Sommerpressekonzferenz am 19. Juli 2013 führten Sie aus:

Um es noch einmal ganz klar und unmissverständlich zu sagen: Auf deutschem Boden hat man sich an deutsches Recht zu halten.

Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die NSA sich daran hält?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Durch die 360-Grad-Überwachung.

Martina Renner (DIE LINKE): Die hat ja bei Markus R. weniger gut funktioniert.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die hat beim Kanzlerinnenhandy weniger gut funktioniert, und die hat bei den NSA-Selektoren auch nicht so gut



Nur zur dienstlichen Verwendung

funktioniert. Gibt es in dem Bereich irgendwelche Konsequenzen, dass man zum Beispiel hier auch gegenüber der amerikanischen Seite intensiver um Sachstandsberichte bittet, dass man Einblick erhält zur Überwachungspraxis in Deutschland und Europa, oder ist das heute der Stand, wie er vor Sommer 2013 war?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, wenn ich recht informiert bin, ist ja die Tatsache, dass es Markus R. im BND gab, nicht von amerikanischen Behörden uns gesagt worden, -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - sondern war - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber er ist erst von der CIA geschickt worden. Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, das ist ja ein Unterschied. Also, es geht jetzt ja darum: Was können wir ermitteln? - Und das war ja offensichtlich eine Sache, die dann von deutscher Seite aus ans Tageslicht gekommen ist und mit der dann ja auch in entsprechender Weise umgegangen wurde. Zweitens - sage ich noch mal -: 360-Grad. Drittens werden wir immer wieder versuchen, mit der amerikanischen Seite über gemeinsame Grundsätze zu sprechen. Aber wir hatten erst einmal nicht den gewünschten Erfolg; darüber habe ich ja auch berichtet.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie eine Vorstellung, wie viele NSA-Suchbegriffe auf der Datenbank des Bundesnachrichtendienstes liegen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das waren 13 Millionen. Wie viel es derzeit sind, wissen wir nicht; vielleicht Mitglieder des PKGr hier im Raum. Es ist doch eine ganz erhebliche Anzahl - oder? -, wenn jeder Einzelne dieser Selektoren einen Grundrechtseingriff normiert.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja. Ich glaube, wir müssen jetzt wirklich wieder unterscheiden zwischen den Dingen, die nicht richtig gelaufen

sind, und den Dingen, die nach dem BND-Gesetz, auch nach dem neuen BND-Gesetz, abgedeckt sind. Und wenn es da viele große Zahlen von etwas gibt - was ich technisch nicht voll durchblicken -, dann sollte man mit der großen Zahl aus meiner Sicht nicht Eindrücke erwecken, die vielleicht in die Irre führen.

Martina Renner (DIE LINKE): Na, dann reden wir über die rechtswidrigen NSA-Selektoren: Sie sprachen davon, dass die USA leider nicht zugestimmt hätten, dass der Untersuchungsausschuss diese einsehen könne. Aus den Unterlagen, die wir gesehen haben, und aus den Gesprächen, die wir mit der Bundesregierung geführt haben, geht eher hervor, dass die USA sich eher zurückhaltend geäußert haben und die Letztentscheidung der Bundesregierung überlassen haben, ob dem Untersuchungsausschuss die Selektoren vorgelegt werden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich muss jetzt, damit ich es richtig sage - - Es bedarf der ausdrücklichen - -

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Bundeskanzlerin, dazu meldet sich auch Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Also, ich will nur auch insofern darauf hinweisen: Der Umgang mit den Selektoren gegenüber dem Untersuchungsausschuss ist auch nicht untersuchungsgegenständlich; da sind wir uns, glaube ich, einig.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es geht um Beweisanträge, die hier gestellt wurden!)

Die Zeugin kann natürlich dazu Aussagen machen. Aber ich glaube, das ist unbestritten, dass das Verfahren an sich nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann machen wir ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

MR Philipp Wolff (BK): Da kann man in Beratungssitzung darüber sprechen, und da haben wir auch intensiv darüber gesprochen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber wenn wir heute die Gelegenheit haben, eine Zeugin zu sprechen, die verantwortlich ist für solche politischen Entscheidungen, dass man zum Beispiel dem Untersuchungsausschuss wichtige Beweismittel nicht gibt, dann versuchen wir ja natürlich heute, die Gelegenheit zu nehmen, dies zu thematisieren.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau. Und Herr Wolff ist so sachkundig, dass er dann immer auf die -

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - Qualität meiner Aussagen hinweist, und dafür bin ich sehr dankbar. - Ich kann und will zu dem Thema auch nur wieder zitieren, was ich schon im Eingangsstatement habe: Die Third Party Rule gilt. Das heißt, die Herausgabe der Selektoren ohne ausdrückliche Zustimmung der USA ist nicht möglich. - Und eine solche ausdrückliche Zustimmung hat es nicht gegeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie führen ja nun natürlich auch vielfältige Gespräche mit verschiedenen Personen in der US-Administration. Spielte das dort mal eine Rolle, inwieweit man die Arbeit des deutschen Untersuchungsausschusses, also des deutschen Parlamentes, gegebenenfalls befördert oder hemmt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe derartige Gespräche nicht geführt. Aber es ist ja bekannt, dass es ein Konsultationsverfahren dazu gab. Also: Es wurden solche Gespräche geführt; natürlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Frau Kollegin Warken hat ja vorhin schon auf die Rolle der Bundesregierung im Zusammenhang mit unserer Zeugenladung Edward Snowden abgestellt. Ich würde gerne nur eine Frage ergänzen zu Ihren Antworten, die Sie vorhin gaben: Sehen Sie

eigentlich vor dem Hintergrund, dass es mittlerweile einen neuen und auch anderen US-Präsidenten gibt und insbesondere eine andere Haltung der US-Regierung im Bereich Bürger- und Freiheitsrechte, gegebenenfalls die Notwendigkeit, die Entscheidung der Bundesregierung und damit auch der Mehrheit in diesem Ausschuss, nämlich der regierungstragenden Fraktion, zu überdenken, die Zeugeneinvernahme von Edward Snowden weiter zu blockieren?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich möchte meinen Ausführungen von erst jetzt nichts hinzufügen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie würden sagen: Unter der neuen Administration hat sich nichts geändert, was die Haltung der Bundesregierung beeinflussen könnte.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sehe keinen ergänzenden Sachverhalt, den ich jetzt noch zu dem Thema sagen könnte. Wenn ich mich recht erinnere, war es sowieso ja nicht der Gegenstand des Untersuchungsausschusses.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber es ist unser zentraler Beweisbeschluss und -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ja. Den achte ich ja auch. Deshalb habe ich ja Frau Warken auch das gesagt, was ich dazu sagen kann. Aber das war erschöpfend aus meiner Sicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie über die Fragen der Kontrolltätigkeit des Bundeskanzleramtes beraten haben - was sicherlich gelegentlich Thema war in den letzten Jahren -, wer ist dort Ihr erster Ansprechpartner, Herr Fritsche oder Herr Altmaier?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, wir nähern uns jetzt auch sehr stark dem Kommunikationsverhalten innerhalb der Bundesregierung, was ich dem Arkanbereich zurechnen würde. Ich darf Ihnen aber sagen, dass mein erster Ansprechpartner in jedem Falle der Chef des Kanzleramtes ist. Das soll aber keine Herabsetzung von Herrn Fritsche sein. Nur, es liegt in der Natur der Sache.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Und als man Sie informierte - das hat man sicherlich irgendwann getan -, dass fragwürdige BND-Selektoren aufgefunden wurden, die sich gegen Botschaften, europäische Einrichtungen, Regierungsstellen, internationale Institutionen und vieles mehr richteten, was hat man Ihnen da genau gesagt? Wann war das? Wer hat das Ihnen gesagt? Weil ich will es nur kurz erläutern: Hier gibt es tatsächlich widersprüchliche Aussagen von Herrn Pofalla, Herrn Schindler, Herrn Altmaier, um was es da genau bei diesem Bericht im Bundeskanzleramt ging. Was ist Ihnen gesagt worden? Was ist das Problematische beim BND?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. - Also, zu Zeiten von Herrn Pofalla ist mir überhaupt nichts gesagt worden, wie wir ja schon festgestellt hatten. Dann ist Anfang Oktober - - Nein, jetzt war erst mal - - Im März waren die NSA-Selektoren.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da hat mich der Chef des Bundeskanzleramtes informiert, dass er wiederum von Staatssekretär Fritsche davon unterrichtet worden sei usw. Er hat mir dann gesagt, dass er auf umfassende Aufklärung drängt, und ich habe dann mitbekommen, dass am 22. April dem PKGr ein erster Bericht gegeben wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wir fragen natürlich auch Ihre Erinnerung hier, nicht nur das, was Sie jetzt noch mal aufgeschrieben haben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, das ist ja meine Erinnerung.

Martina Renner (DIE LINKE): Und können Sie sich daran erinnern: Was hat Herr Altmaier gesagt, was ist das Problem? „Wir steuern unsere eigenen Botschaften. Wir steuern unsere Kollegen“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Ich habe überhaupt im Zusammenhang von März 2015, glaube ich, mich zum ersten Mal intensiver mit dem Selektorenbegriff überhaupt befasst. Und dann Anfang Oktober - - Es war sowohl klar, dass die

Steuerung dieser NSA-Selektoren nicht unseren Vorstellungen von der Tätigkeit des BND entsprach, als auch - - Wobei ich ja da zu dem Zeitpunkt gar nicht wusste und auch zum heutigen Zeitpunkt nicht - - mich intensiv bemüht habe, was - - Mir ist nur gesagt worden, dass es Steuerungen sind, die unter der Rubrik „Abhören von Freunden tut man nicht“ nicht angemessen sind. Und dann ist eben im Oktober noch mal klar geworden, dass auch der BND solche eigenen Selektoren steuert. Und dass das nun völlig abweicht von der Grundthese, die ich vertreten habe und vertrete, war mir unmittelbar nach der Information klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber da ist doch sicherlich nicht nur gesagt worden: Wir steuern auch Freunde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht als letzte Frage.

Martina Renner (DIE LINKE): Das würde ja eine Nachfrage provozieren: Ja, wen denn konkret?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mir war klar, dass das - - Kann ich jetzt nicht sagen. Der Kern der Aussage war: -

Martina Renner (DIE LINKE): Wir steuern Freunde.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - „Wir steuern -

Martina Renner (DIE LINKE): Freunde.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - Selektoren, die unter die Rubrik ‚Freunde‘ fallen“, und dass das mit dem Programmsatz „Ausspähen von Freunden“ nicht vereinbar ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Deshalb sind wir ja alle dagegen; deshalb muss das ja auch abgestellt werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir müssen wieder die Fraktionen wechseln, weil das ja Zeitkontingente sind. Und wir kommen in der zweiten Runde jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Ich möchte noch mal auf das Thema No-Spy-Abkommen zu sprechen kommen. Sie haben dazu eingangs ja schon einiges gesagt, auch wie das Ganze vom Gang der Verhandlungen her aus Ihrer Sicht, Ihrer Erinnerung nach abgelaufen ist. War das Ganze also kein, wie es so oft genannt wird, „Popanz“ im Wahlkampf oder keine „Nebelkerze“ im Bundestagswahlkampf?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, angesichts auch der Faktenlage finde ich es schon erstaunlich, dass das immer wieder so politisch eingestuft wird. Ich kann mich dem absolut nicht anschließen. Ich habe Ihnen von der Vorlage vom 7. August berichtet. Ich habe Ihnen von den Gesprächen, die Herr Fritsche mit Frau Monaco hatte, berichtet und kann nicht erkennen, dass es sich da nicht um Verhandlungen handelte.

Nina Warken (CDU/CSU): War der Begriff vielleicht zu optimistisch gewählt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, die amerikanische Seite hat von „Agreement“ gesprochen, ausweislich der Vorlage, die ich am 7. August bekommen habe. Und dann hat der Kanzleramtsminister das am 12. August mit „No-Spy-Abkommen“ klassifiziert. Ich persönlich habe einmal, glaube ich, von einem „sogenannten No-Spy-Abkommen“ gesprochen. Aber ich glaube, zwischen „Agreement“ und „No-Spy-Abkommen“ kann ich jetzt nicht den ganz großen Unterschied erkennen.

Nina Warken (CDU/CSU): Was war denn der konkrete Grund? Woran ist es dann tatsächlich gescheitert? Wo war da der größte Dissens, den man gehabt hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, nach meiner Auffassung daran, dass man sich eben auf die Kernsätze, dass deutsches Recht gilt, dass Abhören von Freunden nicht geht, so nicht einigen konnte. Und wir konnten jetzt ja kein Abkommen

akzeptieren, das unsere Kernauffassungen nicht ausreichend berücksichtigt.

Nina Warken (CDU/CSU): Waren die ganzen Verhandlungen, die ganzen Gespräche dann Ihres Erachtens völlig umsonst oder ergebnislos, oder hat man dann zumindest vielleicht in Teilbereichen ein gemeinsames Verständnis hinbekommen? Oder hat es vielleicht dazu geführt, dass innerhalb der US-Regierung, innerhalb der Verwaltung der Vereinigten Staaten es doch ein Umdenken gegeben hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja. Ich nehme die Tatsache, dass Präsident Obama ja die gesamten Fragen der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten auch auf den Prüfstand gestellt hat und auch relativ weit reichende Änderungen angeordnet hat, schon auch als ein Indiz dafür, dass man auch Veränderungsbedarf in den Vereinigten Staaten von Amerika gesehen hat. Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Eingangs hatten Sie als eine erste Reaktion auf die veröffentlichten Informationen zu den Abhörmaßnahmen der NSA ja den sogenannten Achtpunkteplan genannt, von dem ja manches direkt umgesetzt worden ist, manches noch wahrscheinlich im Prozess ist. Können Sie uns da Näheres sagen, wie weit man ist mit der Umsetzung und wo noch Handlungsbedarf besteht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ehrlich gesagt, habe ich die acht Punkte jetzt nicht bei mir. Aber ich weiß, dass wir bei den Vereinten Nationen gearbeitet haben, da bei diesem Pakt für - haben Sie wahrscheinlich besser da - - und wo es um die Informations- und Privatsphäre, -

Nina Warken (CDU/CSU): Schutz der Privatsphäre im Digitalzeitalter.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - Schutz der Privatsphäre geht. Dort haben wir uns ja damals mit Brasilien zusammengeschlossen, sind auch von einigen Ländern noch unterstützt worden; daran wird immer noch gearbeitet. Da gibt es jetzt auch einen UN-Verantwortlichen für diesen ganzen Bereich. Wir haben durchaus Konferenzen mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

den europäischen Nachrichtendiensten auch gehabt. Wir haben die Datenschutz-Grundverordnung inzwischen verabschiedet. Wir haben im Bereich des BSI Etliches gemacht. Also, da ist schon einiges geschehen.

Nina Warken (CDU/CSU): Ein Thema, das uns immer wieder hier auch bewegt, ist eben die Tatsache, dass auf Grundlage von bestimmten Vereinbarungen, von Abkommen mit anderen Staaten es eben nicht möglich ist, dass die Bundesregierung uns Dokumente vorlegt. Dennoch hat ja die Bundesregierung, auch Staatssekretär Fritsche, sich immer intensiv auch bemüht, dass Dokumente freigegeben werden können, dass sie dem Ausschuss vorgelegt werden können, insbesondere eben bei den Amerikanern. Wie würden Sie denn von dem, was Sie mitbekommen haben, die Kooperationsbereitschaft der Amerikaner oder auch der anderen Five-Eyes-Staaten zusammenfassend beschreiben? Ist da eher gemauert worden, oder wie war da auch die Atmosphäre?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich nehme ja an diesen Gesprächen nicht teil. Ich weiß nur, dass es eine, wenn Sie zum Beispiel die Five Eyes nennen, klare politische Aussage meiner Kollegen gibt, uns immer auch gut zu unterrichten über Gefährdungen, die für deutsche Staatsbürger entstehen könnten. Und ich finde, das ist eine sehr wichtige Sache für mich, weil die Frage „Wo liegen Gefährdungen für deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger vor?“ die entscheidende Frage natürlich auch ist, um die ich mich zu kümmern habe. Und da habe ich eigentlich ein sehr gutes Gefühl und eine sehr gute Einschätzung, dass man hier eng mit uns zusammenarbeitet. Und wir haben jetzt schon darüber gesprochen, dass uns das an vielen Stellen auch schon geholfen hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Das ist nämlich dann auch der nächste Punkt oder die nächste Frage, die immer wieder aufgetaucht ist. Der Kollege von Notz hat dazu auch mal eine Anfrage gestellt, die die Regierung beantwortet hat: dass jetzt tatsächlich in der operativen Zusammenarbeit der Nachrichtendienste es da wohl schon Anzeichen gegeben hat. Also, die Bundesregierung hat in der Antwort von „deutlichen

Anzeichen“ gesprochen, dass eben wichtige Partner in der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit diese Zusammenarbeit auf den Prüfstand stellen. Inwiefern haben Sie davon Kenntnis erlangt, bzw. was waren denn diese Anzeichen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das kann ich im Einzelnen nicht sagen. Ich weiß nur, dass die Dienste allgemein und auch die befreundeten davon ausgehen, dass sie ihre Arbeit eben so machen können, dass dadurch Personen nicht in Gefahr geraten und deshalb eben auch ein gewisses Maß an Verschwiegenheit erforderlich ist; das ist der Arbeit immanent.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie würden Sie dann den weiteren Fortgang des Verhältnisses zwischen den deutschen Diensten und den Diensten der Five-Eyes-Staaten beschreiben, wenn es da vielleicht am Anfang schon, sage ich mal, gewisse Zeichen der Entfremdung gegeben hat, wenn ich es so nennen will? Hat man sich dann wieder angenähert? Hat sich das wieder normalisiert?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich würde von der Einschätzung her sagen, ohne dass ich mich mit den Diensten darüber im Detail unterhalten hätte, dass alles, was in der Zeitung steht zum Hergang von bestimmten Informationen, sagen wir mal, die Vertrautheit zwischen den Diensten nicht fördert.

Nina Warken (CDU/CSU): Und das ist immer noch so, oder bessert sich das?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Man weiß ja nicht, wie oft was nicht in der Zeitung steht.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann würde ich für den Moment mal abgeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Kollege wollte noch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Kollege Schipanski hat aber weitere Fragen für die Fraktion der CDU/CSU.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Zwei Fragen, Frau Bundeskanzlerin. Sie haben ja zu den BND-eigenen Selektoren schon Stellung genommen. Wir hatten eine Taskforce des PKGr dazu. Da wurde ja auch noch mal im offenen Bericht ausdrücklich festgestellt, dass kein Partnerland selbst politisch aufgeklärt oder ausspioniert werden sollte oder wurde. Mit Blick auf - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was? Blanke Lüge, blanke Lüge!)

- Überhaupt nicht. Also, dann gucken Sie sich den offenen Bericht an, Herr Hahn, und dann kommen Sie genau zu dieser Einschätzung.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe da mitgearbeitet! - Martina Renner (DIE LINKE): Können wir einen Vorhalt - -)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir sind heute so kollegial, wie wir es in den letzten drei Jahren gemacht haben, und lassen immer denjenigen, der fragt, ausreden, nicht wahr? - Danke.

(Christian Flisek (SPD): Das ist Quatsch mit Soße!)

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, mit Blick auf Ihre Aussage „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“ - darauf wollte ich jetzt noch einmal hinaus -: Hätten Sie zum damaligen Zeitpunkt gewusst, welche Ziele auch der BND steuert, hätten Sie diese Aussage damals auch so getätigt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie ich schon sagte: Ich stehe zu dieser Aussage und habe mich jetzt mit dem Bericht nicht im Einzelnen befasst. Ich sage nur: Ich stehe zu der Aussage und habe ja meinen Bericht oder meine Ausführungen hier im Eingang auch so beendet mit einem Zitat vom 30. Mai 2015, das ja heute noch gilt:

Mein politischer Satz beschreibt ganz offensichtlich einen anspruchsvollen Grundsatz, den noch halte ich ihn für wichtig.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Gut. - Zum Weiteren oder jedenfalls eine Frage anschließend an die Frau Kollegin Warken - das betrifft die Kooperation mit anderen Nachrichtendiensten -: Kollegin Warken hat darauf hingewiesen, dass selbstverständlich in der globalisierten Welt das notwendig ist, das auch zu machen. Wenn es - zukünftig; wir sollen ja auch entsprechende Empfehlungen ausgeben als Untersuchungsausschuss - sich dabei jetzt aber um Nachrichtendienste handelt, die jetzt nicht unser Wertefundament vertreten, wie würden Sie das politisch einschätzen? Ist es dann trotzdem unter Umständen geboten, mit diesen Diensten zusammenzuarbeiten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Ich hatte das ja auch im Zusammenhang mit Frau Warken schon gesagt: Ich glaube, dass die Anforderung an den Schutz unserer Staatsbürger, der wir nach bestem Wissen und Gewissen entsprechen müssen, es erforderlich macht, dass wir mit Informationsquellen oder also auch mit Diensten anderer Länder so gut wie möglich kooperieren. Im Einzelfall muss das jeweils dann entschieden werden, wie das genau gemacht wird. Und die Gefahr des islamistischen Terrorismus ist eine globale Gefahr; das wissen wir leider. Und deshalb erfordert sie auch noch stärker, als das vielleicht zu früheren Zeiten notwendig war, diese internationale Zusammenarbeit.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und dann hätte ich noch eine abschließende Frage von meiner Seite mit Blick auf die Reform des BND-Gesetzes, was wir vollzogen haben: Halten Sie das für eine ausreichende Rechtsgrundlage, um auch Ihrem politischen Leitmotiv „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht“ entsprechend gerecht zu werden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Also, ich halte es für eine Rechtsgrundlage, die einerseits die notwendige Tätigkeit der Dienste möglich macht,



Nur zur dienstlichen Verwendung

also des BND in diesem Falle, die mehr Rechtsklarheit mit sich bringt, gerade auch was sozusagen Tätigkeiten auf deutschem Territorium anbelangt, und gleichzeitig meinen Anliegen und meinem politischen Grundsatz, den Sie ja auch teilen, gerecht wird. Und dann wird man die Dinge weiter beobachten müssen in der Zukunft; das ist ja immer so, bei jedem Gesetz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Kollege Ostermann hat weitere Fragen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Frau Bundeskanzlerin, ich möchte noch mal auf Ihr Handy zu sprechen kommen und auf die Vermutung, dass es abgehört worden sein könnte. Noch mal konkret nachgefragt: Wie gravierend schätzen Sie den Informationsabfluss ein, der durch eine Überwachung - man muss ja vorsichtig formulieren - Ihres Handys entstanden sein könnte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da ich mein Kommunikationsverhalten immer den Sachverhalten angemessen betreibe, glaube ich, dass, egal was ist - - Es sind ja keine Indizien - - Also, wir haben keine Beweise, dass der Sachverhalt stattgefunden hat. Aber ich halte das bei meiner politischen Tätigkeit für absolut beherrschbar, selbst wenn es so sein sollte, wofür ich keinen Beweis habe.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Medienberichten zufolge soll dieses Handy auch überwiegend für Parteizwecke genutzt worden sein, das heißt also nicht für Regierungszwecke. Treffen diese Berichte so zu?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, richtig ist, dass - - Zu der Frage, mit welchem Anteil was gemacht wurde, will ich mich jetzt gar nicht äußern. Ich habe aus Gründen der Frage der Abrechnung darauf Wert gelegt, dass das Handy von der Partei geführt wurde, weil ich in keine Abgrenzungsfragen kommen möchte, wann ein Gespräch ein Partei-, ein Regierungsgespräch ist. Und ich glaube, angesichts von unser aller Wunsch, dass wir nicht Steuergelder falsch verwenden, ist das eine richtige Entscheidung gewesen.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Dann noch einige Fragen zum Thema 360-Grad-Blick. Laut Medienberichten - ich beziehe mich da auf einen Bericht der *Süddeutschen Zeitung* - soll die Entscheidung durch die Minister Altmaier, de Maizière und Steinmeier getroffen worden sein. Sind diese Überlegungen mit Ihnen abgestimmt worden, oder ist die Initiative dazu sogar von Ihnen ausgegangen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir bewegen uns jetzt, glaube ich, wieder nicht im Kernbereich des Untersuchungsausschusses; aber ist auch egal. Es ist ja eine bekannte Entscheidung. Die drei Minister haben überlegt: Welche Maßnahmen muss man angesichts der Situation ins Auge fassen? - Und das ist mir dann mitgeteilt worden, und ich habe das begrüßt.

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Vor dem Hintergrund einer Äußerung von Frau Renner eben, die gesagt hat, der 360-Grad-Blick habe bei Markus R. und bezüglich des angeblichen Abhörens Ihres Handys nicht funktioniert, ist mir noch mal wichtig, dass wir vielleicht die Chronologie noch mal ein bisschen auf die Reihe bringen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Da wollte ich noch darauf eingehen. Ich habe die jetzt nicht genau im Kopf, wann der 360-Grad-Blick eingeführt wurde. Aber - -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Den Medienbericht gab es im Juli 2014, im gleichen Monat soll es die Enthüllung zu Markus R. gegeben haben, und den Sachverhalt zu Ihrem Handy hat man im Oktober 2013 vernehmen dürfen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Richtig. Ich habe auch die Art - - Was ich da gesehen habe - - habe ich nicht den Eindruck gehabt, dass es der 360-Grad-Blick war. Aber - -

Dr. Tim Ostermann (CDU/CSU): Okay. - Keine weiteren Fragen meinerseits. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Der Kollege Wendt macht weiter mit seinen Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja. - Frau Bundeskanzlerin, ich hatte bereits am Montag darüber gesprochen: Es geht ja in unserem Untersuchungsausschuss auch um Konsequenzen, um die Zukunft, den Blick: Wie kann man solche Dinge, die vorgeworfen waren - - Den Sachverhalt muss man dann noch prüfen. Oder: Es ist noch nicht alles so bewiesen, wie es vorgeworfen wurde. Was kann man aber daraus schlussfolgern für die Zukunft?

Und was man ja zumindest feststellen kann, ist ja zumindest, dass die Snowden-Veröffentlichungen nicht nur in Deutschland, vielleicht weltweit, zumindest in der westlichen Welt dazu geführt haben, dass das Thema IT-Sicherheit, Cybersicherheit in den Blickwinkel der Politik, vor allen Dingen auch der Gesellschaft und der Menschen gerückt ist. Es gibt eine gewisse Sensibilität. Und Sie selber sprachen ja auch von einer „hohen gesamtgesellschaftlichen Verantwortung“ zu diesem Thema vorhin. Und die Bundesregierung hat auch im November 2016 dazu eine Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland verabschiedet.

Und meine Frage ist - es gibt ja einige Maßnahmen, die wir bereits getan haben: IT-Sicherheitsgesetz, auch ein BND-Gesetz -: Gibt es aus Ihrer Sicht noch weitere Dinge, Maßnahmen, die Sie für nötig halten umzusetzen, aber aus politischen Gründen, finanziellen oder sonstigen Gründen noch nicht umgesetzt werden konnten, die man in Angriff nehmen müsste in naher Zeit, in den kommenden Jahren auf jeden Fall?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, da kann ich jetzt nicht für die gesamte Zukunft sprechen. Wir haben jetzt ja erst mal alle Sicherheitsbehörden mit so vielen Mitteln ausgestattet innerhalb der Bundesregierung, dass man doch davon ausgehen kann, dass sowohl die technische Ertüchtigung stattfinden kann als auch personeller Aufwuchs möglich ist. Jetzt geht es darum, die entsprechenden Fachkräfte zu bekommen. Das wird eine größere Herausforderung sein, nach, sagen wir mal, auch der Knappheit von bestimmten Experten auf dem Markt. Es wird mit der Cyber-Sicherheitsstrategie, die wir jetzt beschlossen haben, glaube ich, das Problemfeld gut beschrieben.

Wir werden allerdings immer wieder anpassen müssen. Denn das, was wir erleben, was der Deutsche Bundestag erlebt hat, was die deutsche Wirtschaft erlebt, was wir auch sonst erleben, bedeutet ja immer wieder, dass wir uns auch gegen Angriffe schützen müssen. Und wie dieser Schutz am besten erfolgen kann, darüber wird sicherlich weiter diskutiert werden: Kann ich Abwehr schaffen, ohne jemals eigene Fähigkeiten zu haben? Wie viel eigene Fähigkeiten brauche ich? - Also, ich denke, da sehen wir rasanten technischen Entwicklungen entgegen, die uns in einer permanenten Diskussion halten werden.

Darüber hinaus hat ja die Bundesverteidigungsministerin auch sozusagen eine Einheit aufgebaut, die sich mit Cyberangriffen im militärischen Bereich befasst. Ich glaube, dass unser Kommunikationsnetz innerhalb der Bundesregierung, dieses IVV- -

Marian Wendt (CDU/CSU): IVBB.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - - IVBB, dass das auch sehr gut gepflegt und betreut wird vom BSI, dass wir da eine sehr gute Situation haben. Ich glaube, dass wir weiter mit der mittelständischen Wirtschaft sprechen müssen über die Gefährdungen, die aus Cyberangriffen auch entstehen. Und wir werden uns immer wieder auch - deshalb hat Thomas de Maizière ja auch sehr früh mit der Wirtschaft gesprochen - damit auseinandersetzen müssen, dass man heute auch Infrastruktur lahmlegen kann und dass das also höchste Sensibilität erfordert. Das ganze Gebiet ist, sagen wir mal, beschrieben. Die Weichen sind richtig gestellt. Aber sich darauf auszuruhen, wäre falsch.

Marian Wendt (CDU/CSU): Man könnte auch davon - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So richtig, wie das ist, sollten wir uns jetzt wieder etwas stärker dem Untersuchungsgegenstand nähern.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. Gut. - Dann geben wir hier erst mal ab und kommen vielleicht später noch mal darauf.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herzlichen Dank. - Damit sind wir mit den Fragen der CDU/CSU-Fraktion durch und kommen zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele stellt jetzt die Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Merkel, Sie haben außer diesem berühmten Satz, der jetzt immer wieder hinterfragt worden ist oder nachgefragt worden ist seit dem Sommer 2013, auch immer wieder wiederholt, dass Sie dafür sind und sich dafür einsetzen sollen - und haben das gefordert -, dass das Ganze aufgeklärt wird, also schon lange bevor es einen Untersuchungsausschuss gegeben hat. Trifft zu, nicht? Oder nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun habe ich Ihnen im Oktober 2013 einen Brief von Edward Snowden aus Moskau mitgebracht, den ich Ihnen auch zuschickte - der war, glaube ich, auch an Sie persönlich gerichtet -, in dem er erklärt hat, er ist dazu bereit, nach Deutschland zu kommen, um hier bei der Aufklärung zu helfen, und würde auch gerne hier in diesem Land leben. Darauf gab es keine Reaktion.

Dann hat der Untersuchungsausschuss in mehreren Befassungen beschlossen, dass Herr Snowden doch hier als Zeuge, ich sage mal: als wichtiger Zeuge, in Betracht kommt. Das ist immer wieder daran gescheitert, dass die Bundesregierung bis heute keine Entscheidung gefällt hat. Das Justizministerium, auf das Sie sich beziehen, konnte bis heute nicht klären, was Herrn Snowden eigentlich vorgeworfen wird in den USA, und auch von der Bundesregierung insgesamt wurde keine endgültige Entscheidung getroffen, sondern immer irgendwelche neuen Ausflüchte gebracht. Deshalb frage ich Sie: Warum weigern Sie sich, warum weigert sich die Bundeswehr so beharrlich,

(Susanne Mittag (SPD):
Bundesregierung!)

uns diese Auskunftsquelle zur Verfügung zu stellen - ich will Ihnen jetzt nicht zu nahe treten -, aber wahrscheinlich den wichtigsten Zeugen, den wir hier hören könnten? Warum weigern Sie sich?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass das Bundesjustizministerium alles unternimmt, was notwendig ist, um Sachverhalte zu klären. Zweitens haben die entsprechenden Ministerien, AA und BMJV, nach meiner Erinnerung gesagt, dass die Voraussetzungen für Asyl nicht vorliegen. Und drittens habe ich nicht ganz verstanden, warum die Angebote des Untersuchungsausschusses, Informationen von Herrn Snowden zu bekommen, immer wieder seinerseits abgelehnt wurden, obwohl er ja sonst auch eine Reihe von öffentlichen Auftritten hatte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie kein Verständnis dafür, dass Edward Snowden durch seinen Anwalt hat mitteilen lassen, dass er von Moskau aus sich daran gehindert sieht, alle Fakten - ich sage das mal ganz, weil man das allgemein ausdrücken muss; allgemein sage ich das auch - - dass er da nicht alles auf den Tisch legen kann, weil er natürlich seinen Asylgebern - - auf die jedenfalls Rücksicht nehmen muss? Da haben Sie kein Verständnis für.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das habe ich nicht zu bewerten. Ich sage nur: Es sind solche Angebote gemacht worden, und von ihnen ist nicht Gebrauch gemacht worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Frau Merkel, ich bin für Wahrheit und Klarheit und erhoffe mir, dass auch Sie dazu beitragen heute in Ihrer Befragung. Ist nicht der eigentliche Grund - und warum nennen Sie den nicht? dann könnte man damit umgehen -, dass Sie es nicht wagen oder sich nicht trauen, gegen einen vermuteten Willen der US-Regierung und der US-Administration Herrn Snowden hierherzuholen? Es wäre doch - jedenfalls sollte man mal die Möglichkeiten gemeinsam mit seinem Anwalt durchspielen - möglich. Der eigentliche



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hintergrund ist doch ein ganz anderer. Das andere sind doch Ausflüchte. Oder liege ich da völlig daneben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann nur wiederholen, dass - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dazu meldet sich noch Herr Wolff. Ich will Sie nicht unterbrechen, Frau Bundeskanzlerin; aber in der Ergänzung mit Herrn Wolff wird es vielleicht dann noch interessanter.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na ja! Na ja!)

MR Philipp Wolff (BK): Also auch je mehr wir darüber diskutieren, wird es nicht untersuchungsgegenständlicher; Herr Ströbele, das wissen Sie auch. Mir ist klar, dass es interessant ist, wenn man die Bundeskanzlerin als Zeugin hier hat, sie dazu zu befragen. Aber es bleibt dabei: Es ist nicht untersuchungsgegenständlich. Und: Ausführungen ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Deshalb möchte ich auch meine Äußerung, dass das Justizministerium und das Auswärtige Amt die Voraussetzungen für Asyl geprüft haben und sie für nicht bestehend halten, noch mal wiederholen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist die volle Wahrheit. Das ist der Grund, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist der Sachverhalt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - warum die Bundesregierung und Sie sich nicht dafür einsetzen, dass er hierherkommen kann.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist das, was ich dazu sagen möchte, Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Allenfalls Viertelwahrheit. - Jetzt komme ich zum - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß - - Also - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt komme ich zu dem anderen Punkt. Ich habe nur acht Minuten, Frau Merkel.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich wollte nur - - Also, wenn wir jetzt in eine philosophische Betrachtung über die Frage der Wahrheit eintreten, dann gibt es objektive und subjektive, glaube ich zumindest. Und ich habe Ihnen jetzt mal einen objektiven Teil dargelegt der Meinungsbildung in der Bundesregierung. Und das bitte ich nicht als Nichtwahrheit zu qualifizieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was ist denn die subjektive Wahrheit von Ihnen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Über die subjektive - - Ich setze mich an der - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die interessiert mich ja vor allen Dingen. Sie sind da als Zeugin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ja. Das habe ich schon verstanden. Aber ich halte mich an die objektive.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also, was jetzt Ihr Grund ist, das wollen Sie uns nicht sagen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mein Grund ist die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der eigentliche Grund.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Für die Festlegung von Entscheidungen der Bundesregierung, wie in diesem Falle des Justiz- und des Außenministeriums, sind Sachverhalte maßgebend, und die sind so getroffen worden, wie sie getroffen wurden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das wissen wir auch. - Jetzt zum zweiten Punkt - Sie haben das ja selber schon vorhin das erwähnt -: Es kam nun die Meldung auf - Ihnen ist das von einem Journalisten auch als Erstes oder von einem Journalisten kommend mitgeteilt worden -, dass Ihr Handy abgehört worden ist. Und dann haben Sie gesagt, Sie haben danach - das hat auch Herr Altmaier hier gesagt - gehört aus den USA, insbesondere von dem US-Präsidenten, dass Ihnen gesagt worden ist: Jetzt wird Ihr Handy nicht abgehört und in Zukunft auch nicht. - Herr Altmaier hat das nicht ausdrücklich gesagt, aber durchscheinen lassen, dass das darauf hindeutete, dass es vorher gewesen sein könnte.

Nun ist in derselben Zeit damals, ein paar Tage später und ein paar Wochen später, immer wieder auch erwähnt worden, dass andere Regierungsmitglieder abgehört worden sind, insbesondere sogar Ihr Vorgänger, also der frühere Kanzler. Ist das nicht ein bisschen egoistisch von Ihnen gewesen, sich damit zufriedenzugeben, dass Sie nicht mehr abgehört werden? Ich habe das so verstanden: Solange Obama das Sagen hat, werden Sie nicht mehr abgehört. - Und die anderen, waren die Ihnen alle egal? Also die ganzen anderen, von denen wir inzwischen ja sehr viel mehr wissen, wer das alles gewesen ist - im europäischen Raum, NSA-Selektoren, BND-Selektoren -, wer da alles abgehört wird, da haben Sie sich nicht darum gekümmert; das war nicht Ihr Interesse. Sie wussten, Sie sind raus, also ist alles gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, erst mal wurde Herrn Seibert von zwei Journalisten des *Spiegels* ein Dokument übergeben, das dann ich zur Analyse weitergegeben habe, das dann auch vom Generalbundesanwalt umfänglich untersucht wurde und woraus man nicht schlussfolgern konnte, dass eine Evidenz dafür - - oder dass mein Handy abgehört wurde. Zweitens - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? Dass was? Habe ich nicht verstanden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dass das Handy abgehört wurde, das hat der Generalbundesanwalt nicht festgestellt und alle, die das angeguckt haben.

Zweitens habe ich jetzt die Äußerung der amerikanischen Seite nicht genau im Kopf. Aber ich bin mir nicht mehr ganz sicher, ob es sich nur auf mich bezog oder auf Staats- und Regierungschefs im Allgemeinen; das weiß ich jetzt nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre ja neu; das wäre ja sensationell neu.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dann war es vielleicht nur meins. Ich habe jedenfalls weder um diese - - Ich habe diese Aussage zur Kenntnis genommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und Sie gingen danach davon aus, weil Sie Herrn Obama glauben, dass Sie jedenfalls raus sind, weil Sie nicht mehr abgehört werden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe die Aussage zur Kenntnis genommen. Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und die Schlussfolgerung haben Sie gezogen. Und warum haben Sie nicht gefragt: „Und was ist mit meinen Kollegen oder früheren Kollegen?“

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe mich in dem Moment nicht um die ganze Welt gekümmert, ehrlich gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Nicht um die ganze Welt, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber ein paar Freunde vielleicht noch.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, gut. - Also, passen Sie auf: Ich habe das zur Kenntnis genommen. Ansonsten haben wir die Untersuchung hier



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchgeführt. Sie haben zu keinem Ergebnis geführt und - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Es gab ja diese öffentliche Äu-

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ansonsten habe ich ja auch heute hier noch mal gesagt, dass die öffentliche Aufmerksamkeit auf mein Handy eigentlich aus meiner Sicht auch ein bisschen von dem politischen Schwerpunkt abgelenkt hat, dass ich vor allen Dingen für die Bürgerinnen und Bürger verantwortlich bin. Mein Handy ist auch interessant, fällt in die Frage „Freunde“; aber die allgemeine Fragestellung ist sehr viel breiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Aber es ging doch um die Frage, auch bei Ihnen jetzt: Halten sich die USA und die NSA in Deutschland an die deutschen Gesetze und Rechte? - Weil, dass Ihr Handy abgehört worden ist, war nicht nur ausdrücklich nicht zugelassen in Deutschland, sondern das war sogar verboten und - noch schlimmer - unter erhebliche Strafe gestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, Herr Schipanski hat ja eben - ich glaube, Herr Schipanski war es; oder jemand anders? - auf die chronologische Folge auch noch mal hingewiesen. Die Einführung der 360-Grad-Beobachtung ist ja auch eine Folge dessen, dass wir an den Stellen gesagt haben: Auch hier müssen wir schauen mit unseren Mitteln, was passiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Bundeskanzlerin, ich möchte noch mal in etwa anknüpfen an das, wo wir vorhin aufhören mussten. Sie hatten auf die Frage einer Kollegin oder eines Kollegen gesagt, wer Sie in nachrichtendienstlichen Angelegenheiten informiert innerhalb des Bundeskanzleramtes, dass

das im Wesentlichen der Chef BK ist, also Herr Pofalla oder aktuell Herr Altmaier. Ich würde Sie gerne fragen, ohne dass ich jetzt auf Details eingehen möchte, wie diese Gespräche ablaufen. Aber wie stellen Sie sicher, dass die wichtigen Dinge, also Dinge, wo Sie sagen, das ist für Sie von Interesse, auch wirklich zu Ihnen gelangen und sozusagen nicht Stopp ist beim Chef BK?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Indem ich meinen Mitarbeitern vertraue - oder meinen, ja, Mitarbeitern, oder wie Sie es nennen wollen, vertraue.

Christian Flisek (SPD): Heißt das im Umkehrschluss, dass das eine Ermessensentscheidung des jeweiligen Chef BK ist, zu entscheiden, wann er Sie über solche Sachverhalte informiert?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Frage, worüber ich informiert werde, ist in gewisser Weise immer Ermessensentscheidung; aber man kennt sich ja auch aus den politischen Diskussionen. Und ich glaube, dass ich durch meine allgemeine Interessiertheit schon davon ausgehen kann, dass ich wichtige Sache zu erfahren bekomme.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Ich meine, ich habe - sehen Sie es mir nach - da meine Zweifel einfach unter dem Aspekt, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay. Das ist Ihr gutes Recht.

Christian Flisek (SPD): - wie wir sozusagen gerade die Chronologie entwickelt hatten. Ich sage mal: Diese Schnittstelle ist halt noch mal Ihr Satz da im Oktober 2013. Sie haben sozusagen damit eine politische Überzeugung kundgetan, die nicht dem aktuellen Geschäftsbetrieb im BND entsprochen hat. Und es hat im unmittelbaren zeitlichen Nachgang Sitzungen im Kanzleramt gegeben, wo Ihr Chef BK mit den Spitzen der Nachrichtendienste zusammensaß; ich habe das als „erhöhte Betriebstemperatur“ bezeichnet. Es ist zu Löschungen gekommen von EU-Selektoren, von NATO-Partner-Selektoren. Also, konkret sind das ja acht Tage gewesen zwischen Ihrem Zitat im Oktober und der mündlichen Weisung von Herrn Pofalla. Und Sie haben gerade gesagt, Sie sind von Herrn Pofalla, zumindest in seiner



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeit - ich glaube, die ging dann bis Dezember 2014, wo dann die neue Regierungsbildung war -, über diese Sachverhalte überhaupt nicht informiert worden. Richtig?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist richtig. Ich möchte noch mal, auch wenn Sie immer die zeitliche Nähe zwischen der Oktoberräußerung und dem anderen Vorgang in den Mittelpunkt stellen, von meiner Seite aus in den Mittelpunkt stellen, dass vom Regierungssprecher am 1. Juli bis zum 3. Juli/4. Juli immer wieder dieser Satz gefallen ist und deshalb der Kanzleramtsminister, dem ich vertraut habe und dem ich weiter vertraue im Rückblick, diese Entscheidung so getroffen hat, wie er sie getroffen hat.

Christian Flisek (SPD): Ich stelle mir nur die Frage, Frau Bundeskanzlerin - ich habe das auch jetzt mitbekommen; wir haben das ja auch gehört, dass Sie mehrfach hintereinander diese Zitate gesagt haben - - Aber noch mal: Im Oktober war es sozusagen noch mal sehr prominent das letzte Mal. Wir befinden uns genau in diesem Zeitraum - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, heute war es das letzte Mal.

Christian Flisek (SPD): Bitte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Heute war es das letzte Mal.

Christian Flisek (SPD): Ja, das stimmt auch; billige ich gerne zu. - Aber es war, ich sage mal, so was wie der Kernzeitraum, wo ja über das Agreement, wie es jetzt mal neutral bezeichnet worden ist, verhandelt wurde. Wir haben hier gelernt aufgrund von Zeugenaussagen, dass diese Verhandlungen womöglich auf zwei Ebenen stattfanden, dass es sozusagen den Strang gab auf der Dienstebene, die miteinander verhandelt haben über ein Agreement, dass eben von Anfang an dieses „Angebot“ - ich setze das jetzt mal bewusst in Anführungsstriche - verbunden war mit dem Vorbehalt, dass die politische Administration, auch in den USA, dem zustimmt. Und ich sage mal: Da kommen Sie als Bundeskanzlerin doch sehr ins Spiel.

Das heißt, in diesem Zeitfenster war doch die Chance gegeben, dass aus dieser innersten Überzeugung, die Sie hatten - Ausspähen unter Freunden geht gar nicht -, ein ganz konkretes Abkommen werden könnte. Und da stelle ich mir die Frage: Wie kann das sein, dass Sie in dieser heißen Phase der Verhandlungen, wo diese Chance, vielleicht eine einmalige Chance - denn wenn man sich den Regierungswechsel in den USA jetzt anschaut - - dass man diese einmalige Chance sozusagen in einer Situation des Abwartens verbracht hat? Weil auf der politischen Ebene grünes Licht dafür zu organisieren, das wäre doch Kernbereich Ihrer politischen Verantwortung und Aufgabe gewesen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. - Also, ich habe jedenfalls nach dem 7. August, als ich ja über die Verhandlungen informiert wurde durch die Vorlage, aus der ich berichtet habe, die Verhandlungen auf einem guten Weg gesehen. Und die Regierungschefin mischt sich, wenn überhaupt, erst am völligen Ende eines solchen Ganges ein. Und diese Verhandlungen waren, aus meiner Sicht jedenfalls, auf einem Weg.

Christian Flisek (SPD): Aus den Medien haben wir erfahren, dass es - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und durch die Abzeichnung der Vorlage habe ich ja sozusagen dem Ganzen auch meine Unterstützung verliehen.

Christian Flisek (SPD): Ja. - Aus den Medien haben wir erfahren, dass Frau Karen Donfried am 8. Januar 2014 an Ihren Abteilungsleiter Herrn Heusgen eine E-Mail geschrieben hat. Ich darf das jetzt einfach noch mal zitieren auf Englisch. Da hat sie geschrieben:

This will not be a no-spy agreement and I do believe all the folks on our side have been consistent in saying that all along. (?)

Also, sie sagt, das wird kein No-Spy-Abkommen werden, und sie ist der Überzeugung, dass alle Leute auf amerikanischer Seite dies auch die ganze Zeit über klar zum Ausdruck gebracht haben. - Wann haben Sie von dieser doch, auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

rückwirkend betrachtet, sehr rigorosen Absage erstmals Kenntnis erlangt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, erstens: Ich habe mich auf die Darlegungen verlassen, die mir als Bundeskanzlerin als Vorlage vorgelegt wurden. Und jetzt weiß ich nicht, wann in der Presse aus dieser - -

Christian Flisek (SPD): Das ist eine E-Mail von Frau Karen Donfried, die da -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Vom?

Christian Flisek (SPD): - an sehr prominenter Stelle im Weißen Haus arbeitet, vom 8. Januar 2014 -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, gut. Sie - -

Christian Flisek (SPD): - an Herrn Heusgen, Ihren Abteilungsleiter im Kanzleramt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie kennen ja auch meine Ausführungen dann vom¹ 14. Januar und auch die Regierungserklärung, wo ich sage:

Die Vorstellungen sind heute weit auseinander. Viele sagen, die Versuche für eine solche Vereinbarung seien von vornherein zum Scheitern verurteilt ...

Und dann habe ich genau das gemacht, wozu Sie mich auffordern: dass man dann trotzdem noch mal mit der Kraft unserer Argumente es weiter versucht, bis ich dann beim Besuch - Anfang Mai war das dann, glaube ich - auch zu der Überzeugung gekommen bin, dass es im Augenblick vielleicht doch nicht zum Erfolg führt.

Christian Flisek (SPD): Sie haben vorhin - ich hatte da genau zugehört - gesagt, die Amerikaner hätten das, was man da verhandelt hat, eher neutral als „Agreement“ bezeichnet, es sei nach Ihrer Auffassung Herr Pofalla, der zum ersten Mal in dieser berühmten Pressekonferenz nach

der Sitzung des PKGr den Begriff „No-Spy-Abkommen“ genannt habe. Ich frage Sie: Glauben Sie nicht, dass man da vielleicht in der Öffentlichkeit eine Erwartungshaltung erzeugt hat mit diesem Etikett „No Spy Agreement“ oder „No-Spy-Abkommen“, wo von Anfang an klar war, wirklich von Anfang an klar war - und das stützt ja auch die Aussage von Frau Donfried -, dass so etwas nie kommen wird? Also dass man vielleicht über ein Abkommen auf Diensteebene im Sinne eines erweiterten Memorandum of Agreement verhandelt, wo man einige Standards setzt - - Aber mal ganz ehrlich: Wenn Sie draußen auf die Straße hier in Berlin oder sonst wo in Deutschland gehen und fragen, was versteht jemand, der ein bisschen Englisch versteht, unter einem No-Spy-Abkommen, dann wird da doch ein sehr allumfassender Nichtangriffspakt in Spionagetätigkeiten verstanden.

Und die Frage ist: Ist durch die Benutzung dieses Begriffes, wenn Sie selber sagen: „Agreement“, das haben die Amerikaner dazu gesagt, wir waren es, die ‚no spy‘ gesagt haben“, da nicht in der Öffentlichkeit eine Erwartungshaltung geschürt worden, die man von Anfang an nicht fähig war einzuhalten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sehe ich anders. Ich will noch mal zitieren aus der Vorlage vom 7. August. In dieser Vorlage erläutert Herr Heiß unter anderem, dass der NSA-Chef bereit gewesen sei - und jetzt zitiere ich -:

... eine Zusicherung abzugeben, dass auf deutschem Boden jederzeit deutsches Recht respektiert werde und keine gegenseitige Spionage stattfinde, möchte insofern aber eine beidseitige Erklärung erzielen. Hier käme ein „Agreement“ infrage, in dem beiden Seiten (Dienste) entsprechende Zusicherungen machen. Über das „Ob“ müsse allerdings die Politik entscheiden.

¹ Änderung der Zeugin: statt „vom“, einsetzen/ändern in „zum“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dass Herr Pofalla wenige Tage später mit dieser Vorlage dann sagt: „Keine Spionage, No Spy Agreement/-Abkommen“, halte ich durchaus für vertretbar.

Christian Flisek (SPD): Sie halten es also für vertretbar, dass man diesen Begriff benutzt. Haben Sie denn auf politischer Leitungsebene jenseits dieser Vorlage Ihres Mitarbeiters, der vielleicht auch ein bisschen schönere Musik - entschuldigen Sie, dass ich jetzt so zuspitze - bei der Reise gehört hat, als es dann den Fakten entsprach, ohne dass wir detailliert in die Gespräche eintauchen müssen, von der US-amerikanischen Administration persönlich jemals ein Signal erhalten, dass man bereit ist, über ein Abkommen in dieser Reichweite zu verhandeln?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann hier nur die Zitate wiedergeben. Und es handelt sich um einen Abteilungsleiter der Bundesregierung, von dem ich nicht den Ans - also nicht die Meinungen teile, dass er sich vielleicht irgendwas schöngeredet hat. Ich stelle allerdings fest, dass im weiteren Verlauf der Dinge, insbesondere im Januar, die Dinge sich anders darstellten und dann nicht das herausgekommen ist, was wir uns vorgestellt haben. Als ich davon erfahren habe, nämlich schon am 29. Januar, also auch im Umfeld des Zitates, das Sie gemacht haben, habe ich ja auch deutlich auf die Schwierigkeiten in aller Öffentlichkeit hingewiesen.

Christian Flisek (SPD): Also, Ihre letzte Aussage jetzt oder die letzte Antwort interpretiere ich jetzt auf meine Frage so: Sie persönlich haben kein Zeichen von der US-Administration erhalten in Ihren Gesprächen, dass man über ein Abkommen in dieser Reichweite bereit ist mit Deutschland zu verhandeln. Es wäre ja ein einmaliger Vorgang, Frau Bundeskanzlerin, weil nach unserem -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Christian Flisek (SPD): - Kenntnisstand - - nach dreijähriger Arbeit haben wir festgestellt, dass es so weitreichende No-Spy-Abkommen mit einer solchen wechselseitigen Garantie, sich nicht auszuspionieren - - das ist etwas sehr Seltenes auf der Welt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Richtig. Ich habe die Gespräche auf der Fachebene stattfinden lassen. Ich selber habe darüber nicht politisch gesprochen und habe den weiteren Verlauf dieser Gespräche abgewartet und den Verlauf ja auch dargelegt.

Christian Flisek (SPD): Und Sie haben auch, ich sage mal, keine Motivation verspürt aufgrund Ihres von uns allen geteilten Satzes, da sich stärker einzubinden. Das war für Sie nicht notwendig, weil Sie gesagt haben: Das soll die Arbeitsebene machen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das soll weiter verhandelt werden. Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich möchte Sie mal fragen: Wenn man so etwas verhandelt, etwas von einer solchen Reichweite in einer so auch durchaus politisch brisanten Zeit, wo das Thema so offen in der Öffentlichkeit diskutiert wird, vielleicht kurz bevor auch im Parlament ein Untersuchungsausschuss eingerichtet wird - also, ich habe gerade auch gesagt, nach meinem Dafürhalten gibt es so etwas Weitreichendes auf der ganzen Welt gar nicht, noch nicht einmal innerhalb des Five-Eyes-Verbundes; aber lassen wir das mal dahingestellt sein -, wäre es nicht der Todesstoß für jede Verhandlung, zumindest auf der politischen Ebene, wenn der Chef des Bundeskanzleramtes noch in einem sehr frühen Stadium, nämlich im Angebotsstadium, so etwas vor der deutschen Öffentlichkeit ausplaudert und sagt: „Liebe Leute, wir, die Deutschen, haben ein Angebot, ein No-Spy-Abkommen abzuschließen, vielleicht einmalig auf der Welt“? Da würden doch die Amerikaner, nachdem - -

Also, entschuldigen Sie, was ich alles gelernt habe über „geheimhaltungsbedürftig“ hier, da würden doch die Amerikaner, also abgesehen davon, dass man wahrscheinlich das wirklich als topsecret, als Streng Geheim, diese Verhandlung einstufen würde - - Also, ich finde es befremdlich, dass dann der Chef des Kanzleramtes in dieser Phase, wo überhaupt noch gar nichts wirklich verhandelt ist, sich an die deutsche Öffentlichkeit wendet und sagt: So ist das. Wir verhandeln



Nur zur dienstlichen Verwendung

darüber. Wir haben ein Angebot darüber. - Wie haben Sie das bewertet?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe es mit Blick auf die Vorlage vom 7. August so bewertet, wie ich es schon dargestellt habe.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie halten das durchaus für üblich, dass man solche Verhandlungen in einer solchen Phase über ein so sensibles bilaterales Thema der deutschen Öffentlichkeit präsentiert. Ich glaube, viele Staaten in Europa und auf der Welt, die sich genauso als enge Partner der USA sehen, haben es als befremdlich empfunden. Und das hat durchaus, sage ich mal, Begehrlichkeiten auf den Plan gerufen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Darüber habe ich keine Kenntnis.

Christian Flisek (SPD): Aber noch mal: Sie empfinden das als normal, dass der Kanzleramtsminister das - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe das damals mit Blick auf diese Vorlage als richtig empfunden, zumal ja nicht dem PKGr darüber berichtet wurde und auch nicht auszuschließen war, dass das, was berichtet wurde, vielleicht dann doch irgendwie den Weg in die Zeitung findet.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Ich möchte noch mal zusammenfassen: Also, Sie sagen uns, Herr Pofalla hat aus dem Agreement ein No-Spy-Abkommen gemacht, hat diesen Begriff geprägt. Sie selber haben auf politischer Leitungsebene hierzu in der ganzen Zeit keinerlei Signale bekommen, dass es auch was werden könnte. Und Sie sagen, es ist auch normal, dass Herr Pofalla sich in der frühen Phase der Verhandlungen in dieser Form, wie er es getan hat, so an die deutsche Öffentlichkeit wendet und sagt: Wir verhandeln darüber.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe daran keinen Anstoß genommen. Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber gut für den
Wahlkampf!)

Ich wollte noch auch mal auf Ihren Achtpunkteplan zu sprechen kommen von der Sommerpressekonzferenz. Einer dieser Punkte heißt ja, dass man unter anderem Verhandlungen mit EU-Partnern über gemeinsame Standards für nachrichtendienstliche Kooperationen vornehmen wolle oder die Initiative ergreifen wolle hierfür, richtig? Haben Sie in diesem Kontext seitdem irgendwelche Initiativen konkret ergriffen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich persönlich nicht. Nach meiner Kenntnis hat es aber Gespräche zwischen Diensten auch in Europa gegeben und - - Ja, aber ich kann über die Einzelheiten nichts berichten.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ich möchte Sie fragen, Frau Bundeskanzlerin, weil das ja auch ganz erhebliche Konsequenzen hat für die Frage, was am Ende ins Parlament gerät und was nicht und welche Kultur sozusagen an der wichtigen Schnittstelle Kanzleramt in Sachen „was wird kommuniziert und was nicht?“ dort gelebt wird: Gibt es so was wie so eine Art Schutzwall um die Kanzlerin herum, dass man sagt: „Diese Themen“ - Nachrichtendienste - „die sollen doch besser mal auf der Arbeitsebene bleiben, die sollen die Dienste klären, die sollen dann - - jetzt neu Herr Fritsche seit Januar 2014, der soll das klären, und nur, wenn es ganz, ganz schlimm wird, dann soll es zum Chef des Bundeskanzleramtes kommen“, sodass Sie mit diesen Themen überhaupt nicht behelligt werden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Es ist weit vor meiner Kanzlerschaft die Entscheidung gefällt worden, dass die Rechts- und Fachaufsicht für den BND im Bundeskanzleramt beim Chef des Bundeskanzleramtes oder einem gesonderten Staatsminister angesiedelt ist. Das ist bei meinem Vorgänger so gewesen, bei allen Vor- - Also, das ich habe ich bei Helmut Kohl so erlebt; der Herr Schmidbauer ist ja hier irrtümlich schon genannt worden. Und insofern habe ich das als eine ver-



Nur zur dienstlichen Verwendung

nünftige Arbeitszuweisung oder Aufgabenzuweisung immer erachtet und erachte es auch nach wie vor als eine solche.

Meine Aufgabe ist es - das habe ich ja auch umfanglich dargestellt -, politische Grundsätze zu postulieren, mich um die Frage zu kümmern: „Wie können wir Freiheit und Sicherheit in eine Verhältnismäßigkeit bringen?“, und der muss ich nachkommen. Und dann gibt es dazu die entsprechenden Instrumentarien.

Christian Flisek (SPD): Also, das heißt, Sie haben diese Tradition, die Sie vorgefunden haben -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Christian Flisek (SPD): - in diesen beiden Optionen, auch fortgeführt, zunächst einmal nur mit einem verantwortlichen Chef des Bundeskanzleramtes, später - jetzt neu - mit Staatssekretär Fritsche zusätzlich seit Januar 2014. Und dort ist das Thema ausschließlich - plus Abteilung 6 - im Kanzleramt verortet. Und Sie sagen: Ich mache politische Grundsätze, mehr nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe Ihnen ja dargelegt, dass ich über bestimmte politische Sachverhalte - und die sind ja hier auch aufgelistet - sehr wohl informiert wurde. Ich habe eine Vorlage am 7. August bekommen; das wird dann ja auch jeweils entschieden. Ich habe eine Vorlage im Januar bekommen. Ich bin vom Kanzleramtsminister informiert worden zu dem Thema BND-Selektoren/NSA-Selektoren. Also, es ist nicht so, dass bei - -

Christian Flisek (SPD): Ja, ja. Verstehen Sie mich nicht falsch. Nur ich habe den Ein- -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Ich war ja gerade dabei, zu versuchen, auf Ihre Frage eine Antwort zu finden.

Christian Flisek (SPD): Frau Bundeskanzlerin, weil das ja auch jetzt vom Zeitkontingent her die letzte Frage ist: Ja, Sie haben zum Beispiel diese

Vorlage bekommen im Anschluss an die USA-Reise, wo angeblich dieses Angebot unterbreitet wurde zu einem No-Spy-Abkommen oder Agreement. Aber im unmittelbaren Nachgang eben, zum Beispiel wo empfindlichste Selektoren gelöscht worden sind, kriegen Sie diese Information über einen langen Zeitraum nicht. Und deswegen stellt sich die Frage: Nach welchen Kriterien werden Sie denn informiert? - Also, ich möchte nicht im Raum stehen lassen, dass das das Kriterium ist: „Was ist gut für Sie, und was ist schlecht für Sie? Was ist günstig, was ist ungünstig?“, sondern die Frage sollte doch beantwortet werden: Nach welchen objektiven Kriterien erhalten Sie nachrichtendienstrelevante Informationen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Und da muss ich mich ein Stück weit auf das Ermessen derer verlassen, denen ich vertraue. Und die Information, dass der BND eigene Selektoren gesteuert hat und noch NSA-Selektoren aufgetaucht sind, habe ich nicht als eine besonders angenehme Information empfunden. Also, dass man mir nur Informationen gibt, die angenehm sind - die vom Januar, die Vorlage, war dann auch schon nicht so angenehm -, das kann ich nicht feststellen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Danke erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Und wir kommen jetzt zur nächsten Frageunde, in der auch wieder die Fraktion Die Linke beginnt. Herr Kollege Hahn beginnt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Frau Bundeskanzlerin, Sie haben ja selber gelobt, dass dieser Ausschuss auch einiges ans Licht gebracht hat, und haben dennoch heute immer wieder die Formulierung verwandt von den organisatorischen und technischen Defiziten. Sie haben auf die Presseerklärung verwiesen, Sie haben das heute auch noch mal wiederholt. Nach allem, was der Untersuchungsausschuss aufgedeckt hat - und da werde ich jetzt gleich noch was zu sagen -, halte ich es persönlich für eine völlig unangemessene Verharmlosung des gesamten Skandals.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Was haben wir denn aus unserer Sicht - und da möchte ich Sie dann zu befragen - aufgedeckt? Wir haben den Umstand, dass der BND sich einen rechtswidrigen Zugriff auf den Kabelknotenpunkt in Frankfurt am Main verschafft hat. Die G 10-Kommission hat hier erklärt, sie ist getäuscht worden. Man hat mitgeteilt, dass man zwei, drei Personen prüfen und überwachen will, und wollte eigentlich an die sogenannten Routinerverkehre. Der BND hat die NSA im Schlepptau mitgenommen, und vier Jahre lang wurden Tag für Tag Millionen Telefonate, Mails, SMSen, IP-Adressen usw. ausgeforscht. Schutz deutscher Grundrechtsträger, haben wir hier gehört, war vielfach nicht gewährleistet. Wir haben in den Systemen des BND NSA-Selektoren laufen gehabt in zweistelliger Millionenhöhe - Kollegin Renner hat vorhin darauf schon verwiesen -, und so viele Terroristen gibt es auf der ganzen Welt nicht; das werden vermutlich auch Sie nicht glauben. Etwa ein Drittel dieser Selektoren konnte der BND selbst nicht lesen, hat sie trotzdem gesteuert. Ob das Wirtschaftsinteressen waren, ob dort politische Spionage gemacht worden ist, weiß niemand. Der BND konnte es nicht lesen und hat es trotzdem gesteuert.

Wir haben dann die Situation, dass nach den Snowden-Enthüllungen selbst der BND 40 000 NSA-Suchbegriffe als rechtswidrig und gegen deutsche und europäische Interessen verstößend eingestuft hat. Wir haben Dutzende Botschaften, die ausgespäht worden sind, europäischer und NATO-Partner. Wir haben selbst den eigenen deutschen Botschafter bei der EU vom BND überwacht. Sie erklären: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“, und trotzdem macht der BND genau das über viele Jahre, in einigen Außenstellen im Übrigen bis zum Frühjahr 2015, wie wir hier wissen.

Einfache Sachbearbeiter in der Abteilung TA des BND stellen über Jahre - angeblich ohne Rücksprache mit den Vorgesetzten - Staats- und Regierungschefs, Minister, befreundete Regierungen, EU-, internationale Organisationen, Parlamente eigenständig in die Suchmaschinerie des BND ein. Niemand weiß davon, im Kanzleramt angeblich überhaupt keiner, weder der Abteilungsleiter noch der Kanzleramtsminister; nachgefragt hat

man aber auch nicht. BND und Bundesamt für Verfassungsschutz geben Namen, Daten und Handynummern an die NSA weiter von tatsächlichen oder vermeintlichen Terrorverdächtigen. Handydaten sind ein wichtiges Instrument auch, um Personen zu orten.

Kurz nach der Übergabe der Daten werden dann immer einige von ihnen durch US-Drohnenangriffe getötet; auch deutsche Staatsbürger sind darunter. Die Drohneneinsätze, haben wir heute gehört, laufen über Ramstein, also über deutschen Boden. Die Bundesregierung tut nichts, um das aufzuklären oder gar abzustellen. Und im Drohnenkrieg sind auch viele Hundert Menschen völlig unschuldig umgekommen. Und das alles aus Ihrer Sicht, Frau Bundeskanzlerin - ich will Ihnen die Gelegenheit geben, dass noch mal richtigzustellen -, alles nur technische und organisatorische Defizite?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Und auch das wurde schon als scharfe Stellungnahme eingestuft. Ich kann mich Ihrer Pauschaleinschätzung, so wie Sie das jetzt auch gerade mit Blick auf die Drohnen angesprochen haben, nicht anschließen. Das verwundert jetzt ja auch nicht. Ich will nur nicht, indem ich jetzt nicht jeden einzelnen Punkt aufnehme, den Eindruck erwecken, als würde ich dem allen zustimmen.

Es gab technische und organisatorische Defizite. Es steht Ihnen frei in der politischen Beurteilung, das schärfer zu artikulieren; das ist überhaupt gar keine Frage. Ich kann dem, was ich hier dargelegt habe, weiter nichts hinzufügen, und kann nur sagen: Wir tun alles, damit sich in der Zukunft so etwas nicht wiederholt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Heute befragen wir aber Sie.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe ja auch - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - den streng geheimen Bericht des Parlamentarischen Kontrollgremiums - ich hoffe Sie kennen den -,

(Nina Warken (CDU/CSU):
Streng Geheim!)

wo rechtswidrige Vorgänge aufgelistet sind. Das ist eine Presseerklärung, die öffentlich gemacht worden ist. Ein Drittel davon war rechtswidrig, unverhältnismäßig, ein Drittel im Graubereich der problematischen Selektoren. Und ich würde Ihnen - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich werde jetzt aus einem streng geheimen Bericht nicht, jedenfalls nicht - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, nein. Ich habe gesagt, das war die öffentliche Presseerklärung, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - diese beiden Punkte. Ich würde Ihnen gerne die einzelnen Punkte vorlesen. Das sind dann alles organisatorische Defizite aus Ihrer Sicht. Kennen Sie denn diesen Bericht, den streng geheimen, die vollständige Fassung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe mich mit dem Bericht im Einzelnen nicht befasst. Ich weiß nur, dass absolut dringend war, bestimmte Defizite, auch wenn Sie den Begriff nicht hören wollen, abzustellen, und vergewissere mich, dass das nicht wieder passiert.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): In dem Bericht der Bundesdatenschutzbeauftragten mit Rechtsbrüchen, Gesetzesverstößen, dutzendfachen förmlichen Beanstandungen, die gegen die Bundesregierung ausgesprochen wurden - auch alles nur Defizite und organisatorische Probleme?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch der ist als Streng Geheim eingestuft übrigens.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, das ist ja vorhin schon gefragt worden. Ich frage jetzt nach dem Bericht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau. Da habe ich doch auch schon geantwortet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte es nur anmerken.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Der Antwort habe ich nichts hinzuzufügen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Ich würde Ihnen das alles gerne vorlesen; darf ich nicht in öffentlicher Sitzung.

(Tankred Schipanski
(CDU/CSU): Weil das
Geheim ist! Das ist auch
eine Stellungnahme der
Bundesregierung!)

Aber wenn das alles in diesem Bericht enthalten ist, in beiden Berichten, des Parlaments und der Bundesdatenschutzbeauftragten, warum gibt es denn bis heute keine Konsequenzen bei der Rechts- und Fachaufsicht im Bundeskanzleramt? Alle sitzen noch auf ihren Stühlen. Das ist nun Ihre Verantwortung als Bundeskanzlerin, auch da für Abhilfe zu sorgen und Änderungen vorzunehmen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es gibt eine Änderung beim Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, der ich zugestimmt habe, als der Bundeskanzleramtsminister mir das vorgeschlagen hat. Solche - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich will noch mal auf das Kanzlerhandy auch kommen. Sie haben das Telefonat mit Herrn Obama, mit dem amerikanischen Präsidenten, vorhin erwähnt. Was hat der Ihnen denn gesagt zu Ihrem Handy? War das auch ein organisatorisches Defizit, dass das in die Überwachung reingekommen ist? Oder - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das, was ich dazu sagen kann, habe ich erst vorgetragen. Ansonsten



Nur zur dienstlichen Verwendung

zitieren Sie nicht aus Gesprächen, die ich mit anderen Kollegen führe.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na ja. Es geht ja nicht um Zitate, sondern es geht ja um die Frage - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Entschuldigen Sie bitte. Der amerikanische Präsident hätte Ihnen ja sagen können: „Frau Bundeskanzlerin“, oder: „Angela“ - ich weiß nicht, wie Sie miteinander kommunizieren - „die Sache stimmt gar nicht; das sind alles haltlose Beschuldigungen. Sie können sich sicher sein: Das hat nie stattgefunden und wird auch nie stattfinden“. Diese Aussage hat es aber doch offenkundig nicht gegeben, oder?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Aussage, die es gegeben hat, ist ja hier schon Gegenstand der Unterredung gewesen, dass mein Handy nicht abgehört wird und nicht abgehört werden wird.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und zur Vergangenheit ist nichts gesagt worden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe es ja gesagt: dass wird und nicht werden wird.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Zu Herrn Pofalla sind Ihnen schon einige Fragen gestellt worden. Ich finde es gut, wenn Sie sagen: „Ich vertraue meinen Mitarbeitern“, aber ja sicher doch nicht blind. Das ist das, was wir hier - auch für mich muss ich das sagen - überhaupt nicht verstehen können: Da geht die Kanzlerin durchs Land, bei einer Veranstaltung nach der anderen sagt diesen Satz - immer in etwas abgewandelter Form -: Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht. - Irgendwann wird es dem BND-Präsidenten zu bunt, er sagt: „Das passt ja gar nicht zu dem, was wir hier machen“, holt sich einen Termin im Bundeskanzleramt und teilt Herrn Pofalla mit: Also, Herr Kanzleramtsminister, wir machen das auch, EU und NATO und andere Dinge. - Und Ihr eigener Kanzleramtschef lässt Sie weiter durch die Gegend laufen und sagt Ihnen nicht, was beim BND los ist, auch auf die Gefahr hin, dass

die Amerikaner Sie irgendwann damit kompromittieren oder öffentlich diesen Punkt auch ansprechen.

Hat man Sie da ins Messer laufen lassen? Hätte Sie nicht Herr Pofalla wirklich über diesen wichtigen Punkt informieren müssen, damit Sie wissen, was der Hintergrund ist, wenn Sie öffentliche Auftritte haben und die entsprechenden Dinge dort immer wieder artikulieren?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie gesagt, ich habe ja schon mehrfach gesagt: Ich halte das für eine Ermessensentscheidung, die er so getroffen hat, wie er sie getroffen hat, und dass ich trotzdem Vertrauen zu ihm habe.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das können Sie haben. Aber aus heutiger Sicht: Wäre das nicht gut gewesen, Sie hätten das gewusst?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Schauen Sie: Wenn wir alle aus heutiger Sicht das beurteilen, was vor vier Jahren war, dann würden wir alle an die Sache ganz anders rangehen. Das ist nun mal der Gang der Ereignisse, dass wir heute eine andere Sicht haben als damals insgesamt zu dem gesamten Sachverhalt. Und ich sage noch mal: Ich halte es für eine mögliche Ermessensentscheidung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben momentan keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Bundeskanzlerin, ich komme auch noch mal auf diesen Vermerk des AL 6, Herrn Heiß, vom 07.08.2013, den Sie ja auch abgezeichnet haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit einem handschriftlichen Vermerk. Deswegen: Können Sie noch mal sagen, was die Kernbotschaft von Herrn Heiß an Sie ist in diesem Vermerk?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, meine Kernbotschaft habe ich vorgelesen. Soll ich es noch mal lesen? Ich zitiere aus der Vorlage: Eine Zusicherung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können das vorlesen, Sie könnten es mir auch einfach sagen. Aber - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Dann bin ich nur präzise. Ich meine, ich habe -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - die Vorlagen, die ich bekomme - - vom 7. August 2013 nicht mehr wörtlich im Kopf; das würden Sie mir verzeihen, glaube ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich vollständig.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber ich weiß nicht, ob Sie darauf hinauswollen, dass Sie etwas anderes für wichtig halten in der Vorlage als ich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Also, ich kann Ihnen das auch vorlesen; mir liegt das ja auch vor. Wir können uns gegenseitig Dinge vorlesen. Also, da steht drin:

Beide US-Gesprächspartner haben die Forderung, auf deutschem Boden müsse von jedem deutsches Recht eingehalten werden, akzeptiert.

Das steht da wortwörtlich drin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Und jetzt hat ja nun Frau Donfried - das ist vorgelesen worden - gesagt später: Das

stand niemals zur Diskussion. - Und vielleicht darf ich Ihnen noch aus einer anderen Vorlage zitieren, was der Resident in Washington geschrieben hat am 08.08.2013; MAT A BND-1-9i.pdf. Der schreibt da in Hinblick auf Punkt 2:

Ergänzung der „NSA-talking points vom 05. August 2013“ durch folgende Punkte:
Erklärung, dass weder in Darmstadt oder in Wiesbaden **noch an anderer Stelle in DEU** „collection“ stattfindet

Zweitens - oder zweiter Kugelpunkt -:

Dass NSA nicht deutsches Recht verletzt

NSA-Antwort am 08.08.2013, also an dem Tag, an dem er das aufschreibt:

We cannot add any new language to the bullets of the talking points ... at this moment. It goes beyond NSA. It is a policy decision.

Also, er sagt klipp und klar: Wir werden nicht zusagen, dass wir uns an deutsches Recht halten. - Also, was ich damit sagen - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das habe ich jetzt aus Ihren Darlegungen nicht genau entnehmen können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das kann ich Ihnen gerne noch mal vorlegen, das Dokument.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Ich sage nur: „Über das Ob müsse allerdings die Politik entscheiden“, hat ja auch Herr Heiß geschrieben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Heiß hat gesagt, dass die amerikanische Seite das akzeptiert hätte. Und das ist tatsächlich auch aus den Gesprächsvermerken nicht zu entnehmen. Ich kann Ihnen daraus vorlesen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Da heißt es zu den Äußerungen des NSA-Direktors - das ist MAT A BMI-1/10l_2, Blatt 55 bis 59 - - Da soll General Alexander gesagt haben:

Wir haben Abkommen mit der deutschen Regierung vertreten durch die deutschen Dienste, die wir befolgen. Alle gemeinsamen

- darauf liegt die Betonung, glaube ich -

Operationen werden unter Beachtung der deutschen und amerikanischen Gesetze durchgeführt.

Heißt: Wenn man nicht gemeinsam operiert, dann eben nicht. - Daran ist das Abkommen ja auch schließlich gescheitert. Also, um zum Punkt zu kommen, weil ich immer nur acht Minuten habe, Frau Merkel: Der Vermerk von Herrn Heiß ist - vorhin haben wir ja über „objektiv“ und „subjektiv“ geredet - objektiv falsch. Die amerikanische Seite hat das nicht akzeptiert. - Und deswegen würde ich Sie gerne fragen, warum Herr Heiß heute noch AL 6 eigentlich ist, wenn er Sie in einer so zentralen Frage falsch informiert hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann nicht sagen, dass er mich falsch informiert hat. Ich habe seine Informationen jedenfalls zur Kenntnis genommen und auf der Basis auch durch mein Abzeichnen weitere Gespräche für sinnvoll gehalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und ihr Kanzleramtschef, Herr Pofalla, der hat das dann in dieser berühmten 13-Statement-Rede - - 13-Punkte-Rede am 12.08. auch genauso kommuniziert, dass die Amerikaner das akzeptiert hätten. Und er spricht ja dann, glaube ich, in Ihrem Namen auch, wenn er so was sagt. Aber es war eben objektiv falsch.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, er hat in der Frage - das wissen Sie ja auch - von der Aufgabenzuordnung nicht in meinem Namen gesprochen, sondern er hat in seiner Funktion als Verantwortlicher für den BND und damit auch nach einer PKGr-Sitzung gesprochen, wenn ich richtig informiert bin. Und wenn Sie das als objektiv falsch betrachten, dann nehme ich das jetzt zur

Kenntnis. Ich sage, ich habe den Worten von Herrn Heiß vertraut. Und die Gespräche sind ja auch weitergegangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie. Aber jetzt in der Nachschau? Wir haben ja vorhin über objektive und subjektive Wahrheiten gesprochen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage, dass die Gespräche noch sehr intensiv dann weitergeführt wurden und dass das Ergebnis im Januar in der Tat enttäuschend war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Amerikaner sagen, es hat nie Aussicht gegeben darauf, dass das - -

(Tankred Schipanski
(CDU/CSU): Stimmt doch
gar nicht!)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich nehme es ja zur Kenntnis. Ich kann nur von dem ausgehen, was ich zur Kenntnis bekommen habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Merkel, was war eigentlich im August 2013 neben dieser Thematik noch wichtig? Was war denn so die politische Situation?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich finde es jetzt - - Können Sie machen, was Sie machen. Aber ich habe keine Absicht, in irgendeiner Weise infrage zu ziehen, dass wir uns nach bestem Wissen und Gewissen mit den Fragen von NSA befasst haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatte mit dem Bundestagswahlkampf rein gar nichts zu tun.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dazu haben Sie uns auch wenige Möglichkeiten gelassen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja. Ich sage mal, die Insinuation, wir würden irgendwie nichts tun auf dem Gebiet: Da gab es ja nun ausreichend, auch richtigerweise, das Bedürfnis nach Aufklärung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, nur wenn die Aufklärung, ich sage mal, objektiv wahrhaftig stattgefunden hätte, wären die Wahrheiten im Bundestagswahlkampf 2013 sehr unangenehm gewesen. Dann hätte man nämlich sagen müssen: Die Sachen, die Snowden hier aufklärt, ach übrigens, das machen wir auch. Und XKeyscore und all diese Programme, Prism, wir sind ein Teil davon. - Das hat aber das Bundeskanzleramt, das haben weder Herr Pofalla noch Sie gesagt, sondern Sie haben Dinge gesagt, die sich eben nachher nicht bewahrheitet haben. Und deswegen entsteht da so ein Wahrheitsdelta, und wir versuchen, eben rauszufinden sozusagen - - Also, ich will gar nicht sagen - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube Ihnen, dass Herr Heiß Ihnen das gesagt hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ist ja unbestritten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie haben es, ich habe es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das ist unbestritten. Genau. - Aber mich wundert eben, dass das konsequenzlos erfolgt, also dass er Ihnen was Falsches aufschreibt und Sie damit rausgehen und dann passiert nichts.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ob das - - Über die Falschheit kann ich jetzt nicht richten. Ich sage nur, ich habe das so zur Kenntnis genommen, und dann sind die Gespräche auch weitergegangen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch mal sagen, weil Sie eben das so auf Herrn Schindler bezogen haben: Weshalb ist Herr Schindler in den vorzeitigen Ruhestand geschickt worden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Diese Ruhestandsversetzungen erfolgen ohne Angabe von Gründen. Aber ich möchte nicht ausschließen, dass ein gewisser Neuanfang auch in dem Zusammenhang eine Rolle gespielt hat. Der Kanzleramtsminister wird wahrscheinlich dazu auch befragt worden sein. Ich habe seine Vernehmung nicht - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, der hat gesagt, dass er die Gründe nicht sagen muss irgendwie. Aber ich glaube, diese Regelung gilt beamtenrechtlich, dass man das -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ihm muss man die Gründe nicht sagen!)

- genau - ihm nicht sagen muss, also der Person, die man dann eben in den vorzeitigen Ruhestand schickt. Aber bei Herrn Fromm zum Beispiel, Präsident des BfV, war man nach dem NSU-Skandal nicht so zimperlich; da hat man öffentlich gesagt: Gut, die Schredderaktion; der Mann muss gehen. - Also, man kann, wenn man will, die Gründe sagen; -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. Ich gehe so weit - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber Sie sagen die Gründe im Fall Schindler nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre die letzte Frage oder Bitte.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage die Gründe nicht; aber ich sage, dass ich zufrieden bin, dass es einen Neuanfang beim BND gibt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Und wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Bundeskanzlerin, Sie haben ja in Ihrem Eingangsstatement völlig zu Recht, wie ich finde, gesagt, dass Sie nicht nur sich nach dem Thema „Abhören von Regierungsspitzen“ um Ihr Handy gekümmert haben, sondern im Schwerpunkt natürlich um die Frage: Wie ist es um den Grundrechtsschutz der deutschen Bürgerinnen und Bürger bestellt?

Nach Sommer 2013, nach diesen Snowden-Veröffentlichungen, ist irgendeine Initiative mal ergriffen worden, zu versuchen: Was könnte ein realistisches Bild der Gesamttätigkeit amerikanischer Dienste - und das sind ja viele - in Bezug auf Deutschland sein? Weil, wenn wir uns über die Kooperationen unterhalten - - Ich unterstelle mal, das ist der offizielle Teil, das ist vielleicht nur eine Spitze vom Eisberg. Den Teil der Tätigkeit in Bezug auf Deutschland, den die Dienste ausüben außerhalb von Kooperationen, den sehen wir gar nicht, der findet sich auch in keinen Akten des Bundeskanzleramts oder des BND wieder. Ist der Versuch mal unternommen worden, so was wie ein Gesamtbild zu erstellen mit den Erkenntnismöglichkeiten, die man vielleicht auch über die Spionageabwehr hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es ist die Entscheidung getroffen worden, in Zukunft mit der 360-Grad-Beobachtung ja einen neuen Weg zu beschreiten, und da wird im Augenblick oder seitdem ja mehr getan, als man das früher getan hat.

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut, also - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich fand den Begriff „360-Grad-Überwachung und -Abwehr“ auch immer sehr, sehr eingängig. Ich fand, das war ein schöner Begriff, so nach dem Motto: Man hatte vorher nur so einen Teil, und jetzt schaut man überall hin. Wir haben durch die Vernehmung von Herrn Maaßen hier kennengelernt, der ja im Bundesamt für Verfassungsschutz die Spionageabwehr bei sich hat, dass sozusagen die 155 unproblematischen Staaten, wo auch die Freunde dazugehören - - dass vor der Maßnahme eine Person dafür zuständig war und man das jetzt - wohlgemerkt:

für 155 Staaten - verzweifelt hat. Also, wir haben jetzt zwölf Personen, die dafür zuständig sind. Und er hat hier auch offen gesagt, dass man sozusagen mit so einem Personalbestand diese Erwartung, die der Begriff suggeriert - „360-Grad-Abwehr“ -, nicht erfüllen kann.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay. Wenn das so ist - ich habe die Vernehmung - - also, ich habe das Privileg, Herrn Maaßen in der Frage gehört zu haben, nicht gehabt -, dann werde -

Christian Flisek (SPD): Es war ein Privileg, ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - ich den Bundesinnenminister bitten, der Sache noch mal nachzugehen. Wir haben so viele - das wissen Sie ja auch - personelle Aufstockungsmöglichkeiten jetzt, weil wir sagen: „Wir müssen unsere Aufgaben besser erfüllen und vollständig erfüllen“, dass wir dann darüber noch mal sprechen werden. Das nehme ich gerne mit.

Christian Flisek (SPD): Das ist gut, Frau Bundeskanzlerin. - Ich würde Sie jetzt auch noch mal im Hinblick auch auf das Agreement fragen wollen. Ich meine, Ihr Abteilungsleiter 2, Herr Heusgen, der sozusagen ja bei den Fragen, was läuft im transatlantischen Verhältnis, der zuständige Ansprechpartner ja auch mit ist - dann neben, was Geheimdienstfragen betrifft, der Abteilung 6 -, hat ebenfalls auch von seinem Counterpart Frau Donfried im Juli 2013 bereits eine E-Mail bekommen, wo es heißt - ich sage es mal zunächst auf Englisch, im Original -:

Our experts simply don't feel equipped to judge our compliance under German law (?)

Also auf die Frage, ob ein Geheimdienst der USA tatsächlich sich bei seiner Tätigkeit in Deutschland auf deutsches Recht einrichtet und das einhält, haben sie schlicht und ergreifend gesagt: „Wir fühlen uns überhaupt nicht dazu fähig, eine solche Zusage zu geben, weil wir überhaupt keine Ahnung haben“ - ich überspitze jetzt mal die Übersetzung -, „was deutsches Recht eigentlich aussagt und woran wir uns dann halten müssen.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jetzt mal rein handwerklich: Wenn man über so ein Kernelement eines Agreements verhandelt und eine solche Aussage kommt zu einem Zeitpunkt Juli 2013 an Herrn Heusgen, was ist denn davon zu halten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Davon ist zu halten, dass dann Gespräche weitergeführt werden müssen, in denen die deutsche Seite darstellt, wie die deutsche Rechtslage ist; das ist ja nun keine Komplikation. Das sagt ja nicht: Wir haben kein Interesse an der deutschen Rechtslage und wollen mit euch nicht über die deutsche Rechtslage sprechen.

Christian Flisek (SPD): Na ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die E-Mail ist mir nicht zugegangen, nebenbei; aber wenn Sie aus ihr zitieren, habe ich keinen Zweifel, dass es sie so gibt, und dann - -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Sie haben mich doch - -

Christian Flisek (SPD): Mit Verlaub, Frau Bundeskanzlerin - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie haben mich doch gefragt, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - wie ich das sehe, und jetzt habe ich doch lediglich dazu geantwortet.

Christian Flisek (SPD): Das ist richtig.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das stellt Sie nicht zufrieden und - -

Christian Flisek (SPD): Nein, ich habe da jetzt auch noch mal nach, mit Verlaub, deswegen, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, klar.

Christian Flisek (SPD): - weil ich glaube, mit einem Gespräch, wo die deutsche Seite mal darstellt, was die deutsche Rechtslage ist, ist es natürlich nicht getan, weil ich mir bei der Vielzahl der Geheimdienste der Amerikaner und auch in Bezug auf das, was sie in Deutschland tun - - da haben wir es ja mit einem Bündel von wahrscheinlich unzähligen Maßnahmen zu tun. Das heißt, das ist sozusagen in jedem Fall einzelfallabhängig, diese Prüfung, und die Amerikaner müssten ja quasi jede einzelne Maßnahme - was sie bestimmt nicht tun wollen - dann bei der deutschen Regierung anmelden und sagen: Prüft mal, ob das sozusagen „compliance“ ist mit deutschem Recht oder nicht. - Und das ist ja allein operativ ein Ding der Unmöglichkeit, wenn die Amerikaner sagen: „Wir können es nicht beurteilen eigenständig“, ein K.-o.-Kriterium, würde ich sagen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay. Dann haben wir da unterschiedliche Vorstellungen, ob man so ein Abkommen überhaupt verhandeln kann oder nicht, wenn Sie jetzt sagen, dass es sowieso sinnlos ist angesichts der Komplexität.

Christian Flisek (SPD): Hinter der politischen Message, Frau Bundeskanzlerin, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Meine Erfahrung ist, wo Juristen - -

Christian Flisek (SPD): - stehe ich zu 100 Prozent.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie bitte?

Christian Flisek (SPD): Hinter der politischen Message, dass wir Standards brauchen, dass wir nicht mehr ein Denken aus Zeiten des Kalten Krieges brauchen zwischen Partnern, stehe ich zu 100 Prozent.

Nur, die Frage ist - - Ich sage es mal auch so jetzt: Wir haben gerade 360-Grad-Blick - das ist ein sehr eingängiger Begriff - - Wir haben aber auch gesehen - und Sie haben ja gesagt, Sie werden da noch mal nachfassen -, die Personalausstattung ist dürftig in einem wichtigen Bereich für Deutschland, Spionageabwehr. Forschung und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Entwicklung in diesem Land ist ein Kernelement für unsere Wirtschaftskraft, um nur das Thema Wirtschaftsspionage anzusprechen. Und wir haben „No Spy“ als einen Begriff, der Erwartungshaltungen schürt, wo ich mir die Frage stelle: Geht man mit solchen Begriffen in der Öffentlichkeit nicht zu leichtfertig um, weil man Erwartungshaltungen schürt, die man einfach schlicht - - Man kann nicht liefern.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, ich glaube, wenn ich mich recht erinnere, gab es von amerikanischer Seite sehr wohl zur Wirtschaftsspionage sehr eindeutige Aussagen, dass von der amerikanischen Regierung keine Wirtschaftsspionage betrieben wird. Und ich meine, jetzt sind wir an einem Punkt - - Ich weiß, dass man rechtlich sehr viel mehr durchsetzen kann, wenn man will, als man vielleicht als Nichtjurist erst mal denkt. Ich weiß jetzt gar nicht, ob Sie Jurist sind oder nicht; ich bin keiner. Aber wenn ich jedes Mal einen Sachverhalt als so komplex einstufe, dass ich gar nicht erst anfangen, zu gucken, ob ich es rechtlich regeln kann, das wäre, glaube ich, auch keine gute Grundeinstellung.

Christian Flisek (SPD): So weit stimme ich Ihnen zu, aber, wie gesagt - - Gut. - Ich habe eine Frage noch zum No-Spy-Abkommen. In dem Vermerk, den Sie ja selber jetzt mehrfach sozusagen als die wesentliche Informationsgrundlage für Ihre eigene Bewertung zitiert haben, nämlich der Vorlage von Herrn Heiß vom 7. August 2013, heißt es - also zumindest in der Version, die uns vorliegt, gibt es eine handschriftliche Notiz noch von Herrn Heiß, und da heißt es -:

Außenminister Westerwelle erhielt im Telefonat mit Kerry keine Zusagen. Ggf. unverzüglich Gesprächsanmeldung Obama (?)

Also, wir haben das beim Lesen so interpretiert, dass es - politischer Leitungsvorbehalt; das war ja klar: also, die Geheimdienste können über alles Mögliche verhandeln, die Politik muss zustimmen - bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Zusagen gab, auch im Gespräch Westerwelle-Kerry nicht, und sozusagen ein Arbeitsauftrag im Kanzleramt existierte, wobei ich jetzt nicht sagen würde, dass

Herr Heiß Aufträge geben kann, aber, ich sage mal, eine Empfehlung, eine Anregung geben kann, dass man hier eine Gesprächsanmeldung mit Präsident Obama macht. Und ich glaube, die einzige Person im Kanzleramt, die mit Präsident Obama sprechen wird, das sind dann Sie. Ist ein solches Gespräch angemeldet worden? Ist da eine Initiative aufgrund dieses handschriftlichen Vermerks erfolgt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, darüber hatte ich ja auch gesprochen. Es war so, dass diese Anregung da war, weil wohl Präsident Obama am 9. August eine Rede geplant hatte. Und ich wurde dann informiert, dass auch der Außenminister bereits mit dem Außenminister Kerry, also Westerwelle mit Kerry, telefoniert hatte, und habe dann entschieden, dass im Blick auf die Rede vom 9. August ein Telefonat auf der Ebene, wie der Vermerk war, in welchem Stadium sich die Gespräche befanden, nicht zielführend ist. Und deshalb habe ich heute ja hier auch dargelegt: Ich habe von einem solchen Telefonat auf höchster Ebene abgesehen. Es will ohnehin ganz grundsätzlich überlegt sein, wann und über welche konkreten Anliegen jeweils auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs gesprochen wird und wann nicht, zumal dann, wenn es wie im vorliegenden Fall eine grundsätzliche Bereitschaft zu Gesprächen über ein Agreement zwischen den Nachrichtendiensten auf Arbeitsebene gegeben hatte, aber klar war - das füge ich jetzt hinzu -, dass dies noch nicht den Stand erreicht hatte, dass darüber zwischen zwei Regierungschefs gesprochen werden kann.

Christian Flisek (SPD): Hat man vielleicht von einem solchen Gespräch abgesehen, haben Sie vielleicht von einem solchen Gespräch abgesehen, weil man befürchtete, vielleicht zu früh eine eindeutige Absage zu bekommen und damit das Thema noch sehr früh, auch im Bundestagswahlkampf, begraben zu müssen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ich möchte noch einmal auf die Selektoren und auch auf die Frage, wie



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach dem Herbst 2013 mit den Selektoren umgegangen worden ist und welche Rolle da das Kanzleramt hat, zu sprechen kommen.

Fast alle Zeugen aus dem Kanzleramt haben uns berichtet, dass das Thema „Selektoren“, „kritische Selektoren“ nach der einmaligen Lösungsaktion im Oktober 2013 erst wieder anlässlich des Besuches von dem damaligen neuen Chef des Bundeskanzleramts, Herrn Altmaier, in Pullach im Frühjahr 2015 voll aufschlug.

Die Frage, die wir uns hier stellen, ist: Was ist in der Zwischenzeit passiert? Warum vergehen fast anderthalb Jahre in einem Bereich - - Wir haben jetzt gelernt, der Bereich „Signal Intelligence/ SIGINT“ ist auch in der strategischen Kommunikationsüberwachung wichtig; da stimme ich Ihnen auch zu. Er ist ein Teil der Tätigkeit des BND, der fast mehr als 50 Prozent einnimmt, der immer mehr Ressourcen auch verschlingt. Und wir haben gelernt, dass sozusagen in den Unmengen der Datenströme der Begriff der Selektoren, der Suchbegriffe, ein ganz entscheidender ist. Und dann hat man im Oktober 2013, wie gesagt, im Kontext Snowden, im Vorfeld eines sich konstituierenden Untersuchungsausschusses im März 2014 hier im Bundestag schon einmal ein klares Indiz, dass es hier eine Problemlage gibt. Abgesehen davon - das, glaube ich, ist auch deswegen klar, weil der einfache Selektorenmitarbeiter beim BND - - Wir haben die ja hier auch gehört; das waren für die Damen und Herren oft keine angenehmen Befragungen, weil die das gar nicht gewohnt sind, vor so einem Ausschuss auszusagen. Die haben uns alle aber miteinander gesagt: Wir hatten nie eine Handreichung einmal gehabt, was wir wirklich zu tun haben. - Also, es gab nie eine verschriftlichte Verwaltungsrichtlinie, wie das aufzusetzen ist, obwohl das dann auch immer mit der Zeit komplexer geworden ist, weil die technische Entwicklung in den 2010er-Jahren ja gigantisch war dann am Ende.

Und dann taucht dieses Problem im Oktober 2013 erstmals auf bei Pofalla. Er erteilt in aller Eile Weisungen. Es führt zu Ergebnissen. Er fordert einen Bericht an, den keiner kennt - lassen wir das Thema -, und dann dauert es trotzdem bis März 2015, bis sich das Kanzleramt wiederum

reaktiv dieser Sache annimmt. Und ich stelle mir die Frage: Wäre es in dieser Zeit nicht höchste Eisenbahn gewesen, wirklich proaktiv mal strukturiert diesen Komplex anzugehen? Sie hätten es ja einfach machen können, oder Herr Altmaier hätte es auch einfach machen können, einfach mal dem Herrn Heiß sagen: Lieber Herr Heiß, machen Sie uns da bitte mal eine Bestandsaufnahme. - Herr Heiß hat uns gesagt bei seiner Vernehmung, nur wenn von oben eine Anweisung kam, ist er tätig geworden. - Das ist eine Aussage von ihm gewesen hier im Ausschuss. - Und wenn nichts kam, dann wurde auch nichts veranlasst.

Das heißt, die Frage ist: Wie - - Also, für uns ist das unerklärlich. Wir haben das deswegen auch in der öffentlichen Bewertung als, ich sage mal, ein schwarzes Loch ein Stück weit bezeichnet, weil diese ungeheure Zeit - anderthalb Jahre nichts passiert - nahezu unglaublich erscheint. Wie bewerten Sie das in der Rückbetrachtung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, da ich ja von der Oktoberinformation nichts wusste, kann ich jetzt ja nur mutmaßen. Damals ist es ja nicht reaktiv gewesen offensichtlich, sondern offensichtlich ist ja Herrn Pofalla was gesagt worden. Er hat dazu eine Weisung erteilt. Und ehrlich gesagt, könnte man sich ja auch vorstellen, wenn der BND etwas sagt, anschließend eine Weisung erteilt wird - ich mutmaße jetzt nur -, dass dann das Problem auch gelöst wird.

Und dass dann herauskommt im Oktober - die BND-Sachen waren im Oktober oder Ende September 2015 -, dass das doch nicht ausgeführt wurde vollständig: Da komme ich wieder auf die technischen und organisatorische Defizite. Und das war dann noch eine sehr höfliche Formulierung.

Christian Flisek (SPD): Ja, ich sage es ganz offen, Frau Bundeskanzlerin: Ich teile die Ansicht, dass es in der Abteilung Technische Aufklärung erhebliche organisatorische Defizite, Mängel gibt. Insofern, glaube ich, wird auch grundsätzlich darüber zu reden sein, ob es Sinn macht, die Abteilung TA ausgerechnet in Pullach zu belassen. Also die Abteilung, wo die meisten Probleme



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind und die immer wichtiger wird, so entfernt von der BND-Spitze in Berlin zu organisieren, ist ein politisches Thema, das noch zu klären sein wird. Aber es stellt sich natürlich auch die Frage, ob es organisatorische Defizite in der Fachaufsicht gegeben hat. Und wenn ich mir anschau, dass Themen auftauchen und man keinerlei Veranlassung sieht, proaktiv mal diese Themen strukturiert anzugehen, nachzufragen - Mitarbeiter, eine ganze Abteilung ist dafür da, Herr Fritsche als neuer Staatssekretär ist extra im Januar 2014 eingesetzt worden -, und man dann im März 2015 relativ überrascht tut: „Oh, oh, da gibt es ja Probleme mit den Selektoren; wussten wir gar nicht“: Ich finde das nicht nachvollziehbar.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay. Diese Bewertung nehme ich zur Kenntnis, und ich glaube auch, dass man auch im Bundeskanzleramt in der entsprechenden Abteilung aus den Vorgängen gelernt hat, dass sich die Dinge nicht wieder so wiederholen werden.

Und im Übrigen will ich noch einmal darauf hinweisen: Herr Fritsche ist nicht nur wegen, er ist auch - das hat noch eine zusätzliche Begründung gebracht - wegen der Empfehlung des Parlaments ins Kanzleramt gekommen, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - die Arbeit der Nachrichtendienste besser zu koordinieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir wären mit der Zeit durch.

Christian Flisek (SPD): Danke. Vielen Dank erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir wären jetzt am Ende der dritten Fragerunde. Ich würde vorschlagen, wir machen noch eine Fragerunde, und wenn dann noch Fragen im öffentlichen Teil sind, dann würde ich aber vorher eine Pause machen, sodass wir mal eine 20-minütige Pause haben; ich glaube, das tut uns allen gut. Aber, ich glaube, eine Fragerunde schaffen wir noch, und dann wird sich klären, ob noch weitere Fragen bestehen oder nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, aber wenn dann noch zwei Fragen übrig bleiben, können wir es - - Na, mir ist es - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, wenn es zwei sind, dann kriegen wir die auch noch hin. Aber wenn es mehr als zwei sind, dann würde - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau. Sie entscheiden darüber. Ich bin noch aussagefähig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ich würde dann nach der nächsten Fragerunde mal 20 Minuten Pause machen, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass wir uns noch mal alle sammeln und mit Kraft in die nächste Runde - oder zwei oder drei - dann gehen. - Es beginnt aber Frau Kollegin Renner in dieser vierten Runde.

Martina Renner (DIE LINKE): Frau Bundeskanzlerin, ich will noch mal auf das Sommerinterview 2013 zurückkommen. Sie haben in dem Interview mehrfach erwähnt, dass Präsident Obama Akten deklassifizieren werde. Was war denn genau damit gemeint? Sind denn Akten dann wirklich herabgestuft worden? Für wen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Können Sie es mir noch mal vorlesen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann Ihnen das gerne noch mal vorlesen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe die - - weil ich es jetzt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die Stelle aus dem Interview?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was ist das? Sommer-PK oder - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. - Lesen Sie es mir einfach nur vor.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann lasse ich das gerade mal raussuchen -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ach so.

Martina Renner (DIE LINKE): - und würde mit einer zweiten Frage weitermachen, und zu der kommen wir dann gleich noch mal zurück. - Sie haben auch in dem Interview gesagt - aber wenn ich das dann auch vorlesen soll, dann müssen wir das auch suchen -, dass das G-10-Gesetz ein sehr gutes Gesetz sei, und erwähnten explizit, „maximal“ - das ist ein Zitat von Ihnen - „dürfen 20 Prozent der Informationen abgeschöpft werden“ (?). So war ja auch der Wille des Gesetzgebers gemeint. Wissen Sie mittlerweile, dass der BND exakt diese 20-Prozent-Regelung umgangen hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Er hat nämlich nicht, wie der Gesetzgeber es wollte - und da kann man in der Kommentierung zum Gesetz eindeutig nachlesen -, nur 20 Prozent eines Kabelansatzes zur Grundlage gelegt. Also, der Gesetzgeber hat gemeint: 20 Prozent eines Kabelansatzes; der BND hat einfach gesagt: Wenn ich nur 20 Prozent des weltweiten Internetverkehrs nehme, ist es okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Hm.

Martina Renner (DIE LINKE): Und damit hat er das Gesetz, also, man kann sagen, gebeugt oder fehlinterpretiert, aber auf jeden Fall die 20-Prozent-Regel gebrochen. Wussten Sie das?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Ich habe mich - - Wie gesagt, ich wurde mal informiert über diese 20-Prozent-Regel. Ich weiß nicht, wie Sie die finden; ich finde sie - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die war eigentlich ganz gut gemeint, ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, sie war gut gemeint, aber -

Martina Renner (DIE LINKE): Der BND hat leider aber sich nicht dran gehalten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - der Gedanke, dass man irgendwo mal 100 Prozent relevante Informationen an irgendeiner Stelle findet und die nicht abschöpfen darf, ist auch komisch, wenn Sie dem G-10- - aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur zur Info: Wir haben hier im Ausschuss auch - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Entschuldigung! Ich will nicht das G- - Das werden Sie richtig bewerten.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber, wie - - Ich habe jetzt die Stell- -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir haben hier im Ausschuss auch über die Auslegung dieser 20 Prozent intensiv mit divergierenden Ansichten diskutiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Es gibt aber eine Kommentierung zum Gesetz, und die ist eindeutig. - ARD-Sommerinterview, und da geht es um Minute 8:57. Sie sagen:

Wir sind ja dabei, den Sachverhalt aufzuklären. Mir ist so etwas bislang nicht bekannt. Aber deshalb sprechen unsere Experten in Amerika mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Und ich finde es ein wichtiges Zeichen, dass Präsident Obama auch gesagt hat, dass diese Deklassifizierung von Akten, an die wir bis jetzt überhaupt nicht herangekommen sind, stattfindet.

Was - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, dann wird - - Also, es muss ja dann auf eine Äußerung von Präsident Obama zurückgehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und - -

Martina Renner (DIE LINKE): Die Sie ja vielleicht kennen und ich nicht. Aber um welche Akten geht es denn da? Vielleicht sind die ja für den Ausschuss von Relevanz.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass Sie alles bekommen haben, was Sie bekommen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber haben Sie denn mal deklassifizierte Akten - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich habe mich mit der Deklassifizierung von Akten nicht beschäftigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, es geht ja um den Vorgang - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe Ihnen ja gesagt, dass Präsident Obama umfassend angesichts von Herrn Snowden die Frage „Wie arbeiten die amerikanischen Dienste?“ in Angriff genommen hat. Und dazu könnten solche Dinge auch gehören. Aber ich kann im Einzelfall dazu nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie eigentlich, wie die Kooperation der NSA mit dem Bundesnachrichtendienst in Bad Aibling aussah?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Im Detail nicht, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Und in groben Zügen? Um was es da ging?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Ich habe mich nicht mit den Einzelheiten der NSA-Kooperation mit dem BND beschäftigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm. Also, es ist ja Hauptgegenstand dieses Untersuchungsausschusses und auch des BfDI-Prüfberichtes gewesen und auch Hauptgegenstand der öffentlichen Berichterstattung in den letzten Monaten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, habe ich zur - -

Martina Renner (DIE LINKE): „Eikonale“, die Operation bei der Deutschen Telekom.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich sage ja - - Aber ich kann hier nur darüber berichten, was ich sozusagen aus dem Kanzleramt an Informationen bekommen kann. Ich lese natürlich auch Zeitung und da - - Für die Details ist derjenige zuständig, der die Fach- und Rechtsaufsicht über den BND innehat.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die Kooperation wurde ja mal zwischenzeitlich eingeschränkt. Dann ist sie wieder voll aufgelaufen. Zwischenzeitlich wurden mal keine IP-Daten mehr genutzt. Dann wurde das wieder rückgängig gemacht. Mittlerweile läuft sie wieder. Ich hatte ja vorhin schon gefragt, ob es nicht unter der neuen US-Administration, unter dem neuen US-Präsidenten möglicherweise auch Reflexionen im Bundeskanzleramt darauf gibt: Wir leiten ja jetzt im Zuge dieser Kooperation weiterhin täglich zigfach Daten an die USA, und der BND durchsucht weiterhin seine Datenbank mit NSA-Suchbegriffen nach bestimmten Treffern, und, wie mein Kollege Dr. Hahn ja schon ausführte, 30 Prozent dieser Suchbegriffe werden technisch gar nicht verstanden. Ich meine, in der Situation, in der wir jetzt stehen - - Wir können doch möglicherweise gar nicht ausschließen, dass die NSA eben auch nach Journalisten sucht, Nichtregierungsorganisationen, nach befreundeten Regierungen, nach Ähnlichem mehr und dass diese Daten dann eben auch von Deutschland an Trump übergeben werden.

(MR Philipp Wolff (BK)
meldet sich zu Wort)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber das sind doch jetzt Unterstellungen, die - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff von der Bundesregierung.

MR Philipp Wolff (BK): Also, ich wollte nur kurz anmerken, dass ich die Frage so als Vorhalt auch für falsch halte, wenn Sie über aktuelle Daten sprechen, und wollte das auch nur der Zeugin zu erkennen geben, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Es werden doch Daten weiterhin geliefert.

MR Philipp Wolff (BK): - dass die Lesbarkeit sich definitiv nicht auf die aktuelle Tätigkeit erstreckt, -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber die Lesbarkeit - -

MR Philipp Wolff (BK): - genauso wenig wie der Untersuchungsausschuss -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

MR Philipp Wolff (BK): - sich auf die aktuelle Tätigkeit erstreckt.

Martina Renner (DIE LINKE): Das würde mit Frau Kanzlerin zu weit führen. Man hat eine Deutung angefügt an die Selektoren, aber man kann immerhin weiterhin einen bestimmten Anteil an Selektoren, insbesondere aus Messenger-Systemen usw. - -

MR Philipp Wolff (BK): Nein, das ist nicht korrekt, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

MR Philipp Wolff (BK): - was die aktuelle Vorgehensweise betrifft.

Zeugin Dr. Angela Merkel: So, also.

Martina Renner (DIE LINKE): (... akustisch unverständlich) Okay, wir müssen das Technische hier nicht diskutieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten schon aus der Vergangenheit sagen, damit es untersuchungsgegenständlich ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. In der Vergangenheit war es so, dass die NSA-Selektoren zu einem bestimmten Prozentsatz nicht verstanden wurden. Und das ist natürlich besonders kritisch, hat auch die Datenschutzbeauftragte intensiv kritisiert, dass, wenn man Suchbegriffe laufen lässt,

die man selbst nicht versteht, natürlich damit sowohl Treffer erzielt werden, die ausgeleitet werden an die USA, zum anderen aber auch in Grundrechte eingegriffen wird, und das ohne Kontrolle seitens des Bundesnachrichtendienstes; das war ihre Kritik damals.

Aber wir stehen ja jetzt unter veränderten außenpolitischen Bedingungen und auch unter veränderten innenpolitischen in den USA, und die Frage ist: Sollte man einen Datentransfer in die USA heute nicht noch mal einer politischen Revision unterziehen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da muss ich aber wirklich sagen: Das ist nicht Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses. So sehr, wie es mich interessieren würde - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber Herr Vorsitzender, da muss ich mal sagen: Vorhin haben auch Kollegen gefragt: Bietet denn das neue BND-Gesetz - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch da bin ich ja eingeschritten, als die Kollegen - -

Martina Renner (DIE LINKE): - jetzt Gewähr irgendwie, dass alle -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann doch mal das, was ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): - Konsequenzen gezogen wurden? - Die Fragen sind dann immer okay und meine nicht; das geht eben nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, doch. Genau so wie beim Kollegen Ostermann die Frage nicht okay war, ist diese auch ganz deutlich außerhalb des Untersuchungszeitraums. Wenn die Bundeskanzlerin aber ein allgemeines politisches Statement heute abgeben möchte, dann bin ich der Letzte, der ihr das Wort abschneidet oder das Mikro abdreht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: So, und da ich vermeiden möchte, dass der Eindruck entsteht, dass unter der neuen amerikanischen Administration die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht mehr erfolgen wird, will ich hier ganz eindeutig sagen, dass ich erstens glaube, dass wir aus eigenen Interessen auf diese Zusammenarbeit angewiesen sind, und dass ich davon ausgehe, dass sie fortgesetzt wird.

(Dr. André Hahn
(DIE LINKE): Egal, wer
Präsident ist?)

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie kriegen noch eine Frage.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dass ich unter der neuen Administration -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - davon ausgehe, dass die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit fortgesetzt wird. Das ist mir sehr wichtig, dass da nicht irgendwelche Zweifel aufkommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Ist eine Antwort. - Wir haben ja jetzt viel über das Bundeskanzleramt gesprochen und eben auch über - aus unserer Sicht - die Vernachlässigung seiner Aufsichtspflichten. Ich wollte noch mal ein bisschen über das Parlament sprechen. Wir haben im Rahmen unseres Untersuchungsausschusses natürlich auch prüfen müssen, inwieweit in der Vergangenheit Kontrollgremien oder aber auch einzelne Abgeordnete, Fraktionen nicht richtig oder nicht rechtzeitig informiert wurden, und haben zum Beispiel festgestellt, dass es mindestens sechs Kleine Anfragen gibt von Abgeordneten, die in Teilen aus heutiger Sicht falsch beantwortet wurden. Und dafür trägt ja das Bundeskanzleramt letztendlich die Verantwortung, selbst wenn die fehlerhaften Zuarbeiten vom Bundesnachrichtendienst kamen. Ist diese Problematik mal im Bundeskanzleramt besprochen worden, dass man in Zukunft dem Parlament wahrheitsgemäß berichten möchte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir berichten immer nach bestem Wissen und Gewissen. Ich habe erst

schon von den Vollständigkeitserklärungen gesprochen, die jeweils abgegeben werden von den Behörden. Aus den Erfahrungen - haben wir aber nun heute auch schon gesprochen - sind ja auch Veränderungen vorgenommen worden dahin gehend, dass man die Transparenz sicherlich im BND verbessert. Und es ist sehr misslich, dass solche Vollständigkeitserklärungen abgegeben wurden und im Nachhinein herauskam, dass sie nicht vollständig waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage gewesen sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber der Umstand, dass zum Beispiel auch Anfragen falsch beantwortet wurden, war der Ihnen bekannt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Habe ich in der Zeitung gelesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie können mal davon ausgehen, dass das Kanzleramt nicht wesentlich eine falsch beantwortete Kleine Anfrage rausgehen lässt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich weiß nicht, ob ich das - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, wir sollten uns ja jetzt nicht Dinge unterstellen, die wir gegenseitig nicht wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen aber jetzt zu den Fragen der CDU/CSU-Fraktion. - Ich hätte eine Nachfrage, auch da wieder zum sogenannten No-Spy-Abkommen, weil wir ja immer noch zwischen zwei Polen changieren: Gab es das wirklich, oder gab es das nicht? Und es wurde dann E-Mail-Verkehr von Frau Karen Donfried zitiert. Ich habe mir den gesamten Mailverkehr von vielen, vielen Seiten mal geben lassen vom Sommer 2013 bis Anfang Februar 2014. Also



Nur zur dienstlichen Verwendung

über irgendwas haben die anscheinend da geschrieben. Wenn es das gar nicht gegeben hat, dann haben die viel Zeit mit einem Chat verbracht. Aber irgendwie geht es immer um dieses Übereinkommen.

Und dann habe ich mir noch mal die Zeugenaussage von Herrn Schindler, die letzte, geben lassen, wo er befragt wird auch über dieses No-Spy-Abkommen und die Frage gestellt kriegt: Wie ist das denn alles zustande gekommen? Und dann sagt Herr Gerhard Schindler - und das ist das Protokoll der Zeugenvernehmung vom, wäre schön, wenn das so draufstünde, dass das auch ein Abgeordneter schnell findet, 21. Mai, Seite 122 -:

Dieser Begriff „No Spy“ ist keine Erfindung der deutschen Seite. Ich habe diesen Begriff erstmalig gehört in einem ersten Gespräch, als es darum ging, eine Vereinbarung zu schließen. Dieses Angebot kam von der US-Seite, das Vereinbarungsangebot, und dabei wurde der Begriff „No Spy“ verwendet.

So sagte es Herr Schindler; so sagte es übrigens auch in seiner Vernehmung Herr Fritsche. Das mag sein, dass die sich irren. Mir ist eigentlich auch egal, wer den Begriff zuerst benutzt hat. Irgendwie schien er benutzt worden zu sein.

Wenn Sie jetzt auch aussagen, dass Sie von den Verhandlungen über ein No-Spy-Abkommen wussten, dann frage ich mich, warum wir das die ganze Zeit hier weiterhin nachfragen. Es scheint es irgendwie gegeben zu haben, und auf zwei Ebenen scheint verhandelt worden zu sein. Traurig ist, dass es dann nicht zu einem Abschluss gekommen ist, weil es wäre vielleicht etwas, was mustergültig hätte sein können, weil es so was noch nicht gibt. Und deswegen hatte ich oft vielleicht auch nach den Beweggründen gefragt, weil ich tatsächlich die Meinung habe und die Vermutung habe, die amerikanische Seite war 2013 so unter Druck aufgrund dieses Datenleaks, dass sie so etwas eingegangen wären. Haben Sie den Eindruck, wir täuschen uns,

(Christian Flisek (SPD):
Man definiere „wir“!)

und die Bundesregierung hat da nur Potemkinische Hausfassaden aufgebaut? Oder hat es das wirklich gegeben, wovon hier fast alle Zeugen berichtet haben? Und den E-Mail-Verkehr, den könnte ich sogar vorlegen, den ich hier in der Hand habe, den scheint es irgendwie auch gegeben zu haben. Oder Herr Wolff hat ihn heimlich nachts getippt. Wie schaute es aus?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ich habe ja - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht, dass Sie es jetzt noch einmal zum x-ten Male sagen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, also, ich - - Herr Sensburg, ich habe ja nicht die geringste Veranlassung, an der Ernsthaftigkeit dieser Verhandlungen zu zweifeln. Ich habe zum ersten Mal diesen Begriff „No-Spy-Abkommen“ gehört im Zusammenhang mit den öffentlichen Äußerungen des Kanzleramtsministers nach der PKGr-Sitzung. Wenn er früher schon gefallen ist, dann um so besser, dann ist er auch nicht sozusagen von der deutschen Seite ins Gespräch gebracht worden.

Ich kann nur sagen: Wenn ich einen Vermerk bekomme, wo gesagt wird: „keine gegenseitige Spionage stattfindet“ und „ein ‚Agreement‘ in Frage“ kommt, „in dem beide Seiten“ zustimmen, dann ist es zu dem Wort „No-Spy-Abkommen“ nicht so weit, sodass es auch sehr gut möglich sein kann, dass das dann auf der amerikanischen Seite gefallen ist. Über die Motive kann ich nicht spekulieren. Es ist jedenfalls festzustellen, dass ganz offensichtlich - und Sie untermauern das ja noch mal - intensiv gesprochen wurde auf den verschiedensten Ebenen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann würde ich im Zweifel in der nächsten Runde, nach gegebenenfalls einer Pause, dann noch mal auf die Probleme und Versäumnisse im BND zu sprechen kommen, die ich nämlich, wie gesagt, für sehr relevant halte.

Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, und das ist die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich, Herr Vorsitzender, bin dran.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung! Sie sehen heute so jung aus, Herr Kollege. - Herr Kollege Ströbele ist das natürlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Frau Merkel, ich komme noch mal auf den Anfang zurück. Also, das war ja das entscheidende Jahr, Frühsommer und dann Sommer 2013. Dieser berühmte Satz ist von Ihnen da kreiert worden. Ich habe Sie so verstanden, bevor Sie das gesagt haben, dass das gar nicht geht, haben Sie nicht irgendwie mit Ihrem Dienst, also mit dem Bundesnachrichtendienst, oder Leuten aus ihrem Kanzleramt geredet, ob das vielleicht doch ist, sondern Sie haben den irgendwie ganz spontan entwickelt aus eigener politischer und moralischer Meinung und Empörung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe ihn als meine politische Überzeugung gesagt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, so habe ich es auch verstanden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und ich habe ihn auch aus der Meinung gesagt, dass dies keine nur von mir geteilte politische Überzeugung ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Herr Seibert hat das ja auch gesagt, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und Sie können mich da mit einschließen. Also, ich finde das auch nicht richtig.

Also, das war praktisch eine Kritik an dem, was vorgeworfen wurde nach den Dokumenten von Edward Snowden - wenn das stimmte. Das ist jetzt meine erste Frage: -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Seit wann sind Sie davon ausgegangen, dass die Dokumente aus dem Besitz von Edward

Snowden zutreffend sind, dass das echte Dokumente aus der NSA sind, vielleicht da nicht irgendwie in einem Ordner abgeheftet, aber in den Netzen und dann abgedruckt worden sind? Ab wann sind Sie davon ausgegangen? Ich stelle diese Frage, weil ich da ja auch sehr engagiert war schon in den ersten Wochen und immer entgegengehalten wurde: „Wir wissen doch gar nicht, ob das richtig ist, ob da nicht einer was erfunden und nachgemacht hat“, und so. Diese Gedanken werden Sie sich ja auch gemacht haben, wenn da so plötzlich Dokumente auftauchen. Seit wann sind Sie davon ausgegangen, da ist was dran an den Dokumenten, die sind wirklich aus der NSA?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich glaube, die Presseveröffentlichungen waren so - jedenfalls nach meiner Erinnerung, und man hat ja auch keinerlei Dementis gehört von substanzieller Art -, dass ich zumindest der Meinung war, dass wir uns damit auseinandersetzen müssen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wie jetzt? Also, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, wie?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Sie haben ja auch mehrere Delegationen in die USA geschickt. Herr Friedrich war mal da, die Chefs der Dienste waren da und haben dann berichtet. Was haben die denn zurückgebracht? „Die Amerikaner bestreiten das nicht und sagen auch: ‚Mist, dass das passiert ist, und hoffentlich kommt da nicht noch mehr‘“, oder? Wie war Ihre Informationslage im Sommer, sagen wir mal, Juli 2013?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, die war so, dass ich ja von der Vorlage zu Prism und Tempora da Nachfragen gestellt hatte aufgrund der Presseberichterstattung. Habe dann gehört, dass darüber noch keine abschließenden Bewertungen zu hören sind. So richtig abschließend sind sie ja dann auch danach nicht sofort geworden. Und insofern habe ich mich dann auf die politische Weichenstellung und die politische Einschätzung und die politischen Maßstäbe konzentriert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ist damals - ich erinnere mich da noch ziemlich genau - als erste Reaktionen auch aus der Bundesregierung mitgeteilt worden: „Wir haben eine ganze Reihe von Fragen“, die wurden auch zum Teil veröffentlicht, „an die USA gestellt, die wir jetzt beantwortet bekommen sollen.“ Und dann sind Herren dahin gefahren, haben das mit der NSA besprochen, und dann kamen sie wieder und haben gesagt: „Ja, ja, die werden beantwortet; das dauert auch nicht mehr lange“, weil wir als Abgeordnete ja immer drauf warteten, was kommen denn aus den USA dazu für Reaktionen. Da wurde uns immer gesagt: Na ja, die müssen noch runtergestuft werden; das dauert aber nicht lange, ein paar Wochen oder so, und dann sehen wir. - Wissen Sie was aus den Fragen und den Antworten geworden ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Ihnen sage: „Sie sind bis heute nicht beantwortet“, wundert Sie das?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nehme ich zur Kenntnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nehmen Sie zur Kenntnis. - Ja, deshalb haben wir lange Zeit natürlich auch immer Vermutungen angestellt. Und ich vermute, dass Sie, nachdem dann auch Herr Seibert, Ihr Pressesprecher, in einer Pressekonferenz Ihren wichtigen Satz gesagt hat und dann gefragt worden ist: „Stimmt das denn auch? Machen das die Deutschen nicht auch so?“, vielleicht spätestens zu diesem Zeitpunkt nachgefragt haben bei den Leuten, die das wissen mussten, also im Kanzleramt bei Ihrer Abteilung oder vielleicht sogar den BND-Chef gefragt haben: „Sagt mal, könnte es sein, dass da bei uns auch so was läuft, dass wir da Ärger kriegen?“

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe solche Nachfragen nicht gestellt. Ich habe mich an das, was - - man mich informiert hat, gehalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, haben die Sie positiv so informiert, dass sie gesagt haben: -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich sage - - ich habe ihnen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - „So was machen wir nicht“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Sie kennen ja alle Informationen, die ich bekommen habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich finde da nie, dass die sich damit auseinander gesetzt haben: „Wir machen das auch“, oder: „Wir machen das ein bisschen, nicht so schlimm wie die Amerikaner“, oder so.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Herr Ströbele, ich kann nur sagen: Ich habe die Vorlagen, die in dem Zusammenhang an mich gegangen sind, hier dargelegt, und darüber hinaus habe ich keine Erkenntnisse gehabt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich auch nicht bemüht - darum geht es mit jetzt -, Erkenntnisse zu gewinnen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich bin davon ausgegangen, dass die notwendigen Aufklärungsarbeiten auf der Fachebene laufen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und jetzt kommen wir noch mal zu dem 12. August.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - zumal der amerikanische Präsident - und er hat ja dann auch in der Folge einiges gemacht - bei seinem Besuch - - Darauf können wir auch noch mal zurückkommen - der war da am - -

(Die Zeugin blättert in ihren Unterlagen)

warten Sie mal - - Hier: Am 19. Juni war ja der Besuch des Präsidenten Obama, wobei



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir einen offenen Informationsaustausch zwischen unseren Mitarbeitern sowie auch zwischen den Mitarbeitern des Innenministeriums ... und den entsprechenden amerikanischen Stellen vereinbart haben. Ich denke, dieser Dialog wird weitergehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt komme ich auf den 12. August noch mal, der ja schon mehrfach hier zitiert worden ist, also das Pressestatement - - vorher im PKGr und dann ein Pressestatement von Pofalla.

War Ihnen bekannt, dass in diesem Statement von Herrn Pofalla auch der Satz stand:

Die NSA hat uns schriftlich versichert, dass sie Recht und Gesetz in Deutschland einhält.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, das war ja - - Ich weiß nicht, beziehen Sie sich auf seine öffentlichen Äußerungen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. - Na ja, gut, es stand für mich in keinem Widerspruch zu der Vorlage vom 7. August, die ich ja nun auch schon mehrfach zitiert hatte:

... eine Zusicherung abzugeben, dass auf deutschem Boden jederzeit deutsches Recht respektiert werde und keine gegenseitige Spionage stattfindet

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Hier soll ja positiv - - Die NSA soll ja diese Zusage gegeben haben, dass sie es nicht machen. So kann man - - Anders kann man das nicht verstehen:

Die NSA hat uns schriftlich versichert, dass sie Recht und Gesetz in Deutschland einhält.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann man die Fundstelle mal haben? Weil ich habe das jetzt auch nicht vor mir liegen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nach dem 08.08. Ich glaube - -

(Martina Renner (DIE LINKE): Das war aus dem Pressestatement, 12.08.! - Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Satz von Pofalla!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber ich würde ihn halt auch gerne lesen. Das ist immer hilfreich. Weil die meisten sind Juristen, und die wissen, dass ein Blick ins Gesetz die Rechtsfindung erleichtert, auch in Texte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Irgendeine MAT-Nummer. Dann können wir es suchen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das hat keine MAT-Nummer!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist das Dokument: Die Bundesregierung, Mitschrift Pressekonferenz. Und da steht dann unter vierter Absatz, erster Satz:

1. Die NSA hat uns schriftlich versichert, dass sie Recht und Gesetz in Deutschland einhält.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein Dokument der Bundesregierung!)

- Ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Internet!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich habe jetzt ja nur versucht, zu sagen, dass ich darin keinen Widerspruch zu der Vorlage, die mich erreicht hat, vom 7. August sehe. Darüber hinaus kann ich dazu nichts sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch die anderen Sachen, die sind schon mehrfach vorgehalten worden, dass Herr Pofalla dann erklärt hat, an der ganzen Sache ist nichts dran.

Finden Sie die Überlegung - ich sage das mal ganz vorsichtig -, dass der 12. August fünf Wochen vor der Bundestagswahl war und da Ihr Kanzleramtsminister an die Öffentlichkeit geht, mit sehr vehementen Worten - ich stand selber dabei; ich habe das selber gehört - gesagt hat: „An den Vorwürfen ist nichts dran“ und dann solche Sätze gesagt hat, ein No-Spy-Abkommen sei angeboten worden,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Beruhigungspille!)

und dann so einen Satz gesagt hat, wo mir dann erst mal die Worte fehlten - - Wenn das alles so ist - - Nun wissen wir heute, das stimmt gar nicht. Kann das sein, dass das wahlkampfnotiviert war oder dass man das Thema aus dem Wahlkampf nun wegstreichen wollte, was übrigens ja weitgehend gelungen ist? Und dann fand die Wahl statt am 18. September. Und danach ging es erst wieder los, als im Oktober bekannt wurde, dass Ihr Handy abgehört wurde. Also - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, noch mal - ich glaube, Herr Sensburg hatte darauf schon hingewiesen -: Wenn ich mich recht erinnere, stand ja damals der Vorwurf der massenhaften Ausspähung von Bundesbürgern im Raum.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und im Laufe des Sommers, wenn ich mich richtig erinnere, hat sich dieser Vorwurf dann doch entkräftet.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt so nicht!)

So habe ich meine - - Vielleicht ist meine Erinnerung falsch, aber - - so - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein relevanter Punkt!)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Zweitens kann ich jetzt nur auf das verweisen, was ich am 7. August hier habe von Herrn Heiß. Und ich hatte den Eindruck, dass sich Herr Pofalla jedenfalls in Bezug auf die Aussagen zum No-Spy-Abkommen darauf bezogen hat. Und ansonsten kann ich dazu weiter keinen Kommentar abgeben. Ich weise jedoch die Behauptung oder die Insinuation - oder was immer das ist -, den Verdacht, man hätte nichts weiter zu tun gehabt, als das Thema aus dem Wahlkampf rauszuhalten, zurück.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den weisen Sie zurück.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn vor der Pressekonferenz oder vor diesem Pressegespräch - ich weiß gar nicht, ob das geplant war oder von Herrn Pofalla spontan nach der PKGr-Sitzung abgegeben worden ist - mit ihm mal darüber geredet? Oder hat er Ihnen vorher oder nachher gesagt: „Wir haben das jetzt abgeräumt. Ich hoffe, das Thema sind wir jetzt los“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, so hat er nicht gesprochen, sondern er ist ins PKGr mit seinen Erkenntnissen gegangen -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Daran erinnere ich mich auch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und hat dann nachher, wie andere auch, eine Stellungnahme abgegeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Aber Sie haben nie mit Herrn Pofalla in dem Sinne geredet: „Das müssen wir jetzt irgendwie vom Tisch kriegen“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist ja verständlich, nachzuvollziehen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, ich bitte Sie!

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, natürlich.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Glauben Sie, dass so was Erfolg hat?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das war erfolgreich, ziemlich jedenfalls.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Doch!)

Wir haben - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil er ziemlich starke Sätze gesagt hat und man sich nicht vorstellen konnte, dass die Sätze falsch waren, zu dem da - - dass immerhin ein Kanzleramtschef so was sagt, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, gut, Sie haben mich gefragt, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - was nicht stimmt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - ob ich in dem Sinne mit ihm gesprochen habe, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie sagen - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und dazu sage ich ein entschiedenes Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sagen Sie ein entschiedenes -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und jetzt müssten wir noch mal wechseln.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich noch eine Frage danach stellen; -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Frage -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - denn sonst muss ich nachher wieder von vorn anfangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - kriegen wir hin. Nein, die eine machen wir noch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Frau Merkel, dann interessiert mich: Dann haben Sie sehr viel später, nach dem März 2015, von Herrn Altmaier erfahren, von seinem Besuch usw. und im Laufe der nächsten Wochen wahrscheinlich auch mehr. Fühlten Sie sich nicht da - also, mir wäre das so gegangen, oder mir ist das sogar so gegangen - reingelegt von Ihrem Dienst, dass plötzlich rauskommt - - Sie wiederholen immer wieder diesen berühmten Satz, diesen richtigen Satz, und nun kommt raus, dass genau das, wo Sie sagen: „Das geht gar nicht“ - und alle Welt geht davon aus, dann wird das natürlich auch von Deutschen nicht praktiziert; sonst würde die Kanzlerin das nie sagen - vom BND praktiziert worden ist mit einigen Ländern - ich kann sie Ihnen auch noch mal alle aufzählen; ich habe die sehr gut in Erinnerung -: Nachbarländer und Regierungen und Parlamente und - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Jeder einzelne Fall reicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Jeder einzelne Fall reicht; Sie brauchen mir nicht alle aufzuzählen. Ich - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Waren Sie da nicht empört? Sind Sie nicht im Karree gesprungen? Man lässt Sie in diese Falle laufen und in dieser Falle sitzen bleiben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es ist nicht meine Art, im Karree zu springen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich Ihnen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber ich fand es so, dass man es unbedingt und endgültig abstellen muss.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie nicht gesagt: „Hol mal die alle her! Ich will denen mal den Kopf waschen“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, das habe ich dem Chef des Kanzleramts überlassen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das cool zur Kenntnis genommen, haben gesagt: „Da müssen wir mal sehen, was wir machen“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. „Da müssen wir entschieden handeln.“ Da habe ich den Kanzleramtsminister drin bestätigt; da brauchte ich ihn aber auch nicht weiter anzufeuern, sondern das war ihm selber ein Verlangen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jahrelang tappten Sie in der Irre rum.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, das war die eine Frage. Ganz herzlichen Dank. - Und wir kommen jetzt in dieser Runde abschließend zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Frau Bundeskanzlerin, auch noch mal zu dem Komplex „No Spy“. Ich frage Sie mal: Können Sie unsere Zweifel nachvollziehen, wenn wir aufgrund der Aktenlage - ich nenne jetzt nur ein Beispiel - Widersprüche haben, eben beispielsweise dass Ihr Abteilungsleiter 2 E-Mails aus dem Weißen Haus bekommt, wo drinsteht: „Wir

fühlen uns gar nicht in der Lage, zu beurteilen, was deutsches Recht ist“, und gleichzeitig der Chef des Bundeskanzleramtes vor der deutschen Öffentlichkeit sagt: „Wir haben eine schriftliche Zusage der US-Administration und der Geheimdienste, sich an deutsches Recht zu halten“? Können Sie nachvollziehen, dass wir hier, ich sage mal, eine gesunde Skepsis, ja, Zweifel haben, dass diese Widersprüche - - Die sind nicht ausgeräumt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie haben ja - - Herr Sensburg hat ja dankenswerterweise aus dem Fundus von Aussagen, die Sie hier gehört haben, auch berichtet. Da ich die alle nicht kenne, kann ich mich immer nur auf das beziehen, was mir vorliegt. Und insofern gibt es doch sehr starke Grundlagen dafür, dass hier ernsthaft verhandelt wurde. Und dass da natürlich nicht am 8. Juli - oder von wann die E-Mail, aus der Sie zitieren, ist -, alle Fragen ausgeräumt waren, das liegt doch in der Natur der Sache. Das war auch am 7. August nicht der Fall. Aber hätte man - - Ich habe selbst im Januar noch gesagt: Sollte man denn angesichts des doch, wie ich nach wie vor finde, sinnvollen Unterfangens ungefähr einen Monat nach Bekanntwerden der Vorwürfe gleich alle Bemühungen einstellen?

Christian Flisek (SPD): Das verlangt niemand.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Deshalb ist es -

Christian Flisek (SPD): Die Frage - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: - doch, glaube ich, das natürliche Herangehen eines Untersuchungsausschusses, dass man auch Skepsis und Zweifel hat. Das habe ich nicht zu bewerten. Ich kann Ihnen nur sagen, wie es bei mir war und wie ich das gesehen habe. Ich hielt das Projekt für politisch sinnvoll. Und das, was ich dazu erfahren habe, war jedenfalls bis Januar nicht so, dass ich sage: Deshalb nehmen wir davon Abstand.

Christian Flisek (SPD): Gut. Lassen wir das mal dann. Wir haben natürlich auch noch mal eine andere Bewertung, als der Vorsitzende das gerade mit seinen Zitaten hier zum Besten gegeben hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bezogen noch mal auf das, was mit Ihrem Handy passiert ist und bekannt wurde: Haben Sie die offiziellen Stellungnahmen aus dem Weißen Haus, beispielsweise bei der Regierungspressekonferenz vom 24.10. - - Da hat der Pressesprecher gesagt:

The President assured the Chancellor that the United States is not monitoring and will not monitor the communications of the Chancellor ...

Also, er hat gesagt: Momentan machen wir es nicht, und wir werden es auch in Zukunft nicht machen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das habe ich ja - -

Christian Flisek (SPD): Haben Sie das intern so interpretiert, als Eingeständnis, dass es in der Vergangenheit eben gemacht wurde.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe das mit Interesse verfolgt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Und ich habe ja mehrfach schon in einer versuchten deutschen Übersetzung den Sachverhalt auch dargestellt. Er war, wie er war.

Christian Flisek (SPD): Sie gehen davon aus, dass Sie überwacht worden sind bis zu diesem Zeitpunkt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das habe ich nicht gesagt. Wir haben keine Indizien. Und deshalb nehme ich das, was gesagt wurde - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Keine Indizien!)

- Oder: „Wir haben keine Indizien“, ist falsch. Wir haben - - Auch der Generalbundesanwalt ist zu keiner abschließenden Feststellung gekommen und - -

Christian Flisek (SPD): Das wundert uns beim damaligen Generalbundesanwalt nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, das ist ja nun eine Bewertung, mit der ich mich natürlich nicht - -

Christian Flisek (SPD): Ja. Es war einer, der die NSA -

Zeugin Dr. Angela Merkel: - - die ich erst mal zurückweise.

Christian Flisek (SPD): - mit der NASA verwechselt hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ja. Gut. - Die Generalbundesanwaltschaft ist eine Institution, die wir alle achten sollten.

Christian Flisek (SPD): Die Veröffentlichungen der *New York Times* vom 18.12. - - Da wird berichtet aus einem Gespräch, dass der Präsident Obama sich bei Ihnen entschuldigt haben sollte und es angeblich ein Zitat von Ihnen gegeben hätte, wo Sie das als „This is like the Stasi“ bewerten. Ist das zutreffend?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich berichte nicht aus meinen Telefonaten, -

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und zum anderen habe ich mich an anderer Stelle öffentlich dazu geäußert, dass ich die NSA nicht mit der Staatssicherheit vergleiche. Und ich möchte mir gar nicht vorstellen, dass die Staatssicherheit - so habe ich, glaube ich, sinngemäß gesagt - über die Instrumente technischer Art verfügt hätte, die es heute gibt.

Christian Flisek (SPD): Ich möchte dann noch mal zurückkommen - ich verlasse jetzt mal den ganzen Bereich „No Spy“ - - Auch noch mal, was uns natürlich hier auch umtreibt, ist die Frage: Wie ist sozusagen das Innenleben im Kanzleramt, Abteilung 6, jetzt Staatssekretär Fritsche, Chef des Kanzleramtes und dann Sie als Bundeskanzlerin, im Kontext der Geheimdienstaufsicht? Also, ich möchte nur mal zusammenfassen: Wir haben im Oktober nach Ihrem Zitat die mündli-



Nur zur dienstlichen Verwendung

che Weisung gehabt, eine Weisung, die nie irgendwo in Dokumenten des Kanzleramtes auch nur ansatzweise verschriftlicht wurde.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie meinen jetzt das von Herrn Pofalla.

Christian Flisek (SPD): Von Herrn Pofalla genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mhm.

Christian Flisek (SPD): Eine mündliche Weisung. Ich habe Verständnis dafür, dass man, wenn es eilbedürftig ist, in Gesprächen eine mündliche Weisung erteilt. Aber wir haben auch nichts jetzt in den Unterlagen, Dokumenten des Kanzleramtes, wo irgendwo mal eine Verschriftlichung dieser mündlichen Weisung von Herrn Pofalla zu finden ist. Wir haben diese ominösen Vorgänge um einen angeblich angeforderten Bericht, und wir haben gehört, dass der aktuelle Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Bundesminister Altmaier, gesagt hat, er hat ein Übergabegespräch mit Herrn Pofalla gemacht, und da ist über alles gesprochen worden, über Abläufe, aber über das auch eben nicht.

So, jetzt frage ich mich: Unterstellt, Herr Altmaier hätte vielleicht eine völlig andere Einschätzung der Sachlage in Bezug auf, was da passiert ist im Oktober 2013 gehabt: Wie ist eigentlich sichergestellt, dass jemand wie Herr Altmaier überhaupt eine solche Information erhält? Denn aus den Akten des Kanzleramtes findet er nichts von einer Weisung, ein Bericht ist nie gekommen, weil - so meine Bewertung - er nie angefordert wurde, und in einem Übergabegespräch findet das auch thematisch - - überhaupt spielt das keine Rolle. Wie soll jemand wie Herr Altmaier überhaupt die Informationen bekommen, die er vielleicht braucht, um sich eine eigene Meinung zu bilden, um ein eigenes Urteil und eine eigene Bewertung abzugeben zu diesem ganzen Komplex? Hinzu kommt, dass der Abteilungsleiter 6, Herr Heiß, zu dem ganzen Thema schweigt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. - Was ist jetzt die Frage?

Christian Flisek (SPD): Ja, wie soll er das sicherstellen nach Ihrer Auffassung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, wie soll man so was in Zukunft sicherstellen, -

Christian Flisek (SPD): Also, Sie sagen es - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: - dass solche Dinge nicht passieren? Oder wie?

Christian Flisek (SPD): Ja. - Würden Sie das denn - - Ich frage es mal andersrum. Sie haben ja oder das Kanzleramt hat ja organisatorische Defizite im BND festgestellt. Würden Sie einen solchen Ablauf als ein organisatorisches Defizit im Kanzleramt beurteilen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, es gehört sicherlich wieder - - wie ich erst schon sprach von den Ermessensentscheidungen, was man bei der Amtsübergabe weitergibt. Und ich will mich jetzt nicht hier an Vermutungen und Spekulationen beteiligen. Ich meine, wir haben eine Situation, dass der BND ja auch nicht begonnen hat mit den Veröffentlichungen von Herrn Snowden, irgendwelche eigenen Selektoren zu steuern, sondern das, glaube ich, schon etwas länger getan hat. Und insoweit kann man auch sagen: Wie konnte das eigentlich passieren, dass die Vorgängerregierung an Herrn Pofalla überhaupt das übergeben hat, ohne nicht [sic!]² zu fragen? - Also, Sie können jetzt lange zurückfragen: Wie konnte das alles so passieren, dass es so war, wie es war? Es hatte viele Unzulänglichkeiten, wenn man die Dinge im Rückblick sich anguckt. Und ich würde auch als eine Lehre aus diesem ganzen Untersuchungsausschuss und dem, was wir dabei alles mitbekommen haben, sagen, dass man solche Übergabegespräche möglichst detailliert macht oder bestimmte Dinge vielleicht auch verschriftlicht.

Allerdings: Wenn der BND selber davon spricht, dass er Selektoren hatte - so erscheint es jetzt ja

² Änderung der Zeugin: streichen von „nicht“



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach dem, was wir alles hören und was Herr Pofalla dann angewiesen hat -, gehört es auch dazu - - oder ist es auch erstaunlich, dass dann nicht vollständig gearbeitet wurde. Also, wenn man schon sozusagen selber, nicht erst durch - - Sie haben ja dann praktisch noch mal alle Selektoren sehen wollen, wenn ich das richtig verstanden habe. Und dabei ist dann ja herausgekommen, dass es noch viel mehr gab als das, worüber im Oktober gesprochen wurde. Und so etwas darf in Zukunft sich nicht wiederholen; das ist doch gar keine Frage.

Christian Flisek (SPD): Ja, da stimme ich zu, Frau Bundeskanzlerin. Nur, die Überlegung, die wir natürlich in unserer Arbeit hatten und wo wir auch gar nicht so lange für gebraucht haben, um darauf zu kommen, ist natürlich eine Überlegung, die ich auch gerne im Bereich der Aufsicht gesehen hätte, dass man mal sagt: Ich möchte jetzt mal alle Selektoren sehen, und sei es auch nur über eine Stichprobe. Ich möchte da mal ein paar Mitarbeiter dransetzen, die eine Auswertung machen. - So, das ist unter Pofalla nicht passiert. Sie sind nicht informiert worden. Und Herr Altmaier hat hier gesessen und sehr glaubhaft versichert, dass das Thema „Selektoren“, überhaupt der Begriff „Selektor“ für ihn erstmals im März 2015 virulent geworden ist.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, das galt für mich auch, ja.

Christian Flisek (SPD): Das galt dann im Zweifel jetzt auch für Sie, Frau Bundeskanzlerin, und das heißt - noch mal -: Obwohl dieses Thema im Oktober mit voller Wucht da war, ist es - so würde ich jetzt mal das bewerten - aufgrund organisatorischer Defizite im Kanzleramt nicht weiter fortgeführt worden durch Herrn Altmaier. Über einen längeren Zeitraum hat man wieder einen Zustand gehabt im BND, von dem man gar nicht wusste, was passiert eigentlich, um dann auch mehr oder weniger durch einen Zufall anlässlich eines Besuches in Pullach im März 2015 zu erfahren: Oh, wir haben auch noch ein Problem mit den BND-Selektoren.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. Diese Bewertung werden Sie ja dann sicherlich auch vornehmen, und wir werden uns die zu Herzen nehmen.

Christian Flisek (SPD): Ich hätte nur noch eine Frage: Was ist denn nach Ihrer - - Im März 2015 wurden Sie ja direkt dann informiert, nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, von Herrn Altmaier darüber, dass - - Da waren es aber dann erst mal die NSA-Selektoren.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Aber was ist sozusagen - - Ich meine, immerhin - - Sie haben ja gerade auf die Frage: „Wer entscheidet, was Sie an Informationen bekommen?“, gesagt, das liegt im Ermessen. - Herr Altmaier hat keine Sekunde offensichtlich im März gezögert, die Information an Sie heranzutragen, während Herr Pofalla diese Informationen zurückgehalten hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Christian Flisek (SPD): Hat Herr - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ermessensentscheidungen können unterschiedlich gefällt werden.

Christian Flisek (SPD): Hat Herr Pofalla ermessensfehlerhaft gehandelt? Na ja, Sie können trotzdem überprüft werden, zumindest juristisch.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe mehrfach jetzt mein Vertrauen ausgedrückt. Ich kann es gerne noch mal wiederholen.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kann man machen, was man will!)

Christian Flisek (SPD): Gut. - Ich würde mit Ihnen eigentlich noch mal auch auf Ihr Eingangstatement zurückkommen. Da haben Sie davon gesprochen, dass Freiheit und Sicherheit auszubalancieren sind, bei einem sehr schwierigen Thema. Wir haben uns hier im Ausschuss sehr intensiv mit der wichtigen - ich betone das: wichtigen - Kooperation von Nachrichtendiensten - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

unterhalten. Ich persönlich habe aus dieser Arbeit jedoch eine Sorge; ich habe das immer das Elefantenargument genannt, das da lautet: Wenn wir eine Kooperation haben beispielsweise zwischen BND und der NSA, wie weit sind wir bereit, mit unseren Ansprüchen an die Kooperation zu gehen, wenn sozusagen die Gefahr über uns wie ein Damoklesschwert hängt, dass irgendwann die NSA sagt: „Wir haben die Nase voll“, und am Ende vielleicht nur eine einzige Information, die einen Anschlag verhindern könnte, dann aus welchen Gründen und welcher Motivation auch immer nicht weitergereicht wird?

Das ist so ein Argument; ich nenne es deswegen Elefantenargument, weil das eigentlich alle Bedenken platttrampeln kann, weil keiner - wirklich niemand -, glaube ich, die Verantwortung übernehmen möchte, dass er eine Information hätte bekommen können, die einen schrecklichen Anschlag in Deutschland oder anderswo hätte verhindern können.

Wie gehen wir in einem Staat, der trotzdem an seinen Ansprüchen ja festhält, die Sie auch in Ihrem Eingangsstatement formuliert haben, mit diesem Konflikt um? Weil, ich glaube, da kommen wir an einen Punkt, wo wir nicht mehr mit der Formel „Freiheit und Sicherheit müssen ausbalanciert werden“ weiterkommen, sondern da geht es in ganz konkreten Situationen um ganz konkrete Entscheidungen. Was würden Sie dazu sagen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, also, ich kann dazu jetzt kein abschließendes Statement abgeben. Ich würde dazu Folgendes sagen: Dass wir auf diese Kooperation angewiesen sind, das ist ganz offensichtlich - das haben uns bis jetzt die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika ja gezeigt -, dass diese Kooperation nicht auf einer Basis zu unseren Konditionen, sage ich mal, wie ich sie gerne hätte, ablaufen kann. Das heißt, die Dienste unterliegen unterschiedlichen nationalen Bewertungen. Mich hat sehr zufriedengestellt, dass Präsident Obama wichtige Schritte unternommen hat, um auch eine Veränderung der Arbeit der Dienste in den Vereinigten Staaten von Amerika nach Snowden

zu machen. Aber ich glaube, dass hier das Sicherheitsbedürfnis und die Sicherheitsverantwortung, die wir haben, eine sehr große Rolle spielen.

Das Zweite und das Wichtigere ist ja jetzt: Was sind wir bereit in - - Also, erst mal: Was machen wir selber? - Da sind wir ja frei. Und da würde ich eben sagen, dieses Ausspähen von Freunden geht nicht. Da haben wir ja Dinge getan, die sind völlig irrelevant für die Frage, ob wir gut mit den Vereinigten Staaten von Amerika zusammenarbeiten können.

Und dann muss man im Einzelfall gucken, welche Konditionierung die Partner an uns setzen, was wir denn zu tun haben und nicht zu tun haben. Und dafür haben wir jetzt ja sehr klare Gesetze. Und wenn auf der Basis des BND-Gesetzes, neue Fassung, unter Einhaltung der Voraussetzungen die Kooperation möglich ist, dann würde ich sie machen.

Aber dass wir jetzt sozusagen von uns aus, von Deutschland aus alle und sofort bekehren - - Wir wissen ja, dass es oft lange Argumentationsketten benötigt, um auch international Standards und Gemeinsamkeiten festzulegen. Und das werden wir nun nicht ganz alleine schaffen.

Christian Flisek (SPD): Und Sie glauben, dass der BND gerüstet ist, um verantwortungsvoll gerade mit diesem schwierigen Argument umzugehen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Inklusiv der Fachaufsicht, ja, und der Kontrolle der Parlamente, des neu aufgestellten PKGr.

Christian Flisek (SPD): Vielleicht noch mal ganz kurz zurück. Was - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn ich das nicht glaubte, dürften wir ja nicht kooperieren.

Christian Flisek (SPD): Das ist durchaus eine Frage - - bzw. ob wir solche Kooperationen nicht einem anderen Verantwortlichkeitsregime auch unterstellen müssen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Welchem denn noch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Na ja, gut. Das werden Fragen sein, die wir natürlich auch in unserem Empfehlungsteil erörtern.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich halte - - Also, ich -

Christian Flisek (SPD): Ich komme - - ich sage - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: - persönlich halte das PKGr, um das jetzt mal zu sagen, für - - jetzt will ich - -

Christian Flisek (SPD): Gut, dann frage ich da mal konkret vielleicht nach mit einem Beispiel, das uns hier auch teilweise ein Stück weit geärgert hat. In diesen Kooperationsvereinbarungen gibt es eine sogenannte Third-Party-Klausel. Haben Sie wahrscheinlich vielleicht schon mal was davon gehört. Also, das - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die habe ich sogar zitiert.

Christian Flisek (SPD): Genau. - Der Punkt ist, dass Material des jeweils anderen Dienstes sogenannten Dritten nur dann vorgelegt werden kann, wenn der jeweilige Dienst ausdrücklich zustimmt in einem - - was das auch immer für ein Verfahren ist. Und das Bundeskanzleramt stellt sich ja auf den Standpunkt, dass „Dritte“ im Verhältnis zum Kanzleramt eben auch in dem Fall zum Beispiel ein Gremium des Parlaments ist, das heißt ein Untersuchungsausschuss oder ein anderes Gremium.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mhm.

Christian Flisek (SPD): Halten Sie angesichts dessen, weil Sie gerade das Parlament einbezogen haben und gesagt haben, das ist ja eine ganz wichtige Rolle, die wir wahrnehmen bei der Kontrolle solcher Kooperationen, das für sachgerecht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Müsste Ihre letzte Frage sein.

Christian Flisek (SPD): Weil über diese Klausel kann ja am Ende sehr, ich sage mal, auf vertraglicher Basis bestimmt werden, was der Kontrolle des Parlaments entzogen wird und was nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das glaube ich schon. Man hat ja dann mit der sachverständigen Person oder unabhängigen sachverständigen Person auch einen Weg gefunden. Das Ganze ist vom Bundesverfassungsgericht beurteilt worden und als verfassungskonform gefasst worden. Und deshalb glaube ich, dass man da sogar einen sehr intelligenten Weg gefunden hat und dass man auf diesem Weg weiterschreiten kann, ja. Und es gibt halt auch einen bestimmten exekutiven Bereich; das hat ja das Bundesverfassungsgericht, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, auch recht gut herausgearbeitet.

Christian Flisek (SPD): Gut, vielen Dank erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir sind jetzt am Ende der vierten Fragerunde. - Ich würde jetzt vorschlagen, wie ich es eben auch gesagt habe, dass wir jetzt für 15 Minuten mal eine kurze Pause machen. Wir würden uns dann um 16.05 Uhr hier wieder im Ausschussraum treffen. Dann können sich auch alle mal mit Getränken versorgen; das ist auch sicherlich für die Öffentlichkeit ein ganz wichtiger Punkt, nicht dass mir hier noch einer dehydriert.

Die Sitzung ist damit unterbrochen. Sie wird um 16.05 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung von
15.50 bis 16.09 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt. Wir beginnen mit einer neuen Fragerunde. - Die Damen und Herren, die jetzt noch reinkommen, bitte ich, sich doch zügig zu setzen, damit wir das auch ruhig fortführen können. - Und Frau Kollegin Renner beginnt für die Fraktion Die Linke mit ihren Fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Frau Bundeskanzlerin, die Leiterin Ihres Büros, Frau Baumann,



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat am 17. Juli 2013 ausweislich unserer Unterlagen - das ist MAT A BK-1-3a_19.pdf, Seite 38 - Günter Heiß und Christoph Heusgen um Auskunft über ein in der Presse erwähntes Abkommen gebeten. In der *Rheinischen Post* war wohl die Rede davon, dass Ex-Kanzler Schröder ein Abkommen durchgesetzt habe, mit dem er deutlich gemacht habe, dass die amerikanischen Geheimdienste kein deutsches Recht brechen dürften. Sie fragt dann, um was für ein Abkommen es sich dabei handelt und ob das noch gelten würde. - Offenbar diene diese Korrespondenz auch zur Vorbereitung der Sommerpressekonferenz.

Und dann antwortet aus dem Bundesnachrichtendienst am nächsten Tag - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir noch mal ganz kurz die Fundstelle - - Ich habe die E-Mail zwar eben auch gesehen, aber jetzt ist sie mit wieder weggehuscht. Vielleicht können Sie es kurz sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): MAT A BK-1-3a_19.pdf, Seite 38. - Und dann antwortete am nächsten Tag Frau Polzin, die das für die Abteilung 6 übernommen hatte - vielleicht kennen Sie sie ja auch -, dass im BND auch mit Blick auf die Kürze der Zeit keine Erkenntnisse zu einem entsprechenden Abkommen vorliegen würden. Es habe aber eine - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz, Frau Renner. - Herr Wolff. Wahrscheinlich bezüglich der Fundstelle.

MR Philipp Wolff (BK): Ich finde es superhilfreich, wenn es auch dann vorliegt, wenn der Zeuge das mitplotten kann, falls wir gerade noch ein Exemplar haben; sonst ist es sehr mühsam mit so langen Vorhalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann muss das Ausschusssekretariat das mal suchen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir suchen. Aber Sie haben eine Geschwindigkeit drauf, Frau Renner. Ich habe doch die Zeit angehalten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe ganz langsam gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe ja angehalten. - Wir suchen das Dokument gerade, wenn wir es nur digital - -

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht fangen wir so schon mal so weit an: Erinnern Sie sich an dieses Gespräch mit Frau Baumann oder Herrn Seibert, dass es darum ging: Was ist mit diesem Abkommen aus 99 von Herrn Schröder? Gibt es das? Können wir das nutzen? Können wir damit argumentieren?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß, dass der damalige SPD-Kanzlerkandidat, Herr Steinbrück, öfter von solchen Abkommen gesprochen hat und mir Vorhaltungen gemacht hat, dass wir so was nicht haben. Nach meiner Erinnerung kann damit nur dieses MoA - oder wie das heißt - in Bad Aibling gemeint sein. Das ist aber dann in der *Rheinischen Post* wahrscheinlich auch falsch beschrieben worden, also die Antwort, dass ein solches Abkommen nicht existiert. Das Einzige, was man irgendwann gefunden hat, ist ein Memorandum of Agreement - oder wie das heißt - aus Bad Aibling, was zum Teil als Vertraulich und zum Teil als Sehr Vertraulich, glaube ich, eingestuft war oder was. Jedenfalls Verträge, wie Herr Steinbrück sie damals immer wieder erwähnt hat, sind nicht aufgefunden worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und die Frage für mich ist: War vielleicht diese Annahme, dass es solche Verträge gibt, Hintergrund Ihrer Aussage, dass auch die Amerikaner sich auf deutschem Boden an deutsches Recht halten müssen? Oder haben Sie das ganz allgemein gemeint, unabhängig von der Frage, ob das denen mal irgendwann verdeutlicht wurde?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe jetzt die Frage nicht ganz verstanden. - Ich wollte übrigens noch zu Beginn der Sitzung sagen, dass ich mich bei meiner Namensgebung etwas verkürzt geäußert habe. Es handelte sich nur um den Geborenen-Namen, aber nicht den aktuellen. Also, Angela Dorothea Merkel, geborene Kasner. Da ich das Dorothea gemeinhin nur im Zusammenhang



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit meinem Mädchennamen verwende - - und sonst so selten vorkommt, muss ich das richtigstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe insoweit auch die Zeit der Fraktion Die Linke angehalten für diese Klarstellung, die uns allen, glaube ich, klar war. - Frau Kollegin Renner macht mit den Fragen weiter.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Könnten Sie Ihre Frage noch mal wiederholen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ist der Umstand, dass Frau Baumann dann eben versucht nach diesem Artikel in der *Rheinischen Post*, unbedingt bei Herrn Heiß oder bei Frau Polzin diese Grundlage möglicherweise zu ergattern, dass die US-Amerikaner zugesichert hätten, sich an Recht und Gesetz zu halten und Ähnliches mehr, möglicherweise Grundlage der Aussage dann im Sommerinterview kurz danach, wo Sie sagen: „Auch die Amerikaner müssen sich auf deutschem Boden an deutsches Recht halten“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Das war meine Überlegung immer. Es ist nur mir, nach meiner Erinnerung - - damals vorgeworfen im Wahlkampf, warum ich oder die jetzige Bundesregierung so schwach sind, wo doch Herr Schröder schon weitreichende Verträge abgeschlossen hat. Und bei näherer Betrachtung war dem nicht so. Und dass mich das interessiert hat, ist ja klar. Und deshalb habe ich meine Büroleiterin gebeten, die Erkundungen einzuholen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben ja das Thema „Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht“ hier jetzt in vielen Runden und durch unterschiedliche Fragestellungen immer wieder versucht zu thematisieren. Bei alledem, wenn am Ende des Tages bleibt, der Bundesnachrichtendienst hat einfach das Bundeskanzleramt vor 2013 nicht vollständig informiert, hat das Bundeskanzleramt nicht auch so etwas wie eine Holschuld? Also, hätten diese nicht all die Jahre aktiv werden müssen, um zu erfahren zum Beispiel, was in Bad Aibling passiert? Ich sage das eben vor dem Hintergrund: Der Bundesnachrichtendienst ist ja nicht irgendeine Behörde. Da geht es um ein

Haushaltsvolumen von 830 Millionen Euro; da geht es um Tausende von Mitarbeitern. Das ist ja nichts, wo man sagt: Das sollte uns mal besser nicht interessieren. - Wie ist dieses Prinzip heute? Wird heute tatsächlich auch so agiert, dass man sagt: „Wir fragen aktiv nach und warten nicht darauf, ob uns irgendwas mal berichtet wird“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, erstens: Ganz offensichtlich hat ja nicht nur während meiner Regierungszeit, sondern überhaupt noch nie einer danach gefragt gehabt. Das kann man im Rückblick, wenn man jetzt die gesamte Kenntnis hat, bewerten - wie Sie das für richtig halten - und sicherlich auch unterschiedlich bewerten. Sie haben eben von 2013 gesprochen. Das Kanzleramt hatte - Oktober, durch Herrn Pofalla -, aber dann ja umfassend erst ab 2015 davon Kenntnis. Und ich richte jetzt meinen Blick in die Zukunft. Da glaube ich, dass wir auch durch das neue BND-Gesetz und auch andere Dinge Sicherheit darüber haben, dass die Steuerung klarer ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das ist mir jetzt noch so ein bisschen allgemein. Also, gibt es tatsächlich irgendwelche greifbaren Veränderungen in der Arbeitsweise der Abteilung 6, von denen Sie uns berichten können, wo wir beruhigt sein würden, dass so etwas nicht mehr passiert, dass man eben 2015 sagt: „Was? Es gibt Selektoren, das ist ja neu!“? - Und wir wissen heute: Das ist ein zentrales Element einer globalen Überwachungstechnik, das die NSA nicht nur in Deutschland einsetzt, sondern in vielen anderen Ländern auch. Und da kann es ja nicht sein, dass man dann 2015 sagt: Ach, das hat uns niemand gesagt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn ich recht informiert bin, ist das neue BND-Gesetz schon so ausgelegt, dass das, was damals passiert ist, überhaupt nicht mehr passieren kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Das kann nicht mehr passieren?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Jedenfalls ist die Rechtsgrundlage so ausgeführt. Und jetzt wird



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch die Abteilung 6 ihre Schlussfolgerungen daraus ziehen, und der BND selbst wird vor allen Dingen seine Schlussfolgerungen daraus ziehen. Da bin ich ganz sicher.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, auf den BND selbst zu vertrauen, das hat bisher nicht so gut funktioniert.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, gut, aber wenn ich kein Vertrauen in den BND hätte, dürfte ich nicht mehr jetzt Bundeskanzlerin sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Mein Kollege, Dr. Hahn, hat, glaube ich, noch Fragen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das schließt nicht aus, dass weiter kontrolliert wird und die Rechts- und Fachaufsicht auch intensiv ausgeübt wird; das schließt es nicht aus. Aber jetzt dem BND mein Misstrauen auszusprechen, das halte ich für falsch, und dazu gibt es auch keinen Anlass.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, Frau Bundeskanzlerin, ich will noch mal auf Edward Snowden zurückkommen, weil da vorhin ein Zungenschlag drin war, der, glaube ich, nicht ganz richtig war, und ich will Ihnen da auch die Möglichkeit geben, das noch mal zu korrigieren und vielleicht auch hier jetzt mal eine klare Ansage zu machen. Und zwar haben Sie vorhin gesagt, wenn ich das mir richtig mitgeschrieben habe: Die Voraussetzungen für Asyl liegen nicht vor. - Das war Ihre Aussage von vorhin. Ich glaube, da ist insofern ein Missverständnis, da es ja in erster Linie - so habe ich es bisher verstanden - nicht um die Frage „Asyl oder nicht Asyl“ geht - das könnte man auch extra diskutieren -, sondern um die Frage, ob Herrn Snowden für eine Aussage hier freies Geleit gewährt wird, das heißt sicheres Geleit, dass er hier einreisen und aussagen kann, hier nicht festgesetzt und an die USA ausgeliefert wird. Das ist ja noch etwas anderes als Asyl. Das hat man ja in anderen Fällen auch schon gemacht.

Und da ist meine Frage an Sie: Sind Sie bereit, als Bundeskanzlerin - Sie haben die Richtlinienkompetenz in diesem Land - gegenüber dem Justizministerium klar und deutlich zu machen,

dass diese seit Monaten, ja, seit Jahren, ausstehende Entscheidung des Justizministeriums endlich gefällt wird, sagen wir, bis Ende dieses Monats, dass klar wird, ob Herr Snowden hier verhaftet wird und ausgeliefert wird, oder ob das nicht der Fall ist? Da prüft man jetzt seit über zwei Jahren, und die Legislaturperiode geht zu Ende. Man hat den Eindruck, man will das hinausschieben. Deshalb meine ganz klare Frage an Sie: Sind Sie bereit, Ihre Richtlinienkompetenz - nicht gegenüber der Justiz oder so, sondern gegenüber dem eigenen Ministerium - zu nutzen, dass dieser Ausschuss bis Ende des Monats dazu eine klare Aussage bekommt: Wird er hier freies Geleit bekommen, oder wird er festgenommen und ausgeliefert? Diese Frage muss doch zu beantworten sein, auch gerade angesichts der neuen Administration in den Vereinigten Staaten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das unterfällt nicht meinem Verständnis von Richtlinienkompetenz, also nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wenn eine Behörde, wo Sie als Kanzlerin - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ein Ministerium.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ein Ministerium. Auch eine Behörde, aber - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ein Verfassungsministerium.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wunderbar. Wir haben auch ganz viele Verfassungsgrundsätze, die nicht eingehalten worden sind in den letzten Jahren - durch den BND beispielsweise; sagt die Datenschutzbeauftragte. - Ich möchte einfach wissen - und das ist ja die Frage, die -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein, wir liegen bei 9 Minuten und 30 Sekunden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - auch die Öffentlichkeit interessiert -: Sie sind die Kanzlerin, auch für die Ministerien verantwortlich, mit der politischen Richtlinienkompetenz, und das Jus-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tizministerium verweigert schlichtweg die Arbeit. Und ich möchte von Ihnen wissen, ob Sie bereit sind, gegenüber dem Justizministerium deutlich zu machen, dass wir einen Anspruch darauf haben als Untersuchungsausschuss, eine Entscheidung zu bekommen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe dem, was ich eben gesagt habe, nichts hinzuzufügen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herzlichen Dank. - Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke insoweit mit der Zeit zu Ende.

Nur eine kurze Ergänzung. Ich bitte bei Vorhalten auch zu berücksichtigen, dass sie stimmig sind. Freies Geleit, müsste Ihnen bewusst sein, zumindest wenn man bei Wikipedia googelt oder in einem entscheidenden Rechtskommentar zu den entsprechenden Stellen, kann nur das Gericht, was auch die Strafverfolgung betreibt - - Das müsste ein amerikanisches Gericht sein, Herr Kollege Hahn.

Wir kommen zur Fraktion der CDU/CSU. - Die hat keine Fragen. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich wollte noch mal auf diese Erklärung von Herrn Pofalla am 12.08. zu sprechen kommen. War das mit Ihnen abgestimmt, dass er sich an dem Tag ausführlich erklären wird, nach dieser Sitzung des PKGr?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nach meiner Erinnerung nein. Das hat er eigenständig gemacht. Ich habe das aber jetzt auch nicht zu kritisieren. Ich sage nur, das war nicht abgestimmt, sondern es fällt in die eigenständige Verantwortung - nach meiner Erinnerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn im Vorfeld Herr Heusgen und Michael Flügger agieren, dann tun die das in seinem oder in Ihrem Namen oder Auftrag?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was heißt „im Vorfeld agieren“? Wie? Inwieweit? Die agieren immer, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hoffentlich.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - den ganzen Tag.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Also, ich mache Ihnen mal einen stillen Aktenvorhalt. So nennen wir das hier, weil das unverständlicherweise VS-Vertraulich eingestuft ist, dieses Papier hier, vom 31. Juli 2013. Das ist eine Mail - ich glaube, das darf ich sagen - von Herrn Flügger an Frau Donfried. Und das Aktenzeichen ist Tagebuchnummer 43/14, MAT A BK-1/7c, und dann ist das die Anlage 5, und dann ist es Blatt 61. Sie können es einmal lesen. Ich glaube, ich darf es abstrahiert zusammenfassen, was da steht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde vorschlagen, wir geben es der Kanzlerin. Ich habe auch die Zeit angehalten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Herr Wolff kann ja einen Blick drauf werfen. Ich würde es nicht im Wortlaut - - aber ich würde paraphrasieren, was da - -

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt - Die
Zeugin und MR Philipp
Wolff (BK) nehmen
Einblick)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt allgemein würde das nicht die Geheimhaltung aushebeln; aber, ich glaube, mit Zustimmung des Kanzleramtes werden wir den Sachverhalt so darstellen können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir geht es um den dritten Absatz, der mit „On“ anfängt.

(Die Zeugin liest in den ihr
vorgelegten Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich frage jetzt mal etwas nebulös, um mich hier streng an die Dinge zu halten. Also, ich finde, aus dem Absatz geht klar hervor, dass man auf diese Erklärung hinarbeitet am 12.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn das mit „On“ der Absatz ist, dann geht es um was ganz anderes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten nur gucken, dass keiner ihn jetzt vorliest. Das wäre mir wichtig.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage doch nur, da geht es um was anderes. Da geht es um nichts Aktuelles.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts Aktuelles? Also, die ist vom 31. Juli 2013, 17.52 Uhr, diese Mail, und bezieht sich auf den 12. -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und beginnt mit „12th August“

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - genau - August, also auf etwas, was 13 Tage später passieren wird.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gucken Sie doch mal in die dritte Zeile, um welches Jahr es da geht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da geht es nicht um den 12. August 1968. Das wäre lustig, aber - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da geht es doch um diese alten Sachen, die - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein.

(Heiterkeit)

- Mist.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da geht es um Annullierungen, das ist ja dann auch passiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es geht darum, dass - ich sage es jetzt einfach mal abstrahiert - dieses Statement von Herrn Pofalla vorbereitet wird, und zwar 13 Tage vor - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ach so. Darauf wollen Sie hinaus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. - Also, einer meiner Punkte in der Pressekonferenz -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - unter den acht Punkten -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - war, wenn ich mich recht erinnere, die Annullierung der alten Abkommen, die nach der deutschen Einheit nicht mehr angewandt wurden. So.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war was Symbolisches, würde ich sagen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Richtig, aber über die ist damals sehr viel gesprochen worden. Da hat man gesagt: Sind wir immer noch nicht souverän? Was ist da los? Und die Amerikaner - - Also, es war nicht so - - So. Und deshalb haben wir uns bemüht, die zu annullieren. Und jetzt geht es um die Frage: Was kann der Kanzleramtsminister bei seinem Auftritt in der PKGr-Sitzung dann verkünden? Und da schien einer dieser Punkte, nämlich der mit dem 68er-Abkommen, eine, würde man sagen, „low-hanging fruit“, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und die Briten hatten schon reagiert. Und da hat halt Heusgen als guter Beamter versucht, diesen Fall, wo er aufseiten Großbritanniens schon geklärt war, auch für diese PKGr-Sitzung zu erklären.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig. Und das war auch erfolgreich, weil das - genau - eine sehr, sehr „lowe fruit“ war. Aber es ging eben auch um die Zusage, dass auf deutschem Boden deutsches Recht eingehalten wurde.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber das steht in dem Absatz nicht drin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das steht in der Kommunikation insgesamt drin. Mir geht es um den Punkt, Frau Bundeskanzlerin, dass vonseiten des Bundeskanzleramtes - nicht von Ihnen, aber von Herrn Pofalla - diese Erklärung vorbereitet wurde über mehrere Wochen und dass man genau auf diesen Punkt, den 12.08., zugearbeitet hat, um an dem Punkt fünf Wochen vor der Bundestagswahl das Thema abzuräumen - in Klammern: was ja auch funktioniert hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Entschuldigung, aber am 19. Juli sage ich etwas. Wir bitten die Briten und die - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Bundeskanzlerin, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche; aber Herr Wolff würde ich gerne noch hören, weil ich nicht weiß, was er sagen will diesmal.

MR Philipp Wolff (BK): Ich muss wirklich den Vorhalt auch noch mal korrigieren, weil in dem Absatz steht das einfach nicht drin. Da steht drin, dass man tatsächlich am 12. August eine Erklärung abgeben will - so viel können wir sicher auch offenlegen -; aber da geht es natürlich mitnichten um die anderen Punkte, sondern es geht genau darum, was wir üblicherweise heute auch als Konsultationsverfahren kennen, dass ich natürlich nicht über etwas sprechen kann, wenn ich den Partner nicht vorher informiert habe bzw. seine Haltung abgefragt habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut.

MR Philipp Wolff (BK): Mehr steht da nicht drin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, der Sachverhalt - - Herr von Notz, ich verstehe Sie jetzt so, dass Sie sozusagen nahelegen wollen, dass sich das Kanzleramt sehr bewusst auf den 12.08. vorbereitet hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und das ist doch das, was ein Kanzleramtsminister, bevor er ins PKGr geht, auch tut. Nun hat die Bundeskanzlerin am 19. Juli erklärt, sie möchte gerne, dass diese Abkommen annulliert werden. Und dann konnte man ja davon ausgehen, dass damals, so wie die Stimmung war, man auch mal nach den acht Punkten der Bundeskanzlerin fragt und da noch nicht alle acht erfüllt waren, man sich vielleicht wenigstens Mühe gegeben hat, diesen einen, der immerhin von einem Partner, nämlich Großbritannien, schon positiv beschieden war, dann auch noch positiv zu bescheiden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und nach nichts anderem hat sich Herr Heusgen erkundigt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt, und das leuchtet mir auch ein. - Mir ging es um den Grundgedanken. Aber weil Herr Wolff mich jetzt so korrigiert hat, muss ich Ihnen noch mal einen Aktenvorhalt machen, nämlich dann die nächste Seite. Dafür brauchen wir den Ordner. - Haben Sie den Ordner noch? Nein, Herr Wolff hat den noch. Ich glaube, das ist unser Ordner, Herr Wolff.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist ja unfassbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ihr habt unseren.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ein einnehmendes Wesen, Herr Wolff.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn man jetzt auf die nächste Seite, Blatt 62, geht, dann steht da im letzten Absatz etwas von einer „written confirmation“ und von anderen Dingen und einer „helping hand“.

(MR Philipp Wolff (BK)
begibt sich zum Platz der
Zeugin und legt ihr Unter-
lagen vor - Die Zeugin und
MR Philipp Wolff (BK)
lesen in den Unterlagen)

Und ich kann es jetzt nicht konkreter sagen; deswegen sage ich es so nebulös. Aber ich finde, wenn wir schon darüber sprechen, dann muss das irgendwie auch - - Es geht eben auch darum, es schriftlich von den Amerikanern zu bekommen, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass auf deutschem Boden deutsches Recht gilt. Und die Amerikaner haben das nicht zugesichert, und zwar bis zum 12.08. nicht. Und Herr Pofalla hat es trotzdem gesagt; er hat es trotzdem gesagt, dass es eine schriftliche Bestätigung gebe, weil das natürlich die Tür zugemacht hat. Und jetzt sagen Sie ja, Sie haben mit diesem Prozess nichts zu tun gehabt, Frau Bundeskanzlerin. Das glaube ich Ihnen auch. Aber ich frage Sie jetzt mal andersrum: Zu welchem Zeitpunkt war denn klar, dass Herr Pofalla nicht mehr Bundeskanzleramtschef bleibt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe das sehr bedauert. Und zu einem sehr, sehr späten Zeitpunkt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Im November, Dezember, oder?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Zum Ende der Koali- - Als wir die Personalien besprochen haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das hatte nichts mit der BND/NSA-Affäre zu tun?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Absolut nicht. Nicht dass ich meinen jetzigen Kanzleramtsminister nicht schätze, aber ich wäre sehr glücklich gewesen, Herr Pofalla hätte sich entschieden, auch weiter dort zu bleiben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was sagen Sie denn dazu, dass er versucht hat, auf diplomatischem Wege eine solche schriftliche Zusicherung zu bekommen? Er hat sie nicht bekommen, und trotzdem sagt er am 12.08., dass er sie bekommen hat.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir reden jetzt hier über einen Briefwechsel oder einen Mailwechsel von der Europa-Verantwortlichen im Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses. Und ich habe Ihnen vom 7. August die Vorlage - über die haben wir viel gesprochen - - Das waren Gespräche, die - - Clapper hat wohl auch im Weißen Haus gesessen, so wie Herr Fritsche im Innenministerium gesessen hat - - aber ansonsten auch ganz anders in der personellen Gruppe zusammengesetzt war. Und im Übrigen wird auf der Seite 62 auch genau darauf hingewiesen, dass da eine solche Gruppe kommen wird - „am Beginn der nächsten Woche“ steht dann da -,

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und dann wird das Ziel der Gruppe so und so sein. Und dann sind ja hier ganz verschiedene - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich bin so ein bisschen in Sorge, dass wir aus den eingestufteten Dingen jetzt doch vortragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es jetzt total relevant ist, dann müssten wir eine eingestufte Sitzung machen, dann müssten wir diesen Punkt in nichtöffentlicher Sitzung ansprechen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mein außenpolitischer Berater bittet, dass die Gespräche, die dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

nächste Woche stattfinden, positiv begleitet werden. Das gehört doch zu den Selbstverständlichkeiten. Dann zählt er die einzelnen Themen auf. Zu dem Thema 1, dieses alte Abkommen, was ja nun wirklich echt nicht so geheimnisvoll ist, weil ich es selbst erwähnt habe, haben wir ja dann irgendwann - ich weiß nicht, ob schon am 12. August im PKGr oder später - eine Annullierung durch die Vereinigten Staaten bekommen.

Und dann die Woche nach dem 31., am 7., waren diese von Herrn Heusgen schon avisierten Experten da. Und von dieser Runde kriege ich dann die Mitteilung, die wir jetzt hier schon vielfach gemacht haben, „eine Zusicherung abzugeben, dass auf deutschem Boden jederzeit deutsches Recht respektiert wurde“. Das konnte aber Herr Heusgen am 31. - - Da hat er ja gar nichts davon gewusst, er hat nur gesagt: „Die kommen“, und: „Redet mit denen konstruktiv!“

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber das war halt falsch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe die Uhr mal angehalten. Vielleicht kann Herr Wolff - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ob es falsch war oder nicht, er hat es halt gemacht, und das war in meinem Interesse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Ich will nur anmerken, dass es natürlich ein Dokument gibt, das sich dann auch darauf bezieht, und zwar ist das MAT A BK-1/2j, Blatt 18. Das ist die entsprechende Zusicherung der US-Seite. Da kann man über einen anderen, sprachlichen Punkt dann streiten. Da tun wir uns wahrscheinlich auch leichter, weil das ist nicht eingestuft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde mal folgenden Vorschlag machen - auch im Sinne jetzt der Opposition -: Wenn dieses Dokument nicht eingestuft ist, wenn wir es uns in der Gesamtschau anschauen wollen und wenn die Fraktionen die gravierende Wichtigkeit dieses Punktes erkennen, dann müssen wir es in Gänze in

nichtöffentlicher Sitzung machen, wenn das ein kriegsentscheidender Punkt ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich glaube, die Frau Bundeskanzlerin und ich sind uns -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir sind uns eigentlich einig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - einig über den Inhalt, und wir haben das jetzt so gut geklärt miteinander. Aber vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Jetzt wäre nur noch interessant, was Herr Wolff da noch zu bieten hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das sollten wir uns jetzt noch anschauen; aber das können wir ja öffentlich tun.

(MR Philipp Wolff (BK)
begibt sich zum Platz der
Zeugin und legt ihr
Unterlagen vor)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Interessiert mich jetzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis wir dieses Dokument finden, was da jetzt verhandelt wird - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ihr seid schon deutlich über der Zeit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Ja, gut. Es sind ja viele Runden, die wir noch haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir haben ja auch Stenografen bis weit nach Mitternacht heute.

(Die Zeugin und
MR Philipp Wolff (BK)
lesen in den Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Wo steht jetzt die schriftliche Zusicherung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir haben ja erst das Dokument schon mal beim Wickel gehabt, wo dann - -

NSA is not doing anything to harm German interests.

... NSA currently abides - and has always abided - by any and all agreements it has entered into with the German government, as represented by the German intelligence services.

...Any joint operation conducted by NSA and the German intelligence services has been in accordance with German and U.S. law.

Das ist das, wo - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber halt!

Zeugin Dr. Angela Merkel: Daraus hat einer von Ihnen - ich weiß nicht mehr, wer es war, ob Herr Flisek oder Sie - geschlussfolgert: „Tja, die gemeinsamen Operationen, ja; aber wenn sie alleine agieren, dann nein“, oder: „Das ist damit nicht abgedeckt.“ So.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind gar nicht - - weder Christian Fliseks noch meine Gedanken, sondern das hat uns Herr Altmaier hier so das letzte Mal gesagt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Oder das. Ist ja auch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das hat mir hochgradig eingeleuchtet, dass er gesagt hat, diese Betonung auf „joint“, das lege irgendwie nahe, dass, wenn sie alleine unterwegs sind, sie sich eben nicht an deutsches Recht halten. Und deswegen ist es ja eben zu dieser - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das legt es noch nicht nahe. Es waren aber mit diesem Dokument ja die Verhandlungen auch noch nicht beendet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Aber eben am 12.08. nicht. Und das, was Herr Pofalla gesagt hat, nämlich dass es eine schriftliche Zusage gegeben habe, das war nachweislich falsch. Das war nicht so. Und das war eine Irreleitung der Öffentlichkeit, von der Sie offenbar nichts wussten, aber die eben in Ihrem Namen irgendwie geschehen ist. Und deswegen wundere ich mich so ein bisschen im Hinblick darauf, wie man jetzt auf dieses Statement von Herrn Pofalla in der Rückschau guckt. Damals hat es geholfen, na klar. Aber im Nachhinein ist es doch ein Schaden, wenn damals eben die Öffentlichkeit nicht zutreffend informiert worden ist.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich muss ganz ehrlich sagen: Jetzt müssen wir die Sachverhalte schon auseinanderhalten. Ich habe von dem Statement von Herrn Pofalla im Zusammenhang mit der erstmaligen Erwähnung des Wortes „No-Spy-Abkommen“ gesprochen. Darüber haben wir lange Zeit gesprochen, ob das gerechtfertigt ist oder nicht gerechtfertigt. Und dann haben Sie gesagt, dass Herr Pofalla eine lange Erklärung abgegeben hat, über die Sie sich sehr gewundert haben und in der dies und jenes und noch was stand, und ob ich die kannte und ob ich daran mitgewirkt usw. usf. habe. - So ist jedenfalls meine Erinnerung aus unseren jüngsten Diskussionen hier.

Und jetzt sprechen wir über einen ganz anderen Teil der Erklärung von Herrn Pofalla. Und ich beziehe mich einzig und allein in meiner Beurteilung der Frage auf die Vorlage vom 07.08., in der Herr Heiß sagt - was Sie auch infrage stellen; ich beziehe mich aber trotzdem auf das, was Herr Heiß sagt, weil es mein Bezugspunkt ist - -

eine Zusicherung abzugeben, dass auf deutschem Boden jederzeit deutsches Recht respektiert werde und keine gegenseitige Spionage stattfinde, möchte insoweit aber eine beidseitige Erklärung erzielen. Hier käme ein „Agreement“ in Frage, in dem beide Seiten ...



Nur zur dienstlichen Verwendung

entsprechende Zusicherungen machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So. Und an der Stelle müssten wir dann jetzt in der nächsten Runde weiterfragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So machen wir es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Bundeskanzlerin, Sie haben ja auch mehrfach heute betont, dass Sie volles Vertrauen gegenüber Ihren Mitarbeitern im Kanzleramt haben, die sich mit den Fragen der Geheimdienstaufsicht befassen. Jetzt haben Sie Ihren berühmten Satz nicht erst im Oktober gesagt, Sie haben ihn schon bei der Sommerpressekonferenz gesagt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da nicht. Am 3. und 4. Juli.

Christian Flisek (SPD): Genau. Sie haben ihn mehrfach - vielleicht auch abgewandelt - dazwischen wiederholt. Und dann zeigen sich diese Abläufe, die wir, ich denke mal, doch jetzt auch herausgearbeitet haben. Und vor allen Dingen, es zeigt sich, dass Sie über ganz wesentliche Dinge, die passieren in diesem Kontext und die einen Bezug haben zu dieser politischen Überzeugung, nicht informiert werden, dass Sie erst im März 2015 überhaupt erstmals über diese ganze Tragweite vielleicht, was ein Selektor ist, dass Sie darüber informiert werden. Haben Sie sich ausreichend über diesen Zeitraum hinweg informiert gefühlt? Oder würden Sie sagen: „Nein, da hätte sehr deutlich ein viel besserer Informationsfluss auch in meine Richtung laufen müssen“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe ja erst schon in meinen Antworten zu ähnlichen Fragen gesagt, dass ich es bei Herrn Pofalla, was den Oktober 2013 angeht, für eine Ermessensentscheidung halte, und insofern fühle ich mich ausreichend informiert. Und dennoch haben wir ja auch schon darüber gesprochen, dass für die

Zukunft sicherlich manche Dinge anders laufen müssen. Aber da sehe ich vor allen Dingen den Punkt, dass dann die Dinge, die angeordnet werden, auch befolgt werden.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie sehen doch einen Handlungsbedarf dort, dass in Zukunft vielleicht das Ermessen zumindest - - dass es so was wie Leitlinien für die Frage gibt, wie das Ermessen auszuüben ist.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich sehe keine Notwendigkeit, Leitlinien über die Frage zu machen, wann ein Verantwortlicher für die Rechts- und Fachaufsicht des BND der Bundeskanzlerin Bericht zu erstatten hat. Und ansonsten hat man ja schon vielfache Änderungen unternommen, und vielleicht werden Sie uns noch welche nahelegen, die wir dann - wie ich es erst schon sagte - wohlwollend natürlich betrachten werden.

Christian Flisek (SPD): Es gibt einen ziemlich großen Dissens zwischen dem ehemaligen Präsidenten des BND, Herr Schindler, und dem damaligen Chef des Kanzleramtes, Herr Pofalla, und auch dem immer noch aktuellen Abteilungsleiter 6 im Kanzleramt über den Umfang, wie im Oktober 2013 informiert worden ist. Herr Schindler hat hier gesagt, es wurde von ihm ein umfassender Überblick über die Problematik gegeben, auch über die Dimensionen. Das wird von beiden Mitarbeitern, von Herrn Pofalla und Herrn Heiß, bestritten. Wir haben Akten des BND, Sprechzettel für dieses Treffen, die eher die Auffassung von Herrn Schindler stützen, weil dort sehr detailliert, wenn auch prägnant und kurz, aber sehr detailliert die Reichweite dargestellt wird. Das spricht dafür, dass die Auffassung von Herrn Schindler zutrifft. Ist diese Thematik an Sie mal herangetragen worden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Jetzt von Ihnen.

Christian Flisek (SPD): Das hören Sie zum ersten Mal jetzt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. - Hat Herr Schindler dann auch was dazu gesagt, dass er dann die Sachen nicht umgesetzt hat und so viel noch 2015 gelöscht werden musste? Aber das ist jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht meine Aufgabe. Ich bin damit nicht befasst worden.

Christian Flisek (SPD): Herr Schindler war dann - - Nachdem die Weisung da war, hat er gesagt: „Das haben wir gelöscht“, und dann war es erledigt. - Es ist dann aber im März 2015 noch mal eben virulent geworden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Oktober vor allen Dingen.

Christian Flisek (SPD): Na ja, es war dann der Besuch von Herrn Altmaier im März 2015 vor allen Dingen, sage ich mal, der ausschlaggebende Punkt, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: So gesehen ja.

Christian Flisek (SPD): - wo ich davon ausgehe, dass dann zumindest - auch wenn die Öffentlichkeit das noch nicht gleich erfahren hat und auch wir noch nicht alles gleich erfahren haben - aber im Kanzleramt die neue Problematik auch bekannt war. Warum hat man eigentlich dann, wenn man diesen Sachstand aus Sicht des Kanzleramtes sieht, Herrn Schindler nicht eigentlich sofort entlassen? Das hat ja immerhin gedauert bis zum 27.04.2016, also über ein Jahr.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich respektiere den Zeitpunkt, zu dem der Chef des Kanzleramts mir den Vorschlag gemacht hat, einen neuen Chef des BND zu berufen. Und über die Frage Gründe oder Nichtgründe kann man - - haben wir ja schon geredet hier. Und mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Also, das bedeutet, Sie sagen an dieser Stelle, ein Problem könnte es aus dieser Verzögerung von über einem Jahr bis zur Entlassung - - Das halten Sie für einen normalen Vorgang.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Manchmal müssen Dinge auch erst zu Ende abgearbeitet werden.

Aber wie gesagt: Die Gründe wurden nicht genannt, und ich glaube, es war der richtige Zeitpunkt für einen Neuanfang vom BND.

Christian Flisek (SPD): Ich fasse noch mal zusammen: Bei der gesamten Frage - unabhängig jetzt von den Gründen - „Ablösung von Herrn Schindler“, da haben Sie nicht wirklich aktiv mitgewirkt. Das heißt, das war ein Vorschlag Ihres damaligen Chefs des Bundeskanzleramtes, Stichwort: Wir wollen eine Neuausrichtung machen, und deswegen wollen wir neues Personal. - Und deswegen gab es dann die Ablösung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es gab den Vorschlag des Chefs des Kanzleramtes, der Ihnen dazu ja offensichtlich auch Rede und Antwort gestanden hat, einen neuen Präsidenten zu benennen. Und von meiner Seite hat mir eingeleuchtet, dass eine neue Persönlichkeit nach dieser Zeit gut sein kann.

Christian Flisek (SPD): Frau Bundeskanzlerin, Sie haben in der Sommerpressekonferenz nicht nur damals Ausspähen unter Freunden ginge nicht, gesagt. Sie haben auch, ich darf jetzt mal zitieren, gesagt:

... die Bürgerinnen und Bürger sind zweifelsohne zurzeit verunsichert, und sie müssen sich darauf verlassen können, dass die klare staatliche Kontrolle, die es in unserem Land über die Aktivitäten der Geheimdienste gibt, auch tatsächlich wirkungsvoll greift, und zwar genau so, wie Recht und Gesetz unseres Landes das vorsehen

...

Zeugin Dr. Angela Merkel: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Was haben Sie seitdem konkret getan, um die Defizite, die wir hier festgestellt haben, im Rahmen der Kontrolle, der staatlichen Kontrolle, wozu auch die Fachaufsicht und die Rechtsaufsicht gehören, zu verbessern, damit genau dieses Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gerechtfertigt ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe den Kanzleramtsminister, wer auch immer es war, unterstützt darin, möglichst weitgehende Aufklärung hervorzurufen. Ich habe über all die Stufen berichtet. Wir haben dann, wie gesagt, auch die Rechtsgrundlage erneuert. Das ist inzwischen parlamentarisch bereits - - oder steht schon im Gesetzblatt, wenn ich recht informiert bin. Und - -

Christian Flisek (SPD): Darf ich kurz einhaken, Frau Bundeskanzlerin, gestatten Sie?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Christian Flisek (SPD): Die Initiative zu dieser BND-Reform, zumindest nach meinem Verständnis, ging aus von der Arbeit dieses Ausschusses.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Okay.

Christian Flisek (SPD): Also, insofern würde ich - - Ich möchte mich nicht darüber streiten, wer sich sozusagen hier was ans Revers heften darf; aber ohne die Arbeit des Ausschusses wäre es vermutlich nicht zu dieser BND-Reform gekommen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe doch schon mehrfach gesagt, dass ohne die Arbeit des Ausschusses vielleicht auch nicht jeder Selektor einzeln betrachtet worden wäre. Und insofern können wir aber feststellen, dass das Bundeskanzleramt und die gesamte Bundesregierung die Arbeit dieses Ausschusses dahin gehend so ernst genommen haben, dass wir noch vor Abschluss der Arbeiten bereits Schlussfolgerungen gezogen haben. Wir haben über die Neubesetzung des BND gesprochen. Und das sind ja Erneuerungen. Und über die Veränderungen, die innerhalb auch der Abläufe des BND stattfinden, werden Sie sicherlich auch andere Zeugen befragt haben; damit habe ich mich nicht im Detail befasst. Ich glaube, jedenfalls sagen zu können, dass wir heute einen anderen Stand haben, als wir ihn vor drei oder vier Jahren hatten.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie denn zu dem Zeitpunkt, als Sie das gesagt haben, geglaubt, dass es Defizite in der Aufsicht über die Geheimdienste gibt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie waren der Überzeugung zu diesem Zeitpunkt, dass alles gut funktioniert, also dass die staatliche Kontrolle, so wie Sie es gesagt haben, auch tatsächlich wirkungsvoll in jeder Hinsicht greift.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Wir hatten die Snowden-Erkenntnisse, wie gesagt - oder nicht Erkenntnisse, sondern die Presseberichte darüber -, wir wussten, dass wir denen nachgehen mussten; aber es gab für mich keinen Ansatzpunkt, davon auszugehen, dass hier Kontrolle nicht ausreichend funktioniert; sonst hätte ich ja aktiv werden müssen.

Christian Flisek (SPD): Wir haben uns ja in unserer Arbeit hier auch sehr intensiv zum Teil mal mit der G 10-Kommission befasst, die ja bei der strategischen Fernmeldeaufklärung, soweit sie dann eben im G-10-Gesetz geregelt ist, auch zuständig ist, entsprechende Anordnungen zu treffen. Ich habe damals ein Stück weit den Eindruck gehabt, dass in Reihen der G 10-Kommission der sehr dramatische technologisch bedingte Wechsel von der klassischen früheren leitungsvermittelten Kommunikation, so wie wir das noch aus Telefoniezeiten kannten, hin zur internetbasierten, paketvermittelten Kommunikation nicht wirklich nachvollzogen wurde.

Was sagen Sie jemandem, der jetzt mal unterstellen würde, dass das vielleicht nicht nur in der G 10-Kommission der Fall ist, dass wir sozusagen in den 2010er-Jahren eine technische Entwicklung hatten, die auch im Bundeskanzleramt nicht nachvollzogen wurde, insofern als dass man vielleicht sich nicht wirklich mal auseinandergesetzt hat mit dem, was SIGINT in Zeiten von Internetkommunikation bedeutet? Würden Sie sagen: „Das ist ein unzutreffender Vorwurf“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich würde ganz allgemein sagen, dass wir alle miteinander in der politischen Rechtsetzung im Augenblick alle Hände voll zu tun haben - um es mal positiv zu bewerten -, die jeweiligen technischen Entwicklungen sofort immer nachzuvollziehen. Das habe ich hier im Übrigen auch in meinem Statement gesagt. In



Nur zur dienstlichen Verwendung

diesem Sinne habe ich das dann ja auch, was sozusagen dann auch satirischen - oder wie man das nennt -, ironischen Betrachtungen anheimgestellt wurde, im Internet von „Neuland“ gesprochen, gerade auch angesichts immer neuer technischer Entwicklungen, mit denen unser Rechtsrahmen nicht immer und schon gar nicht immer sofort so Schritt halten kann, wie wir es wünschen, sodass wir also tatsächlich Neuland betreten.

Und hier gibt es auf vielen Ebenen Handlungsbedarf. Und ich glaube, da sind wir inzwischen auch den Möglichkeiten und den technischen Möglichkeiten näher. Das könnte ich aber auch auf andere Teile, von E-Government bis zu anderen Fragen, durchaus fortführen; also das ist jetzt nicht nur eine reine Spezialität nur der nachrichtendienstlichen Arbeit. Deshalb geht es bei den Haushaltsmitteln, die bewilligt werden, auch nicht nur um Personalverstärkung, sondern es geht auch um die Frage von technischer Ausstattung. Und deshalb geht es auch bei der Frage unserer gesetzlichen Tätigkeit darum, dass unsere Sicherheitsbehörden insgesamt in der Lage sind, mit den technischen Möglichkeiten zum Beispiel auch von Terroristen überhaupt mitzuhalten. Ein täglicher politischer Streit.

Christian Flisek (SPD): Das ist richtig. Und das betrifft zuvorderst die Sicherheitsbehörden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Auch die Polizei, ja.

Christian Flisek (SPD): Hat sich denn ein wenig auch, ich sage mal, die Personalsituation in der Abteilung 6 geändert? Hat man in der Abteilung 6 Menschen jetzt beschäftigt, die vielleicht nicht nur Juristen sind, sondern die Techniker sind, Informationstechnologie verstehen, die sich ein Bild machen können von SIGINT, damit sie eben auch auf technischer Augenhöhe mit den Diensten kommunizieren können und, ich sage mal, ein Stück weit nicht immer nur das glauben müssen, was eventuell dort vorgelegt wird?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich gehe davon aus. Ich habe jetzt die Berufsbilder der Mitarbeiter der Abteilung 6 mir im Vorfeld nicht angeschaut,

habe sie auch nicht abgefragt auf ihre technischen Fähigkeiten. Ich sage noch mal: Wir können nicht die Abteilung 6 zu einem zweiten BND machen, sondern wir müssen dann schon auch auf die Mechanismen innerhalb des BND vertrauen.

Christian Flisek (SPD): Die Abteilung 6 - ich unterstelle das mal - steht ja vor einer ähnlichen Problematik wie die parlamentarische Kontrolle auch. Das ist ja auch einer der Hauptkritikpunkte gegenüber der Arbeit, ich sage mal, des PKGr in der Öffentlichkeit, dass man sagt, das PKGr war in der Vergangenheit viel zu reaktiv: Wenn irgendwas hochploppte in der Öffentlichkeit, dann gab es eine Sitzung, man hat Fragen gestellt. Die Entwicklung hin zu einer proaktiven, strukturellen Kontrolle der Dienste ist jetzt gestärkt worden im PKGr durch den ständigen Bevollmächtigten. Auf der anderen Seite aber auch die Frage: Was tut sich im Kanzleramt, damit die Abteilung 6 auch in der Lage ist, vielleicht nicht nur reaktiv im Sinne von Herrn Heiß - wir machen nur dann was, wenn es angefragt wird und wenn wir einen Anlass dazu haben - - sondern dass man stärker proaktiv, strukturell diese Dienste auch kontrollieren kann? Weil das wäre effizient im Sinne Ihres Zitats anlässlich der Sommerpressekonferenz.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Erstens gehe ich davon aus, dass ich gute Mitarbeiter und auch auf der Höhe der Zeit befindliche Mitarbeiter in der Abteilung 6 habe. Und zweitens gehe ich davon aus, dass der BND nicht eine Institution ist, die sozusagen ohne Kontrolle sich von morgens bis abends vornimmt, sich nicht an Recht und Gesetz zu halten. Da sind Dinge vorgefallen, die auf technische und institutionelle Defizite hinweisen, wie ich es ja schon gesagt habe, was ja auch als starke Sprache empfunden wurde. Aber daran ist ja jetzt auch gearbeitet worden. Es gibt eine neue Führungspersönlichkeit für den BND. Aber ich möchte auch nicht so einen Generalverdacht: Wenn man die nicht von morgens bis abends - - sozusagen hinter jeden noch einen stellt, dann machen die nur was, was gegen Recht und Gesetz ist. - Das glaube ich nicht. Und ich habe sogar gehört, dass die rechtliche Klarstellung der Arbeit aus dem BND auch sehr gewünscht wurde. Und da habe ich keinen Zweifel daran, dass das so ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ich teile die letzte Einschätzung insoweit, aber möchte nur ergänzen: Also natürlich ist man auch beim BND nicht sozusagen im systematischen Rechtsbruch unterwegs. Das würde ich auch so einschätzen. Man ist jedoch - das haben wir auch gelernt in der Ausschussarbeit - sehr kreativ in der Auslegung und Anwendung des deutschen Rechts. Also, die Stichworte „Weltalltheorie“ oder „Weltraumtheorie“ oder auch „Theorie des virtuellen Auslands“ für den damaligen Zugriffspunkt in Frankfurt, die sind ja vielleicht auch aus der Presse bekannt. Also, wir haben schon auch gelernt, dass in Sachen Auslegung der bestehenden Rechtslage im BND eine hohe Kreativität an den Tag gelegt wird, die im Übrigen auch vom Kanzleramt mit Rückendeckung dann geteilt wurde und wo man schon schauen muss, dass das nicht allzu oft alleine läuft ohne stärkere Beobachtung.

Die Kollegin Mittag macht an dieser Stelle mal weiter.

Susanne Mittag (SPD): Ich habe eigentlich nur noch eine ergänzende Frage. - Sie haben sich ja nun auf Informationen verlassen, die zugetragen wurden, nicht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist mein Schicksal.

Susanne Mittag (SPD): Das ist Ihr Schicksal. Und dann können Sie nur hoffen und beten, dass Sie auch alle Informationen kriegen. Ist es denn mal zwischendurch aufgefallen, dass ja eine riesige Informationslücke eigentlich da gewesen ist von über einem Jahr - also, der Untersuchungsausschuss läuft, es gibt viele Presseberichterstattungen - und dass Ihnen offensichtlich ja relativ wenig Informationen in diesem Rahmen zugetragen werden? Ich weiß, Sie haben ganz viel zu tun; das mag auch sein. Aber das ist ja ein relativ außergewöhnlicher, sagen wir mal, Vorfall, der sich über die ganze Zeit - wir haben unseren Untersuchungsausschuss ja jetzt schon drei Jahre - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Welchen Zeitraum meinen Sie jetzt genau?

Susanne Mittag (SPD): Im Prinzip rückwirkend vom Frühjahr 15. Und die Hauptinformationen waren ja 13 bis Ende 13. So dazwischen. Das war ja offensichtlich relativ wenig Information über das, sagen wir mal, was hier im Ausschuss an Erkenntnisgewinn dazugekommen ist. Sind Sie denn in irgendeiner Weise zwischendurch über diese neueren Erkenntnisse, sagen wir mal, informiert worden? Denn da hätte man doch schon erkennen können, dass es vielleicht doch nicht so läuft, wie informell Ihnen angetragen worden ist. Also, der Erkenntnisgewinn hat ja enorm zugenommen in den letzten drei Jahren; das muss man ja schon sagen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, der Ausschuss wurde eingesetzt im Frühjahr - März, oder was - 2014. Bis dahin hatte ich ja dann verschiedenste Informationen, insbesondere dann, nachdem wir ja sozusagen die Sache mit dem Abkommen - - 7. August - - Dann wurde weiter verhandelt. Dann kam im Oktober die Sache mit dem Handy. Dann hatten wir das. Dann kamen der 14. Januar und der 15. Januar, wo ich wieder über den Stand der Verhandlungen informiert wurde. Dann kam die Regierungserklärung. Dann kam der Besuch bei Obama, wo wir die Sache mit dem No-Spy-Abkommen als im Augenblick nicht erfolversprechend eingestuft hatten, am 30. April. Dann vergingen nur wenige Monate. Dann war der 3. Juli, an dem mich der Chef des Kanzleramtes - - Also ein Vierteljahr, nachdem Sie Ihre Arbeit begonnen hatten, hat mich der Chef des Kanzleramtes informiert, dass der Spion - Markus R. oder wie Sie den immer nennen -

Susanne Mittag (SPD): Der Spion, ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - aufgedeckt wurde. Dann hatte man damit zu tun. Dann gab es eine Lücke - in der Tat - vom 13. Juli 2014 bis März 2015 Da wurde ich dann darüber informiert, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

die BND-Selektoren³ waren. Dann haben wir dazu Erklärungen abgegeben. Dann wurde Herr Graulich eingesetzt; der hat dann im Oktober seinen Bericht gemacht. Kurz davor habe ich dann gehört, dass der BND eigene Selektoren gesteuert hat. Also, ich hatte nicht den Eindruck, dass ich irgendwie langfristigmäßig mit den ganzen Dingen nichts zu tun hatte. Plus der Dinge, die man natürlich auch in der Zeitung gelesen hat.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ganz viele technische Defizite!)

Susanne Mittag (SPD): So gesehen im Nachgang - Sie haben sich ja noch mal informiert und jede Menge Informationen noch dazubekommen -: Fühlen Sie sich auch im Nachgang ausreichend über den Zeitraum informiert?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Ich habe ja gesagt: Alle wichtigen Dinge, die wir hier diskutieren, sind auch in meinem Informationsstrang vorgekommen. Es gibt über die eine Frage, die ich als Ermessensentscheidung beziffere oder bezeichne - nämlich über die Frage: Pofalla, Oktober 2013 -, die Anfrage: War das Ermessen richtig oder falsch? - Ich habe gesagt, dass ich das für im Rahmen des Ermessens halte. Und ansonsten bin ich über alle wichtigen Punkte informiert worden.

Susanne Mittag (SPD): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Frageunde. In dieser Frageunde beginnt auch wieder die Fraktion Die Linke. Und Herr Kollege Hahn beginnt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte noch mal mit einer Sache fortsetzen, wo ich Sie vorhin zuletzt nach gefragt habe, was Herrn Snowden angeht. Sie haben gesagt, Sie sehen - wenn ich Sie richtig verstanden habe - keine Veranlassung, von Ihrer

Richtlinienkompetenz irgendwie Gebrauch zu machen. Da möchte ich Sie fragen: Wie finden Sie es denn, wie bewerten Sie es denn, wenn eines Ihrer Ministerien über zwei Jahre hinweg nicht imstande ist, zu sagen, ob Herr Snowden ausgeliefert werden würde an die Vereinigten Staaten oder nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu meldet sich Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Also, wir bewegen uns wirklich gänzlich außerhalb des Untersuchungsgegenstandes, Herr Hahn. Sie können die Frage ja gerne stellen; aber ich weise jedes Mal darauf hin - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das machen wir dann in einer Beratungssitzung würde ich vorschlagen. - Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, ist ja keine Beratungssitzung. Ich habe die Kanzlerin gefragt, wie sie diesen - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich möchte - da ich schon sehr generös war in den Antworten auf den Sachverhalt, der gar kein Untersuchungsgegenstand ist - meinen bisher getroffenen Ausführungen nichts hinzusetzen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er behindert aber unsere Arbeit erheblich.

(Zurufe von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wie bitte?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er behindert aber unsere Arbeit erheblich. Ich weiß, dass das un bequem ist, aber Sie sitzen -

³ Änderung der Zeugin: ändern von: „...dass die BND-Selektoren waren.“ in „dass es die NSA-Selektoren waren.“



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich bin doch ganz entspannt. Sie können mich das auch weiter fragen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - als Regierungschefin hier und sagen: Ich sage dazu nichts. - Uns bewegt das und die Öffentlichkeit auch.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Schauen Sie, wir wollen doch friedlich miteinander umgehen. Obwohl es nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört, habe ich mit Herrn Ströbele heute schon ausführlich über Herrn Snowden gesprochen, habe ich mit Ihnen ausführlich über Herrn Snowden gesprochen: Wenn Sie nun aber immer wieder die gleiche Frage stellen, ob ich nicht endlich von meiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen möchte und ob dies und jenes, dann sage ich einfach, dass ich mich dazu geäußert habe, dass ich davon nicht Gebrauch machen möchte und dass das doch eine Antwort für Sie ist. Und jetzt können Sie sagen - - Jetzt können Sie auch wirklich darüber Ihr Unverständnis äußern. Ich wollte doch nur sagen, dass ich dazu jetzt mehr nicht sage.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann haben Sie eben auf eine Frage von Herrn Flisek gesagt: „Wir können die Abteilung 6 nicht zu einem zweiten BND machen“, wenn ich mir das richtig mitgeschrieben habe. Da will ich Sie mal fragen: Ist sie das nicht in gewisser Weise schon, wenn man sich die Zusammensetzung der Mitarbeiter ansieht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ich war auch schon mal Frauen- und Jugendministerin.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber Sie waren nicht beim BND. Ich meine, wenn ich das richtig sehe - - zumindest weiß ich das nicht, aber - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Da kommt schon wieder - - Wissen Sie, ich glaube, wir werden nur einen guten Nachrichtendienst haben, wenn wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort, die wahrlich keine einfache Tätigkeit ausüben, genauso mit Respekt behandeln bis zum Beweis davon, dass etwas nicht richtig gelaufen ist, wie jenen anderen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

Das möchte ich tun. Und deshalb ist für mich jemand, der die Dienst- und Fachaufsicht ausübt und in der Abteilung 6 dies tut, nicht per se verdächtiger als jemand, der aus der Abteilung 2 vielleicht in die Abteilung 6 wechselt oder der aus dem Innenministerium kommt.

Und wir haben immer wieder den Sachverhalt, über den man sehr lange sprechen kann: Kann man besser etwas überwachen, wenn man von der Sache schon mal Ahnung hat? Oder kann man etwas besonders gut überwachen, wenn man davon überhaupt noch nie was von gehört hat? - Und wechselseitig kann man jedes Mal das zum Vorwurf machen und sagen: „Pass mal auf, da kontrollieren die, die früher da waren, sich selbst“, oder ich sage: „Da holt ihr lauter Leute rein, die haben doch von Tuten und Blasen keine Ahnung.“ Und da geht es darum, nach meiner Auffassung, auch in allen Bereichen der Verwaltung, die ich zu verantworten hatte, dass man die richtige Mischung findet. Wenn keiner mehr Ahnung hat von dem, was er regeln soll, dann wird die Regelung auch nicht besonders toll.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also, wenn keiner Ahnung hat - - Da haben Sie sicherlich Recht, dass man das auch durchaus überlegen kann in dem einen oder anderen Fall. Wenn ich es richtig sehe, sind ja fast alle Mitarbeiter, die dort tätig sind, vorher beim BND gewesen. Es wechseln auch wieder welche zurück vom Kanzleramt in den BND. Und das ist unser Problem. Es geht ja nicht um Verdächtigung. Es sind ja genug Fehler gemacht worden beim BND, wie wir wissen. Und da ist die Frage: Ist im Kanzleramt die Bereitschaft da, diese Fehler auch aufzudecken und entsprechend zu korrigieren? Wenn man sich untereinander gut kennt, wenn man befreundet ist, wenn man zusammen ausgeht - das sind alles Sachen, die ja inzwischen auch nicht mehr bestritten werden -, da ist für mich die Frage: Kann man dann eine wirksame Kontrolle machen, wenn es Freundschaften, Verwicklungen, Verwicklungen gibt zwischen Kanzleramt und BND?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, dass Arbeitskollegen befreundet miteinander sind und manchmal miteinander ausgehen, das ist nicht nur beim BND und der Abteilung 6 so.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und dann glauben Sie, es ist eine wirkungsvolle Kontrolle in diesem sensiblen Bereich nicht gefährdet?

Zeugin Dr. Angela Merkel: An anderer Stelle nennt man das eine gute kollektive Atmosphäre.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und die Kontrolle wird dadurch nicht beeinträchtigt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass ein Beamter - - Die Beamten sind auf bestimmte Prinzipien verpflichtet. Und ich gehe davon aus - und habe allen Grund aus meiner gesamten politischen Erfahrung dazu, im Regelfall auch davon auszugehen -, dass man sich an diese Prinzipien hält.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ist denn eigentlich das Kabinett mal mit der Frage der BND-eigenen Steuerung oder der Selektoren befasst worden? Ich weiß nicht, ich kenne die Abläufe nicht. Deshalb frage ich Sie das. Gibt es da eine Unterrichtung des Kabinetts? Trägt dort der Chef Bundeskanzleramt vor oder auch der BND-Präsident, wenn ein solch sensibles Thema in der Öffentlichkeit ist und Sie, wie Sie das ja gesagt haben, im März 2015 davon erfahren? Wie werden die Minister, wie wird die Regierung darüber unterrichtet?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Wolff hat dazu auch eine Wortmeldung.

MR Philipp Wolff (BK): Ich weise Sie nur darauf hin, dass die Kabinettsbefassungen in concreto zum Kernbereich der Exekutive gehören und deswegen insofern auch keine Aussage getätigt werden kann.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe im Moment gefragt, ob das Kabinett damit befasst war. Das ist doch nur - -

MR Philipp Wolff (BK): Doch. Genau das haben Sie gefragt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, wenn die Kabinettsentscheidungen in die Exekutive fallen - - Ich habe aber schon einen Hinweis gegeben, die

Graulich-Entscheidung zum Beispiel haben wir haben wir im Kabinett gefällt. Über Weiteres möchte ich nicht in der Frage reden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut, dann nehmen wir nicht das Kabinett. Gab es andere Runden, die zusammen - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Das wird ja immer arkaniger.

(Heiterkeit)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie wird es? Hahniger? Oder was haben Sie gesagt?

(Heiterkeit)

Zeugin Dr. Angela Merkel: Man könnte auch „haariger“ sagen. „Hahniger“ habe ich nicht gesagt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Worauf ich hinaus will, ist Folgendes, Frau Bundeskanzlerin: Wenn die Information kommt durch den Chef Bundeskanzleramt: „Der BND steuert Staats-, Regierungschefs, Botschaften, europäische Institutionen, internationale Organisationen, NGOs, alles Mögliche noch darüber hinaus“, da werden doch alle Mitglieder der Regierung auf so etwas auch angesprochen, öffentlich. Ich möchte jetzt wissen, ob nicht naheliegend wäre, dass man dann sagt: Wir informieren jetzt mal - damit man sprechfähig ist -: Wer ist denn eigentlich auf dieser Liste, wer wird denn da abgehört? - Weil ich mir vorstellen kann: Sie fahren ins Ausland, Sie treffen andere Regierungschefs oder Staatschefs, die möglicherweise auf der Liste sind oder glauben, dass sie drauf sind und vielleicht auch nicht sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das überhaupt nicht zur Sprache kommt. Das heißt, konkrete Frage: Mussten Sie nicht sich informieren und vielleicht auch andere Minister informieren, wer tatsächlich auf den Listen des BND stand und zeitweise oder über längere Zeit überwacht worden ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es hat Sie auch überhaupt nicht interessiert?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hat der Außenminister, der ja nun noch mehr im Land rumkommt und dann kurz danach Frankreich besucht hat, wenn ich das richtig im Kopf habe, wo das in den Medien stand, dass auch Frankreich und möglicherweise nicht nur der Außenminister, sondern noch darüber hinaus - - Auch da gibt es nach Ihrer Kenntnis keine Absprache, bevor der dort nach Frankreich fährt: Ist denn Frankreich auch betroffen von diesen Überwachungsmaßnahmen? Stimmt das, was in der Zeitung steht?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dazu kann ich nichts sagen. Ich kann nur das sagen, was ich eben zu mir und zu meinem Verhalten gesagt habe; aber ich gehe davon aus, dass es nicht anders ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und Sie wollten nicht wissen, wen der BND ausgeforscht hat von Ihren Gesprächspartnern möglicherweise?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich wollte nur sicherstellen, dass es aufhört.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann würde ich gerne noch mal zu dem Thema „geheimer Krieg, Drohnenkrieg“ kommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Die ist aber ein bisschen lang.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das befürchte ich, weil in zwei Sekunden die Zeit nämlich um ist. Und das ist jetzt der Fall. Dann würde ich es in der nächsten Runde machen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann mache ich es in der nächsten Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Dort

gibt es keine Fragen derzeit. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, tut mir leid, aber ich muss doch noch mal bei Snowden nachhaken.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das braucht Ihnen doch nicht leidzutun.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will Ihnen auch sagen, warum ich die Frage stelle noch mal. Die Frage ist doch für mich und wahrscheinlich viele andere auch: Können wir noch hoffen, dass Herr Snowden hierher kommt, oder können wir das Kapitel schließen? Oder müssen wir letztlich die Entscheidung der Gerichte abwarten? Deshalb meine klare Frage an Sie: Sind Sie als Bundeskanzlerin nun dafür und bereit, Herrn Snowden nach Deutschland zu holen zur Aussage hier und aus den anderen Gründen, damit er nicht in Moskau weiter im Exil bleiben muss, ja oder nein? Können Sie das beantworten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich finde, dass ich zu dem Komplex - über den eigentlichen Gegenstand des Untersuchungsausschusses hinaus - erschöpfend mich geäußert habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann stelle ich die Frage, wenn Sie es für jetzt nicht beantworten wollen: Wie war das denn in den Jahren 2013, 2014, 2015, als Sie dann auch von den Selektoren - NSA-Selektoren und BND-Selektoren - gehört haben, wo man ja auch die Schlussfolgerung ziehen konnte: „Stimmt ja alles, was der gesagt hat“, und: „Das wüssten wir alles nicht, wir wüssten nicht, was unsere Dienste, also was unser Bundesnachrichtendienst treibt, was die NSA treibt hier, wenn es Snowden, diese Papiere nicht gegeben hätte“? Haben Sie in dieser Zeit jemals gedacht oder vielleicht sich sogar dafür eingesetzt, dass Snowden hierher kommen kann aus den beiden Gründen, die ich genannt habe?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich bleibe dabei: Es sind Angebote gemacht worden seitens des Untersuchungsausschusses - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Hierher kommen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage doch: Für mich waren die Angebote, die gemacht wurden vonseiten der Mehrheit des Untersuchungsausschusses, solche, von denen man hätte Nutzen ziehen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Der Ausschuss hat nie vorgeschlagen, dass er hierher kommen kann.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das weiß ich. Ich habe aber doch gesagt, dass die Mehrheit des Ausschusses andere Vorschläge gemacht hat, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - die Sie verworfen haben. Das ist ja Ihr Recht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Snowden hat gesagt, er kann und will das nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie haben mir erklärt, warum Herr Snowden Ihrer Meinung nach das nicht konnte. Diese Argumente leuchten mir nicht ein. Und deshalb bin ich sozusagen auf der Linie derer, die vorgeschlagen haben, dass man anderweitig versucht, Herrn Snowden zu befragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ich fasse zusammen: Sie wollen ihn da hängen lassen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist Ihre Bewertung, an der kann ich Sie nicht hindern. Teile ich natürlich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Dann komme ich noch mal zu dem Thema, was wir auch schon ausführlich hatten,

und will Ihnen da noch mal aus der Erklärung von Herrn Pofalla was vorhalten mit einer anschließenden Frage. Also, das habe ich ja vorhin schon mehrfach gefragt - - „NSA hat uns schriftlich versichert, dass sie Gesetz und Recht in Deutschland einhält.“ Da geht es dann nachher weiter, einige weitere Passagen. Ganz am Ende dieses Absatzes steht dann:

Das haben wir jetzt nicht nur mündlich, sondern auch noch einmal schriftlich bestätigt bekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das jetzt wieder diese Bundespressemeldung?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Bundesregierung mit Adler, Montag, den 12. August 2013.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mitschrift der Pressekonferenz, nicht von mir, sondern von der Bundesregierung. - Reicht Ihnen das?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da vertraue ich erst mal, dass es stimmt; aber ich hätte es auch gerne gesehen, deswegen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zweifeln Sie das an? Dass ich das gefälscht habe?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. - Herr Kollege Ströbele, das Dokument möchte ich halt auch vor mir liegen haben. Deswegen frage ich nach der Materialnummer oder dem Datum.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Steht keine Seitenzahl drauf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, wir hatten es doch eben auch schon. Wir finden es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt geht das dann hinten weiter - da



Nur zur dienstlichen Verwendung

kommt dann meine Frage -, auf der dritten Seite geht das weiter:

Deshalb glaube ich,

- Pofalla -

dass wir hier übrigens bei der Zusammenarbeit der Dienste die einmalige Chance haben, einen Standard zu setzen, der mindestens unter den westlichen Diensten stilbildend sein könnte für die zukünftige Arbeit.

Also, für die ganzen westlichen Dienste eine ganz tolle Geschichte. - Und dann sagt er zum Abschluss:

Deshalb fasse ich zusammen: Recht und Gesetz werden in Deutschland nach Angaben der NSA und des britischen Nachrichtendienstes eingehalten. Die Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger in Deutschland werden gewahrt. Selbstverständlich handeln auch unsere Nachrichtendienste nach Recht und Gesetz.

Frau Merkel, wenn Sie sich jetzt mal vorstellen, Sie wären normale Bürgerin, also Sie sind vielleicht Journalistin in Stralsund und Bürgerin in Stralsund und nehmen hier an diesem ganzen Betrieb nicht teil, haben sich aber darüber aber empört und vielleicht auch an die Kanzlerin damals getwittert oder eine SMS geschrieben, dass Sie das alles ganz schlimm finden, was da jetzt durch die Enthüllungen Snowdens bekannt geworden ist, als Journalist - und schreiben das dann so, wie ich es jetzt vorgelesen habe - und dann als Bürgerin - und lesen das. Müssen Sie nicht dann zu dem Schluss kommen: „Dann ist ja alles paletti, wir sind ja jetzt auf dem Weg sogar beispielhaft für die westlichen Dienste was zu leisten. Also können wir die Sache abschließen, und ich kann in Ruhe CDU wählen“? Ist das nicht ein naheliegender Schluss dann, dass man vielleicht versucht hat - hier zu erreichen, indem man falsche Tatsachen mit der Autorität des Chefs des Kanzleramtes in die Welt setzt? Und ich muss sagen, als ich das damals gehört habe,

habe ich auch gedacht: Na ja, muss man mal gucken, aber hört sich ja erst mal ganz gut an. - Können Sie das nachvollziehen? Und können Sie dann nicht nachvollziehen, dass man dann den Verdacht hat - weil Herr Pofalla hat das ja nicht alles zufällig gemacht, weil er nachts so was geträumt hat, sondern ganz bewusst da hingestellt -, dass das irgendwie was mit Wahlkampf zu tun hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage noch mal: Herr Pofalla kam aus einer Sitzung des PKGr, wo ja die Dinge auch sicherlich von ihm genau so dargestellt wurden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das darf ich nicht sagen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es gab - - Er hat, wenn ich das richtig eben von Ihnen vernommen habe, von einer Chance gesprochen. Ich finde, das ist durch meine Vorlage, die ich erhalten habe, vom 7. August gedeckt. Wir sind dann jetzt in der Tiefe der Dinge von dem Dokument mit Joint Operations und Einhaltung des Rechts und dem, was ich am 7. August gesehen habe, dass man auch bereit ist, deutsches Recht insgesamt einzuhalten. Also, ich halte das für vertretbar, und ich sage noch mal: Unser Vorgehen wäre genauso gewesen, wenn kein Wahlkampf gewesen wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie insinuiieren da immer, das hat man alles wegen des Wahlkampfes gemacht. Und das bestreite ich, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und zwar entschieden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass man so unwahre Geschichten in die Welt setzt - - Und jetzt komme ich an den Anhang. Aber bitte, ich will Sie nicht - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich wollte nur sagen, dass die Bewertung auch dessen, was ich am 7. August gelesen habe, von einer Chance für ein einmaliges Abkommen zu sprechen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier stehen Tatsachen: „Hat uns schriftlich versichert“.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Zu dem zweiten Teil hatte ich dann ja eben auch schon Stellung genommen; das brauche ich nicht noch mal zu wiederholen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt kommt die nächste Anschlussfrage daran: Seit Januar 2014, also ein knappes halbes Jahr später - das hat uns auch Herr Altmaier hier bestätigt -, wussten die Bundesregierung und das Kanzleramt, nämlich in Person von Herrn Altmaier, dass genau das Gegenteil der Fall war: dass die US-Administration, das Weiße Haus mitgeteilt hat, ihm auch mitgeteilt hat - das gab es sogar schriftlich -, dass sie zu einem No-Spy-Abkommen - - überhaupt nur darüber reden wollen, wenn diese Klausel „Wir halten uns an Gesetz und Recht in Deutschland“ nicht drinsteht. Also, das Gegenteil war richtig. Hätten Sie da nicht - Sie jetzt auch als Person, die da engagiert war, und Bundesregierung und Chefin des Kanzleramtes - sagen müssen: „Da haben wir leider vor einem halben Jahr was Falsches erzählt. Jetzt haben wir von den USA gehört, das stimmt gar nicht. Daran scheitert jetzt unser tolles No-Spy-Abkommen oder unser Abkommen, weil die Amerikaner jetzt noch mal Tacheles geredet haben. Wir haben damals leider zu Unrecht behauptet, dass wir es von ihnen schriftlich hätten, sonst hätten wir es ihnen ja jetzt vorhalten können“?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommt Ihnen da nicht bei so einer Geschichte mal irgendwie - - dass das irgendwie nicht mit rechten Dingen zugeht und beanstandenswert ist? Was das okay

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich habe Ihnen ja vorgelegt oder vorgelesen, dass am 15. Januar der Staatssekretär Fritsche mit Frau Monaco telefoniert hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht Fritsche. Altmaier.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Warten Sie doch mal ab! Entschuldigung, darf ich jetzt auch noch mal. - Gut. Dann sage ich nur meine Schlussfolgerung aus der Sache heraus. Sie wollten doch mich fragen, ob ich nicht hätte was sagen sollen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen aber Altmaier vorgehalten und nicht Frische.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege, lassen Sie die Kanzlerin doch mal umfassend antworten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was hat Herr Altmaier gesagt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Altmaier hat hier erklärt, seit Januar 2104 hätte er gewusst, dass dieses Abkommen scheitert, weil die Amerikaner genau diese Klausel nicht drinhaben wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu Herr Wolff, der in der Sitzung da war.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und ich habe im Januar - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Bundeskanzlerin. - Herr Wolff.

MR Philipp Wolff (BK): Der Vorhalt ist einfach falsch, dann würde ich bitte - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?

MR Philipp Wolff (BK): Die Protokollstelle. Das hat er so nicht erklärt. Ich war in der Sitzung auch anwesend. Genau so hat er es nicht erklärt



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das kann ich mir auch schwerlich vorstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Besorgen Sie doch die Fundstelle. Dann machen wir das so. Dann können wir es als Vorhalt machen aus dem Protokoll.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir brauchen uns jetzt da doch auch mit Herrn Altmaier gar nicht aufzuhalten. Die Frage geht an mich. Und ich habe, Herr Ströbele, am 29. Januar in meiner Regierungserklärung gesagt, zu Beginn der Legislaturperiode der Großen Koalition:

Die Vorstellungen sind heute weit auseinander. Viele sagen, die Versuche für eine solche Vereinbarung seien von vornherein zum Scheitern verurteilt, ein unrealistisches Unterfangen. Mag sein. Mit Sicherheit wird das Problem nicht schon durch eine Reise von mir gelöst und abgeschlossen sein.

Ich führe - und das mit allem Nachdruck - diese Gespräche mit der Kraft unserer Argumente, nicht mehr und nicht weniger. Aber ich glaube, wir haben davon gute.

Das war meine Einschätzung zum damaligen Zeitpunkt. Die Positionen liegen oder die Vorstellungen sind weit auseinander. Ich habe also vollkommen klargemacht, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sehr gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - wie das ist, und habe da nichts hinterm Berg gehalten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und nach elf Minuten, Herr Kollege, müssten wir jetzt wieder zur nächsten Fraktion kommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich den einen Satz noch?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, jetzt bei elf Minuten nicht mehr. Da sind wir schon deutlich über den zugesagten acht Minuten. - Und wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Und es stellt die Fragen Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Bundeskanzlerin, ich würde Sie gerne mal fragen: Aus Ihrer jetzigen Kenntnislage heraus, wäre es verantwortungsvoll, in der jetzigen Situation mit befreundeten Staaten - nicht nur mit den USA - ein Abkommen dergestalt zu schließen, dass man wirklich sich verpflichtet auch vonseiten der Bundesregierung - nicht vonseiten der Bundesregierung, aber vonseiten der deutschen Dienste -, keine aktive Spionage umfangreich mehr durchzuführen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Mit bestimmten Partnern, ja.

Christian Flisek (SPD): Das bedeutet also - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn man Vertrauen hat und Hinweise hat, dass irgendwas nicht läuft, dann kann man es ja mit dem Partner besprechen, und dann kann der das ja mit seinen Inlandsdiensten aufklären.

Christian Flisek (SPD): Und das bedeutet am Ende aller Tage aber auch in der Konsequenz: mit dieser Tragweite und diesem Umfang.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was heißt „mit dieser Tragweite und in diesem Umfang“?

Christian Flisek (SPD): Na ja, mit dem Umfang - lassen Sie mich mal gerade vielleicht auch, Frau Bundeskanzlerin, die Frage versuchen zu Ende zu formulieren -, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Entschuldigung.

Christian Flisek (SPD): - wenn man sagt: „Ich will diese Reichweite“, dass wirklich umfassend keine nachrichtendienstliche Tätigkeit gegenseitig mehr ausgeübt wird. Das würde sich ja zum Beispiel eben auch auf Botschaften dieser Länder beziehen - in welchen Ländern auch immer. Also, konkret: Nehmen wir mal an, wir würden



Nur zur dienstlichen Verwendung

morgen mit Frankreich ein solches Abkommen verhandeln, die Franzosen wären bereit, darüber zu reden - alles jetzt mal im Konjunktiv -, würde die deutsche Regierung wirklich sagen: „Wir würden, zum Beispiel mit einem sehr engen Verbündeten wie Frankreich, darauf verzichten, in Zukunft französische Botschaften in durchaus problematischen Ländern, in Afrika, zu überwachen, die Kommunikation, mit dem Ziel, auch Informationen über diese Länder zu bekommen, weil das wäre ja die Reichweite“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ein solches Abkommen basiert doch dann auf dem Verständnis, dass die andere Seite, wenn es problematische Dinge gibt, die auch als problematisch einschätzt und dann auch bereit ist, die abzustellen. Also, man müsste - natürlich jetzt wieder hypothetisch - mit Frankreich besprechen, dass, wenn wir feststellen, dass eine terroristische Aktivität in irgendeinem Land, einer französischen Botschaft stattfindet, Frankreich selber ein Interesse daran hätte, einem solchen Hinweis nachzugehen. Das finde ich nicht so schwierig.

Christian Flisek (SPD): Wir haben halt hier gelernt, dass es eben ein hohes Interesse gibt, durchaus Botschaften befreundeter Staaten in solchen Ländern ins Visier zu nehmen. Und ich unterstelle mal, das passiert nicht ohne Grund. Und der Verzicht darauf hätte natürlich schon eine Tragweite.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja klar. - Aber wir sprechen jetzt ja auch hypothetisch über die Möglichkeit, ob man solche Abkommen abschließen kann. Und das würde ja dann nicht bedeuten, dass man einfach wegguckt und nichts mehr macht, sondern dass man mit dem anderen übereinstimmt, dass der dann was macht.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Haben Sie eigentlich über das Abkommen selber irgendwann mal mit Herrn Heusgen gesprochen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Über das, was man No-Spy-Abkommen nennt?

Christian Flisek (SPD): Ja, genau. Und das Agreement, wenn ich es - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Mit Herrn Heusgen nicht, nein.

Christian Flisek (SPD): Obwohl er derjenige ist, der sozusagen ja eher der Koordinator - ich nenne das jetzt mal so untechnisch; ich will da jetzt nicht festgenagelt werden - - der das transatlantische Verhältnis ja koordiniert.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, der dann eben auch mal sagt: Das und das wird gerade diskutiert zwischen den Fachleuten. Kann man das und das beschleunigen, oder - - Das kann schon alles sein. Aber der eigentliche Inhalt eines solchen Abkommens liegt nicht in der Zuständigkeit von Herrn Heusgen.

Christian Flisek (SPD): Und wann ist Ihnen dann klar geworden: „Das wird nix“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Zwischen - genauer gesprochen - meiner Regierungserklärung am 29. Januar und dem 30. April. Eher hin zum 30. April, als wir dann gesagt haben vor meiner Reise nach Washington, dass es jetzt nicht sinnvoll ist, das im Augenblick weiter zu verfolgen.

Christian Flisek (SPD): Woran lag das, dass das dann eher im April auftauchte? Lag das daran, dass das Thema bei Ihnen sozusagen nicht wöchentlich auf dem Tisch lag?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kriegte nicht wöchentlich Vorlagen. Aber dann war es klar, dass vor meiner USA-Reise auch kein Fortschritt gegenüber Januar erzielt wurde.

Christian Flisek (SPD): Also, die USA-Reise war quasi der Anlass, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, klar. Noch mal zu fragen - -

Christian Flisek (SPD): - dieses Thema mal in Form eines Briefings aufzuarbeiten: Was steht jetzt damit?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Und dazwischen ist auch nicht recht viel mehr dann passiert. Okay. - Ich würde Sie ganz gerne mal fragen: Herr Staatssekretär Fritsche hat hier gesagt, dass er sich an ein Gespräch mit Ihnen erinnern kann, wo es um die BND-Selektoren gegangen ist. Er hat gesagt, er sprach sonst immer mit dem jeweiligen Chef-BK; aber einmal hat er mit Ihnen ein Gespräch geführt, vermutlich so im Juni 2015, zum Thema BND-Selektoren. Haben Sie daran Erinnerungen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: NSA-Selektoren?

Christian Flisek (SPD): BND-Selektoren.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, BND, aber - -

Christian Flisek (SPD): BND ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Von den BND-Selektoren beim BND habe ich überhaupt erst im Oktober 2015 erfahren. Er kann dabei gewesen sein, als es mal zum Beispiel um einen unabhängigen Sachverständigen ging, aber - - Das schließe ich nicht aus.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie damals - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber jetzt kommen wir schon wieder an den Arkanbereich, wie wir unsere Meinungsbildung machen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Aber das war der Kontext mit der Benennung der unabhängigen Vertrauensperson, der sachverständigen Vertrauensperson?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das könnte sein, ja.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie selber sich über den Inhalt des Graulich-Berichts informieren lassen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nicht im Detail.

Christian Flisek (SPD): Darf ich nachfragen, was das heißt: „nicht im Detail“? Heißt das eher, Sie haben das Thema auch in der Auswertung dem Chef BK überlassen, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Christian Flisek (SPD): - und es ist nicht Thema gewesen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und dem PKGr, ja.

Christian Flisek (SPD): Gut, also Sie haben sich aktiv nicht mit diesen Ergebnissen des Graulich-Berichts beschäftigt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ich habe eigentlich eine letzte Frage, weil wir unterhalten uns hier natürlich sehr viel über das Thema „NSA und USA“. Wir haben aber natürlich den Auftrag, uns um die Five Eyes insgesamt zu kümmern, also auch beispielsweise eben um Großbritannien. Jetzt haben Sie gerade so - - Aufgrund Ihrer Mimik: Ist der Begriff „Five Eyes“ geläufig?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Natürlich ist mir der Begriff „Five Eyes“ aus den Zeitungen geläufig. Da ist ja viel drüber gesprochen worden.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie in Ihren Kontakten mit Großbritannien - - Ist das jemals ein Thema gewesen? Ist der Versuch unternommen worden, mit Großbritannien über ein solches Thema aktiv zu sprechen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Über welches Thema jetzt?

Christian Flisek (SPD): Über das Thema, das uns hier beschäftigt, was untersuchungsgegenständlich ist.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja gut, die Fachleute haben natürlich - - Wir haben ja gesprochen von dem Abkommen 68 angefangen zur Annullierung bis hin - - Ich habe von Prism und Tempora - - Über Tempora ist natürlich von den Fachleuten auch gesprochen worden. Insofern hat Großbritannien auch immer wieder in gewisser Weise eine Rolle gespielt, aber für mich nicht im Detail.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Das bedeutet, in den Konsultationen - beispielsweise mit Herrn Cameron - war das nie ein Thema?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Christian Flisek (SPD): Gut, Frau Bundeskanzlerin.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Nein.

Christian Flisek (SPD): Wollten Sie noch?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, ich wollte nur sagen, dass die britische Regierung hier noch härtere Linien, glaube ich, hat, was sie überhaupt nach außen sagt, als die doch beachtliche Breite der Gespräche mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Christian Flisek (SPD): Ja, vielleicht ergibt sich ja manchmal so die Gelegenheit -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, ja, klar.

Christian Flisek (SPD): - bei fortgeschrittener Nacht in Sitzungen -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Genau.

Christian Flisek (SPD): - in Brüssel, dass man mal den Herrn Cameron zur Seite nimmt und fragt: Was macht ihr eigentlich?

Zeugin Dr. Angela Merkel: So unter dem Motto: Wer gemeinsam ausgeht, der erzählt sich auch immer alles, ja.

(Heiterkeit)

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, nein.

Christian Flisek (SPD): Erst mal vielen Dank.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir kennen unsere Verantwortung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Runde schon wieder, und es beginnt die Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn beginnt schon wieder.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Frau Bundeskanzlerin, ich hatte ja angekündigt, noch mal zum geheimen Krieg, zum Drohnenkrieg, zu kommen, weil der Bundesnachrichtendienst und auch das Bundesamt für Verfassungsschutz bestimmte Daten - Handynummern, Geodaten usw. - regelmäßig an die Amerikaner - insbesondere die NSA - geben und die Frage ja ist: Inwieweit können sie zur Ortung von Menschen genutzt werden? Es gibt auch diverse Gutachten zu dieser Frage. Da geht es leider nicht immer nur um gesuchte Terroristen bei denjenigen, die unter die Opfer kommen. Das britische Bureau of Investigative Journalism dokumentiert seit vielen Jahren die Zahlen dieser Drohnenopfer in Pakistan, Jemen, Somalia, Afrika und zählt dabei insbesondere, wie viele zivile Opfer es gibt und wie viele Kinder darunter waren.

Ich halte es für wichtig, bevor ich Ihnen dann die Frage stelle, die Zahlen einfach auch mal zu nennen: In Pakistan starben durch Drohnen seit 2004 mindestens 424 Zivilisten - manche Zahlen sagen sogar die doppelte Opferzahl aus -, mindestens darunter 172 Kinder. Im Jemen starben durch Drohnen seit 2002 mindestens 65 zivile Opfer - es geht bis 101, die Zahl von anderen Quellen -, darunter mindestens acht Kinder. In Somalia starben durch Drohnen seit 2007 mindestens 242 zivile Opfer - andere gehen von über 400 aus -, darunter wohl auch zwei Kinder. In Afghanistan starben seit 2015 mindestens 142 - andere sagen 200 - zivile Opfer, darunter mindestens 24 Kinder. Die letzten tödlichen Drohnen flogen in der vergangenen Woche, am 9. und am 10. Februar. Es gab wahrscheinlich 18 zivile Todesopfer, schreibt die UN-Hilfsmission in Afghanistan, UNAMA. Fast alles waren Frauen und Kinder.

Insgesamt hat es also mindestens 900 zivile Opfer gegeben, vermutlich aber sehr viel mehr. 200 davon waren Kinder. Sie haben alle Namen, sie haben Gesichter, und sie haben Familien. Deshalb meine Frage: Wollen Sie als Bundeskanzlerin



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich tatsächlich weiter hinter den hier von vielen Vertretern der Bundesregierung vorgetragene Aussagen, den Textbausteinen der Bundesregierung, verstecken, es gebe keine Hinweise, von Ramstein aus würden keine Drohnen geflogen?

Wir haben vom Außenministerium auf eine Frage jetzt entsprechend neue Informationen auch bekommen. Von uns hat nie jemand behauptet, dass Ramstein die Stelle ist, von der Drohnen gesteuert werden oder wo geschossen wird. Aber es ist eben die Relaisstation - auch nach Bestätigung durch die Bundesregierung -, die für die Steuerung zwingend notwendig ist. Wir wissen nicht genau, was in Ramstein alles passiert; aber wir wissen, dass ohne Ramstein die Drohnen nicht ihr Ziel erreichen können und umgekehrt die Signale also zur Steuerung und zum Abschuss auch über Ramstein laufen. Deshalb möchte ich Sie einfach fragen: Wollen Sie weiter die Verantwortung dafür tragen, dass unter deutscher Beteiligung in einem nie erklärten Krieg Unschuldige umgebracht werden von deutschem Boden aus und über deutschem Boden aus?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu, glaube ich, macht es schon Sinn, Herrn Wolff jetzt zu hören. Sonst hätte ich auch was gesagt.

MR Philipp Wolff (BK): Das ist und bleibt eben weiterhin nicht untersuchungsgegenständlich. Ich will auch einfach noch mal auf den Text verweisen, den Sie im Plenum auch als Fraktion mitgetragen haben, und da ist eben die Rede davon, dass Drohnenangriffe von Deutschen auf deutschem Staatsgebiet oder von diesem ausgehend durchgeführt oder veranlasst werden. Das sehen wir einfach nicht. Ich will damit jetzt auch nicht in keinerlei Weise irgendwie infrage stellen, was Sie zu Beginn Ihrer Ausführungen gesagt haben; nur will ich das einfach noch mal klarstellen. Wir haben auch schon intensiv darüber diskutiert, zuletzt am Montag.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, Herr Wolff, ich will nur noch einmal ergänzen: Wir haben die Fragen auch - ich selbst - Herrn Steinmeier gestellt, anderen - die sind auch im Übrigen zugelassen worden -, und die Frage ist: Nachdem wir jetzt neue Informationen haben, die ja von der

Bundesregierung selbst gekommen sind auf eine Anfrage im Bundestag, dass man zugegeben hat, dass es Relaisstation ist und dass darüber die Steuerung, über diesen Weg, auch erfolgt - anderes haben wir auch nie behauptet -, möchte ich wissen: Was unternimmt die Bundesregierung, um das zu unterbinden, dass über deutschem Boden Drohnen gelenkt werden und Zivilisten getötet werden? Das ist doch eine Frage, zu der die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland eine Meinung haben muss.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, und das ist die Meinung, die von der Bundesregierung insgesamt geäußert wird. Ich will hier ganz deutlich sagen, damit kein falscher Eindruck entsteht, dass ich gegen jedes zivile Opfer bin und um jedes zivile Opfer trauere. Zivile Opfer gibt es nicht nur durch Drohnenangriffe. Die gibt es auch durch andere Angriffe - leider -, in sehr schwierigen Situationen. Ansonsten kann ich der Einschätzung der Bundesregierung nichts hinzufügen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Werden Sie denn vielleicht Herrn Altmaier als Ihren Kanzleramtschef mal nach Ramstein schicken, um dort zu prüfen, was dort tatsächlich passiert? Offenkundig hat es ja niemand getan von der Bundesregierung.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich kann dem, was ich jetzt gesagt habe, nichts hinzufügen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht von mir eine Anregung, weil Sie auch im PKGr sitzen. Sie könnten es doch mal auf die Tagesordnung im PKGr nehmen. Da würde es doch hingehören.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn wir noch Zeit haben, hätte ich noch einige Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, drei Minuten.

Martina Renner (DIE LINKE): Am 23.10. war die Veröffentlichung im *Spiegel*, mit der berichtet wurde, dass offenbar Ihr Handy Gegenstand einer Ausspähmaßnahme der NSA ist. Am nächsten



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tag gab es vielfältige Treffen im Bundeskanzleramt. Haben Sie selbst mal an so einer Runde teilgenommen, wo man ganz - ich sage mal - zeitnah auf diese Veröffentlichung reagiert hat?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, ich bin ja vom Regierungssprecher informiert worden, als die beiden *Spiegel*-Journalisten bei ihm waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das war ja davor.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die müssen ja immer so eine Vorwarnzeit einhalten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was heißt „Vorwarnzeit“?

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, Journalisten müssen - - „Konfrontieren“ nennt man das. Die müssen das Bundeskanzleramt mit einer Meldung, die kommen wird - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe sofort nach dem 17. Oktober daraufhin gebeten, den Sachverhalt an die Fachebene des Bundeskanzleramts zur Prüfung und Sachaufklärung weiterzugeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Jetzt haben wir - - Das ist, glaube ich, ein bisschen Missverhältnis zwischen uns.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und - -

Martina Renner (DIE LINKE): Darf ich mal kurz was erklären? Es nützt mir nichts, wenn ich frage: „Können Sie sich an den Tag nach der *Spiegel*-Veröffentlichung an Runden erinnern?“, wenn man dann in eine geschriebene Chronik guckt und sagt: „Ah, am 17. haben wir das und jenes veranlasst“. Weil es geht hier auch darum - und das ist Usus auch in Untersuchungsausschüssen -, das Erinnerungswissen zu erfragen von unseren Zeugen und Zeuginnen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Richtig. Aber das ist ja Erinnerungswissen aus dem Arkanbereich.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das kann man nicht immer ziehen, die Karte, ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich ziehe sie ja auch erwiesenermaßen heute nicht immer.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, aber da muss man dann auch unterscheiden: abgeschlossene Vorgänge, nicht abgeschlossene Vorgänge. Wir können da gerne eine verfassungsrechtliche Diskussion mal anschließen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich kann mich an keine einzelne Runde erinnern, und im Übrigen, wenn ich mich erinnern könnte, würde ich es jetzt nicht sagen. Aber ich kann mich auch nicht erinnern, wenn es Sie zufriedenstellt. Ich habe das veranlasst, und ich habe dann später die Einschätzung bekommen über den Generalbundesanwalt.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber außer, dass Sie jetzt mal hier - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und dann habe ich noch mit dem amerikanischen Präsidenten telefoniert.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie denn eigentlich mal - - oder hat Ihr Haus denn auch zugearbeitet, aktiv bei den Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft, und hat gesagt: „Da müssen wir aber wirklich alles geben irgendwie, damit das zum Erfolg führt“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das normale Verfahren ist so: Wenn der Generalbundesanwalt etwas tut, dann stellt er Fragen, und diese Fragen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber es gibt auch Geschädigte. Die haben auch ein Eigeninteresse, dass die Ermittlungen erfolgreich verlaufen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich verlasse mich da voll auf meine Beamten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will trotzdem noch mal zu dieser Frage - - Gibt es auch Absprachen außer: „Ich rede mit Herrn Pofalla, Herrn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Altmaier, Herr Fritsche“? Nehmen Sie in gewissen Maßen auch an Besprechungen teil, wo es zum Beispiel um die Frage geht: „Jetzt sind diese Snowden-Dokumente aufgetaucht. Was heißt das für uns?“, oder: „Jetzt meldet *Der Spiegel*, das Kanzlerinnenhandy wird abgehört“? Sind Sie Teil von solchen Beratungen, oder ist das alles darunter?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich bin - - Sie sehen ja - - haben einen kleinen Einblick schon bekommen, indem zum Beispiel ich am 27. Juni diese Vorlage bekommen hatte, Prism und Tempora. Darum hatte ich auch gebeten, dass ein solcher Überblick erstellt wird. Oder Sie haben erst meine Büroleiterin zitiert, wo ich eine Nachfrage zu einer Presseveröffentlichung gestellt habe. Aber sehr, sehr viel erfolgt auf schriftlichem Wege.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Das war nämlich genau auch meine Frage, weil man bekommt einen Vermerk mit einer Inhaltsangabe, aber in solchen Runden geht es ja auch um strategische Fragen: Wie gehen wir politisch mit der entstandenen Situation um, und wer entscheidet dann auch diese strategischen Fragen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut, aber das ist nun wirklich die interne Meinungsbildung der Bundesregierung, glaube ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und wenn sie abgeschlossen ist - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist keine Karte, die ich ziehe, sondern das ist Meinungsbildung.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, wenn sie abgeschlossen ist, können wir natürlich dann auch irgendwann dazu fragen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Zu welchen Schlussfolgerungen wir gekommen sind. Das können Sie fragen.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Bestellung von Herr Graulich ist nun abgeschlossen. Deswegen könnten wir zu dem Bereich fragen bis morgen früh.

MR Philipp Wolff (BK): Nein, könnten Sie nicht - aber das sei dahingestellt -, weil es nicht untersuchungsgegenständlich ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Ich habe noch eine weitere Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wird die letzte sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie bekommen auch die Meldungen des Bundesnachrichtendienstes, die der Bundesnachrichtendienst selbst „Produkt“ nennt. Waren unter diesen Meldungen zu Vorgängen politischer Art, wirtschaftlicher Art und Ähnliches in anderen Ländern oder zu anderen Regierungen mal Meldungen, als Sie die auf den Tisch bekommen haben vom Bundesnachrichtendienst, wo Sie sich gefragt haben: „Hoppla, wie kommen die denn zu dieser Erkenntnis“?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das bin ich ja erst sinngemäß schon mal gefragt worden. Da habe ich schon gesagt: Nein. Ich nehme von Zeit zu Zeit BND-Berichte natürlich zur Kenntnis, die uns gegeben werden zu bestimmten Sachverhalten, aber ich habe mich nicht gefragt, wie sie nun genau erstellt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich muss, Frau Bundeskanzlerin, an der einen Stelle doch noch mal nachfragen, weil da, glaube ich, vorhin bei einem Vorhalt ein falscher Eindruck entstanden ist. Es geht noch mal um das Thema „No Spy“. Es geht um eine Vorlage an Sie vom 14. Januar 2014 zum Stand der No-Spy-Verhandlungen mit den USA. Das ist MAT BK-1-7b_9, Blatt 62 ff. Das wurde vorhin schon zitiert und so, wie ich es verstanden habe, von den Kollegen als Beweis dafür genommen, dass da im Prinzip



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Verhandlungen schon gescheitert waren und es deswegen - ich drücke es mal in meinen Worten aus - unredlich war, danach noch von Verhandlungen zu sprechen. So wie ich die Vorlage verstehe, ist darin aber lediglich die Rede davon, dass die Verhandlungen an einem kritischen Punkt seien, dass eben die USA nicht bereit seien, einen völligen Ausschluss von unilateralen SIGINT-Aktivitäten der NSA innerhalb Deutschlands zuzugestehen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halten Sie das mal vor!)

- Bitte?

(Zuruf des Abg.
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Ich habe gerade zitiert aus der Vorlage. Das kann jeder mitlesen. Ich habe die Vorlage vorher genannt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: 14. Januar.

Nina Warken (CDU/CSU): Das konkrete Zitat in der Vorlage ist - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sag noch mal bitte das Aktenzeichen!)

- 62 ff. aus MAT A BK-1-7b_9, Blatt 62 ff.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anlage 5!)

- Anlage 5? Es gibt keine Anlage 5.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, das ist eine andere Vorlage. 14. Januar.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau, 14. Januar. In der Vorlage steht sinngemäß, die Verhandlungen

seien an einem kritischen Punkt - und dann Zitat -, die USA seien

nicht bereit, den völligen Ausschluss von unilateralen SIGINT-Aktivitäten der NSA innerhalb von Deutschland zuzugestehen.

Der Vorwurf war ja immer, dass es in dem Vermerk bereits eine Einsicht in das Scheitern der Verhandlungen geben würde, dass in dem Vermerk schon vom Scheitern der Verhandlungen die Rede ist und man daraus den Schluss schon ziehen könnte und dass das deswegen auch etwa im Vorfeld Ihres Besuchs in den USA im Mai 2014 der Öffentlichkeit verschwiegen worden sei.

Jetzt wäre einfach meine Frage an Sie: Ich kann den Vorwurf, dass man dort schon das Scheitern herauslesen kann, jetzt so nicht herauslesen aus der Vorlage. Ich denke, kritische Punkte sind immer Bestandteil von Verhandlungen. Strittige Punkte sind immer Bestandteil von Verhandlungen. Wie verstehen Sie das?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na ja, ich verstehe das genauso, zumal ja dann in der Vorlage noch gesagt wird, dass ein Telefonat bevorsteht mit der stellvertretenden Sicherheitsberaterin für Terrorismus, Lisa Monaco. Dann wurde eine weitere Vorlage am 15. Januar gefertigt und mit einem Ergebnisvermerk genau von diesem Telefonat. Darin heißt es unter anderem - das habe ich erst zitiert -:

Frau Monaco unterstrich, dass kurzfristig ... aus US-Sicht keine Einigung auf politischer Ebene möglich sei. Gleichzeitig betonte sie, dass die Verhandlungen auf Ebene der Nachrichtendienste fortgesetzt werden müssten. Im Lichte der Ergebnisse dieser Verhandlungen könne dann später geprüft werden, inwieweit sich daraus ausreichende Substanz für die Gespräche auf politischer Ebene ergebe. StF stimmte zu, dass noch vor der Rede des US-Präsidenten eine Einigung auf politischer Ebene nicht möglich sei.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die war ja dann irgendwie, diese Rede, sehr bald.

Gleichzeitig betonte StF, dass neben den Verhandlungen auf Ebene der Nachrichtendienste auch - möglicherweise in einem späteren Stadium - die Verhandlungen auf politischer Ebene fortgesetzt werden müssen. Dies gelte insbesondere mit Blick auf den bevorstehenden Besuch der BK'n bei Präs. Obama.

Es war also eine ganz klare Abmachung, dass zumindest auf Ebene der Nachrichtendienste weiterverhandelt wird und dann entschieden wird, ob man auf die politische Ebene geht. Beides zeigt ja, dass beide Sachen noch im Rennen waren sozusagen. Darauf fußt dann ja meine am 29. Januar gehaltene Regierungserklärung, in der ich sage, die Auffassungen sind weit auseinander. Es ist aber nicht an dem Punkt, dass ich sage: Ich gebe das jetzt auf, zumal ich meine Argumente richtig finde. - So jetzt von mir sinngemäß zusammengefasst.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Zum Besuch dann: Kurz vor dem Besuch haben wir einen Status gemacht und gesagt, dass wir feststellen müssen, dass die Fortschritte nicht so waren, dass ich jetzt das weiter aufrechterhalte.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Das ist auch das, was ich dann aus der Aussage des Zeugen Altmaier herausgelesen habe, dass dann eben vor Ihrem Besuch die Öffentlichkeit noch mal informiert worden ist, dass es sich hier eben doch anders darstellt. So habe ich Sie jetzt eben verstanden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, weil wir dann noch mal im Januar, Februar, März, April Zeit hatten und ich dann der Meinung war, dass man jetzt mal den Status auch klar benennen muss.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zu den Fragen

der nächsten Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will mich noch mal mit dem Oktober 2013 beschäftigen. Eben wurde ja das Bekanntwerden der Überwachung Ihres Handys angesprochen, und ich wollte jetzt noch mal auf einen anderen Zusammenhang kommen, warum ich glaube, dass es für Herrn Pofalla insgesamt kein guter Monat war, der Oktober. Da beziehe ich mich jetzt auf das Stenografische Protokoll der 126. Sitzung. Da haben wir Herrn Schindler vernommen. Kann jemand das Protokoll vorlegen? - Das Protokoll kommt sofort. Da geht es mir um Seite 26.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Genau. Da geht es um eine Liste. Ich diskutiere da mit Herrn Schindler. Sonst firmiert die unter dem Namen der 700er-Liste. Ich steige da mal ein: 24., 25., 26., frage ich ihn, und dann sagt Zeuge Schindler:

Also bestimmt nicht am Tag danach, sondern wahrscheinlich zwei, drei Tage später.

Ich frage ihn:

Und die sagten: „Wir haben ein- -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Warten Sie mal, wo - - Sie sind auf der Seite 26?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und wo jetzt genau?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Linke Spalte, irgendwie sechstes Kästchen oder so.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ach, hier. Jetzt habe ich es, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und die sagten: „Wir haben ein Problem“, oder hatten die schon eine Liste in der Hand?

Da sagt Schindler:

Das weiß ich nicht mehr. Ich weiß auf jeden Fall, dass in einer Besprechung eine solche Liste existierte, -

Dann unterbreche ich ihn:

Ja.

Und er sagt weiter in Bezug auf diese Liste:

- die ich mir dann auch angesehen hatte. Die kam auch nicht in dem Sinne - um das noch mal deutlich klarzustellen -: „Wir haben ein Problem, weil wir etwas Ungesetzliches machen, weil wir etwas Fehlerhaftes machen“, sondern sie haben nur auf die Problematik hingewiesen, dass doch eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen gesteuert wird im Bundesnachrichtendienst und das unter dem Gesichtspunkt der politischen Äußerung der Kanzlerin möglicherweise -

Dann unterbreche ich ihn:

Ein Problem ist.

Und er sagt:

- ein Problem werden könnte.

Und ich frage:

Und -

Er sagt:

Unter diesem Gesichtspunkt.

Dann unterbreche ich ihn wieder.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wir hätten ja ein Duett singen können da.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können es auch mit vertauschten Rollen lesen, wenn Sie wollen. Ich mache Schindler, und Sie übernehmen meinen Part. - Dann sagt Schindler:

Nicht unter dem Gesichtspunkt:
Wir tun hier etwas ...(akustisch unverständlich)

Dann frage ich noch mal nach:

Das habe ich verstanden. Aber haben Sie dieses politische Problem gesehen?

Daraufhin sagt der Zeuge Gerhard Schindler:

Sonst hätte ich es nicht Herrn Pofalla berichtet.

Und ich sage:

So. Und wie haben Sie es genau Herrn Pofalla berichtet?

Schindler sagt:

Ja, ich bin hingefahren und habe es ihm gesagt.

Ich frage:

Hingefahren ins Bundeskanzleramt.

Er sagt:

Ja.

Ich:

Wann war das?

Er sagt:

Das weiß ich eben nicht mehr.

Und dann sagt er zwei Spalten darunter:



Nur zur dienstlichen Verwendung

... wir glauben, dass es der 28. war.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Oktober dann, oder was?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Also, am 28. Oktober kommt Schindler ins Bundeskanzleramt und sagt wohl unter der Anwesenheit von Heiß mit dieser Liste in der Hand oder zumindest im Gepäck, dass man eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen gesteuert hat im Bundesnachrichtendienst. Nach dem Kanzlerinnenhandy ist das eben eine weitere sehr missliche Botschaft für Herrn Pofalla, weil das sein Statement aus dem August maximal zerschießt.

Um das dann zu ergänzen, mache ich Ihnen noch einen Vorhalt. In Bezug auf den von mir vorhin schon mal angesprochenen Artikel in der *Washington Post*. Das ist nämlich auch im Oktober. Das ist jetzt MAT A BND-1-9i. Vielleicht gibt es das irgendwie noch mal. - Ich gucke es mir elektronisch an, und Sie kriegen meine Vorlage.

(Der Zeugin werden
Unterlagen vorgelegt)

Das ist wieder von dem Residenten in Washington, dem BND-Residenten in Washington. Der schreibt - das ist nicht eingestuft -: „Angebliche deutsche Abhörmaßnahme gegen US-Ziele“. Da steht - ich zitiere -:

... unterrichtete heute, 29.10.2013, die Presseabteilung der Deutschen Botschaft über ihr zur Verfügung gestellte Informationen, dass der BND im Rahmen des Informationsaustausches den US-Nachrichtendienst unabsichtlich eine Liste von mindestens 300 „Targeted US-Telefonanschlüssen“ darunter einige von White House Personal übermittelt habe. Bundeskanzlerin Merkel wäre mit dieser Information konfrontiert worden als im Sommer dieses Jahres Enthüllungen über US-Lauschangriffe publik worden. Die *Washington Post* wird mit dieser

Nachricht voraussichtlich morgen in Druck gehen.

Dazu merkt der Resident an:

Die Berichterstattung von

Das ist dann geschwärzt. Das ist die Journalistin, die diesen Artikel geschrieben hat: Ellen Nakashima und Karen DeYoung heißen die.

Die Berichterstattung von ... in der Vergangenheit macht deutlich, dass sie über exzellente Zugänge zur US-IntCom und zum Weißen Haus verfügt. Ihr wurden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tatsächlich die oben angesprochenen Informationen von Seiten der Administration zur Verfügung gestellt. Die Residentur bewertete diese Maßnahme als „US-Gegenangriff“ auf die aus Europa, nicht zuletzt Deutschland, kommenden Vorwürfe.

Das ist dieser Bericht des BND-Residenten. Der muss ja auch im Bundeskanzleramt aufgeschlagen sein und sicherlich Herrn Pofalla auch viele Bauchschmerzen gemacht haben, weil daran eben deutlich wird, dass die deutsche Seite zumindest 2008 300 US-Telefonanschlüsse - unter anderem vom Weißen Haus - getarget hat. Und auch das widerspricht der Erklärung vom 12.08. natürlich massiv.

Deswegen frage ich mich doch, Frau Merkel, ob - - Ich meine, vielleicht ist es ja nicht offen kommuniziert worden. Aber was könnte der Grund sein, warum Herr Pofalla heute nicht mehr Kanzleramtschef ist?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, jetzt vielleicht erst mal den Sprung noch mal wegnehmen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich bin mit dieser Information nicht konfrontiert worden, weil - - Jedenfalls habe ich daran keine Erinnerung, aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch absolut keine. Zweitens wird hier in der Befragung, die Sie jetzt mit Herrn Schindler vorgelesen haben, im Grunde der Hergang des Sachverhalts, über den wir ja einig sind, dass im Oktober usw. - - und dass das dann auch im März 2015 auch Herrn Altmaier bekannt wurde und dann auch mir. Da sagt Herr Schindler, wie das gelaufen ist. Das steht ja in keinem Widerspruch zu dem, was sonst über diesen Sachverhalt hier heute diskutiert wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Frau Bundeskanzlerin, wir reden hier über den 28. Oktober 2013.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich weiß.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen ja nicht, dass Sie ab dem Oktober 2013 -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - davon wussten, dass der Bundesnachrichtendienst - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein. Nein. Ich sage doch nur: Hier, in diesem Stück der Befragung mit Herrn Schindler, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - wird doch nur noch mal das Detail dessen herausgearbeitet, was heute schon vielfach Gegenstand der Befragung war, nämlich: „Finden Sie es richtig, dass Herr Pofalla Ihnen das nicht gesagt hat? War das Ermessensspielraum, oder war das keiner mehr?“, wo ich gesagt habe, ich halte es für Ermessensspielraum, dass er mich davon nicht informiert hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Heiß war anwesend, und das Bundeskanzleramt - - Herr Schindler sagt in dieser Aussage - da kann man ja viel draus lesen jetzt als Betrachter des Vertrauensverhältnisses zwischen Bundeskanzleramt und BND -: „Ich

habe im Oktober 2013 das Bundeskanzleramt informiert, und zwar Pofalla und auch Heiß“, der heute noch Abteilungsleiter 6 ist.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, aber woher soll es denn Herr Pofalla sonst gewusst haben, wenn es Herr Schindler ihm nicht erzählt hat? Das ist doch jedenfalls eine Möglichkeit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber wie kann es sein, dass Pofalla und Heiß es wissen seit Oktober 2013 und es erreicht Sie nicht? Es sei denn, es ist von Ihnen ganz bewusst ferngehalten worden und Pofalla hat das halt auf sich genommen und ist damit dann zur Deutschen Bahn gegangen, damit Sie damit nicht beschädigt werden.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und jetzt habe ich doch lediglich darauf hingewiesen, dass wir diese Frage heute schon vielfach diskutiert haben - auch die Bahn und das Weggehen waren auch schon mal angeklungen -, dass ich danach gefragt worden bin, wie ich das finde, und ich gesagt habe: Im Rahmen der Ermessensentscheidung halte ich das von einer Ermessensentscheidung gedeckt. - So.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass er es für sich behält und Sie nicht informiert?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Dass er damals das für sich behalten hat, aber angewiesen hat, dass diese Praxis abgestellt wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist sie aber nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja gut, das ist wieder eine andere Sache. Aber so, wie er es berichtet, sollte es ja wohl abgestellt werden. So. Und jetzt ist dann - - Jetzt haben Sie dann ja noch was dazu getan, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - nämlich diese andere Sache, und da habe ich jetzt mal nur zu der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thematik, bei der mein Name auftaucht, gesagt, dass ich mich an eine solche Konfrontation nicht erinnern kann. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Jetzt insinuieren Sie, Herr Pofalla musste das Kanzleramt verlassen. Musste er wohl gar nicht, weil ich es ja gar nicht wusste. Also konnte es für mich überhaupt gar kein Motiv sein. Ich glaube aber auch nicht, dass es für Herrn Pofalla ein Motiv war, nach allem, was ich damals mit ihm besprochen habe. Ich glaube nicht, dass ich im Rahmen des Untersuchungsausschusses über die Frage, warum Herr Pofalla nicht mehr Kanzleramtsminister sein musste, Auskunft geben muss. Nach meinem Kenntnisstand darf ich Ihnen nur sagen, dass es mit diesen Sachverhalten nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nehme ich zur Kenntnis. Aber ich darf auch anmerken, dass wir uns alle mal eine Minute ausmalen könnten, wie es wäre, wenn Herr Pofalla heute noch Kanzleramtschef wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich mal ganz kurz unterbrechen. Da werden ja keine Fotos von der Tribüne gemacht, nicht, Herr Kollege Decker? Das war mehr so zum Lüften des Handys gedacht. Das Lüften des Handys ist sicherlich sinnvoll bei der doch warmen Luft hier drin. - Herr von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich war eigentlich so weit fertig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion der SPD, wenn einer will. - Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ich glaube - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Wenn er - - Nur, um noch eine Antwort nachzuschieben an Herrn von Notz. Meine Antwort, wenn er heute noch Kanzleramtsminister wäre, was ja alles völlig hypothetisch ist, wäre weiter die, dass es von dem Ermessen gedeckt ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was Sie daraus dann machen würden, das ist Ihre Sache. Ich wollte nur meine Antwort sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich bin der festen Überzeugung, wenn ich darauf dann noch einmal antworten darf, dass er seit mehreren Monaten nicht mehr Kanzleramtschef wäre, weil natürlich diese Desinformation, die hier nun vielfach dokumentiert wird - diese Aussagen waren alle falsch -, das hätte zu politischen Konsequenzen führen müssen. Insofern - - Aber ich gebe Ihnen offen zu, Frau Bundeskanzlerin: Es ist eine hypothetische Frage; denn es ist nicht so. Aber die Koinzidenz der sehr späten Klärung, dass Herr Pofalla nicht mehr Chef BK wird für die GroKo in der 18. Wahlperiode, und die schlechten Nachrichten im Oktober 2013 -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber ich muss jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - legen einen wahrscheinlichen Kausalverlauf nahe.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Aber, Herr von Notz, jetzt muss ich wirklich zum Schutz der Person von Herrn Pofalla sagen: Wir wissen doch überhaupt nicht - ich habe hier nicht die Befugnis, darüber zu sprechen -, wie lange Herr Pofalla sich schon mit der Frage getragen hat, ob er noch eine weitere Legislaturperiode Kanzleramtschef sein möchte. Dass der erste Gedanke, nicht mehr Kanzleramtschef sein zu wollen, im Oktober gekommen ist, das ist nun wirklich nicht der Wahrheit entsprechend. Die Entscheidungen wurden sehr spät gefällt, weil Personalentscheidungen immer erst spät gefällt wurden und ich ihn auch gerne überredet hätte, noch zu bleiben. Aber Herr Pofalla hat völlig unabhängig von dieser Ende Oktober auftauchenden Information sich sehr viel früher mit der Frage beschäftigt. Davon können Sie ausgehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt sind wir bei der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Ja, ich denke, die Rolle von Herrn Pofalla haben wir jetzt ausführlich herausgearbeitet, auch durch die Befragung von ihm selber und auch durch eine Reihe von nach wie vor ungeklärten Komplexen. Der Punkt ist einfach: Ich verzweifle, sage ich ganz offen, auch als Parlamentarier, wenn mir ein ehemaliger Chef des Kanzleramts sagt, er hat einen Bericht angefordert, von dem alle, die irgendwie damit zu tun haben könnten, sagen, den gibt es nicht, und der uns auch nicht vorliegt. Dann kommt sehr schnell ein Punkt, wo ich natürlich schon mir die Frage stelle: Funktioniert das Ganze in der Person dort wirklich, und ist das in guten Händen?

Unser Eindruck - ich möchte auch noch mal anschließen an das, was Herr von Notz gerade gefragt hat -: Zwischen Herrn Schindler und den beiden im Kanzleramt - Heiß und Pofalla - gab es im Oktober 2013, wie ich finde, eine Art Schwarzer-Peter-Spiel. Man hat sich das also hier aufgrund der Zeugenaussagen, die wir hier vorgefunden haben, hin- und hergeschoben, die Verantwortung: Wurde umfassend informiert? Wurde nicht umfassend informiert?

Egal, sage ich jetzt mal, was Herr Schindler selber gesagt hat - ich habe Ihnen ja bereits gesagt: Aufgrund der Aktenlage, die wir aus dem BND haben, aufgrund seiner Vorbereitung, seines Sprechzettels für dieses Gespräch, spricht zumindest mal dafür, dass er genau das auch gesagt hat, was er dort aufgeschrieben fand -, ist für mich die Frage, warum dann trotzdem nach wie vor nicht aktiver struktureller dort eingegriffen worden ist und warum man nicht aktiv nachgefragt hat, warum man eben nicht im BND mal gesagt hat: Was läuft dort in diesem Bereich Signals Intelligence? Welche Rollen spielen die Selektoren?

Ich sage es mal so, Frau Bundeskanzlerin: Wenn Sie sagen: Ich habe volles Vertrauen darin, dass die Mitarbeiter, die sozusagen delegiert das in ihrem eigenen Verantwortungsbereich wahrzunehmen haben - - dann einen solchen Umgang

mit dem Thema an den Tag legen, dann, sage ich, ist das keine effiziente Aufsicht. Denn wenn Herr Schindler wieder nach Hause fährt mit der Einstellung, wie er es hier gesagt hat: „Auftrag war: Löschen, zack, und das war's, Thema erledigt“, und die ganzen Selektoren blubbern munter weiter, alle kritischen Selektoren blubbern munter weiter angesichts des politisch ja doch massiven Vorwurfs, der im Raum stand, der Massenausspähung deutscher Bürger - -

Ich sage es Ihnen ganz offen: Ich kann mir daraus keinen Reim machen in Sachen, wie man dieses Thema, dieses Problem, diese Krise vielleicht auch der eigenen Nachrichtendienste, wie man die damals im Kanzleramt gemanagt hat, sich hinzusetzen und zu sagen: „Wir haben nur die und die Information bekommen, das war's - - Und dass Sie jetzt sagen: „Ich habe nur volles Vertrauen in die Mitarbeiter und glaube, dass alles hervorragend lief“, das trifft, offen gesprochen, nicht den Kern. Ist es nicht der Zeitpunkt, da auch mal offen zu reden, welche Fehler gemacht worden sind im späten Jahr 2013, wirklich mal eine Bestandsaufnahme, auch eine ehrliche Bestandsaufnahme der Probleme, die stattgefunden haben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich bin jetzt ein bisschen verwundert. Wir sprechen doch - ich weiß nicht, seit wie vielen Stunden - über fast nichts anderes. Da sind doch auch Maßnahmen eingeleitet worden. Aber ich weiß nicht, ob ich das jetzt zum x-ten Mal wiederholen soll.

Erster Punkt war: Die Veröffentlichungen von Herrn Snowden hatten erst mal nichts mit den vom BND gesteuerten Selektoren zu tun. Dass dort etwas stattfand auf unserer Seite, das war nicht in meiner Vorstellungswelt, um das ganz klar zu sagen. Da können Sie heute sagen: Wie konnte das nicht in Ihrer Vorstellungswelt sein? - Ich habe auch noch nie einen bis dahin gehört gehabt, in dessen Vorstellungswelt es war, dass der BND befreundete Leute abhört. Das war nicht in meiner Vorstellungswelt. Deshalb habe ich in voller Überzeugung meinen Satz gesagt, und der richtete sich an die Amerikaner und nicht an die Deutschen. So.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann habe ich zum ersten Mal davon gehört im Herbst des Jahres 2015, und seitdem ist ja auch einiges geschehen. Das PKGr hat die Sache dann in die Hand genommen, hat die Taskforce gebildet. Das brauche ich jetzt nicht alles wieder darzustellen.

Beschäftigt haben wir uns mit den amerikanischen Fragen, und da sind ja auch umfassende Aufklärungsarbeiten gemacht worden. Dass man da nicht jeden Selektor, dessen Fachbezeichnung ich bis dahin noch gar nicht kannte, einzeln untersucht hat, da können Sie heute fragen: Wie konnte das sein, und warum ist das nicht besser gemacht worden? - Diese Fragen sind ja auch gestellt. Die haben Sie umfassend hier allen Zeugen gestellt, und dann haben Sie auch Ihre Vermutung geäußert, dass bestimmte technische Abläufe oder Fortschritte nicht ausreichend verifiziert wurden.

Jetzt ist Ihre Bewertung doch, dass Sie das nicht gut finden und unzureichend finden, richtig, und jetzt müssen wir doch in die Zukunft schauen und gucken, dass es in Zukunft besser ist.

Christian Flisek (SPD): Frau Bundeskanzlerin, eine Frage hätte ich jetzt. Wir haben ja auch schon mal ganz kurz noch mal über diesen Vorfall des Spions, der im Bundesnachrichtendienst enttarnt worden ist, Markus R., gesprochen im Sommer 2014. Ich hatte damals den Eindruck, dass diese Information ganz schnell, sehr schnell an Sie herangetragen worden ist.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. Und was heißt das?

Christian Flisek (SPD): Weil Sie darauf ja auch sehr schnell reagiert haben dann in der Öffentlichkeit.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, die mit dem Handy ist auch schnell an mich herangetragen worden.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie bleiben dabei: Was in Sachen Geheimdienste an Sie herangetragen wird, das ist alles Ermessen, wie schnell das passiert, was an Sie herangetragen wird?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich sage, dass sehr viele Dinge - - Also wenn Dinge an mich herangetragen werden, dann werden sie meistens auch zeitnah an mich herangetragen. Ansonsten habe ich gesagt, dass es in gewisser Weise ein Ermessen ist, was an mich herangetragen wird, ja. Das liegt im Verantwortungsbereich des jeweiligen Kanzleramtsministers.

Christian Flisek (SPD): Gut. Wir haben jetzt erst mal jetzt keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Damit wären wir am Ende der siebten Fragerunde. Ich würde vorschlagen, wenn wir jetzt weitermachen, dass alle mal schauen, wer noch welche Fragen hat, weil ich tendenziell nach der zehnten Runde wieder eine Pause machen würde. Vielleicht kriegen wir es ja hin - jede Runde dauert eine Stunde -, dass wir innerhalb dieser Runden die Fragen, die wir noch haben, vielleicht klären können. Sonst würde ich eine Pause machen, bevor wir hier von den Sesseln kippen. Ansonsten: Wer früher eine Pause braucht, kann das auch anzeigen. Das ist dann auch in meinem Ermessen als Vorsitzender. Aber es wäre schön, wenn wir die Fragen so bündeln, dass wir auch die Zeitkontingente halbwegs vernünftig hinkriegen.

Frau Kollegin Renner beginnt mit der achten Fragerunde. Die Fraktion Die Linke nämlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Frau Bundeskanzlerin, mir geht es noch mal um das Thema Konsequenzen. Was für uns tatsächlich ein Problem ist in den Abläufen Bundesnachrichtendienst/Bundeskanzleramt: Seit Frühsommer 2013 stellen wir an verschiedenen Stellen immer wieder ein und dasselbe Prinzip fest: Irgendwann vor den Veröffentlichungen der Snowden-Dokumente fängt man in der TA an, kritische NSA-Selektoren auszusortieren. Darüber weiß dann aber die übergeordnete Ebene nichts, auch nicht der Präsident. Dann wird man hektisch mit den Snowden-Veröffentlichungen, dann kommt eine E-Mail „Löschen“, und dann will Herr Schindler auch im Oktober 2013 das erste Mal von dieser NSA-Selektoren-Problematik wissen, und das setzt sich dann immer so fort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es entsteht ein Bild, als würde es, wenn es irgendwo brennt - - Ich sage mal, sowohl die NSA-Selektoren-Problematik wie die BND-Eigenerfassung, das waren schon Brände. Dann geht irgendwo eine Brandmauer hoch, und die Info gelangt nicht erst mal zum Abteilungsleiter, nicht zum Präsidenten, nicht zur Abteilung 6, nicht zum Geheimdienstkoordinator, nicht zum Bundeskanzleramtsminister, nicht zu Ihnen. Das lässt sich für viele weitere Schritte - ich könnte das jetzt einzeln durchexerzieren - immer wieder zeigen, dass erst mal die Information stockt. Und dann, wenn es überhaupt nicht mehr geht - manchmal Monate später, manchmal ein Jahr später -, wird die übergeordnete Ebene informiert, meistens dann, wenn man sagt: Jetzt können wir das sowieso nicht mehr begrenzen, den Brand, weil - zum Beispiel -: Es hat sich dieser Untersuchungsausschuss konstituiert. Jetzt kommt dieser Mist raus. Jetzt müssen wir damit agieren. - Oder ein anderes Beispiel: Jetzt haben die diesen furchtbaren Beweisantrag gestellt. Jetzt kommt die Sache raus. Jetzt können wir es nicht mehr hinter der Brandmauer halten. Jetzt müssen wir es nach oben mitteilen.

Wir können diese Geschichte ganz ausführlich erzählen. Die würde zu lange gehen, weil wir viele Daten und viele handelnde Akteure benennen müssten; die kennen Sie alle gar nicht, diese Herren D. B., W. K. und Herrn Pauland usw. usf. Aber das System ist immer das gleiche und setzt sich immer wieder auf einer neuen Ebene fort. Wie gesagt: Die Brandmauer wird immer erst eingerissen, wenn man weiß: Jetzt ist der Moment da. Wir können es nicht mehr deckeln. Es ist vorbei. Jetzt haben die zum Beispiel das Anrecht, diese Unterlagen zu sehen oder Ähnliches. Oder jetzt hat die Presse darüber berichtet. Jetzt vorwärts!

Von all dem, was wir am Ende dieses Untersuchungsausschusses - der ist noch nicht zu Ende, aber wenigstens in der Beweisaufnahme - an Konsequenzen haben, ist die Änderung des BND-Gesetzes, Herr Schindler ist nicht mehr Präsident, und man sagt, in Zukunft wird es besser. Aber was von diesen Maßnahmen - BND-Gesetz-Novelle, neuer Präsident - ändert was an diesem beschriebenen Prinzip, ändert etwas daran, dass

man Informationen zu Missständen so lange geheim hält, bis es nicht mehr geht, und dass man auch Sie immer erst zu spät oder am Ende einer langen Kette informiert, wo schon an vielen anderen Stellen versäumt wurde, aktiv und transparent mit den Dingen so umzugehen, dass man sie tatsächlich auch beheben kann?

Ich sehe von all diesen Maßnahmen, die wir heute beredet haben, nicht eine, die geeignet ist, dieses Prinzip anzugreifen. Das Prinzip wird bei den handelnden Personen, wenn die im Amt bleiben, weiterlaufen. Ich glaube, da muss niemand hier eine Prophetin sein: Der nächste BND-Skandal steht dann vor der Tür, weil sich an dem Prinzip nichts geändert hat. Daran ändert ein Herr Kahl nichts, und da ändert ein neues BND-Gesetz nichts dran. Welche Ideen haben Sie, dass dieses Prinzip der Abschottung von Informationen sich tatsächlich ändert?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß nicht, ob Herr Wolff den Fatalismus durchbrechen will, der hier aufgetreten ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das ist engagiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Er meldete sich. Deswegen.

MR Philipp Wolff (BK): Ich will nur darauf hinweisen, dass die Fragen, Frau Renner, eigentlich überhaupt keine Zeugenfragen sind. Es sind noch Fragen, aber es sind keine Zeugenfragen. Der Zeuge soll zu eigener Wahrnehmung befragt werden, und das sind eigentlich alles Fragen zu hypothetischen Bewertungen. Da ist ein Zeuge nicht geeignet, solche Fragen zu beantworten, auch wenn es die Bundeskanzlerin ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich mache eine einfache Frage daraus: Welche der von Ihnen benannten Konsequenzen ist geeignet, die mangelnde Fehlerkultur im Bundesnachrichtendienst und im Bundeskanzleramt zu beheben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich glaube, dass der Gesamthergang inklusive der Arbeiten des Untersuchungsausschusses geeignet ist, die Sensibilität



Nur zur dienstlichen Verwendung

bezüglich bestimmter Dinge sehr zu erhöhen, auch bei jeder einzelnen handelnden Person. Wenn Sie davon ausgehen, dass, wenn Fehler in der Vergangenheit passiert sind, handelnde Personen nicht mehr in der Lage sind, sich anders zu verhalten, dann hätten wir eine unterschiedliche Einschätzung. Deshalb spreche ich auch nicht all denen, die kontinuierlich dort sind, ab, dass sie sich vielleicht auch an einigen Stellen anders verhalten.

Im Übrigen ist die Sache, wie Sie sie jetzt dargestellt haben, sicherlich eine Facette; aber es gibt eben auch andere. Der Spion ist ja nicht durch irgendeine Veröffentlichung erkannt worden. Was das Handy anbelangt, da hat der BND nun echt gar nichts damit zu tun. Man muss unterscheiden zwischen den NSA-Selektoren, die hätten untersucht werden müssen vom BND, ob sie akzeptiert werden, und der Eigenaktivität des BND, die nach jetziger Rechtslage völlig ausgeschlossen ist, nach damaliger Rechtslage vielleicht mit weiter Interpretation jedenfalls, wie Herr Schindler sagt, noch nicht absolut als unrechtmäßig klassifiziert werden konnte, wenn ich es auch politisch für vollkommen falsch und abwegig halte und auch nicht gedacht hätte.

Ich sehe diese Sache nicht so fatalistisch und glaube, dass die gesamte Vorgehensweise - von den Veröffentlichungen bis hin zu den Untersuchungen - dazu führt, dass man mit einer anderen Sensibilität an die Sache geht. Man hat eine neue Rechtsgrundlage, und es gibt auch einen neuen Chef des BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Noch eine Minute.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe keine weiteren Fragen mehr. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Die Fraktion der CDU/CSU hat auch keine weiteren Fragen. Dann wären wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele scheint die Fragen zu stellen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Vorsitzender, ein Vorteil haben

Ihre Unterbrechungen: dass man zwischendrin noch mal in den Unterlagen blättern kann.

Das, was ich vorhin vorgehalten habe, das Protokoll haben wir inzwischen gefunden. Herr Altmaier - - das Altmaier-Protokoll, Seite 83 bis 85.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, wir haben es Ihnen gegeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es mir gegeben? Nein, nein, nein, nein. Wir haben das hier aus dem Computer.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Na, ist ja auch egal.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will jetzt nicht zwei Seiten oder drei Seiten vorlesen, aber ein paar Sätze, die sich darauf beziehen, dass Herr Altmaier im Januar 2014, also in dem Monat, in dem er angefangen hat bei Ihnen als Kanzleramtschef, mit dieser Frage befasst hat und eben auch Erkenntnisse gewonnen hat, die er uns mitgeteilt hat am letzten Montag. Da sagt er ganz unten auf der Seite 83:

Und die Gretchenfrage ist aber doch,

- er sagt vieles, aber jetzt kommt die Gretchenfrage -

wenn sich ein Nachrichtendienst in einem anderen Land betätigt, ob er dann das Recht dieses Landes in jedem Falle einhält.

Genau, sage ich auch:

Ja, genau.

sagt Ströbele. Dann geht es weiter. Da lasse ich mal einen Absatz weg, weil der etwas anderes betrifft, SIGINT allgemein. Dann sagt Herr Altmaier als Nächstes:

Ich habe jedenfalls, als ich ins Kanzleramt kam, festgestellt, dass die Amerikaner, amerikanische



Nur zur dienstlichen Verwendung

Seite nicht bereit war, diese Garantie in einer solchen Weise zu geben, dass der Abschluss eines solchen Abkommens mir sinnvoll erschien.

Also, da hat er festgestellt: Die wollen das gar nicht. Dann sagt der Ströbele:

Das heißt, wenn ich jetzt nur Ihr Gedächtnis oder Ihre Meinung abfrage, dann sagen Sie, es ist nicht sicher, dass die sich immer an Gesetz und Recht halten.

Daraufhin sagt Herr Peter Altmaier:

Ja, ich möchte Sie - -

Da habe ich ihn dann leider unterbrochen. Ich sage:

Sonst hätten Sie ja auf dieser Klausel nicht bestanden, die da drinsteht, weil das selbstverständlich ist.

Dann unterbricht er mich:

Ja.

Und so weiter. Es geht dann noch ein bisschen weiter; das will ich mir sparen. Aber da sagt Herr Altmaier ganz deutlich - - und Grundlage dessen, was Herr Altmaier gesagt hat - das arbeiten wir ja auch raus -, war ein Vermerk in den Akten, den wir nur nicht direkt vorhalten konnten, weil das Geheim war. Aber da bezieht sich auch Herr Altmaier drauf, ohne das ausdrücklich zu nennen, und er sagt das ausdrücklich.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Gut. Also, ich kann - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wusste also Herr Altmaier: Klappt nicht, weil die schon auch schriftlich mitgeteilt haben, dass sie dazu nicht bereit sind.

Was ich Sie vorhin gefragt habe, war ja - die Frage wiederhole ich jetzt -: Nachdem Herr Pofalla schon vier Monate, fünf Monate vorher gesagt hat: „Wir haben es sogar schriftlich von

denen“, passt das eigentlich nicht zusammen. Da hätte er doch auch mal eine Korrektur in der damaligen Erklärung von Herrn Pofalla, dem vorherigen Kanzleramtschef - - wäre angebracht gewesen. Richtig ist, dass Sie dann anschließend sagen - das haben Sie auch schon mehrfach zitiert -, Sie selber, für Sie ist das dann auch ungewiss. Aber hat man keinen Grund gesehen, jetzt diese alte Erklärung von Herrn Pofalla entweder zu erklären, zu erläutern, wie es dazu gekommen ist, oder aufzuheben und zu sagen: „Mea culpa, da haben wir uns vertan“ oder - ich sage immer noch -: „Weil da Wahlkampf war, haben wir ein bisschen über die Stränge geschlagen, oder erheblich“? Ist das bei Ihnen nicht problematisiert worden? Weil Sie waren dann ja auch schon bekehrt und wussten, es sind erhebliche Zweifel. So haben Sie es jetzt mal ausgedrückt.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe mir diese Frage nicht gestellt, und Herr Altmaier hat das geantwortet, was ihm da erschien. Ich habe gesagt in der Regierungserklärung - das haben Sie ja jetzt auch eben gesagt -:

Die Vorstellungen sind heute weit auseinander. Viele sagen, die Versuche für eine solche Vereinbarung seien von vornherein zum Scheitern verurteilt ...

Darunter können Sie auch die Einschätzung von Herrn Altmaier subsumieren. Ich führe das mit Nachdruck, nicht mehr und nicht weniger, weil ich nach wie vor glaube, dass wir gute Argumente haben, habe aber zugegeben, dass die Vorstellungen weit auseinander gelegen haben. Über Weiteres habe ich mir dann keine Gedanken gemacht, sondern ich habe das genommen, was mir Anfang Januar mitgeteilt wurde, und das ist etwas anderes, was ich am 7. August gelesen habe. Das ist richtig, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe zu jeder Zeit dann auch die jeweilige Einschätzung - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Zeiten unterschieden sich ja. Da waren Sie in einer neuen Koalition mit neuem Spiel, neuem Glück, und ob Sie dieses Glück haben, wussten Sie im August noch nicht.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich möchte Ihnen noch mal hier ganz eindeutig sagen: Wir haben zu jedem Zeitpunkt und unbeschadet der Frage, ob Wahl war, ob es nach der Wahl war oder vor der Bildung einer neuen Koalition, nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet. Ich jedenfalls sage das für meine Person.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt habe ich noch zwei andere Fragen, und zwar: Haben Sie als Kanzlerin zu irgendeiner Zeit oder mehrfach vom Bundesnachrichtendienst Informationen bekommen - also ein Papier oder wie auch immer - über Verhandlungspartner, die zu den EU-Partnern und Freunden gehören, also auf Regierungsebene? Sie wissen, dass der Vorwurf besteht, dass Sie abgehört worden sind. Verschiedene Länder - ich will die jetzt gar nicht im Einzelnen aufzählen, weil das immer ein Problem ist; aber welche, die uns sehr nahe stehen, vor allen Dingen auch Ihnen sehr nahe stehen - sollen abgehört worden sein. Haben Sie mal Früchte dieses Abhörens in irgendeiner Weise vom Bundesnachrichtendienst bekommen, oder können Sie sagen, Sie haben nie was vom Bundesnachrichtendienst dazu bekommen, über Meinungen einzelner Personen oder was Sie da erwartet in der Verhandlung?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe erst schon gesagt, dass ich aus dem Lesen von Berichten des Bundesnachrichtendienstes niemals Ansätze erkannt habe, dass das vielleicht auf unrechtmäßige Weise oder auf nicht von mir gedeckte Weise - Ausspionieren von Freunden, das macht man nicht - entstanden wäre. Im Übrigen - sage ich mal von meiner Praxis her - existiert über befreundete Länder wenig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es gibt welche?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nachrichtendienste. - Ich lese sowieso sehr wenig davon. Also, ich

kann mich nicht erinnern, jemals so was gelesen zu haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht ja jetzt nicht um irgendwas, was in Paris passiert ist - es passiert viel Schlimmes auch -, sondern über Ihre Verhandlungspartner, also ganz oben oder Außenminister oder - -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein, nein, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Keine Erinnerung, so was.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie keine Erinnerung dran. - Nun tauchte ja dieser Vorwurf auf - der stand auch in der Presse, in mehreren Zeitungen, und ist hoch und runter diskutiert worden -: Wie kommen die darauf? Schon als die NSA-Selektoren bekannt wurden, tauchte dieser Verdacht auf, dass das da drinsteht. Wir wissen bis heute nicht, was da drinsteht; aber wir haben es in der Zeitung gelesen. Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt dann, wenn Sie mit diesen Partnern und Freunden zusammengetroffen sind, das mal erwähnt, oder wurde Ihnen das vorgehalten? Ich habe Medienberichte gelesen, dass zum Beispiel in Frankreich man sehr ungehalten darüber gewesen sein soll, als das rauskam. Ist Ihnen so was mal begegnet?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, ich zitiere aus Gesprächen mit politischen Partnern nicht. Das gesamte Verständnis besteht, wann immer solche Sachen im Raume stehen, dass sich die Nachrichtendienste darüber austauschen und nicht auf der politischen Ebene.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es könnte ja hier - - Sie sind ja vorhin auch schon mal gefragt worden, -

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, könnte. Ich sage ja nur, wie es ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass man sagt: „Entschuldigung, wir haben das jetzt abgestellt“, oder: „Unverschämtheit war das“, oder irgendwie so ein Wort. Oder ist das überhaupt nie Thema gewesen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Nachrichtendienste sollen sich darüber unterhalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Dienste sollen sich darüber unterhalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie gesagt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: So was würde man dann sagen, wenn solche Fragen auftreten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sind solche aufgetreten?

Zeugin Dr. Angela Merkel: So was sagt man, wenn solche Fragen auftreten. Mehr möchte ich darüber nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Gut. Daraus schließe ich: Es war so.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Was Sie schließen, ist Ihre Sache.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurz, Herr Kollege Ströbele. Ich frage einmal in die Runde, ob es noch Fraktionen gibt, die jetzt Fragen haben. Wenn nicht, könnten Sie nämlich weiterfragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, das ist aber sehr elegant.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Ströbele, ja, ich lerne ja auch dazu im Wege der Sitzungen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der letzten
Kurve!)

- Ja, ja, am Ende doch noch. - Herr Ströbele, Sie haben jetzt einen Lauf.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also mache ich weiter.

(Zuruf)

- Das ist ein echter Durchbruch. Das können Sie nicht beurteilen, weil Sie nicht immer hier waren. Das hat es noch nie gegeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Man muss auch gönne könne.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Jetzt kommen wir zu Ramstein noch mal. War Ihnen bekannt, dass in Deutschland der Vorwurf erhoben worden ist und dass es auch Anfragen aus dem Parlament dazu gab, dass Ramstein eine wesentliche Rolle spielt, also diese US-Niederlassung in Ramstein eine wesentliche Rolle spielt bei den Drohneneinsätzen in Afrika vor allen Dingen?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Es gibt ja die verschiedensten - wir haben schon darüber gesprochen - Anfragen, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin Dr. Angela Merkel: - und immer wieder in der Presse. In der RegPK, in der Regierungspressekonferenz, tauchen diese Fragen immer wieder auf, und ich habe den Antworten der Bundesregierung nichts hinzufügen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Ihnen war bekannt, dass solche Anfragen da waren und Vorwürfe erhoben worden sind?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja, wenn man Regierungspressekonferenzen und die daraus entstehenden Agenturmeldungen verfolgt, kommt man daran so gut wie nicht vorbei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun haben Abgeordnete ein Interesse daran, dass ihre Fragen sachgerecht und richtig beantwortet werden, ich denke, aber auch einen Anspruch.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Klar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn mal, um dafür zu sorgen, dass diese Anfragen auch wirklich profund und auf jeden Fall richtig beantwortet werden, Sie selber jetzt, an Gesprächen teilgenommen oder das selber zum Thema gemacht, wenn Sie mit US-Personen - insbesondere mit dem Präsidenten - zusammen waren?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu keinem Zeitpunkt? - Also, wir haben festgestellt, dass im Jahr 2013 Herr Obama hier war, auch eine Rede gehalten hat und dass er von selber zu dem Thema - wahrscheinlich, weil er auch von Journalisten oder so dazu angesprochen worden ist - sich dazu geäußert hat, immer gleichlautend - das ist wie so eine Formel -: Das haben die Amerikaner immer gesagt dazu, dass sie keine Drohnen von Deutschland starten lassen und auch keine Drohnen von Deutschland steuern. - Das war immer die Formel. Haben Sie in diesem Zusammenhang mit ihm, mit Herrn Obama, geredet und vielleicht nachgefragt, ob es vielleicht andere Arten von Beteiligungen deutscher Stellen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu hätte ich Herrn Wolff mit einer Wortmeldung.

MR Philipp Wolff (BK): Entschuldigung, Herr Ströbele, aber ich muss einfach noch mal darauf hinweisen: Auch die wiederholte Fragestellung macht es nicht untersuchungsgegenständlicher. Wir haben es vorhin diskutiert, und ich will es einfach noch mal in den Raum stellen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Und ich will einfach noch mal sagen, dass ich auch auf diese Frage mit Nein antworte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Mit Nein geantwortet.

Wissen Sie - ist Ihnen das denn bekannt? -, dass inzwischen von dem Außenministerium Ihrer Regierung dazu eine abweichende Auffassung - - nicht Auffassung, sondern Mitteilung der US-amerikanischen Seite - Informationen, die die da bekommen haben -, auch an das Parlament gelangt ist.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das wurde ja erst schon thematisiert von Herrn Hahn.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, das ist Ihnen bekannt?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich habe auch dazu gesagt - und dann ist es jetzt meine letzte Aussage zu dem Thema heute, weil ich es damals schon dreimal gesagt habe -, dass ich von der Einschätzung - - dass ich nichts anderes sage als die Einschätzung der Bundesregierung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und jetzt frage ich Sie als Bundeskanzlerin: Haben Sie, nachdem Sie das zur Kenntnis bekommen haben - das hat ja auch die Bundesregierung durch das Auswärtige Amt an das Parlament herangetragen -, mal einen Grund gesehen, zu intervenieren jetzt und zu sagen, Ramstein, das soll nicht gemacht werden?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich wiederhole mich jetzt nicht noch mal. Ich habe dem Komplex jetzt nichts hinzuzufügen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Herzlichen Dank. - Herr Kollege von Notz hat noch eine Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin. Vielleicht abschließend auch sozusagen aus der Wahrnehmung, die wir jetzt haben - wir haben hier die letzten drei Jahre viele Menschen befragt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind auf erhebliche Kontrolldefizite bei der parlamentarischen Kontrolle gekommen und andere Dinge und haben heute gelernt, dass es auch bei der Fach- und Rechtsaufsicht irgendwie strukturelle Probleme gibt -: Haben Sie denn neben den Veränderungen, die es jetzt personeller Natur gegeben hat, Vorschläge, wie man zukünftig solche Kontrolldefizite auch bei der Fach- und Rechtsaufsicht vermeiden kann beim Bundesnachrichtendienst?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Schauen Sie, ich bin der Meinung - um noch eine neue Facette dem ganzen Komplex hinzuzufügen, um den wir uns heute auch schon ausführlich gedreht haben; das hat mich auch dazu geleitet, beim 60. Gründungstag oder Geburtstag des BND zu sprechen -: Am besten macht man es, indem man den BND als wichtige Institution auch gesellschaftlich akzeptiert und wir als Politiker dafür sorgen, dass das nicht irgendeine Ecke ist, in der komische Sachen stattfinden, sondern dass das ein wichtiger Teil unseres Schutzes, unseres Schutzes der Bürgerinnen und Bürger ist, dass man die Menschen dort zu Selbstbewusstsein ermuntert und damit dann aber auch zu Transparenz und dazu, dass sie zu dem, was sie tun, stehen und es möglichst viel rechtliche Klarheit auch gibt. Ich glaube, Sie haben vielleicht ein Stück auf Ihre Art zu dieser Einschätzung auch beigetragen, und ich will das aus meiner Art als Bundeskanzlerin auch tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür vielen Dank. Dass man jetzt den Bundesnachrichtendienst zum Beispiel vom Bundeskanzleramt wegnimmt, zum Auswärtigen Amt stellt oder so was, das sehen Sie jetzt nicht, sondern beim Bundeskanzleramt ist das gut aufgehoben?

Zeugin Dr. Angela Merkel: Also, wissen Sie, wenn wir jetzt sagen würden, wir wollen den Bundesnachrichtendienst nicht mehr fachaufsichtlich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würden Sie noch eine Tickermeldung heute Abend kriegen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Erstens nicht nur eine Tickermeldung. Sie möchten mir nicht ausmalen, was sie sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das wäre eine deutliche Konsequenz.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich achte - - Wenn ich hier erkläre, dass der Bundesnachrichtendienst eine wichtige Institution ist, um die Sicherheit unserer Bevölkerung zu sichern, dann ist er, glaube ich, beim Bundeskanzleramt schon ganz gut aufgehoben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich will nur noch erwähnt haben, dass, wenn Sie diesen Ausschuss schon loben, wir all diese Diskussionen und diese Erkenntnisse ohne Edward Snowden nicht gehabt hätten.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Das ist mir bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insofern sind wir dafür dankbar. Wir werden ja einen Abschlussbericht schreiben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Sie könnten auch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da stehen ja vielleicht noch Reformvorschläge drin. - Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ein bisschen haben es ja auch die Ausschussmitglieder in der Hand. Vielleicht sind einige davon demnächst im Parlamentarischen Kontrollgremium und haben die Möglichkeit, die Kontrollfunktion dort auszuüben.

Ich sehe, es gibt seitens des Ausschusses keine weiteren Fragen. Dann sind wir am Ende der Beweisaufnahme.

Frau Dr. Merkel, ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie so lange Rede und Antwort auf viele Fragen gestanden haben. Es war wohl eine der längeren Zeugenvernehmungen mit rund sieben Stunden. Ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie uns fast ununterbrochen - mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

einer kleinen Pause - doch alle Fragen beantwortet haben.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Die Sie verordnet haben.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Danke, dass Sie es noch mal erwähnt haben.

Ganz herzlichen Dank. - Das Protokoll dieser Beweisaufnahme wird Ihnen, wie ich es gesagt habe, zugestellt. Sie haben dann 14 Tage Zeit, etwaige Änderungen oder Korrekturen vorzunehmen und uns zurückzusenden.

Das war dann auch die voraussichtlich letzte Beweisaufnahme des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode. Ich bedanke mich nicht nur bei der Kanzlerin - das habe ich gerade schon gemacht -, bei den Kolleginnen und Kollegen, bei dem Ausschusssekretariat, der Bundesregierung und allen anderen Mitarbeitern, sondern auch insbesondere bei der Öffentlichkeit und bei denjenigen, die doch fast jede Sitzung in den letzten rund drei Jahren besucht haben und immer sachlich und gut Berichte erstattet haben. Unsere Arbeit geht jetzt weiter mit dem Abschlussbericht.

Ich wünsche allen heute einen schönen Abend. Alles Gute! Sie werden sicherlich den Abschlussbericht auch wohlwollend und gründlich zur Kenntnis nehmen.

Die Sitzung ist geschlossen. Einen schönen Abend!

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ich bedanke mich auch und wünsche alles Gute beim Verfassen des Abschlussberichts.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. Sie werden ihn von uns bekommen.

Zeugin Dr. Angela Merkel: Ja. No doubt.

(Schluss: 18.29 Uhr)

ANLAGE 1

Von: Baumann, Beate
Gesendet: Montag, 20. März 2017 17:55
An: '1.untersuchungsausschuss@bundestag.de'
Cc: PGUA
Betreff: Protokoll

Sehr geehrte Frau Hasselbach,

ich komme zurück auf Ihr Schreiben vom 21. Februar 2017 an die Bundeskanzlerin, mit dem Sie ihr das stenografische Protokoll der 131. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 16. Februar 2017, vorläufige Fassung, übersenden.

Die Bundeskanzlerin hat mich gebeten, Ihnen die folgenden klarstellenden Anmerkungen zum Protokoll ihrer Vernehmung zuzuleiten, verbunden mit der Bitte, diese in das Protokoll aufzunehmen:

S. 50, linke Spalte, mittig:

statt: „Sie kennen ja auch meine Ausführungen dann vom 14. Januar und auch die Regierungserklärung, wo ich sage: [...]“

muss es heißen: „Sie kennen ja auch meine Ausführungen dann zum 14. Januar und auch die Regierungserklärung, wo ich sage: [...]“

S. 77, rechte Spalte, untere Mitte:

statt: „[...] Und insoweit kann man auch sagen: Wie konnte das eigentlich passieren, dass die Vorgängerregierung an Herrn Pofalla überhaupt das übergeben hat, ohne nicht [sic!] zu fragen? [...]“

muss es heißen: „[...] Und insoweit kann man auch sagen: Wie konnte das eigentlich passieren, dass die Vorgängerregierung an Herrn Pofalla überhaupt das übergeben hat, ohne ~~nicht [sic!]~~ zu fragen? [...]“

S. 94, rechte Spalte, untere Hälfte:

statt: „[...] Dann gab es eine Lücke – in der Tat – vom 13. Juli 2014 bis März 2015 Da wurde ich dann darüber informiert, dass die BND-Selektoren waren.“

muss es heißen: „[...] Dann gab es eine Lücke – in der Tat – vom 13. Juli 2014 bis März 2015. Da wurde ich dann darüber informiert, dass ~~es~~ die NSA-Selektoren waren.

Mit herzlichem Dank und freundlichen Grüßen

Beate Baumann

Leiterin des Büros der Bundeskanzlerin

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Tel.: +4930/18400-██████

Fax: +4930/18400-██████

E-Mail: ██████████@bk.bund.de